

Jahrbuch StadtRegion 2009/2010
Schwerpunkt: Stadtkultur und Kreativität

Jahrbuch StadtRegion 2009/2010

herausgegeben von
Christine Hannemann, Berlin
Herbert Glasauer, Kassel
Jörg Pohlen, Hamburg
Andreas Pott, Osnabrück

Gastherausgeber:
Volker Kirchberg, Lüneburg

Christine Hannemann • Herbert Glasauer •
Jörg Pohlan • Andreas Pott • Volker Kirchberg
(Hrsg.)

Jahrbuch StadtRegion 2009/2010
Schwerpunkt:
Stadtkultur und Kreativität

Verlag Barbara Budrich
Opladen & Farmington Hills, MI 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2010 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-86649-229-5

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Satz: R+S Glaubitz, Leverkusen
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Editorial	9
Schwerpunkt: Stadtkultur und Kreativität	
<i>Volker Kirchberg</i> Kreativität und Stadtkultur – stadtsoziologische Deutungen	19
<i>Sharon Zukin</i> Stadtkultur – Auf der Suche nach Authentizität	45
<i>Andrej Holm</i> Gentrifizierung und Kultur: Zur Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse	64
<i>Frank Eckardt und Janet Merkel</i> Ethnische Vielfalt als Ressource der Stadtentwicklung	83
Analysen und Kommentare	
<i>Carsten Herzberg</i> 10 Jahre Bürgerhaushalte in Deutschland: eine Bilanz	105
<i>Wibke Feldmann</i> Instrumente und ihr Einfluss auf das 30-ha-Ziel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs	118
<i>Jan M. Stielike</i> Wieviel Gleichheit erfordert Gleichwertigkeit? Folgerungen einer Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels für die Daseinsvorsorge	129

Rezensionen

- Auth, Diana und Barbara Holland-Cunz (Hrsg.) (2007): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag.
Besprochen von Herbert Glasauer 143
- Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld: transcript Verlag.
Besprochen von Clemens Zimmermann 145
- Frey, Oliver (2009): Die amalgame Stadt. Orte, Netze, Milieus. Wiesbaden: VS-Verlag.
Besprochen von Tobias Mettenberger 147
- Heßler, Martina und Clemens Zimmermann (Hrsg.) (2008): Creative Urban Milieus. Historical Perspectives on Culture, Economy, and the City. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
Besprochen von Janet Merkel 152
- Lin, George C.S. (2009): Developing China. Land, Politics and Social Conditions. London & New York: Routledge.
Besprochen von Christian Wuttke 154
- Mattisek, Annika (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld: transcript Verlag.
Besprochen von Regine Prabel 157
- Pohl, Thomas (2009): Entgrenzte Stadt. Räumliche Fragmentierung und zeitliche Flexibilisierung in der Spätmoderne. Bielefeld: transcript Verlag.
Besprochen von Stefanie Föbker 160
- Schmincke, Imke (2009): Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. Eine Studie zum Verhältnis von Körper, Raum und Marginalisierung [Band 9 der Reihe „Materialitäten“]. Bielefeld: transcript Verlag.
Besprochen von Anke Strüver 163
- Ghettos und städtische Marginalität – Eine vergleichende Lektüre von Loïc Wacquant und Didier Lapeyronnie
Bereichsbesprechung von Michel Kokoreff 166

Inhalt	7
Dokumentation und Statistik	
<i>Jörg Pohlen</i>	
Monitoring der Städte und Regionen	191
English Abstracts	250
Die Autorinnen und Autoren	254
Die Rezensentinnen und Rezensenten	255
Jahrbuch StadtRegion	256

Editorial

Die späten 1980er und die 1990er Jahre brachten eine Konjunktur der Kulturpolitik, die vor allem für das Stadt- und Standortmarketing entscheidende Bedeutung erlangte. Immer mehr Kommunen entwickeln ihre Kulturinstitutionen als wichtige Faktoren im Wettbewerb um Standortvorteile. In den Feuilletons dieser Jahre wurde diese Entwicklung recht griffig formuliert: „Kultur ist die Wachstumsbranche schlechthin. Die Gemeinden investieren in sie, weil sie begriffen haben, dass ein Theaterfestival die effizienteste Form der Städtereklamе sein kann, und dass die Investitionen nicht verloren sind, wenn man die nachkulturell getrunkenen Biere und beschlafenen Betten mit einrechnet. Die Mäzene investieren in sie, weil sie gemerkt haben, dass eine Ausstellung junger Künstler der Stadtparkasse mehr Ansehen einbringt als ein Foyer aus Marmor. Und der Bund investiert in sie, weil er weiß, dass auswärtige Politik ohne kulturelle Selbstdarstellung nicht funktioniert.“ (Greiner, 1987)

Städte und Gemeinden initiieren damit einen Imagewechsel zumeist von der Industriestadt hin zu Kultur- oder Kongressstadt, um Investoren und/oder eben die „creative class“ mit diesen Standortvorteilen in die Stadt zu locken oder auch einen Tourismus anzukurbeln, der über die „Umwegrentabilität“ finanzielle Gewinne in Aussicht stellte. Besonders deutlich wurde dies durch die Zunahme von Musical-Theatern, Museums- und Konzertbauten, Festivals oder Freiluftveranstaltungen, und allen weiteren denkbaren Formen der Erlebnisgesellschaft. So bekam beispielsweise Architektur eine neue kulturelle Rolle: Architektur wird als Marketinginstrument betrachtet, städtebauliche Prestigeprojekte sollen die Stadt über ihre Bildfunktion regenerieren und insbesondere ehemals industriell geprägten Agglomerationen zu einem Imagewandel verhelfen. Darüber hinaus wird Architektur aber auch die Aufgabe zuteil, ein neues, aus der Auflösung fester Bindungen der Individuen in institutionelle Kontexte resultierendes Bedürfnis nach Identifikation zu befriedigen und ganzen Städten zu einer Identifikationsfindung zu verhelfen. (Hanemann/Sewing 1998)

Als Entwicklungs- und Marketingkonzepte ganzer Städte ist des Weiteren der Event, also die „Festivalisierung der Stadtkultur“ (Häußermann/Siebel

1993), vielerorts zum finanziellen Selbstzweck geworden. Mit immer aufwendigeren Kulturinszenierungen, pompöseren Spektakeln und künstlerischen Superlativen sollen immer mehr Zuschauer gewonnen und damit ebenso größere Gewinne erzielt werden. Die Einbindung und Teilhabe weiterer Bevölkerungsschichten war jedoch nicht vom Wunsch einer Demokratisierung der Kultur motiviert, sondern hauptsächlich von kommerziellen Interessen und Vermarktungsstrategien: „Die Kultur dient nicht mehr dazu, die strenge Rationalität des kapitalistischen Marktes kompensatorisch zu ergänzen oder kritisch zu begleiten oder zu konterkarieren; sie eröffnet diesem Markt im Stadium des Erlebniskonsums vielmehr neue Spielräume für das Marketing.“ (Kuhlmann 1995: 125)

Alte inhaltlich wertende Bestimmungen von Kultur und emanzipatorische Zielsetzungen einer „Kultur von allen für alle“ wurden durch neue, funktionalistische Beziehungen weitgehend abgelöst (Sievers/Wagner 1992: 19). Von Kommunen und Landesregierungen wird „Kultur“ heute als ein Standort-, Image- und Wirtschaftsfaktor mit Identitätsstiftungsfunktionen betrachtet, wodurch Kulturpolitik sich zunehmend mit Wirtschaftspolitik überschneidet und zunehmend weniger mehr mit Gesellschaftspolitik.

Angesichts der kommunal- und wirtschaftspolitischen Aktualität sowie des in den Planungs- und Sozialwissenschaften spätestens seit Floridas (2002, 2005) Veröffentlichung zur „Creative Class“ stattfindenden Debatte wurde für dieses Jahrbuch „Stadtkultur und Kreativität“ zum Schwerpunktthema erkoren. Nach den Theorien des Wirtschaftsgeographen Richard Florida entscheidet sich die ökonomische Zukunft der Städte auch daran, wie attraktiv sie für die so genannte kreative Klasse ist. Eine Erkenntnis die wahrlich nicht neu ist, berücksichtigt man beispielsweise die Strategien global eher unbedeutender Fürstenthümer (Darmstadt, Dresden, Mannheim, Weimar), durch den Einkauf von Künstlern und Architekten internationales Ansehen und Reputation zu erwerben bzw. zu mehren (Wagner 2009). Nur Florida hat diese kulturelle Aufwertungsstrategie in den Rang einer wirtschaftswissenschaftlich basierten Stadtentwicklungstheorie nobilitiert und die Bedeutung von „Kreativität“ für die Stadtentwicklung¹ bereichert. Die Förderung von ‚Kreativität‘ gilt in Planungs- und Wirtschaftsagenturen (staatlich und privat) mittlerweile als Panazee der Entwicklung postindustriell orientierter Städte. Insbesondere durch die Förderung von Kultur und Künsten als Kern kreativer Tätigkeiten wird von diesen ein ökonomischer Mehrwert erwartet. Kultur und Künste im urbanen Kontext stehen heute zum einen im Spannungsfeld von autonomer Kultur vs. ökonomischer Instrumentalisierung. Zum anderen er-

1 Für eine kritische Besprechung des Indikatorenkonzepts bei Florida siehe Glasauer (2008). Seine Kritik zielt zum einen auf die problematische Definition des Begriffs der ‚Klasse‘ bei Florida sowie zum anderen auf die Erklärungskraft der empirischen Beweisführungen mit solchen Indizes wie ‚Bohemian-Index‘ und ‚Gay-Index‘.

weitert das Thema die Spannbreite stadtplanerischer Überlegungen um eine strategische Komponente: Kultur hilft Städten und Stadtteilen sich – geplant oder ungeplant – durch Zuhilfenahme kultureller Attraktionen zu entwickeln.

Fraglich bleibt, ob dies realistisch ist, empirisch nachgewiesen werden kann, und ob diese Instrumentalisierung nicht zu Lasten einer autonomen Kultur oder anderer urbaner Felder geht. Zudem sind stadtkulturelle Bedingungen von Kreativität noch immer wenig ausgeleuchtet. Das Schwerpunktthema dieses Jahrbuches macht es sich deshalb zur Aufgabe, die Spannbreite kultureller Strategien um diese Komponenten kritisch zu erweitern.

Nach Kirchberg (2009) umfasst die Thematisierung von Stadt und Kultur dabei mehrere Bereiche:

- Stadtkultur funktioniert als Kreativitätsinkubator, also als fördernde Bedingung, als Treibmittel von Innovationen, die sich mittelbar auch in neuen Arbeitsplätzen bis hin zu neuen Wirtschaftsfeldern niederschlagen können. Viele Konzepte für nachhaltige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstrukturen bauen auf dieser Kombination von „knowledge cities and culture cities“ auf.
- Stadtkulturelle Funktionen werden jedoch auch anti-ökonomisch interpretiert, wenn zum Beispiel auf Bourdieus Unterscheidung autonomer und heteronomer Kunstfelder oder auf kritische Äußerungen zum „kulturellen“ Geist eines flexiblen „neuen Kapitalismus“ rekurriert wird.
- Städtische Kulturfunktionen werden weitergehend soziologischen Paradigmen zugeordnet: Die Heterogenisierung städtischer Lebensstile, urbane Identitätsformen, Images, kulturelle Symbole und räumliche Verhaltensmuster in einer sozialökonomisch stärker diversifizierten und gespaltenen Stadt sollen durch kulturelle (kultursoziologische, kulturpolitische, kulturalistische) Ansätze erklärt werden.
- Die Spannung von ökonomischer und (kultur-)soziologischer Analyse von Kultur und Kreativität in der Stadt spiegelt sich des Weiteren in unterschiedlichen Aussagen von neo-liberalen vs. politökonomischen Hypothesen und zu den Zielvorstellungen einer homogenisierenden Leuchtturm- vs. einer diversifizierenden (z.B. ethnischen) Sub-Kultur wider.

Die Themensetzung der Beiträge im *Schwerpunkt* setzt bei dieser multidimensionalen Funktionalität von Stadtkultur und Kreativität an. Gleichzeitig dokumentiert diese Schwerpunktsetzung eine konzeptionelle Neuerung: Erstmals wurde, in Zusammenarbeit mit den Herausgebern, die inhaltliche Zielsetzung und der Ausformung des Schwerpunktthemas von einem externen Mitglied der Redaktion als *Gastherausgeber* übernommen: Mit *Volker Kirchberg* konnte hierfür ein ausgewiesener Experte im Themenfeld „Stadtkultur“ gewonnen werden. Gleichzeitig hat sich auch das Gremium der HerausgeberInnen des Jahrbuchs personal verändert. Nachdem Ausscheiden von *Norbert Gestring* und *Werner Petrowsky*, ist nun *Andreas Pott* ständiger Mit-

herausgeber. Er hat als Integrations- und Migrationsforscher eine Professur für Humangeographie an der Universität Osnabrück inne und vervollständigt damit kongenial die interdisziplinäre Ausrichtung des Jahrbuchs StadtRegion.

Der einleitende Überblicksartikel zum Schwerpunkt Stadtkultur und Kreativität von *Volker Kirchberg* reflektiert denn auch zunächst Bedeutungen des Kreativitätsbegriffs im Rahmen der Stadt(kultur)planung und erläutert sowie diskutiert die wichtigsten (U.S.-amerikanischen) stadtsoziologischen Paradigmen bezogen auf den aktuellen Diskurs zu Kreativität, Kultur und Stadtentwicklung. Verglichen werden dabei Aussagen zur Funktionalität der Stadtkultur der ökonomisch orientierten Wirtschafts- bzw. Humangeographie und der Stadtplanung, der stadtsoziologisch orientierten Schulen aus Chicago, der am ehesten New York zuordenbaren Urban Political Economy sowie der kulturalistisch orientierten Stadtsoziologie aus Los Angeles.

Die bedeutende U.S.-amerikanische Stadtsoziologin *Sharon Zukin* reflektiert im nächsten Beitrag die Interdependenz zwischen kultureller Authentizität und städtischen Orte. Dieses Essay argumentiert, dass die Bewertung von Authentizität in der Stadtkultur zumeist das Produkt sozialer Kontexte und Sozialisationen ist. Authentizität bezieht sich auf eine besondere Art des Erlebens von Gebäuden und Stadtteilen, die als lokal, historisch und unverwechselbar empfunden werden, und sie findet statt an Orten und Zeiten zwischen Verfall und Wiederaufbau. Der lokale Charakter, die historische Bedeutung und das Besondere werden geschätzt und bestätigt, wenn nicht durch einen ausgewiesenen Experten, so doch zumindest durch Kulturkonsumenten, die den Künstlern und anderen Kulturschaffenden in die heruntergekommenen Unterklasse-Viertel folgen und diese bald verdrängen.

Andrej Holm untersucht in seinem Beitrag die Rolle von Kultur in Gentrifizierungsprozessen. Ausgehend von bestehenden Künstlerkonzeptionen in der Gentrifizierungsforschung arbeitet er eine Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse heraus. Insbesondere wird die widersprüchliche Rolle der Subkultur in Aufwertungszyklen beschrieben. Subkulturell dominierte Räume und Alltagspraktiken werden dabei nicht nur als Motor von Aufwertungsprozessen gesehen, sondern auch als Ressource in Anti-Gentrifizierungsprotesten. Der scheinbar unauflösliche Zusammenhang zwischen Durchsetzung alternativer Kultur in Nachbarschaften und darauf aufbauenden Verwertungs-dynamiken werden als Modus der kapitalistischen Urbanisierung gedeutet.

Obwohl Migration ein zentraler kultureller Stadtentwicklungsfaktor ist, wird diese in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung vornehmlich problemorientiert diskutiert. So stehen bisher sozialräumliche Segregation, soziale Exklusionsprozesse und Benachteiligungen sowie mangelnde Integration von Migranten im Vordergrund wissenschaftlicher Diskussionen. Inwieweit ethnische Vielfalt der Kulturen auch im Sinne von Ressourcen und Potenzialen für die Stadtentwicklung betrachtet werden kann und angeregt durch Richard Floridas (2005) „Toleranz“-Argument bereits Eingang in lo-

kale Politikverständnisse gefunden hat, ist Gegenstand zweier Fallstudien zu Stadtteilen in Berlin und Frankfurt am Main des von *Frank Eckardt* und *Janet Merkel* erarbeiteten Beitrags.

In der Rubrik *Analysen und Kommentare* präsentiert der Beitrag von *Cars-ten Herzberg* eine 10jährige Bilanz zur Entwicklung eines besonderen Verfahrens der Bürgerbeteiligung, den Bürgerhaushalt. Aus Lateinamerika kommend, hat es in Europa unterschiedliche Formen angenommen. So wird in Deutschland versucht, Partizipation und Verwaltungsmodernisierung miteinander zu verbinden. Im Ergebnis wird gezeigt, dass die deutschen Verfahren trotz ihrer Ausrichtung wenig Modernisierungseffekte vorzuweisen haben. Ihre Stärken liegen vielmehr in der politischen Bildung und in der Verbesserung der Kommunikation zwischen den Bürgern und der Verwaltung/Politik, die über eine strikt konsultative Beteiligung nicht hinausreicht.

Das Dauerthema „Verringerung des Flächenverbrauchs“ untersucht der Beitrag von *Wibke Feldman* zunächst als Abrechnung des immer noch immensen Flächenverbrauchs in den letzten Jahren. Daran anschließend werden Auswirkungen und Akteure betrachtet, die am Flächenwachstum beteiligt sind. Weiterhin werden verschiedene Instrumente und ihr möglicher Beitrag zur Flächenreduzierung diskutiert. Dabei werden verschiedene Hinderungsgründe und das Reduzierungspotenzial benannt. Insgesamt wird verdeutlicht, warum das durch die Bundesregierung postulierte Ziel der Verringerung des Flächenverbrauchs auf 30 ha pro Tag bis 2020 nicht erreicht werden wird.

Der dritte Beitrag in dieser Rubrik, verfasst von *Jan M. Stielike*, ist dem Thema des grundgesetzlich fixierten Ziels „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in öffentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge gewidmet. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass sich Kernbereiche der Daseinsvorsorge identifizieren lassen, die trotz erschwelter Voraussetzungen flächendeckend in ähnlicher Qualität vorgehalten werden müssen, weil sie zur Wahrung von Chancengleichheit essentiell sind oder eine Differenzierung des Versorgungsniveaus aus anderen Gründen nicht vertretbar ist. Hiervon werden Bereiche unterschieden, in denen eine Differenzierung des Versorgungsniveaus für unproblematischer gehalten wird.

Den sechsten Band des Jahrbuchs StadtRegion vervollständigt die Rubrik *Rezensionen*. Für die Auswahl der besprochenen Publikationen wurden zwei Kriterien zugrunde gelegt: Zum ersten sollte es sich um Titel handeln, die in diesem und im letzten Jahr erschienen sind. Aus der Fülle der infrage kommenden Titel konnten zum zweiten lediglich acht ausgewählt werden, die insgesamt einen Eindruck über das Spektrum der Stadt- und Regionalforschung nicht nur des deutschsprachigen Raums ermöglichen und für alle Adressaten des Jahrbuchs von Interesse sein werden. Vervollständigt wird der Rezensionsteil durch eine Bereichsbesprechung von Michel Kokoreff. Die kritische Abhandlung untersucht, ob das Konzept des „Ghettos“ sinnvoll ist, um die Veränderungen in den Arbeitervierteln der französischen Vor-

städte zu charakterisieren. Grundlage der kritischen Analyse sind zwei aktuelle französischsprachige Publikationen die vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen mit den Entwicklungsperspektiven von prekären Stadtvierteln gerade für deutsche Leser von großem Interesse sind: In seinem Buch „Parias urbains“ (Parias der Städte) bietet *Loïc Wacquant* eine vergleichende Analyse zwischen den neuen Formen städtischer Ausgrenzung in den USA und in West-Europa. *Didier Lapeyronnie* Untersuchung „Ghetto urbain“ (Städtisches Ghetto) analysiert sowohl die internen als auch die externen Mechanismen französischer Banlieus.

Die Rubrik *Dokumentation und Statistik* präsentiert „wie immer“ das „Monitoring der Städte und Regionen“, welches verdienstvoller Weise wieder von *Jörg Pohlen* erarbeitet wurde. Es behandelt die Entwicklung von Landkreisen und kreisfreien Städten im Jahre 2007. Zudem wird der sozioökonomische Strukturwandel der Städte und Regionen seit 2000 in fünf ausgewählten Themenbereichen analysiert: Geordnet nach den Dimensionen Bevölkerung, Flächen und Siedlungsentwicklung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie Finanzen fasst Pohlen im Textteil zusammen, wie sich diese Indikatoren in Deutschland räumlich entwickelt haben. Im ausführlichen Tabellenteil werden die Daten komplett präsentiert. Hervorzuheben ist unter anderem, dass auch nach den neuesten Daten der Wanderungssaldo der Kernstädte der Stadtregionen tendenziell positiv ist. Dagegen vertieft sich im Zeitraum bis 2007 das West-Ost-Gefälle seit Mitte der neunziger Jahre weiter.

Das Jahrbuch bietet somit nicht nur Aufsätze zu hochaktuellen Themen, sondern auch den Service einer komprimierten Zusammenfassung wichtiger räumlicher Entwicklungstrends in Deutschland. Alle, die die Mühe kennen, solche Daten zu recherchieren und zusammenzuführen, werden dies sehr zu schätzen wissen.

Für die Redaktion *Christine Hannemann*

Literatur

- Florida, Richard 2002: *The Rise of the Creative Class*. New York, London: Routledge.
 Florida, Richard 2005: *The City and the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure and Everyday Life*. New York: Basic Books.
 Glasauer, Herbert 2008: Das Phantom der ‚Kreativen Klasse‘. In: Gestring, Norbert u.a. : *Jahrbuch StadtRegion 2007/2008*, Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag, S. 109-114.
 Greiner, Ulrich 1987: Brot im Überfluß und Spiele satt. Kultur: die große Wachstumsbranche. In: *Die Zeit* v. 07.08.1987, Nr. 33 (<http://www.zeit.de/1987/33/Brot-im-Ueberfluss-und-Spiele-satt>: 27.10.2009).

- Hannemann, Christine; Sewing, Werner 1998: Gebaute Stadtkultur: Architektur als Identitätskonstrukt. In: Göschel, Albrecht; Kirchberg, Volker (Hg.): Kultur in der Stadt: Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske + Budrich, S. 55-79.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hrsg.) 1993: Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kirchberg, Volker 2009: The Interface of Culture and City Development – A Comparison of Baltimore and Hamburg. Unv. Vortragsmanuskript für das Annual Meeting der Eastern Sociological Society in Baltimore, 22.03.2009.
- Kuhlmann, Andreas 1995: Kultur und Krise. Zur Inflation der Erlebnisse. In: Fuchs, Gottfried u.a. (Hrsg.): Mythos Metropole, Frankfurt/M: suhrkamp, S. 115-125.
- Sievers, Norbert; Wagner, Bernd 1992: Einleitung: Soziokultur und Kulturpolitik. In: dies. (Hrsg.): Bestandsaufnahme Soziokultur. Beiträge – Analysen – Konzepte, Schriftenreihe des BMI, Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Wagner, Bernd 2009: Fürstenhof und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik. Essen: Klartext.

Schwerpunkt:
Stadtkultur und Kreativität

Volker Kirchberg

Kreativität und Stadtkultur: stadtsoziologische Deutungen

„Creativity is a ‘slippery beast’,
the more you define it,
the more it eludes you.“ (Landry et al. 1996)

Zusammenfassung: Der Begriff der Kreativität hat sich in den letzten Jahren zu einem schillernden Wort von Kommunalpolitikern und Wirtschaftsförderungsagenturen entwickelt. Zusätzlich haben sich in den letzten Jahren generell die Sozialwissenschaften und speziell die Raumwissenschaften (Wirtschaftsgeographie, Stadtplanung und Stadtsoziologie) des Begriffes angenommen. Im ersten Teil des Artikels wird zunächst am Beispiel angewandter Stadtplaner und -forscher deren Nutzung dieses Begriffes und des Begriffes der Stadtkultur für ihre Vorstellungen von Stadt- und Kulturplanung analysiert. Im zweiten Teil des Artikels wird der Blick dann auf die amerikanische Stadtsoziologie geworfen, um die Bedeutung der Konstrukte Stadtkultur und Kreativität in den drei wichtigsten stadtsoziologischen Schulen aus Chicago, New York und Los Angeles darzulegen. Zum Abschluss werden die wichtigsten Wechselbezüge des Dreieckes aus (a) Kreativität und Stadtkultur, (b) stadtsoziologischen Schulen und (c) unterschiedlichen Stadt- und Kulturplanungsansätzen gegenübergestellt.

Dieser Artikel stellt erstens Bedeutungen des Begriffes Kreativität in der Stadt(kultur)planung dar, zweitens Nutzungen dieses Konstruktes in der (amerikanischen¹) Stadtsoziologie und drittens Einschätzungen des übergeordneten Begriffes Stadtkultur in den drei Schulen der (amerikanischen) Stadtsoziologie, der ursprünglich sozialökologischen Chicago School, der Urban Political Economy School (auch als New York School bezeichnet) und der postmodernen (oder poststrukturellen) Los Angeles School.

Die Nutzung des Begriffes Kreativität in der Stadt(kultur)planung ist unklar. Häufig werden Bedeutungen vorausgesetzt, die sich bei genauerer Betrachtung widersprechen. Ist der Kreative solitäres Genie oder Teil eines Kollektivs, ist Kreativität ein subjektives oder ein kooperatives Gut? Ist Kreativität eine künstlerische oder eine kommunikative Fähigkeit? Bei genauerer Betrachtung der Begriffsverwendung in der Stadt(kultur)planung wird zudem

1 Im Zusammenhang mit den besprochenen stadtsoziologischen Schulen wird die Formulierung „amerikanisch“ anstatt „U.S.-amerikanisch“ verwendet. Dies wird allein mit dem üblichen Sprachgebrauch in diesen Schulen begründet und soll in keiner Weise ein Affront gegenüber den oder eine Vereinnahmung der anderen amerikanischen Staaten in Nord-, Mittel- und Südamerika bedeuten.

klar, dass zwar Bedingungen und Konsequenzen von Kreativität, nicht aber der Kern dessen, was Kreativität eigentlich ist, erläutert wird; Kreativität selber bleibt eine Black Box. Zudem ist die Nutzung von Kreativitäts- und/oder Stadtkulturkonzepten in der Wirtschaftsgeographie, in Stadtplanung und in Stadtforschung generell von Spannung durchsetzt, zwischen Chaos und Planung als Kreativitätsvoraussetzung und zwischen Strategie und „Serendipity“ als Planungsgrundlagen. Die Stadtsoziologie kann zu dieser Diskussion Maßgebliches beitragen. Deshalb wird im zweiten Teil des Artikels ein entsprechender Blick auf die Paradigmen der amerikanischen Stadtsoziologie geworfen. Welche Aussagen zur Stadtkultur und zur Kreativität findet man in der Chicago School, in der Urban Political Economy School und in der Los Angeles School? Abschließend wird der Faden zurück gesponnen von diesen theoretischen Erörterungen zur Anwendung bei Stadt- und Kulturplanern und es wird gefragt, ob und wie stadtsoziologische Erkenntnisse bei diesen Planern eine Rolle spielen.

Kreativität ist einer der Begriffe, der – wie Gerechtigkeit oder Schönheit – als individuelle oder kollektive Eigenschaft von allen gewünscht aber von keinem exakt bestimmt werden kann. „Kreativität“ bleibt begrifflich unklar, denn eine wörtliche Übersetzung – zum Beispiel als „persönliche Fähigkeit des Schöpfens“ – trifft die aktuelle Verwendung in Politik und Planung nur unzureichend. Die Metapher bleibt nicht nur unklar, in ihrer Unbestimmtheit kann und soll sie in unterschiedlichen Kontexten auch Unterschiedliches meinen. Nicht nur in der Kommunalpolitik, auch in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung wird die Metapher zum einen unreflektiert genutzt, zum anderen gerade deswegen strategisch zweckbezogen verwendet. Die inhaltliche Unklarheit des Begriffes wird von Individuen, Unternehmen, Städten und Wirtschaftsbranchen als Wert geschätzt – jeder versteht darunter, was er will. So werben Politiker und City-Marketingagenturen für ihre Klientel plakativ mit dem kreativitätsfördernden Klima („creative climate“) in einer kreativen Wirtschaft („creative industries“) inmitten von kreativen Städten („creative cities“). Dabei wird die Stadtkultur – ebenfalls eine wenig differenzierte Metapher – als notwendige lokale Bedingung aufgeführt, um eine „klimatische“, „produktive“ oder „urbane“ Kreativität meistens zum Wohle der regionalen Ökonomie zu fördern. Während in den Achtziger und Neunziger Jahren institutionalisierte Kultur (zum Beispiel Museen oder Theater) noch unmittelbarer als wirtschaftsfördernde Ressource verstanden wurde (indem Inzidenzanalysen ihre Umwegrentabilität berechneten) wird heute zum gleichen Zwecke der Wirtschaftsförderung der Umweg über die zunächst zu fördernde Kreativität genommen, deren Resultate dann allerdings auch in Euro und Cent zu messen seien. Kulturproduzenten und -distributoren ist diese Argumentation meistens recht, bietet sie doch die Legitimation für eine weitere staatliche (oder auch nichtstaatliche) Unterstützung.

Ohne exakte Begriffsbestimmung wird Kreativität in der kommunalpolitischen Diskussion also allein auf die Eigenschaft der Unterstützung einer

postindustriellen Wirtschaft reduziert. Dies wird durch eine Reihe neuerer Kulturwirtschaftsberichte von Berlin bis St. Petersburg belegt (Österreichische Kulturdokumentation et al. 2003). Eine nach dem oben genannten Kreativitätsbegriff ausgerichtete Gestaltung von Stadträumen sei heute der wichtigste Faktor postindustriellen Wirtschaftswachstums und untrennbar mit der Zukunftsfähigkeit einer Region verbunden; die Verbindung von Lokalität und Kreativwirtschaft ist essenziell (O'Connor und Banks 2003).

Angesichts dieser Unklarheiten von Inhalten, Zweckorientierungen, Beobachtungsebenen oder räumlicher Zuordnungen will der Artikel versuchen, Kreativität unter Zuhilfenahme stadtsoziologischer Theorien – „Schulen“ zu meist amerikanischer Provenienz – und in Relation zur Stadtkultur pointierter zu erläutern.

1. Annäherung an den Begriff Kreativität

Genie versus Kollektiv

Der Begriff der Kreativität wurde schon vor Jahrzehnten zunächst von Psychologen zum Zentrum ihrer Forschung gemacht, was zu einem großen Maße auf die von der U.S.-Regierung immens geförderten Forschungen in Raumfahrt und Militär im Rahmen des Kalten Krieges nach dem „Sputnik-Schock“ Anfang der 1960er Jahre zurückzuführen ist (cf. Urban 2004). Entweder wurden dabei Leitvorstellungen des einzelnen künstlerisch orientierten Genies (mit dem sakralen „Heureka“-Erlebnis des „Schöpfers“) oder der kollektiven Produzenten (als säkulare, wirtschaftliche Folge gemeinsamer Anstrengungen) herausgestellt; als kollektives Produkt geht solchermaßen erfolgreiche Kreativität dabei unmittelbar in den Begriff einer ökonomisch konnotierten Innovation über (Throsby 2001). Dabei wird „Kreativität“ allerdings national unterschiedlich verstanden. In Großbritannien gilt der Begriff selektiv vor allem als Eigenschaft („Humankapital“) kultureller Produktion. Der Bezug zur Romantik und zur Renaissance wird deutlich, weil insbesondere Kunst und Kultur als Höchstform menschlicher Kreativität verstanden wird (Howkins 2001). Auch Landry et al. (1996) sprechen vor allem Künstlern Kreativität zu, und O'Connor und Banks (2003) sehen allein bei der künstlerischen Bohème ein gesellschaftlich erlaubtes Recht kreativ zu sein. Vor allem amerikanische Sozialwissenschaftler meinen hingegen, dass Kreativität eine Eigenschaft aller Personen in allen Lebensbereichen sein kann und nicht ausschließlich für Künstler und die intellektuelle Bohème reserviert sei. So bezeichnet Lloyd (2006) alle Akteure neuer kultureller Lebenswelten – auch zum Beispiel Handwerker im Denkmalschutz und alle Beschäftigte der New Economy – als kreative *new bohemia*. Plakativer erweitert vor allem Florida (2002) die Fähigkeit zur Kreativität auf jede Berufssparte, die weitgehend

selbstständig denkt und arbeitet. Dabei wird der Begriff soweit erweitert, dass er alle Gruppen von Produzenten umfasst, die heute umfangreich zur postindustriellen Wertschöpfung beitragen. „Creativity is the ability to generate something new, the production by one or more people of ideas and inventions that are personal, original, and meaningful. It is a talent, an aptitude. It's present in the thought and in the action.“ (Howkins 2001: 9). In Deutschland wird das Verb „kreieren“ dagegen zumeist auf die Bereiche Kunst und Mode begrenzt; anders als im anglo-amerikanischen Raum dominiert hier noch die Idee des kreativen Genies (Landry et al. 1996: 5). Allerdings findet auch in Deutschland neuerdings eine Verschiebung der Semantik von der Genie-Kreativität zur Jedermann-Kreativität statt, seit die Propagierung der Kreativwirtschaft nicht nur mit dem potenziellen Conditionalis „Jeder könnte kreativ sein“, sondern mit dem unternehmerischen Imperativ „Jeder muss kreativ sein“ einhergeht (Bröckling 2007, Lange 2007, Raunig und Wuggenig 2007).

Subjektive und produktive künstlerische Kreativität

Spätestens mit dem Aufkommen des Begriffes der Kreativwirtschaft wurden eine subjektive und über das Individuum bewertete von einer kollektiven, produktiven, also über das Produkt bewertete Kreativität unterschieden (Howkins 2001). Während die Psychologie Kreativität individuell dargelegt, betonen die Wirtschaftswissenschaften die kollektive Kreativität. Während die Psychologen Amabile et al. (1996), Csikszentmihalyi (1997) und Richards et al. (2007) die individuellen Ursachen des Aufkommens individueller Kreativität im Feld des sozialen Systems und in der Kultur des Systems kommunizierter Symbole finden, erklären wirtschaftswissenschaftlich orientierte Autoren wie Howkins (2001) und Florida (2002) Kreativität als Resultat kollektiver Zusammenarbeit zum Zwecke der Innovation neuer Produkte.

In den letzten Jahren haben sich aber neben Psychologen und Wirtschaftswissenschaftler auch zunehmend Soziologen und transdisziplinäre Wissenschaftler mit den Ursachen und Folgen von Kreativität beschäftigt. So dekonstruiert der dänische Pädagoge und Soziologe Kupferberg (2006, 2007) künstlerische Kreativität, wenn er diese sowohl auf die sakrale Kreativität („Schöpfung“ durch das Medium des Genies) als auf die säkulare Kreativität („Produktivität“ durch das Medium des Kollektivs) bezieht. Auch die Entwicklung künstlicher Intelligenz als Entwicklung von Kreativität wird aus einer transdisziplinären Perspektive erklärt (Boden 1994a, 1994b). In der soziologischen (oder auch transdisziplinären) Perspektive wird eine Polarität von Individuum und Kollektiv als entweder-oder-Bedingung von Kreativität nicht akzeptiert. Vielmehr wird das Spiel als zentrale Ursache künstlerischer Kreativität bestimmt. Den Überlegungen von Huizinga (2004) folgend ist Spiel immer sowohl individuelles Eintauchen, wie soziale Kommunikation:

„Spiel ist eine freiwillige Handlung oder Beschäftigung, die innerhalb gewisser festgesetzter Grenzen von Zeit und Raum nach [individuell, V.K.] freiwillig angenommenen, aber [kollektiv, V.K.] unbedingt bindenden Regeln verrichtet wird, ihr Ziel in sich selber hat und begleitet wird von einem Gefühl der Spannung und Freude und einem Bewusstsein des ‚Andersseins‘ als das ‚gewöhnliche Leben‘.“ (Huizinga 2004: 37) Der Bezug zu Csikszentmihalyis (1997) „Flow“-Erfahrung ist deutlich; erst das Gleichgewicht zwischen individuellen Freiheiten und sozialen Regeln schaffen Bedingungen des kreativen Spiels.

Drei Bedingungen für dieses kreative Spiel nennt Kupferberg (2007): (1) Eine hohe Bereitschaft zum Spielen bei allen Beteiligten inklusive einer stillschweigenden Übereinkunft des Kollektivs über die Regeln des Spiels, die man gelernt und somit umsetzen kann. Bezug nehmend auf die Kreativität eines Schriftstellers heißt es: „In order to enter the playful mood, the professional writer hence has to work hard“. (2) Die Fähigkeit, spontan mit unerwartet auftauchenden Situationen der Konfrontation und Hinterfragung etablierter Strukturen und Denkmodelle umgehen zu können („a pressure to innovate“). Hinsichtlich Schriftsteller spricht Kupferberg von „...turning points... where they are thrown out of their anticipated life trajectories“. (3) Die Bereitstellung von Räumen (nicht nur im euklidischen Sinne, sondern auch „mental“), die die Toleranz ermöglichen, Spiel und Spontaneität im Tun umzusetzen. Hinsichtlich Schriftsteller illustriert Kupferberg die Bedeutung des Raumes an der Bloomsbury Gruppe um Virginia Woolf, E. M. Forster, und Lytton Strachey, die alle in oder nahe dem Londoner Bezirk Bloomsbury wohnten und nur dort einen toleranten, Bohème- ähnlichen Lebensstil praktizieren konnten. Kupferberg bezieht sich in seinen Studien v.a. auf das Literaturfeld, meint aber seine Resultate auf alle Kunstfelder ausdehnen zu können, denn „dream worlds“ und „fake realities“ gehören zur Gestaltung imaginativer Produkte in der Kunst. „Creativity regimes“ finden sich aber laut Kupferberg auch in anderen Lebenswelten. Allerdings wird in diesen anderen „kreativen“ Berufsfeldern die Entwicklung von Kreativität unterschiedlich bewertet und gefördert, denn häufig wird die Formulierung und Verbreitung kreativer Imagination als spielerische Vorstellungskraft durch die Regeln des jeweiligen Feldes beschränkt. Recht deutlich zeigt sich dies auch in der sozial- und geisteswissenschaftlichen Welt, in der jede Erneuerung skeptisch und (selbst bei empirischer Bestätigung) ihres Erfolges ablehnend betrachtet wird. Allerdings gibt es Hybridfelder, in denen – zumindest in „Kreativitätsreservaten“ – imaginative Elemente spielerischer Handlungen nicht nur erlaubt, sondern gefördert werden und künstlerische Kreativität häufig sichtbarer und zweckfreier sich entwickeln kann als in der Kunst selber. Aufzuführen wären hier Hybridbereiche von Kunst und Wirtschaft (Hollywood) oder Grundlagenforschung und Industrie (Pharmazie). Auch transdisziplinäre Hybridsituationen von Stadtentwicklung, Technik und Kultur erklären das Aufkommen von

Kreativität an bestimmten Orten und das Fehlen an anderen. Hall (1998) weist so die Hybridität von Raum und Kultur als positive Bedingung kreativer Erfindungen nach, so beim Bau der ersten Wolkenkratzer in Stahlbauweise ab 1860 in Chicago und nicht in New York, wo um diese Zeit noch Backsteinbauten dominierten.

Ebenfalls auf die Spannung von Individuum und Kollektiv geht Acord (im Erscheinen) ein, wenn sie die Bedeutung der Kreativität im zeitgenössischen Kunstdiskurs untersucht. Sie kritisiert zunächst die bisherigen Studien zur künstlerischen Kreativität als zu individualistisch und fordert eine stärkere Berücksichtigung kollektivitätsorientierter Überlegungen zur Produktion von Kunst und Kultur (im Anschluss an Becker 1982). Kunstwerke sind demnach grundsätzlich Produkte kollaborativer Anstrengungen von Künstlern und allen Kulturvermittlern (Kuratoren, Techniker, Galeristen und Museumsmitarbeiter etc.), die die Deutungsmacht über Kunst haben und die dafür Sorge tragen, dass Kunstwerken gegenüber einem Publikum künstlerische Bedeutung bekommen. Der (Frei-)Raum der Kulturproduktion wird dabei im euklidischen, aber auch im über-euklidischen Sinne, d.h. als kognitive und soziopolitische Umwelt gemeint. Kunst und Kultur können nur in einem toleranten Umfeld gedeihen, denn nur hier können Künstler und Kulturvermittler zweckfrei, spielerisch im Huizinga'schen Sinne, miteinander kommunizieren. Als Konsequenz ist Kreativität also ein physisches, kognitives und emotionales Produkt, das erst in freier Interaktion mit anderen ungeplant entsteht. Reckwitz (2007) führt diese Erklärung von Kreativitätsbedingungen auf präindustrielle und prä-rationale Vorstellungen zurück, die auch in entzauberten modernen Zeiten noch immer gesucht werden. Laut Reckwitz wurden solche Freiräume einer kreativen Subjektivität seit Beginn des 20. Jahrhundert zuerst im ästhetischen Diskurs, dann im ökonomischen Diskurs, dann im psychologischen Diskurs und dann im politischen Diskurs geschaffen.

Kreativität als Black Box-Konzept

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass nicht nur in der Alltagssprache sondern auch in den meisten sozialwissenschaftlichen Studien der Begriff Kreativität genutzt wird, ohne ihn wirklich zu erklären. Häufig wird der Begriff als Black Box verwendet, um die herum man sich mit Ursachen und Konsequenzen von Kreativität beschäftigt, aber nicht mit dem Begriff selber. Die Sozialpsychologin Amabile (1983) unterscheidet in diesem Zusammenhang „produktive“ (oder „algorithmische“) von „subjektiver“ (oder „heuristischer“) Kreativität. Produktive Kreativität vernachlässigt dabei die Ursachen von Kreativität zugunsten ihrer Konsequenzen, weil ein zumeist ökonomisches, produktivitäts-orientiertes Output wichtiger ist als die Ursachenerkenntnis. Subjektive Kreativität betont hingegen individuelle Ursachen und

Konsequenzen: „A product or response will be judged as creative to the extent that (a) it is both anvil and appropriate, useful, correct, or a valuable response to the task at hand and (b) the task is heuristic rather than algorithmic.“ (Amabile 1983: 33) Sowohl produktive wie subjektive Kreativitätskonzepte betonen den Raum. Die Analyse produktiver Kreativität befasst sich mit Konsequenzen der Kreativität auf den Raum (zum Beispiel bei Konzeptentwicklung der „creative industries“ oder „creative cities“), die Analyse subjektiver Kreativität befasst sich mit räumlichen Ursachen von Kreativität (zum Beispiel mit kreativitätsfördernden Grundrissen von Arbeitsräumen). Diese Analyse subjektiver und produktiver Kreativität umgeht aber die Kernfrage nach dem, was Kreativität eigentlich ist. Der Begriff bleibt eine Leerformel, die gerade deshalb so zweckgerichtet eingesetzt wird.

2. Kreativität in Wirtschaftsgeographie und Stadtplanung

Wie setzen Raum- und Stadtforscher den Begriff „Kreativität“ entsprechend zweckgerichtet ein? Auch von ihnen wird Kreativität als Black Box-Konzept betrachtet, das sich mehr den Ursachen und Bedingungen bzw. den Wirkungen und Konsequenzen widmet als einer eigentlichen inhaltlichen Klärung. Richard Florida (2002) behauptet in seiner Beschreibung der „Creative Class“ zwar, die internen Strukturen von Kreativität sichtbar zu machen, verbleibt dann aber doch bei der Darstellung möglicher Kreativitätsursachen. Diese lassen sich seines Erachtens in vier Phasen unterteilen: Introdution („Vorbereitung“, sorgfältiges Studium der Aufgabe), Inkubation („Bebrüten“, das Nachdenken über ein Problem), Illumination („Erleuchtung“, die Synthese des Nachdenkens) und Introspektion („Prüfung“, also Bestätigung oder Revision der Illumination, analog zu Amabiles produktiver Kreativität). Fünf Bedingungen sind notwendig zum erfolgreichen Durchlaufen dieser Phasen, drei davon individuell und zwei kontextorientiert. Erstens bedarf es Intelligenz, also die Fähigkeit große Mengen von Daten zu erfassen und zu synthetisieren. Vorhandene Informationen müssen so neu zusammengestellt werden, dass sie als Konsequenz etwas Nützliches schaffen, zum Beispiel ein Instrument oder eine Einsicht: „Noticing, remembering, seeing, speaking, hearing, understanding language, and recognizing analogies: all these talents ... are important“ (Florida 2002: 32). Zweitens bedarf es des Selbstvertrauens, ein Problem zu bewältigen und ein Ziel realisieren zu können. Dazu gehört die Bereitschaft, sowohl negative Signale über das Vorhaben aus der Umwelt zu ignorieren wie die Bereitschaft Regeln zu brechen und Konventionen zu missachten. Florida spricht hier von der Fähigkeit zur Subversivität: „Creative work in fact is downright *subversive* [kursiv beim Autor], since it dis-

rupts existing patterns of thought and life.“ (Florida 2002: 31). Drittens muss das Individuum die Fähigkeit besitzen, sich für ein Thema oder Problem zu begeistern; für das Vorhaben reichen intrinsische Belohnungen aus, extrinsische Belohnungen wären nachteilig. Das schließt die Bereitschaft zur „einsamen Arbeit“ ein; jede kreative Aktion beginnt mit einer Arbeitsphase, bei der störende Außeneinflüsse ausgeschaltet werden müssen (analog zu Amabiles subjektiver Kreativität). Viertens und fünftens gibt es zwei kontextorientierte Bedingungen zur Realisierung von (produktiver) Kreativität. Viertens ist Kollektivität eine unumgängliche Voraussetzung, denn Kreativität „is not the province of a few selected geniuses who can get away with breaking the mold because they possess superhuman talents“. (Florida 2002: 32) Florida ist sich des Paradoxons zur vorher betonten subjektiven Kreativität allerdings bewusst und weist deshalb dieser letzten kollektiven Bedingung nur sekundäre Bedeutung zu; der Einfluss des sozialen Kontextes muss für den kreativen Menschen auf ein notwendiges, aber nicht übermäßiges Maß zurückgeschraubt werden. Kollektivität wird primär als positiver Einfluss sozialer Netzwerke verstanden, die vor allem nützlich für die Förderung subjektiver Kreativität sein sollen. Kreative Arbeit (d.h. subjektive Kreativität) erlaube nämlich keine starken Beziehungen („close ties“) zu anderen Menschen; der Kreativmensch hat zwar eine Menge Kollegen und Bekanntschaften („weak ties“) aber keine engen Freunde und Familie, die seine Aufmerksamkeit benötigen. (Florida 2002: 34) Auch die fünfte Bedingung ist eine kollektive Voraussetzung subjektiver Kreativität: Eine stabile soziale Umwelt ist eine wichtige Prämisse, um individuell die Kreativphasen Introdution und Inkubation erarbeiten zu können. Diese Bedingung muss dabei so variabel sein, dass individuelle Konventionsbrüche nicht nur erlaubt, sondern gefördert werden. Es bedarf lokaler Stabilität, intellektueller Reize, politischer Offenheit und ethnischer Unterschiede (siehe dazu auch den Beitrag von Eckhardt und Merkel in diesem Band).

Obwohl mit den letzten beiden Bedingungen kollektive Strukturen in Floridas Erklärungsmodell einfließen, sind diese doch nur Zuträger der wichtigeren subjektiven Kreativität. Das romantische Vorbild des „kreativen Genies“ bestimmt Floridas Modell; und dies wird auch bei seinen späteren Abhandlungen zum „kreativen Ethos“ deutlich: Demnach könne jeder Mensch kreativ sein, wenn seine entsprechenden Ressourcen „geweckt“ würden. Die Aufgabe des kreativen Ethos in der Gesellschaft wäre es, diese individuelle Kreativität „zum Ausbruch“ (Introdution und Inkubation) kommen zu lassen (Florida 2002: 37ff.). Auch die Bedeutung der individuellen Subversion (d.h. des Konventionsbruches) zeigt die Betonung des Einzelnen bei Floridas Kreativitätskonzept. Allerdings wird dann die Introspektion dem Kollektiv, also der sozialen Umfeld überlassen, was die anfängliche Betonung des Individuellen bei Florida zumindest relativiert.

Auch der Einfluss des Raumes als kollektive Vorbedingung produktiver Kollektivität entspricht einer Relativierung des solitären Kreativmenschen.

Florida (2002: 41f.) zitiert hier zwei berühmte Werke der amerikanischen Nachkriegssoziologie, William H. Whytes „The Organization Man“ (1956) und Jane Jacobs „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ (1961). Beide sehen Nachteile in den physischen und kognitiven Strukturen amerikanischer Vorstädte und Vorteile in den individuell gestaltbaren, öffentliche Kommunikation stimulierende und soziale Vielfalt produzierende alten innerstädtischen Stadtteilen für die Kreativitätsförderung (Florida 2002: 41f.). Da Räume Kreativität fördern, muss die Stadtplanung solche Räume bereitstellen. Obwohl eine physische Gestaltung kreativer Umwelten also nicht unwichtig ist, kommt Florida doch immer wieder auf die primäre soziale Bedingung einer toleranten Atmosphäre zurück (Florida 2002: 283-294): Ein kreativer Raum mit entsprechend tolerantem „people climate“ muss „authentisch“ sein², d.h. er liegt in einem Quartier der inneren Stadt, er wird bewohnt von einem Bevölkerungsmix aus Homosexuellen, Immigranten, künstlerischer und intellektueller Bohème und jungen unverheirateten Menschen, er stellt ein städtisches Angebot („urban amenities“) bereit, das genau von dieser Bevölkerung nachgefragt wird (d.h. Fußgänger- und Fahrradfreundlichkeit, exotische Restaurants, Bordsteincafés, Designläden, Lofts zum Wohnen und Arbeiten, Parks mit Wanderwegen etc.), er bietet Arbeitsplätze in der Neuen Ökonomie an und hat zudem eine größere Forschungsuniversität in der Nachbarschaft.³

Als Stadtplaner ist Landry (2000) noch deutlicher als Florida daran interessiert, Städte als kreative Orte neu zu schaffen bzw. radikal umzubauen. Zwar meint er ebenfalls, dass Städte nur als „creative cities“ im globalen „Bürgermeisterwettbewerb“ erfolgreich sein können. Allerdings versteht er deutlicher als Florida Kreativität als allgegenwärtiges und individuelles Phänomen und nur am Rande als Eigenschaft physischer urbaner Strukturen. Zunächst und vor allem fördert ein offenes Kommunikationsklima Kreativität auf der persönlichen Mikroebene, erst in Folge davon fördert dann ein kollektives, d.h. kooperatives Kommunikationsklima in städtischen Teilräumen ebenfalls Kreativität. Kreativität wird also zuerst individuell, dann zwischen und mit wenigen Personen und erst drittens in organisatorisch komplexeren Strukturen institutionalisiert. Ein kreatives Klima kann also nur in geschlossenen kulturellen Systemen (arts worlds, cf. Becker 1982) entstehen, die sich aus Beziehungen (zumeist Dyaden oder Triaden) Einzelner zusammensetzen, die die Kompetenzen und den Mut haben kreative Ideen auszuleben. Kultu-

2 Sich auf Smith (1996) beziehend nennt Florida hier eine der wenigen für ihn nachteiligen Folgen der Besetzung von älteren Stadtteilen durch die Creative Class, den Verlust von Authentizität: „In an increasing number of cities, the scales have tipped from revitalization to rampant gentrification and displacement“ (Florida 2002: 289)

3 Bei der letzten Angebotsvariante kommen Floridas „3Ts“ besonders gut zum Tragen: Universitäten sind Träger und Produzenten von Technologie, Talent und Toleranz. Nur wenn alle drei Bedingungen vorhanden sind, besteht ein kreatives „people climate“.

rell als „authentisch“ ausgewiesene Orte haben spezifische kulturelle und symbolische Ressourcen, sie schaffen durch ihre physische und kognitive Gestalt eine bestimmte Art von Ortsbezogenheit und Toleranz, die die individuelle Sicherheit zum auch zweckunabhängigen Handeln (Spielen) geben. Diese Orte ziehen die Bevölkerungsgruppen an, die kreativ kommunizieren, denken, leben, handeln, d.h. ihre Imagination von Leben und Arbeiten zunächst frei ausleben dürfen. Diese Gruppen haben nur dort die Freiräume, kreative Ideen, auch und gerade solche, die misslingen, auszuprobieren. Diese Orte bieten die Sicherheit einer Reduktion des ökonomischen und künstlerischen Risikos; unkonventionelle Ideen dürfen ausprobiert werden und scheitern, und dieses Scheitern wird nicht mit Sanktionen der politischen, sozialen und ökonomischen Umwelt belegt. Wenn die Idee aber erfolgreich ist, dann kann das Resultat dieser kreativen Lebensweise auch vor Ort fokussiert, d.h. ökonomisch nutzbringend umgesetzt werden, ohne ebenfalls Sanktionen einer (anti-kapitalistischen) Umwelt befürchten zu müssen. Die Effektivität einer solchen kreativen Umwelt zeigt sich aber letztendlich vor allem im Ausstieg aus einem kurzfristigen Effizienzdenken. Es gibt kein festgelegtes Ziel, dass in einem festen (zeitlichen und räumlichen) Rahmen erreicht werden muss. Der Weg muss erst zeigen, was das Ziel ist, und eventuell gibt es auch kein Ziel.

Da nun in jedem Individuum kreatives Potenzial vorhanden ist, muss die Umwelt es nur wecken. Überspitzt gesagt: Wenn der Mensch nicht kreativ ist, so liegt dies an der Umwelt. Deshalb fordert Landry (2000) auch die Hinwendung der Stadtpolitik auf eine Umwelt, die diesem kreativen Imperativ folgt. Die Zivilgesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie zweckfreie Kreativität unterstützt; sie sorgt für die Bereitstellung von Bühnen zur freien Kommunikation, zum Zuhören, zum Bilden von Teams, Szenen und Netzwerken (Landry 2006). Diese Zivilgesellschaft wird durch (halb-)staatliche Organe gebildet: „...you cannot have a creative milieu without creative organizations – it is the setting within which creative people, processes, ideas and products interact. Establishing such an innovative milieu is a key challenge of the Creative City.“ (Landry 2000: 15) Deshalb hat Landry konkrete Schritte zur Schaffung individuelle Kreativität fördernder Stadträume aufgestellt. Seine „Urban Innovation Matrix“ (Landry 2000: 198f.) postuliert fünf verschiedene Ebenen der Kreativitätsplanung. Nach dieser Matrix sind die Städte am kreativsten, die einen meta-paradigmatischen Wandel der Wahrnehmung und Bewertung von Realitäten vorantreibt, zum Beispiel bei der Realisierung nachhaltigen städtischen Lebens. Eine Kreativstufe darunter sind Städte, die den paradigmatischen Wandel erlauben. Dieser Wandel wird initiiert durch kreative Ideen, die Probleme als Gelegenheiten auffassen, zum Beispiel bei der Nutzung von Abfall als Ressource oder in der Bewertung sozialer Bewegungen als innovative Kraft der Stadtpolitik. Eine weitere Kreativstufe darunter finden sich Kreativräume, die den innovativen Wandel för-

dem, zum Beispiel bei der Nutzung alter Fabrikgebäude als Lofts und Kulturzentren. Eine weitere Kreativstufe ist der Best Practice-Wandel. Damit wird die Realisierung von kreativen Ideen verstanden, zum Beispiel die Adaption von betriebswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Evaluationen und Kontrollen in der Stadterneuerung. Letztlich findet man auf der untersten Kreativitätsstufe von Städten den Good Practice-Wandel, d.h. die Übernahme von gelungenen Best Practice-Beispielen für die eigene Stadt, zum Beispiel bei der Kopie erfolgreicher public-private-partnership-Kooperationen. Landry stellt heraus, dass es häufig Beispiele für Good Practice-Kreativität aber nur äußerst selten Beispiele für die Kreativität des meta-paradigmatische Wandels in Städten gäbe. „A project is rarely ‘absolutely’ creative in that it has never been thought of in that way. This would be a key innovation. It is more usual for projects to be relatively creative – creative in their circumstances or locality.“ (Landry 2000: 204)

Landrys Spektrum einer Kreativität vom Meta-Thema der Nachhaltigkeit bis zur Details kopierenden Best-Practice-Übernahme anderer Städte setzt aber voraus, dass Kreativität überhaupt planbar ist. Dies kann kritisch gesehen werden. Planung ist vielmehr die Förderung von „serendipity“, der englische Ausdruck für eine nur im Ansatz mögliche Gestaltung von Umwelten, die die Wahrscheinlichkeit eines positiven (hier: Kreativität schaffenden) Resultats eventuell über die Zufallswahrscheinlichkeit hinaus erhöht (cf. Reck 2007: 471f; Merton und Barber 2004). Serendipity-Planung ist also das Gegenteil zur strategischen Planung. So meint unter anderem Evans (2001), dass jegliche Kulturplanung mit dem Adjektiv „strategisch“ problematisch sei, denn Strategien bedürfen exakt definierter Ziele. Eine strategische Planung der Künste und der Kultur ist die „...allocation of resources and distribution of public subsidy and facilities for a range of *designated and prescribed* [kursive Hervorhebung durch V.K.] arts activities... and the linkage concept of the creative production chain and scale hierarchy of facilities“ (Evans 2001: 6). „Designation“ und „prescription“ sind dem Kreativitätsgedanken abhold. Bürokratische Zielvorgaben, Regeln und Planungsschritte sind aber die Ursache für die Spannungen zwischen der kommunalen Verwaltung, die strategische Kulturplanung forciert, und den Produzenten von Kultur und Kreativität vor Ort, die davon betroffen sind. Planung ist zumeist noch immer ein „top-down“-Prozess von Bürokraten und Experten. Die Wünsche der Betroffenen der kommunaler Kultur-Planung seien am besten, so Evans, aber durch die Umsetzung einer „Bedürfnispyramide“ von gleichberechtigten kreativen Produktionsketten und Kultureinrichtungen zu realisieren. Diese Pyramide von Wünschen (d.h. Nachfragen) und Gelegenheiten (d.h. Angeboten) beginnt mit einer breiten Basis kleinteiliger Stadtteilzentren und lokaler Künstlerstudios bzw. Proberäumen und endet an der Spitze mit großen nationalen Kulturstätten und internationalen Programmen; dazwischen liegen u.a. Kulturquartiere spezialisierter Produktionen und Medienzentren. Zwischen diesen

Ebenen müssen auf der Nachfrage- bzw. Konsumentenseite demokratische Partizipationswege von unten nach oben, „bottom-up“, offen sein sowie auf der Angebots- bzw. Produktionsseite transparente und gerechte Produktionsketten gefördert werden (cf. Evans 2001: 123), damit Kreativität ermöglicht wird.⁴ Obwohl oder gerade weil selbst Kulturplaner, weist Evans immer wieder daraufhin, dass Kultur und damit auch künstlerische Kreativität nicht planbar sei. Der Widerstand gegen eine (Kultur-) Planung „top-down“ führte in den letzten 30 Jahren in Großbritannien zu einer Kampagne des „Non-Plans“, deren Credo darin besteht, Wachstum ohne Planung zu erlauben, da nur so Innovation möglich sei. Die Erkenntnis, dass Kultur nicht planbar ist, hat sich aber bei Kulturverwaltung und in Teilen der Kulturpolitik noch nicht durchgesetzt – würde dies doch der Legitimation der eigenen Existenz den Boden unter den Füßen wegziehen. Wenn man aber zukünftig an der Idee der Kreativitätsplanung festhalten möchte, dann nur, wenn die Kulturverwaltung und die (staatlichen) Instanzen der Kulturförderung freiwillige Kooperationen in selbst definierten und geschaffenen urbanen Kreativszenen fördern, ohne von vornherein strategische Ziele und Mittel der Zielerreichung festzulegen. Synergien innerhalb solcher Szenen erhöhen die Wahrscheinlichkeit individueller Kreativität. Dafür bedarf es tatsächlich oder im übertragenen Sinne Arenen oder Bühnen, auf denen ein freier, risikoarmer Idenaustausch und eine kollektive Ideenkritik möglich ist, mit dem Resultat einer Verbesserung und Weiterentwicklung kreativer Ideen sowie letztendlich eines Zeigens von Umsetzungswegen, also einer Transformation in ökonomische Kriterien. Landry (2000) beschreibt dies in einem „Cycle of Urban Creativity“, ohne allerdings diese Schritte als Planung, sondern als Entwicklung zu verstehen: Aus der individuellen *kreativen Idee* („enhancing idea-generating capacity“) folgt die *Innovation* („turning ideas into practice“), dann die *öffentliche Kommunikation* („networking and circulating“), dann die *Bereitstellung von Räumen bzw. Bühnen* für die Kreativen („platforms of delivery“), dann die Einspeisung in den *Kapitalgenerierung* („building markets“) und letztlich die *Revision* der ursprünglich kreativen Idee („idea-generating revision“).

3. Stadtkultur und Kreativität: Der Blick in die Stadtsoziologie

Erst in den letzten Jahren – wohl auch aufgrund des publizistischen Erfolgs der Veröffentlichungen Floridas – greift die Stadtsoziologie das Thema

4 Ähnlich wie Florida (2002) den kreativen Prozess in die vier Phasen Introdution, Inkubation, Illumination und Introspektion aufteilt, listet Evans (2001: 155f.) fünf Phasen einer kulturellen bzw. kreativen Produktionskette auf: „beginnings“, „production“, „circulation“, „delivering“ und „audience [development]“.

Kreativität auf, wobei hier amerikanische Sozialwissenschaftler die Vorreiterrolle einnehmen. Auf sie allein wird sich im Folgenden bezogen. Sich der Richtung einer kulturalistisch handlungsorientierten „postmodernen“ Stadtsoziologie verpflichtet sieht Borer (2006) das Thema der Kreativität untrennbar mit dem übergreifenden Thema der Stadtkultur verbunden. Eine solche Stadtsoziologie der Kultur beschäftigt sich mit sechs Themenfeldern: 1) Images und Repräsentationen der Stadt, 2) städtische Gemeinschaften und Kulturen, 3) lokale Mythen, Erinnerungen und kollektive Gedächtnisse, 4) Empfindung für und Bedeutung von Orten, 5) Städtische Identitäten und Lebensstile und 6) Orte der Interaktionen und kulturellen Praktiken. Jeder dieser breiten Themenfelder weist auf Bedingungen oder Folgen städtischer Kreativität hin.

Das Image einer Stadt oder eines Stadtteils wird durch Symbole in diesen Räumen festgelegt, die dieses Image repräsentieren. Die städtische Ikonographie weist mehrere dieser Symbole auf, die der In- und Exklusion dienen und somit den Mitgliedern dieser solchermaßen symbolisierten Räumen auch die Zuversicht geben, ihre Regeln – zum Beispiel auch einer anderswo risikobehafteten Kreativitätssuche – durchführen zu können. Der Flickteppich städtische Gemeinschaften (Netzwerke, Szenen) führt zum permanenten Überlappen lokaler Spielfelder, in denen Regeln ausgetauscht, überprüft, bestätigt oder verworfen werden können. Erst die lokale Hybridität der Kulturen in nicht exakt trennbare Szenen ermöglicht die Kommunikation mit dem Fremden; die Inkubation kreativer Ideen bedarf des Austausches über exkludierende Gruppen hinweg. Mythen, Erinnerungen und kollektive Gedächtnisse hält lokalen Szenen zusammen, wobei bestimmte Plätze und Gebäude als Gedächtnisspeicher der Vergangenheit dieser Orte symbolisch wirken und somit für die gegenwärtigen Nutzer Identifikationen mit diesen Räumen ermöglichen (Borer 2006). Das Wissen vom Ort als historisch weist diesen zudem als „authentisch“ aus. Biografisches und gemeinschaftliches Erinnern schafft Empfindung für und Bedeutung von Orten. Schon Firey (1945) hat eine emotionale Ortsbindung als wichtigen Faktor der sozialen und physischen Entwicklung eines Ortes bezeichnet. Diese Ortsbezogenheit wirkt nun kreativitätsfördernd, da man sich in einer „Schutzzone“ der selbstreferenziellen Ideensuche wähnt und „Zuhause“ als „risikoloses Eigenterrain“ definiert. Die stabilisierende Funktion städtischer Identitäten und ortsbezogener Lebensstile geschieht über lokale Interaktionen mit Nachbarn und Besuchern. Diese sozialen Praktiken schaffen vor Ort gemeinsame Bedeutungen. Aufgabe einer kulturalistischen Stadtsoziologie sei es somit, nicht nur Räume daraufhin zu erforschen, was sie zusammenhält und was sie trennt, sondern wie Kultur im Raum assoziative oder dissoziative Wirkungen auf Identitäten, Lebensstile und Kreativitäten haben. Diese Analyse lokaler und kultureller Praktiken bedarf zunächst der Analyse kulturell unterscheidbarer und räumlich verortbarer Szenen, denn Orte schaffen sich postindustrielle Produktions- und Konsumtionspotenziale vor allem durch lokale Szenen. Dies ist aber

nur eine Perspektive auf mögliche Wechselwirkungen zwischen Raum, Stadtkultur und Kreativität.⁵ Welche Perspektiven zu diesen Zusammenhängen bieten nun die Paradigmen der aktuellen Stadtsoziologie generell?

Paradigmen der amerikanischen Stadtsoziologie zur Stadtkultur

In der Raum- und Stadtforschung wird seit geraumer Zeit von einem „cultural turn“ gesprochen (u.a. Berndt und Pütz 2007, Bachmann-Medick 2006), genauso wie in den Kulturwissenschaften mittlerweile ein „spatial turn“ zitiert wird (u.a. Dünne und Günzel 2006, Döring und Thielmann 2008). Das Thema von Kultur und Raum wird interdisziplinär, wenn nicht transdisziplinär betrachtet; der Raum gilt als wichtige kulturelle Ressource, wie auch Kultur räumlich zu analysieren sei. Gieryn (2000) nennt dabei drei Merkmale der kulturellen Konnotation von Raum: (1) eindeutige, unverwechselbare geografische Zuordnungen von Kultur zu Räumen, (2) eindeutige, unverwechselbare kulturelle Ressourcen zur Raumgestaltung und (3) eindeutige, unverwechselbare Bedeutungszuordnungen von Räumen zu Kultur. Kultur wird hier zum einen als persönliche und kollektive Wertorientierungen und Normen, zum anderen als verdinglichte, institutionalisierte, konkret produzierte, distributierte und konsumierte städtische Kultur verstanden.

In der Teildisziplin der Stadtsoziologie ist die Bedeutung von Stadtkultur aber weiterhin unklar. So behauptet Borer (2006: 176), dass die amerikanische Stadtsoziologie zwar Urbanisierung („urbanization“ = Stadtentwicklung), aber nicht Urbanität („urbanism“ = Stadtkultur) wirklich kennt. Fragen der Stadtpolitik, der ökonomischen und sozialen Stadtentwicklung und der Segregation gelten als wichtiger als Fragen des kulturellen Einflusses auf die städtische Umwelt. Kultur und Kreativität spielen in der Stadtsoziologie keine Rolle. Stimmt Borer's Einschätzung? Im Folgenden soll dieser Bewertung anhand dreier paradigmatischer amerikanischer Schulen der Stadtsoziologie nachgegangen werden. Wie weit finden sich in der „Chicago School“, der „Urban Political Economy School“ oder der „Los Angeles School“ Hinweise auf die Bedeutung von Kultur und Kreativität für die Stadt? Die Auswahl der dazu konsultierten Texte sind so genannte Kanon-Schriften wie, in alphabetischer Reihenfolge, Clark (2005), Dear (2002), Häußermann und Siebel (2004), Knox und Pinch (2000), Lindner (2004) oder Logan und Molotch (2007).

⁵ Borer's (2006) kulturalistisch gefärbte Skizze einer „postmodernen“ Stadtsoziologie ist eine interessante Verbindung der Themen Kreativität und Stadtkultur, die in erster Linie von der später in diesem Artikel detaillierter vorgestellten Los Angeles School aufgegriffen wird.

Die Chicago School der Stadtforschung und ihre Aussagen zur Stadtkultur

Obwohl die Chicago School Anfang der 1920er Jahre Stadtentwicklung noch als sozialökologischen Prozess erklären wollte, entwickelte sie sich spätestens nach dem 2. Weltkrieg aus dieser engeren Sichtweise hinaus, wie es die Verbindungen zwischen der Chicagoer Stadtsoziologie und dem methodologischen Paradigma des Symbolischen Interaktionismus illustrieren. Ursprünglich wurde in der Chicago School noch von einem sozialökologischen Gleichgewicht sozialräumlicher Strukturen ausgegangen. Burgess Zonenmodell der Ausdehnung und Restrukturierung von Stadtbevölkerungen gilt heute noch als Inbegriff dieser Stadtsoziologie, was allerdings eine generell verkürzende Sichtweise ist. Vielmehr wurde gerade auf der Ebene phänomenologischer und ethnographischer Studien methodisch Neuland betreten (Lindner 2004, Becker 1999). Die „rein“ ökologisch aufgestellte Gründergeneration um Park, Burgess und McKenzie wurde schon bald um einen zweiten Kreis um Mead und Wirth ergänzt, wobei insbesondere Wirth die kulturelle Komponente in die sozialökologische Forschung einbrachte, und etliche kulturalistische und ethnografische Positionen durch u.a. W. Lloyd Warner, Herbert Blumer, Everett Hughes, Howard S. Becker, Herbert Gans und Erving Goffman neu formuliert wurden.⁶

Die Urban Political Economy School und ihre Aussagen zur Stadtkultur

Aus der Kritik an der sozialökologisch orientierten Chicago School entwickelte sich in den 1970er und 1980er Jahren die neo-marxistische New Urban Sociology und, im engeren Sinne, der neo-weberianische Ansatz der Urban Political Economy.⁷ Die neo-marxistische Schule der New Urban School betont die hegemoniale Macht der politische Ökonomie und die entsprechende Einbindung von Stadtentwicklungen und Stadtpolitik in die Kreisläufe des Kapitals. Sie wird vor allem repräsentiert durch Sozialwissenschaftler, die alle in der Tradition des gesellschaftlichen Hegemoniemodells Gramscis stehen.⁸ In der New Urban Sociology wird Stadtentwicklung erklärt aus der po-

6 Deutschsprachige Hinweise auf Kultur als Faktor der Stadtentwicklung bei der Erklärung einer kulturell initiierten Gentrifizierung finden sich u.a. bei Dangschat (1991), Blasius (1993) oder Kirchberg (1998) (siehe auch den Beitrag von Holm in diesem Band).

7 Der Ansatz der Urban Political Economy wird mittlerweile auch als „New York School“ bezeichnet (Clark 2005), um sich auf eine Ebene mit den anderen beiden Schulen aus Chicago und Los Angeles zu stellen.

8 Eine weitere Theorie, die hier unter dem großen Umbrella-Begriff einer solchen (städtischen) Gesellschaftskritik aufgeführt werden könnte, ist die Foucaultsche Theorie der

litischen Ökonomie, der Historizität des Gegenstandes, der Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und der Rolle des Staates als Stabilisator der Kapitalverhältnisse. Kultur ist dabei nur sekundäres Instrument, weil es immer auf materielle Interessen und Strukturen zurückgeführt werden kann.

Anders sieht dies der Ansatz der „Urban Political Economy“: Hier wird die eindeutige und konstante gesellschaftliche Machtverteilung zwischen Oben und Unten relativiert, denn der Macht des Kapitals (hier der Hauseigentümer und Vermieter) kann im Weberschen Sinne die Macht der Produktionsmittellosen (hier: Mieter) entgegengestellt werden. Stadtentwicklung wird nicht auf einen Kampf zwischen antagonistischen Klassen der Produktionsmittel besitzenden und nicht-besitzenden Bevölkerungsgruppen reduziert. Zwar wird Gesellschaft aufgrund ökonomischer Interessen bestimmt und der städtische Boden oder Raum dabei in erster Linie aufgrund seines Tauschwertes vermarktet, dahinter stehen aber grundsätzlich machtorientierte, und deshalb politisch motivierte Gestalter. Soziale Bewegungen von unten, die als Bewohner und Nutzer der Stadt den städtischen Boden und Raum in erster Linie aufgrund seines Gebrauchswertes bewerten, führen nicht immer erfolglos ihre Protestpolitik gegen die Growth Machine durch und bringen dabei auch die Bedeutung ihrer (zumeist lokal verankerten) Kultur als Argument vor (Logan und Molotch 2007, Gottdiener und Feagin 1988). Auch die Wachstumskoalition der Machthabenden nutzt allerdings (über-lokale) Kultur für ihre Zwecke. Die aktive Bedeutung der Kultur für diese beiden antagonistischen Seiten in der Stadtentwicklung weist mehrfach Sharon Zukin (1991, 1995) nach. Die Frage nach dem zentralen Einfluss kultureller Praktiken (Konsum, Produktion, Lebensstile) auf städtische Strukturen (sozialer, politischer, ökonomischer und physischer Art) steht im Mittelpunkt kultureller Studien der Urban Political Economy.

Die postmoderne Los Angeles School und ihre Aussagen zur Stadtkultur

Diese neueste sozialwissenschaftliche Theorie der Stadt hat basale Annahmen, die alle unmittelbar mit kulturellen Konzepten verknüpft sind. Eine kulturalistische Erklärung gesellschaftlicher Phänomene wird hier grundsätzlich einer (neo-)marxistisch-strukturalistischen Erklärung vorgezogen, denn die Mächtigkeit sozialer und räumlicher Strukturen wird kulturell erklärt.

Gouvernementalität und ihre Anwendung auf die Stadtentwicklung bzw. -planung (Michel 2005; derivé 2008). Sie wird hier aber nicht weiterverfolgt – und dies nicht aus Desinteresse, sondern allein wegen der Fokussierung auf amerikanische Ansätze in diesem Artikel. Ein zukünftige Vergleich mit den amerikanischen Ansätzen wäre aber sehr fruchtbar.

Auch soziale Ungleichheiten haben nicht „sozialökologisch“ oder „materialistisch“ Bestand, sondern überleben aufgrund eines „sozialen Konsensus“, d.h. der nicht-hinterfragten (ethnomethodologisch untermauerten) Feststellung „dass es nun einmal so sei“ (Knox und Pinch 2000: 55). Durch die Kultur wird ein Element der Intentionalität in Stadtstruktur und Stadtentwicklung eingeführt, wobei Raum zuvorderst als Text verstanden und interpretiert wird; er repräsentiert Bedeutungen und hat als Zeichensatz eine eigene Semantik mit Zeichenträgern und –inhalten. Gesellschaftliche Machtausübung durch semiotische Strukturen wird zum Beispiel mittels der Erforschung von Zeichen (Ikonographie) in der Architektur von Hochhäusern oder anderen monumentalen Gebäuden analysiert. Ebenso kann Stadtstruktur bzw. Stadtentwicklung nicht nur auf sozio-ökonomische und demographische, sondern auch auf kulturelle Systeme und ihre Bewahrung bzw. Propagierung zurückgeführt werden. Die Unterschiede kultureller Wertesystemen innerhalb einer Stadt bestimmen die Ausbildung und Stärke von Image und Identität unterschiedlicher Stadträume. Die Fabrikation von Identitäten durch im städtischen Raum vermittelte Texte wird vor allem mittels ethnographisch orientierter und im symbolischen Interaktionismus verankerten hermeneutischen Analysen untersucht. Diese kulturelle Fabrikation führt, wie Andersen (2006) ausführt, zu „imaginierten Nachbarschaften“, deren Bestand durch externe Symbole geschaffen und aufrechterhalten wird. Diese Art der Stadtanalyse betont also die Bedeutung von Zeichen und Images als so weitgehend, dass es durch sie zu einer totalen Überblendung der Wirklichkeit (im Sinne von Baudrillards Simulacra) kommen kann. Dann entstehen in der Stadt simulierte Wirklichkeiten, Räume der Hyperrealität. Die kognitive Belegung von Hyperräumen wird als Imagineering bezeichnet; Imagineering führt zum Beispiel zur Umwandlung von Ortszentren in Einkaufszentren (Jameson 1991), von historischen Altstädten in touristische Bühnenbilder und von Stadtzentren in Themenparks (Knox und Pinch 2000). Diese postmoderne Ausrichtung der Stadtanalyse glaubt nicht an die Macht der Planung Gesellschaft tatsächlich verbessern zu können. Vielmehr sieht sie die Bedeutung von Fakten (die nur über ihre Zeichenkommunikation als „wahr“ erfasst werden) als nicht mehr eindeutig an; Planung könnte nie wirklich strukturieren, wenn sie nicht zunächst entsprechende Zeichen produziert und einsetzt.

Die Los Angeles School ist der konkreteste Vertreter dieser postmodernen Stadtanalyse, weil sie behauptet, dass Los Angeles die archetypischste postmoderne Großstadt sei (Soja 1996). Los Angeles hat de facto kein Zentrum, sondern nur multiple Stadtzentren und „edge cities“ (Garreau 1991), betreibt flexible Akkumulation (Harvey 1989) und hat generell das Innere nach Außen gekehrt (Soja 1992). Dear (2002) hat am extremsten die Abkehr von der Ein-Zentren-Stadt als „Keno-Kapitalismus“ beschrieben (siehe kritisch dazu Clark 2005). Hier besteht Stadtentwicklung nur noch aus austauschbaren Modulen, die ohne Fokus auf einen Stadtmittelpunkt zusammengesteckt wer-

den. Mehr noch als durch die Beschreibung von Strukturen zeichnen diese postmodernen Stadtentwicklungsprozesse die Los Angeles School aus. Auch wenn die „Module“ objektiv austauschbar sind, so werden im Rahmen des Imagineerings doch Unterschiede fabriziert, und Kultur (bzw. kulturell belegte Zeichen) werden bei dieser Manipulation eingesetzt (Borer 2006). Der Gebrauch von städtischen Metaphern bzw. Fantasienamen für Einkaufszentren („Bazar“) oder „gated communities“ („Golden Retreat“) zeigt die Bedeutung linguistischer Wurzeln; Unterschiede zwischen „Realem“ (Materiellen) und „Diskursivem“ (Image) verschwimmen.

Grundsätzlich zeigt sich in der Gegenüberstellung dieser drei paradigmatischen Schulen der (amerikanischen) Stadtsoziologie, dass es deutliche Differenzen bei der Einschätzung von Kultur als Machtausübungsinstrument in der Stadt gibt. Allerdings gibt es im Detail auch verblüffende Übereinstimmungen. So nutzt die Chicago School außerhalb des engen sozialökologischen Kreises spätestens seit Firey phänomenologische Methodiken und Schlussfolgerungen, die Kultur als Element der Intentionalität ähnlich betonen wie viel später die strukturemiotische Los Angeles School. Auch finden sich ähnliche Aussagen in der Urban Political Economy School und in der Los Angeles School wieder. Die vom Neo-Marxisten Harvey beschriebene flexible Akkumulation des Kapitals als treibende Kraft der Stadtentwicklung betont auch die Los Angeles School, wenn sie den Einsatz von Texten und Symbolen in der Durchsetzung einer materialistisch motivierten Stadtplanung aufführt. Es zeigt sich auch, dass alle drei stadtsoziologischen Paradigmen Kultur als Baustein von Stadtstruktur und Stadtentwicklung anerkennen. Im Folgenden soll deshalb weiter nachgefragt werden, ob oder wie Kreativität hier als zentrales Subthema der Stadtkultur in den drei Schulen vorkommt.

5. Kreativität in der Stadtkultur: Welche stadtsoziologische Schule erklärt was?

Inwieweit bewältigt die Stadtsoziologie die Aufgabe, Kreativität über Ortsbezüge zu erklären? Wie weit kommt die Stadtsoziologie weiter der Aufgabe nach, Individuen oder Kollektive als Ursachen oder Konsequenzen dieser Kreativität zu erklären und darzustellen? In welcher Weise können die oben beschriebenen stadtsoziologischen Schulen mit ihren Theoriengerüsten dazu beitragen, diese Fragen zu beantworten? Bei einer ersten Annäherung an die Beantwortung dieser Fragen ist es nicht sinnvoll, eine den anderen Theorien vorzuziehen. Vielmehr können alle Theorien in unterschiedlichen Teilforschungsfeldern und komplementär Anwendung bei der Beantwortung dieser Fragen finden.

Kreativität in der Chicago School?

Kreativität als Ursache oder Folge von Stadtkultur wird mit einer zeitgemäßen Chicago School recht weitgehend untersucht (Clark 2004, Clark 2005, Glaeser et al. 2004 oder auch Netzwerktheoretiker um Wellman 1988, 2002). Auch Lloyds (2006) Beschreibung der Veränderungen eines alten Arbeiterviertels in Chicago zu einem „kreativen Stadtteil“ folgt dieser neueren ethnographischen Tradition „Chicagos“. Wenn Kupferberg (2007) die Bereitstellung von Räumen in Stadtteilen mit entsprechender kultureller Vergangenheit als Bedingung für Kreativität herausstellt, so ist dies eine Nutzung des Modells der Differenzierung von Stadtteilen, wie man sie aus der Chicago School kennt. Die soziale Vielfalt in städtischen Räumen, wie sie als Bedingung für öffentliche Kommunikation und als Vorbedingung von Kreativität beschrieben wird, kann direkt auf Louis Wirths Erklärung der Urbanität aus der Bevölkerungsmischung zurückgeführt werden. Generell können zudem die mehrfach erwähnten Netzwerkkonstellationen (mit ihren starken bzw. schwachen sozialen Relationen) als Bedingung der Kreativität einer in diversen Netzwerkansätzen fortgeführten Chicago School zugerechnet werden. Floridas (2002) Liste der 3Ts (Technologie, Talent und Toleranz) kann ebenfalls direkt aus dem aktuellen Diskurs in Chicago (Glaeser 2004, Clark 2004) abgeleitet werden, die v.a. die „urban amenities“ für die neuen Bohemiens als wichtigen Faktor kreativ-erfolgreicher Städte postulieren. „Civic pride“ ist ein weiterer Begriff, der von der Nachkriegsgeneration der Chicago School als wichtiger Faktor des Erhalts authentischer Stadtteile genannt wurde und der nun im Diskurs um Authentizität als Faktor für kreative Räume wieder auftaucht (siehe auch Beitrag von Zukin in diesem Band). Weiter kann die gesamte Gentrifizierungsdebatte, also auch die spezielle kulturelle Gentrifizierung durch Kreative oder Künstler, vom Modell des Invasions-Sukzessions-Zyklus in der Chicago School abgeleitet werden.

Kreativität in der Urban Political Economy School?

Insbesondere der Growth Machine-Ansatz der Urban Political Economy (UPE) ist hilfreich zur Erklärung (wirtschafts-)politischer Bedingungen stadtkultureller Kreativität. Ökonomisch ausgerichtete produktive Kreativität – im Rahmen der Förderung der im globalen Wettbewerb stehenden postindustriellen Industrien – ist ein herausragendes Rezept der Growth Machine zur ökonomischen Wertschöpfung der lokalen Elite. Durch eine solchermaßen ausgelegte Kreativitätsförderung wird der Tauschwert des städtischen Bodens aufgewertet. Floridas permanente Hinweise auf den Wettbewerb unter den Städten um qualifizierte Arbeitsplätze und Arbeitskräfte weist direkt auf diese Zielvorstellung der Growth Machine hin. Sicherlich ganz andere Ziele

werden bei der quartiersbezogenen Förderung eines allein lokalen „urban creative climate“ oder einer entsprechenden „civic pride“ verfolgt. Diese Zielvorstellungen von Kreativität, wie sie Landry beschreibt, finden sich vor allem im Gebrauchswert des städtischen Bodens für die jetzigen Bewohner wieder (Logan und Molotch 2007). Insbesondere die staatliche Bereitstellung von Räumen für eine zivilgesellschaftliche Kommunikation zwischen Künstlern und Kreativen, die nicht eindimensional und primär als Wirtschaftsförderung verstanden wird (Landry 2005), fördert diese Perspektive, städtische Räume von der Warte der Gebrauchswertsteigerung und nicht von der Warte der Tauschwertsteigerung zu betrachten. Diese Sichtweise der Urban Political Economy wurde zuerst von Molotch (2003) so deutlich dargelegt.

Kreativität in der Los Angeles School?

Imaginative Stadtwelten sind nicht nur Teil von Sojas (1996) Secondspace-Konzept städtischer Räume, sondern auch im Mittelpunkt der Los Angeles School als Verkörperung einer postmodernen, poststrukturalistischen Stadttheorie. Das urbane Kunstfeld wird in dieser Schule deshalb als bedeutender Teil der Stadtgestaltung angesehen, weil es in der Lage ist, „dream worlds“ und „fake realities“ zu errichten und in diesem Sinne kreativ zu sein.

Landrys oben genannte Benchmarking-Skala der Kreativität von den großen paradigmatischen Umbrüchen bis zu den Kopien einer „good practice“ verweist zudem auf die Zeitdimension einer Kreativitätsproduktion im Raum, eine Bedingung, die insbesondere in der postmodernen Stadtforschung betont wird: Bevor Kreativität materielle Resultate zeitigt, muss vor Ort eine gemeinsame, zumeist zunächst subkulturelle Semiotik des Handelns in und mit der Stadt existieren, wie es die Los Angeles School im Rahmen des „cultural turns“ postuliert. Die letztlich physische Ausprägung der zunächst allein mentalen Definition von Stadträumen wird nur von der Los Angeles School zum Gegenstand der Forschung gemacht; der entsprechende zeit- und ortsabhängige Prozess der Konstruktion und der Verwandlung von Identitäten durch neu konstruierte und verwandelte Semantiken der Räume ist ein wichtiger Teil der Arbeiten der Los Angeles School. Dabei wird zwar, im Gegensatz zu den Theorien der Chicago School und der Urban Political Economy School, eine unmittelbare Anwendbarkeit der Ergebnisse als „social engineering“ diskreditiert, ein solches Resultat lässt sich aber angesichts der wirkmächtigen semantischen Belegung von Orten durch extensive Symbole (zum Beispiel kulturelle Leuchttürme, Festivals, Olympiaden etc.) gar nicht vermeiden. In diesem Sinne muss auch bei der Los Angeles School (ähnlich wie bei der Urban Political Economy School) Kreativität produktorientiert verstanden werden, auch wenn diese Schule es selbst negieren würde.

6. Fazit

Nach Gieryn (2000) ist Kultur ein eindeutiges Merkmal von geographischen Räumen, können kulturelle Mittel eindeutig zur Gestaltung dieser Räume eingesetzt werden und erhalten Räume erst Bedeutung durch kulturelle Zuordnungen. Räume sind Kultur, Kultur sind Räume. Weiter ist ein elementarer Bestandteil kulturellen Handelns kreatives Handeln, Kultur entsteht aus Kreativität, und Kreativität bedarf kultureller Bedingungen um gedeihen zu können. Schließlich sind die Gestaltungen von Räumen (nicht unabhängig von kulturellen Eigenschaften, aber nicht allein auf sie zurückführbar) ebenfalls Folgen von Kreativität; wie auch kreatives Handeln Räume in physischer, mentaler und politischer Hinsicht schaffen und gestalten. Das Dreieck der Wechselwirkungen zwischen Raum, Kultur und Kreativität ist in diesem Artikel deutlich gemacht worden.

Wie und wie weit erklären nun die drei Schulen der amerikanischen Stadtsoziologie diese Wechselwirkungen von „Stadtkultur“ und „Kreativität“ im Raum? Zusammenfassend soll dafür eine Überblicksmatrix aus den drei Schulen und ihren Äußerungen zu den beiden Explanandi erstellt werden. Die Zellen dieser Matrix geben einige Stichworte die Relevanz der jeweiligen Schule wider.

Tabelle 1: Wechselbezüge der amerikanischen Stadtsoziologie auf Stadtkultur und Kreativität

	Stadtkultur	Kreativität
Chicago School	Durch Kultur eingeleitete oder verstetigte Prozesse der Exklusion/ Inklusion und der Invasion/ Sukzession; Ortsbezogenheit; Ethnographien der Stadt und Stadtteile	Ethnographien kreativer Stadtteile; Urbanität bzw. räumlich zuordbare soziale Netzwerke als Basis von Kreativität; Folgen der Creative Class für Gentrifizierung
Urban Political Economy School	Überlokale Kultur im Dienste der Growth Machine, lokale Kultur als Teil sozialer Bewegungen gegen die Growth Machine	Förderung produktiver Kreativität als wichtigstes postindustrielles Mittel der Tauschwertsteigerung städtischen Bodens. Förderung subjektiver Kreativität als Mittel der Gebrauchswertsteigerung
Los Angeles School	Stadt und Stadträume werden durch Text (Symbole) definiert; Stadtkultur als Text ist elementar für das Imageneering der Stadt und ihrer Stadtteile	Erste symbolische Attributierungen von Stadträumen als kreativ sind Vorbedingung für eine spätere physische Umgestaltung dieser Räume. Planung (inklusive „social engineering“) setzt das Image der Kreativität voraus.

Obwohl diese Darstellung der Wechselbezüge nicht vollständig sein kann, steht doch fest, dass keine der Schulen den Anspruch erheben kann, alleine oder am besten Phänomene der Wechselwirkungen von Raum, Kultur und Kreativität zu erklären. Die Kombination der Ansätze stellt sich als hilfreich

heraus, um diese Wechselwirkungen zu analysieren. Weitere, insbesondere empirische Forschung ist notwendig, um ein vollständigeres Bild zu erhalten.

Eine dogmatische sozialökologische, politökonomische oder kulturalistische Stadtsoziologie hilft also nicht weiter, eher scheint eine Verknüpfung der Schulen (auch unter Inkaufnahme möglicher dann auftauchender Widersprüche) sinnvoll zu sein. Ein solcher interdisziplinärer Ansatz ist sinnvoll, wenn er die ideologischen Schlachtfelder der „reinen“ Theorie verlässt und pragmatisch danach fragt, was Stadtsoziologie zur Stadtkulturplanung beitragen kann. Obwohl die Stadt- und Kulturplaner Florida, Landry und Evans stadtsoziologische Erkenntnisse nutzen, nimmt keiner Bezug auf diese Disziplin oder die oben ausgeführten Schulen. Allerdings lassen sich eine Reihe von Querbezügen finden. Florida (2002), den man am ehesten der Chicago School zuordnen kann, versteht Kultur- und (produktive) Kreativitätsförderung als Teil eines sozialdarwinistischen Existenzkampfes von Städten und Stadtteilen. Gentrifizierung (als eines der Kernkonzepte der Chicago School) trägt deshalb auch zur positiven Entwicklung ausgewählter Stadtteile als „plug-and-play communities“ der „Creative Class“ bei. Er kann zudem deutlich als Repräsentant der „Growth Machine“ verstanden werden, denn Beweise der Richtigkeit vieler Thesen der Urban Political Economy School sind in seinen Schriften zuhauf zu finden. Landry betont in seinen Schriften dagegen immer wieder die „Art of City Making“ (2006), die in erster Linie einer subjektiven Kreativität bedürfe, um erfolgreich zu sein. Aufgrund seiner Forderung des zivilgesellschaftlichen Einsatzes von Kreativität zur Steigerung des Gebrauchswertes städtischen Raumes lässt er sich dem Urban Political Economy-Ansatz zuordnen. Die Bedeutung, die Landry weiter kreativen Ideen und ihrer Verbreitung (auch bei fehlender Umsetzung in ökonomisch verwertbare Produkte) zubilligt, weist auch auf seine Nähe zur Los Angeles School hin: Kreativität muss für Landry nicht „absolut“ (real) sein, schon eine „relative“ (virtuelle) Idee bietet genügend Potenzial für eine innovative Stadt(um)gestaltung. Evans ist von diesen drei der konkreteste Planer. Er steht deshalb auch einer strategischen Planung von Kreativität skeptisch gegenüber, weil er direkt planbare Kreativität nicht als möglich erachtet. Stattdessen fordert er eine kulturelle Umwelt, die Bedingungen bereitstellt, unter denen subjektive Kreativität („von unten“) gedeihen kann. Dies macht ihn ebenfalls zu einem Vertreter einer Urban Political Economy, die die Förderung subjektiver Kreativität als Mittel der Gebrauchswertsteigerung städtischen Bodens versteht. Seine aufgrund von Zentrenhierarchien strukturierte kulturelle Angebote und Nachfrage in einer Bedürfnispyramide verweist aber auch auf eine Nähe zur sozialökologischen Chicago School, wie man sie unter Stadtplanern häufig findet. Die Stadtsoziologie erweist sich also gemeinsam mit ihren interdisziplinären Bezügen zur Humangeographie, zu den Wirtschaftswissenschaften und insbesondere zu den Kulturwissenschaften als hilfreiche Basis zur Erklärung verschiedener stadtplanerischer Zugänge zur

Stadtkultur und zu den Wechselbeziehungen mit den Eigenschaften von „Kreativität im Raum“, sie müsste nur entsprechend stärker auch im Feld der Stadt(kultur)planung anerkannt und genutzt werden.

Literatur

- Acord, Sophia Krzys (im Erscheinen): Installing contemporary art: Configuring the next generation of museum visitors. In: *Cultural Sociology*.
- Amabile, Teresa M. (1983): *The social psychology of creativity*. Springer: New York und Berlin.
- Amabile, Teresa M., Mary Ann Collins, Regina Conti, Elise Phillips, Martha Picariello, John Ruscio, Dean Whitney (1996): *Creativity in Context: Update to the Social Psychology of Creativity*. Westview: New York.
- Anderson, Benedict (2006 [1983]): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Verso: London.
- Bachmann-Medick, Doris (2006): *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Rowohlt Taschenbuch: Reinbek bei Hamburg.
- Becker, Howard S. (1982): *Art Worlds*. Berkeley: University of California.
- Becker, Howard S. (1999): The Chicago School, So-called. S. 3-12 in *Qualitative Sociology* Jhrg. 22, Heft 1. Online unter <http://home.earthlink.net/~hsbecker/chicago.html>
- Berndt, Christian und Robert Pütz (2007): *Kulturelle Geographien*. Transcript: Bielefeld.
- Blasius, Jörg (1993): *Gentrification und Lebensstile. Eine empirische Untersuchung*. Deutscher UniversitätsVerlag: Wiesbaden.
- Boden, Margaret (Hg.) (1994b): *Dimensions of Creativity*. MIT Press: Cambridge, MA.
- Boden, Margaret A. (1994a): The Creative Mind: Myths and Mechanism. S. 519-570 in *Behavioural and Brain Sciences*. Jhrg. 17, Heft 3 (online unter <http://www.bbsonline.org/documents/a/00/00/04/34/bbs00000434-00/bbs.boden.html> (Zugriff am 18.10.09)).
- Borer, Michael (2006): The Location of Culture: The Urban Culturalist Perspective. S. 173-197 in *City & Community. A Journal of the Community and Urban Sociology Section of the American Sociological Association*. Jhrg. 5, Heft 2.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.
- Clark, Terry Nichols (2004): Urban Amenities: Lakes, Opera, and Juice Bars: Do They Drive Development? S. 103-140 in Clark, Terry N. (Hg.): *The City as an Entertainment Machine*. Elsevier/JAI: Amsterdam et al.
- Clark, Terry Nichols (2005): The New Chicago School – Not New York or LA, and Why It Matters for Urban Social Science. Artikel auf der Chicago Politics-Webseite des Political Science Departments der University of Chicago <http://www.uic.edu/depts/pols/ChicagoPolitics/NewChicagoSchool.pdf>.
- Csikszentmihalyi, Mihaly (1997): *Creativity: Flow and the Psychology of Discovery and Invention*. Harper Perennial: New York.
- Dangschat, Jens S. (1991): Vertreibung aus der Stadt durch Kultur? Ursachen der Instrumentalisierung von Kultur und ihre Folgen. S. 127-149 in R. Ebert; F. Gnad & K.R. Kunzmann (Hrsg.): *Partnerschaften für die Kultur: Chancen und Gefahren für die Stadt*. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung: Dortmund.
- Dear, Michael (2002): Los Angeles and the Chicago School: “Invitation to a Debate” S. 5-32 in *City & Community. A Journal of the Community and Urban Sociology Section of the American Sociological Association*. Jhrg. 1, Heft 1, März 2002.

- derivé – Zeitschrift für Stadtforschung (2008): Schwerpunkt Gouvernementalität, Ausgabe No. 31, April 2008.
- Döring, Jörg und Tristan Thielmann (2008): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Transcript: Bielefeld.
- Dünne, Jörg und Stephan Günzel (2006): Raumtheorie: Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Evans, Graeme (2001): Cultural Planning. An Urban Renaissance? Routledge: London und New York.
- Firey, Walter (1945): Sentiment and Symbolism as Ecological Variables. S. 140-148 in American Sociological Review, Jhr. 10.
- Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure and Everyday Life. Basic Books: New York.
- Garreau, Joel (1991): Edge City: Life on the New Frontier. Doubleday & Company: New York.
- Gieryn, Thomas (2000): A Space for Place in Sociology. S. 463-496 in Annual Review of Sociology. Jhr. 26.
- Glaeser, Edward L., Jed Kolko und Albert Saiz (2004): Consumers and Cities. S. 177-183 in Clark, Terry N. (Hg.): The City as an Entertainment Machine. Elsevier/JAI: Amsterdam et al.
- Gottdiener, Mark und Joe R. Feagin (1988): The Paradigm Shift in Urban Sociology. S. 163-187 in Urban Affairs Quarterly. Jhr. 24.
- Hall, Peter (1998): Cities in Civilization: Culture, Technology, and Urban Order. Weidenfeld & Nicolson: London.
- Harvey, David (1989): The Urban Experience. The Johns Hopkins University Press: Baltimore MD.
- Harvey, David (1990): The Condition of Postmodernity. Basil Blackwell: Oxford, Cambridge.
- Harvey, David (2000): Spaces of Hope. University of California Press: Berkeley, Los Angeles.
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (2004): Stadtsoziologie. Campus Verlag: Frankfurt/New York.
- Howkins, John (2001): The Creative Economy: how people make money from ideas. Allen Lane, The Penguin Press: London, New York.
- Huizinga, Johan (2004 [1938]): Homo Ludens. Vom Ursprung der Kultur im Spiel. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Jameson, Frederic (1991): Postmodernism, or, The Cultural Logic of Late Capitalism. Duke University Press: Durham, NC.
- Kirchberg, Volker (1998): Kulturerlebnis Stadt. Money, Art and Public Places. S. 81-100 in Albrecht Göschel und Volker Kirchberg (Hg.) (1998): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Leske + Budrich: Opladen
- Knox, Paul und Steven Pinch (2000): Urban Social Geography. Prentice Hall. Pearson Education: Harlow, London, New York
- Kupferberg, Feiwei (2006): Kreative tider – at nytænke den pædagogiske sociologi. Hans Reitzels Forlag: Kopenhagen.
- Kupferberg, Feiwei (2007): Artistic Creativity as an Elementary Social Form – The Nature and Conditions of Artistic Creativity. S. 29 in Volker Kirchberg (Hg.) (2007): New Frontiers in Arts Sociology: Creativity, Support and Sustainability. Book of Abstracts. Leuphana Universität: Lüneburg.
- Landry, Charles (2000): The Creative City. A Toolkit for Urban Innovators. Comedia, Earthscan: London.

- Landry, Charles (2006): *The Art of City Making*. Comedia, Earthscan: London.
- Landry, Charles, Franco Bianchini, Ralph Ebert und Fritz Gnad (1996): *The creative city in Britain and Germany*. Anglo-German Foundation: London. Siehe auch: <http://www.comedia.org.uk/pages/home.htm>.
- Lange, Bastian (2007): *Die Räume der Kreativszenen. Culturepreneurs und ihre Orte in Berlin*. Transcript Verlag: Bielefeld.
- Lindner, Rolf (2004): *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung*. Campus Verlag: Frankfurt am Main
- Lindner, Rolf (2007²): *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage*. Campus: Frankfurt.
- Lloyd, Richard (2006): *Neo-Bohemia. Art and Commerce in the Postindustrial City*. Routledge. New York NY und Oxon, UK.
- Logan John R. und Harvey Molotch (2007²): *Urban Fortunes. The Political Economy of Place. 20th Anniversary Edition*. University of California Press: Berkeley. Los Angeles. London.
- Merton, Robert K. und Elinor Barber (2004): *The Travels and Adventures of Serendipity*. Princeton University Press: Princeton, NJ.
- Michel, Boris (2005): *Stadt und Gouvernamentalität*. Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster.
- Molotch, Harvey (2003): *Where Stuff Comes From: How Toasters, Toilets, Cars, Computers and Many Other Things Come to Be as They Are*. Routledge Chapman & Hall: London
- O'Connor, Justin und Banks, Mark (2003): *Cultural Industries and the City*. In: Parkinson, M. and Boddy, M. (Hg.) (2003): *Changing Cities: Lessons from Research*. Policy Press: Bristol.
- Österreichische Kulturdokumentation, Mediacult und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2003): *Studien zur Erstellung, Produktion und Verbreitung von kulturellen und künstlerischen Produkten und Dienstleistungen*. Siehe <http://www.creativeindustries.at/1024x768/Service/studien.html> (Zugriff 18.10.09).
- Raunig, Gerald und Ulf Wuggenig (Hg.) (2007): *Kritik der Kreativität*. Verlag Turia + Kant: Wien.
- Reck, Hans-Ulrich (2007): *Index Kreativität*. Verlag der Buchhandlung Walter König. Köln.
- Reckwitz, Andreas (2007): *The Creative Subject and Modernity: Towards an Archeology of The Cultural Construction of Creativity*. S. 19 in Volker Kirchberg (Hg.) (2007): *New Frontiers in Arts Sociology: Creativity, Support and Sustainability. Book of Abstracts*. Leuphana Universität: Lüneburg.
- Richards, Ruth (ed.) (2007): *Everyday Creativity and New Views of Human Nature: Psychological, Social, and Spiritual Perspectives*. American Psychological Association (APA Books): Washington, D.C.
- Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*. Routledge: London.
- Soja, Edward W (1996): *Thirdspace. Journeys to Los Angeles and Other Real-And-Imagined Places*. Blackwell: Malden MA & Oxford UK.
- Throsby, David (2001): *Economics and Culture*. Cambridge University Press: Cambridge und Melbourne.
- Urban, Klaus K. (2004): *Kreativität: Herausforderung für Schule, Wissenschaft und Gesellschaft*. Lit-Verlag: Berlin und Münster.
- Wellman, Barry und Stephen D. Berkowitz. (Hg.) (1988): *Social Structures: A Network Approach*. Cambridge University Press: Cambridge.

- Wellman, Barry (2002): Little Boxes, Glocalization, and Networked Individualism. S. 11-25 in Tanabe, Makoto, Peter van den Besselaar und Toru Ishida (Hg.): Digital Cities II: Computational and Sociological Approaches. Springer-Verlag: Berlin.
- Wirth, Louis (1974): Urbanität als Lebensform. In: Ulfert Herlyn (Hg.), Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. Nymphenburger Verlagsbuchhandlung: München.
- Zukin, Sharon (1991): Landscapes of Power: From Detroit to Disney World. University of California Press: Berkeley, Los Angeles, London.
- Zukin, Sharon (1995): The Cultures of Cities. Wiley-Blackwell: New York, London.

Sharon Zukin

Stadtkultur auf der Suche nach Authentizität¹

Zusammenfassung: Stadtkultur sollte die kollektive Identität und städtische Authentizität der Stadt verkörpern. Diese kulturelle Eigenschaft von Städten ist allerdings durch große Veränderungen herausgefordert, auf die sie keinen Einfluss haben, das Ende der traditionellen Industrien, die zunehmende Bedeutung transnationaler Finanz- und Medieneliten und neuer Migranten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Um nun städtisch ‚authentisch‘ zu sein, haben postindustrielle Städte ihre Innenstadtbereiche als „Erlebnismärkte“ umgebaut. Diese schaffen eine ‚ästhetische Rechtssprechung‘ mittels einer so genannten kulturellen Authentizität, die allein auf dem Erlebnis des Konsums beruht. Beispiele dafür sind der Times Square in New York, Beaubourg in Paris und das Guggenheim Museum in Bilbao. Zusätzlich wurden Kulturdistrikte oder Kreativ-Cluster in zumeist verfallenen Industrieterrains am Rande der städtischen Innenstadtbauung geschaffen. Die Kombination von künstlerischer Kreativität und Unternehmertum resultierte in kurzer Zeit in angesagten Gebieten aus Galerien, Cafés und Boutiquen. Dies wird anhand chinesischer Städte wie Shanghai illustriert. Diese Stadtentwicklung führt allerdings zu einer Standardisierung einer pseudo-authentischen Stadtkultur, die weder original noch individuell auffallend ist.

Der größte Teil der Weltbevölkerung lebt heute in Städten, scheint sich aber nicht mit diesen Orten wirklich zu identifizieren. Authentizität beziehungsweise räumliche Identifizierung mittels deutlicher urbaner Symbole könnten eins sein, doch nur wenige Städte wissen, was ihre eigentliche Identität ist und wie sie auszudrücken sei. Mehr denn je sind sie heutzutage Migrationswellen und Kapitalverschiebungen ausgesetzt, die trotz interner sozialer Ausdifferenzierungen zu einer äußerlichen Angleichung führen. Kulturelle Eigenständigkeiten verschwinden durch unkontrollierbare globale Umwälzungen. Dazu gehört das Ende so traditioneller Branchen wie der Textil- und Stahlindustrie sowie des Schiff- und Automobilbaus und die Bildung ein-

¹ Dieser Artikel ist unter dem Titel „Urban Culture In Search of Authenticity“ zuerst auf Englisch veröffentlicht worden in: Bosch, Eulalia (Hrsg.) (2008): Education and Urban Life: 20 Years of Educating Cities (S. 87-98). Barcelona: International Association of Educating Cities. Sharon Zukins englischsprachiger Artikel ist von Paul Lauer übersetzt und von Volker Kirchberg in Abstimmung mit Sharon Zukin redaktionell bearbeitet worden.

flussreicher transnationaler Eliten in Finanz- und Mediensektoren und nicht zuletzt durch neue Einwanderer in diese Städte. Global operierende Medienkonzerne und das Internet schaffen neue artifizielle Welten und vermeiden gleichzeitig direkte Kontakte von Mensch zu Mensch. Neue Formen der urbanen Kultur von der ikonischen Architektur bis zu Schnellrestaurants und Hip-Hop-Bands zwingen den Stadtbewohnern in ihrem Empfinden von Raum und Zeit eine universelle Standardisierung auf, die Angst auslöst und zu einer Identitätskrise authentischer urbaner Kultur führt.

Diese Krise zeigt sich konkret in der inneren Stadt. Jahrzehnte der De-Industrialisierung und des Investitionsabbaus hinterließen in den reichsten Städten der Welt leerstehende Lagerhallen, verrottende Hafenanlagen und halbleere Bürotürme. Arbeitsplätze in Fabriken und Büros migrierten mit den wohlhabenderen Bürgern in die Vororte oder in andere globale Städte. Sukzessive und mit zeitlichen Abständen zogen nun kreative Künstler und Kleinunternehmer in die zuvor verlassenem inneren Stadtviertel. Diese Gruppen, vom eingewanderten Straßenhändler über den potenziellen Gourmetkoch bis hin zum Galeriebesitzer besaßen zwar wenig ökonomisches Kapital; ihre kulturellen Aktivitäten brachten aber eine neue Vitalität in diese alten Stadtteile, während in dem eigentlichen *Central Business District* Bankzentralen, Finanzunternehmen und Neugründungen im Medienbereich auftauchten wie artifizielle Leuchttürme des neuen Zeitalters. In die alten Häuser und Lofts zogen stattdessen Lebenskünstler, Lehrer, Schriftsteller, Rechtsanwälte und Unternehmer und schufen eine neue Art städtischen Lebens, das irgendwo zwischen Bohème und Bürgerlichkeit angesiedelt war. Die Orte, die sie schufen, d.h. öffentliche Räume wie Cafés, Restaurants und Boutiquen sowie auch die privaten Wohnräume fielen bald wegen ihres angesagten Industriedesigns und ihrer präventösen Bewohner auf. Mit dem stetigen Anwachsen des Mediensektors und der Künste erwarben diese Orte eine unwiderstehliche Dynamik; sie wurden zu sichtbaren Zeichen einer neuen urbanen Kultur.

In den 70er Jahre entwickelte sich diese fortschreitende Aufwertung von urbanen Räumen zu Künstlervierteln und mondänen Schauplätzen zu einem Vorbild für Regierungen und private Investoren; kulturelles Kapital wurde nun für die städtische Entwicklung genutzt. Oberflächlich versprach diese Strategie eine Erneuerung der Stadtzentren ohne die Dramatik des Abrisses historischer Gebäude und der Verdrängung alteingesessener Einwohner. Sie trug zudem dem kulturellen Geschmack der hoch gebildeten und relativ mobilen Ober- und oberen Mittelschichten Rechnung, die in den Vereinigten Staaten und Westeuropa grundsätzlich eine ästhetisierende Vorliebe für alte Viertel, historische Gebäude und Wohngegenden zeigten, die mit dem Begriff der „Authentizität“ umschrieben werden kann. Als „authentisch“ gilt für diese Schichten das Leben inmitten der älteren, ärmeren und weniger mobilen Stadtbewohner, die ihren langjährigen Anspruch auf die Stadt durch Familie, Gebräuche und soziale Bindungen legitimieren und nicht konstruieren.

Gleichzeitig begann in den Vereinigten Staaten eine Initiative zur Neugestaltung der Stadtzentren. Seit den 50er Jahren hatten die Kunden die ausgestorbenen Innenstädte zugunsten der Vororte und ihrer Einkaufszentren verlassen. Lokale Projektentwickler und Regierungsbeamte planten nun, die Innenstädte in neue Konsumräume für die Mittelschicht aus den Vororten und für Touristen; in sogenannte „festival marketplaces“ umzuwandeln. Wie bei der Gentrifizierung der umgebenden Stadtviertel bedurften diese Innenstadt-Bauvorhaben ebenfalls eines kulturellen Kapitals. Die Träger dieser City-Projekte nutzten ebenfalls alte Gebäude als historische Kulisse, als ästhetisches Merkmal einer lokalen Authentizität. Das Konzept des „festival marketplace“ beruhte auf der neuen Wahrnehmung von historischem Erbe als kulturellen Wert in Form einer Wahrzeichenarchitektur. Es spiegelte aber auch die wachsende Bedeutung neuer Einkaufszentren im Stadtzentrum wider, sowohl als Ort der individuellen Freizeitgestaltung als auch der Annäherung von Konsum und Populärkultur (Cohen 2003; Frieden und Sagalyn 1989).

Obwohl die neuen Einkaufszentren in den Innenstädten Rekordbesucherzahlen verzeichnen konnten, bewegten sich die Einkaufenden dort doch nicht in den alten Straßen der Innenstadt. Die Bauträger der neuen Marktplätze schufen vielmehr abgeschlossene und Verhalten kontrollierende Räume, in denen Kunden stöbern, einkaufen, essen, trinken und ein Museum, ein Kino oder auch ein Aquarium besuchen sollten und dabei ein Gefühl von Sicherheit, Überfluss und Spaß haben. Die vermeintlichen Gefahren des Stadtlebens wurden zum einen durch private Sicherheitsdienste und zum anderen durch die örtliche Gesetzgebung kontrolliert, die Obdachlose und Bettler fernhielten und andere Störungen unterbanden. Verhaltenssteuerung, Kontrolle und Exklusion drängten diese Innenstädte eine Art von disneylandhafter Gesellschaftsordnung auf, so die Kritiker, die auch dazu führte, dass Bewohnern wie Besuchern spontane, unerwartete Begegnungen mit Fremden verwehrt blieben. Authentizität als Erfahrung des Andersseins boten diese „festival marketplaces“ nicht mehr; stattdessen inszenierten die historischen Stadtkerne „Authentizität“ als Konsumerlebnis. Ähnlich wie bei Disneyland gab es hier einen – wie Walt Disney es formulierte – sogenannten „wienie“ (ein „Hot Dog“, d.h. eine große Attraktion) in der Mitte. Doch gerade diese Art der Inszenierung von Authentizität überzeugte sowohl Bauinvestoren als auch Kunden. Das Risiko, so in das Stadtleben zu investieren, lohnte sich und der wirtschaftliche Erfolg von Faneuil Hall in Boston, des Inner Harbor in Baltimore und der Horton Plaza in San Diego regte viele amerikanische Städte zur Nachahmung an. Von Barcelona bis Singapur gibt es jetzt solche Raumlanschaften mit immer ähnlichen Aquarien, IMAX-Kinos, Kongress-Zentren und Geschäften (Cohen 2003, Frieden und Sagalyn 1989; Zukin 1991; Hannigan 1998; Mitchell und Staeheli 2006; MacCannell 1999).

1. Times Square: Inszenierte statt historische Authentizität

Die Neugestaltung des Times Square, des berühmten Amüsierviertels mitten in Manhattan, macht deutlich, welches Dilemma die inszenierte Authentizität zentraler Plätze für diejenigen darstellt, die zum einen die alte Populärkultur der Stadt bewahren möchten und zum anderen auch die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Erneuerung erkennen. Während des 20. Jahrhunderts war der Times Square ein lebhaftes Vergnügungsviertel, das Tag und Nacht alles bot von der Broadway Show über Kinos bis zu grellen Neonleuchten, Leuchtreklamen und Menschengewimmel. Am Anfang des 20. Jahrhunderts nannten ihn die New Yorker, wenn auch mit etwas Übertreibung, aufgrund seiner weltoffenen Aura „the crossroads of the world“. Im nationalen Bewusstsein war der Times Square der geographische wie auch der metaphorische Mittelpunkt der amerikanischen Populärkultur. Man traf sich dort, um die neuesten Schlagzeilen zu lesen, die auf dem riesigen elektrischen Motogrammschild abgespult wurden. Dort entstand auch Alfred Eisenstadts berühmte, im Life-Magazin veröffentlichte Fotografie, die einen Matrosen zeigt, der eine junge Frau stürmisch küsst, um das Ende des Zweiten Weltkriegs zu feiern. Bis in die 60er Jahre hinein zog der Times Square Besucher an, auch Familien mit Kindern. Aber als stark frequentierter, „karnevalesker“ Teil der Stadt war er auch Anziehungspunkt für Männer und Frauen auf der Suche nach flüchtigen Begegnungen, oft in Verbindung mit Sex und Drogen. Da private Investoren sich nicht für diese Gegend interessierten, schlug die Stadtverwaltung verschiedene Projekte vor, von denen aber keines Beachtung fand. In den 80er Jahren legten finanzkräftige Investoren eigene Pläne für einen neuen Times Square mit Bürotürmen vor. Hier war zunächst kein „festival marketplace“ vorgesehen; die Vorstellung einer solchen Inszenierung stand im Widerspruch zu der für den Times Square früher typischen Derbheit, die seine Authentizität ausmachte. Zunächst stieß dieser Plan auf Widerstand, sodass das Projekt erst einmal für mehrere Jahre aufgeschoben wurde bis schließlich die Flaute an den Aktienmärkten die Hoffnung auf eine mögliche Finanzierung zunichte machte (Taylor 1991; Sagalyn 2001; Zukin 1995; Berman 2006).

Dieser Widerstand kam zum großen Teil aus den Reihen derer, die den historischen Bestand erhalten wollten und an der Spitze der städtischen Kulturinstitutionen standen. Angeführt von der „Municipal Art Society“ kämpften die Gegner darum, die Authentizität des Times Square mit ästhetischen Mitteln zu erhalten, indem sie nämlich sein äußeres Erscheinungsbild bewahrten. Sie schlugen ein Gesetz vor, das für jedes Gebäude eine große Leuchtreklame an der Fassade vorschrieb und es damit zu einem riesigen Werbeschild machte. In ihrer Angst, dass die Grundstücke, auf denen sie ihre Häuser betrieben, verkauft würden und ihnen im Zuge dieser neuen Entwicklung der Untergang

drohe regten die Besitzer der Broadway-Theater nun ein weiteres Gesetz an. Es ermöglichte den Theaterbesitzern sogenannte „air rights“ zu verkaufen. Dies war insofern wichtig, als es Eigentümern von benachbarten Grundstücken erlaubte, höhere Gebäude zu bauen. Der Verkauf dieser „air rights“ sollte die niedrigen Theatergebäude in den Seitenstraßen erhalten, während sich an den großen Straßen in ihrer Umgebung, auch am Broadway selber, Wolkenkratzer erhoben. Gleichzeitig begann die New Yorker Polizei mit einer energischen Räumung der Bürgersteige und Sex-Shops und entfernte Zuhälter, Strichjungen und die vorwiegend männlichen Kunden, die die 42. Straße, insbesondere für Frauen, nach Einbruch der Dunkelheit so bedrohlich machten. Um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen, ging die Stadtverwaltung gegen Objekte vor, in denen sich Sex-Shops befanden und die sich weigerten, ihr Sortiment zu ändern oder zu schließen. Dabei kam das Gesetz der sogenannten „eminent domain“ zum Tragen, das es ermöglichte „zum Wohl der Allgemeinheit“ Enteignungen durchzuführen und diese Immobilien an Investoren zu verkaufen, die solche Etablissements durch weniger störende Betriebe ersetzen.

Die Kombination aus „ästhetischer Gesetzgebung“, Polizeiarbeit und dem Enteignungsgesetz stellte am Times Square die Weichen für eine „Ent-Authentisierung“ der lokalen Populärkultur. Diese hatte, und das nicht zufällig, etwas mit der Firma Disney zu tun. Der bekannte New Yorker Architekt Robert A. M. Stern verknüpfte diese Strategien, denn er war zum einen Mitglied im Vorstand von Disney und betreute zum anderen eine Planungsstudie, in der es um die Erhaltung des Broadway-Theaterdistrikts ging. Stern erinnert sich, dass ihm, als er in den späten 80er Jahren einmal den Times Square überquerte, auffiel, wie viele Menschen, darunter ganz besonders viele Frauen, aus den Vororten mit gecharterten Bussen zu Matinee-Vorführungen in den Theater-Distrikt kamen. Für diese Besucher wollte er Attraktionen schaffen, die den Times Square so sicher machten, dass sie sich dort wohl fühlen konnten. Glücklicherweise hatte die Disney Company am Anfang der 90er Jahre auch vor, ihr Geschäft zu erweitern und zwar mit Show-Produktionen für kommerzielle Theater, die ihre Filmcharaktere und Freizeitparkattraktionen in den Mittelpunkt stellten. Disney an den Broadway zu bringen bot sowohl für die Stadtplaner als auch für die Firma Disney eine verlockende Zukunftsperspektive.

Disney am Times Square anzusiedeln erschien als eine gesunde Synergie zwischen der familienorientierten Populärkultur der Disney-Unterhaltung und der von der Stadt gewünschten moralischen Erneuerung. Mit neuen Gesetzen, die den seriösen Broadway-Theatern ihren Platz sicherten, begannen private Investoren neue Unterhaltungseinrichtungen zu planen, die sich nahe dem Disney-„Brückenkopf“ ansiedeln wollten. In den 90er Jahren, als Disney noch ein unbesiegbarer Unternehmensriese mit weltweiter Anziehungskraft zu sein schien, eröffnete das Unternehmen einen Disney-Store am Times Square und

renovierte ein nebenan gelegenes historisches Theater, das „New Amsterdam“, für die Premiere von „Beauty and the Beast“. Bald gesellte sich der jugendorientierte Kabelsender MTV dazu sowie eine Menge von Themenrestaurants, Bars und Darstellungsräume mit bekannten Markennamen – von Madame Tussaud’s Wachsfigurenkabinett über Virgin Megastore bis zu B. B. King’s Blues Club und einem „Hello Kitty“-Laden.

Gemessen an den üblichen Maßstäben der Stadtsanierung ist der Times Square ein großer Erfolg. Jedes Jahr kommen 26 Millionen Besucher und bewundern die grellen Lichter, essen in den Restaurants, kaufen bei „Toys ‚R‘ Us“ ein und gehen vielleicht auch ins Theater, zumindest in das Disney-Theater. Die wirtschaftliche Schlagkraft, so die „Times Square Alliance“, ein örtlicher Zusammenschluss von Geschäftsleuten, ist so stark wie die Volkswirtschaften von Bolivien und Panama zusammen gerechnet. Während die kulturellen Attraktionen Menschenmassen anziehen, die den Bereich zwischen der 42. und 50. Straße bei Tag und Nacht bevölkern, ist die Gegend umschlossen von Bürotürmen, die die größten Arbeitgeber in der Symbolwirtschaft der Stadt, nämlich Medien und Finanzen, beherbergen. Die Zentralen von Condé Nast, der Hearst Corporation und der New York Times befinden sich in der Nähe wie auch die Zentralen von NASDAQ, Büros von Finanzfirmen wie Morgan Stanley sowie Wirtschaftskanzleien. Die Förderer des Times Square behaupten, dass mit der Erneuerung die einzigartige populäre Anziehungskraft erhalten blieb und der Times Square gleichzeitig für die Öffentlichkeit gesäubert und zu einem guten Standort für die Zentralen von hochkarätigen, transnationalen Firmen geworden ist.

Damit verlor der neue Times Square aber seine authentischen Eigenschaften. Seit Beginn seiner Erneuerung haben sich Kritiker heftig über die „Disneyfizierung“ beklagt – einen faden und langweiligen Einheitsbrei aus Markennamen, schlechtem Essen und banaler Unterhaltung. Filialen transnationaler Unternehmen wie Madame Tussaud’s stehen im Widerspruch zu dem einzigartigen Standort, indem sie ihn von der Geschichte New Yorks und des Viertels mit seiner in Live-Darbietungen verwurzelten Pop-Kultur trennen. Trotz der pulsierenden Neon-Leuchtreklamen und der Menschenmengen, die den Asphalt zum Vibrieren bringen ist der Times Square zu einer Fast-Food-Filiale der Massenunterhaltung geworden. Er ist ein moderner, vereinheitlichter Ausdruck von urbaner Kultur, der trotz der Bedeutung seiner Live-Aktionen Gefahr läuft, wie das Heruntersinken der glitzernden Kugel an Silvester, ein langweiliges Klischee zu sein.

Was ist aber der Gegenentwurf urbaner Authentizität? Eine authentische urbane Kultur sollte das Unabänderliche in sich tragen. Wir sehen es in alten Gebäuden, engen Straßen und in der Vielfalt der Menschen, der Berufe, der Geschäfte und Sehenswürdigkeiten, auf die wir in einer Großstadt treffen. Es ist ein tiefes Gefühl, das untrennbar verbunden ist mit niedrig gehaltenen Skylines, historischen Stadtstrukturen, Tante-Emma-Läden und überfüllten

Straßen: Es ist eine andere Ästhetik. Es ist auch eine soziale Empfindung, ein ungezwungenes Gefühl von Bürgerstolz unter Fremden und eine starke soziale Bindung unter Einheimischen. Der Wunsch nach Authentizität, sozial und ästhetisch, ist ein Aufschrei gegen die Standardisierung, gegen die Eintönigkeit makelloser neuer Gebäude, gegen die unentrinnbaren Filialen von Ladenketten und gegen ein erdrückendes Gitternetz von Wolkenkratzern am Himmel. Jedoch ist die Idee der Authentizität auch in der Modernität verwurzelt. Das Unverfälschte kann nur geschätzt werden in einer Zeit, in der Alles als im Wandel begriffen empfunden wird und in der Jeder unaufrichtig sein könnte. Authentizität ist der Anschein von Wahrhaftigkeit.² Wenn wir heute Authentizität in Städten suchen, dann rebellieren wir gegen die Falschheit, die wir in der inszenierten Gemütlichkeit der Vororte und in der inszenierten Geschichte der disneyfizierten Unterhaltungszentren sehen. Wir versuchen der Massenproduktion von Vergnügungen zu entfliehen, selbst wenn uns dies wiederum zum Massenkonsum alter Backstein-Häuser, Loftgebäude und Kopfsteinpflaster führt (Berman 1982; Sennett 1990).

Obwohl wir sie als „real“ einschätzen, bildet sich Authentizität doch nie aus einer „inneren Wahrheit“ heraus. Sie wird immer von denjenigen hervorgebracht, die sie erkennen wollen, darüber schreiben, sie bewahren und pflegen und sie nicht zuletzt anderen verkaufen. Im engsten Sinne ist Authentizität ein durch Experten vergebenes Echtheitsiegel für einzigartige Objekte, wie etwa ein für echt befundenes Portrait von Rembrandt. Im weiteren ästhetischen Sinne kann es aber auch das Erkennen des authentischen Sounds eines Sängers durch einen Musikkritiker sein oder das Lob eines authentischen kulinarischen Stiles durch einen Restaurantkritiker. Mit cleveren Produzenten und einer guten Marketing-Kampagne kann Authentizität auch hergestellt werden. Sie ist sozusagen ein „nachwachsender Rohstoff“, wie der Soziologe Richard Peterson sagt, und in diesem Widerspruch finden wir sowohl die Einzigartigkeit, die Authentizität ausmacht, als auch ihr Potenzial für Innovation. Fast immer geht mit Authentizität ein Akt des Entdeckens einher, etwa den Diamanten aus seiner rauen Hülle freizulegen, eine Vinyl-Platte mit einer seltenen Aufnahme zu finden oder zufällig auf einen ehemals bekannten Blues-Sänger in einer billigen Musik-Kneipe zu stoßen. Dann schließt Authentizität den Konsumenten von Kultur mit ein. Im Gegensatz zur inszenierten Authentizität der neuen Blues-Clubs, die Touristen anziehen sollen, erfordert die Herausarbeitung des „Echten“ und des „Besten“ nicht nur Kennerschaft, sondern auch die Bereitschaft, tief in die Welt der Spelunken und Lagerhallen einzutauchen.

In der Ästhetik urbaner Räume ist die Authentizität ein sichtbares Abbild der „jagged edges“ ungleichmäßiger Entwicklung, das Zeugnis ablegt für ei-

2 So setzt Jackson (2005) „Aufrichtigkeit“ oder „Ehrlichkeit“ mit der Darstellung einer authentischen Identität gleich. Dies lässt sich auch auf Räume übertragen.

ne nackte, überfüllte Stadt mit dunklen Straßen und geheimen Beschäftigungen. Dies ist ein „terroir“ für Wahnsinn wie auch Kreativität, sowohl für illegale Bauernfängerspiele, die auf den Bürgersteigen gespielt werden, als auch für Jane Jacobs' Hymne an die nachbarliche Verflechtung von örtlichen Ladeninhabern, Schulkindern und Hausfrauen, das sie das „Ballett der Straße“ nannte. Authentizität ist nicht das Freudsche Ich von städtischen Planungen, es ist die Libido des kreativen Nutzens³, das die Seele der Stadt antreibt (Peterson 1997; Grazian 2003; Jacobs 1961).

2. Von Beaubourg zu Bilbao

In den meisten Städten ist es das Freudsche Ich, das die Wiederbelebung eines Stadtzentrums plant und den Aufbau neuer Kulturquartiere in alten Industriegebieten, in heruntergekommenen Hafenanlagen und in leer stehenden Lagern und Fabriken vorantreibt. Diese neuen Kulturquartiere werden zu meist rund um einen hochkarätigen Kultur-Leuchtturm entwickelt, normalerweise ein Museum für moderne Kunst oder auch ein Opernhaus (Sydney), ein Theater (Singapur) oder eine Insel mit schon vorhandenen kulturellen Institutionen (alt, wie in Berlin, oder neu, wie in Abu-Dhabi). Im Gegensatz zu Kulturzentren in alten Städten, die sich auf geheiligtem Grund befanden und aufgrund ihrer rituellen Praktiken zu Ikonen wurden, werden die heutigen Kulturzentren von Anfang an als säkulare Ikone konzipiert, um die Stadt zu symbolisieren und Investitionen in eine Neue Ökonomie mobilisieren. Sie sind der Einsatz der Stadt im Kasino der Globalisierung.

Zu Beginn der 60er Jahre, als das Opernhaus in Sydney und das Centre Pompidou für moderne Kunst in Paris geplant wurden, mussten Kulturzentren verschiedene Rollen erfüllen, als Magnet für die städtische Entwicklung, nationales Prestigesymbol und Motor für Kreativität und Innovation. Man findet sie meist auf Geländen, die nicht mehr industriell genutzt werden und ihren wirtschaftlichen Wert verloren haben, oft auch im Hafengebiet.

In Paris wurde das Centre Pompidou zum Teil geplant, um die Gegend rund um die Rue Beaubourg wieder zu beleben, ein „terrain vague“, ein undefiniertes Gebiet mit zerfallenden Häusern, kleinen Werkstätten und Billigläden zwischen dem noch nicht gentrifizierten Viertel „Le Marais“ und dem noch nicht abgerissenen Großmarkt „Les Halles“. Die Förderer dieser neuen

3 Über die „Entlibidinisierung“ New Yorks spricht der Broadway-Produzent Rocco Landesman in Sewell Chan (2007): „Panel Discussion: Has New York Lost Its Soul?“, <http://cityroom.blogs.nytimes.com/2007/10/04/has-new-york-lost-its-soul/am> 4.10.2007. Ich habe aber auch den Autor Samuel L. Delaney gleiche Gedanken in einer Podiumsdiskussion über den Times Square in der Columbia Universität in den frühen 90er Jahren äußern hören.

Kulturzentren, Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, legten Wert auf innovatives Design und schrieben einen internationalen Architektenwettbewerb aus, den dann ausländische Architekten gewannen. Heute sind die Gewinner „Starchitekten“ mit vielen Auszeichnungen, deren Mappen mit Aufträgen gefüllt sind. Beim Centre Pompidou sollte die Entscheidung für ein aufsehenerregendes Industriedesign, das Rohre und weitere Strukturelemente des Bauwerks, in bunten Farben bemalt, sichtbar machte, progressive Programme und Institutionen darstellen, die Paris – und dadurch auch Frankreich – dazu bringen sollte eine führende Rolle in den Kreisen internationaler moderner Kunst und Musik einzunehmen. In den 90er Jahren, als örtliche Entscheidungsträger in Bilbao und Hongkong größere Kulturquartiere im Hafengebiet planten, erwogen sie auch den Einsatz kultureller Einrichtungen vor Ort, um die Bedeutung ihrer Städte auf den globalen Finanzmärkten erringen oder erhalten zu können. Selten fragten sie danach, wie diese Kulturquartiere heimischen Künstlern helfen könnten, indem sie es ihnen ermöglichten, dort auszustellen oder sie in den Fokus des Medieninteresses zu rücken.

Neue Kulturquartiere ziehen die Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Eine wachsende Zahl von Kunstmagazinen, Reiseführern und Internetseiten, die sich den Themen Städten und Freizeit widmen, preisen neue Kulturszenen als Reiseziele an. Auch wenn die Öffentlichkeit zumeist ignorant ist bezüglich der Kunst in diesen neuen Einrichtungen, so nimmt man doch diffus ihre Bedeutung, ihre Funktion als Imagefaktor wahr. Günstige Flugtickets, mehr Freizeit und eine stärkere Betonung der individuellen Mobilität fördern den Kulturtourismus, besonders unter den wohlhabenden, gut gebildeten Männern und Frauen, die solche Erfahrungen sammeln, um sich abzuheben. Oft sind junge Menschen, auch aus anderen Ländern, im Gegensatz zu den Einheimischen auf das Entstehen solcher Kulturquartiere und einzelner Kulturinstitutionen eingestellt.⁴ Anders als der Times Square und ähnliche konsumorientierte Unterhaltungszentren sind diese Kulturquartiere ebenfalls sehr beliebt. Aber nicht alle kommen auch bei der örtlichen Bevölkerung gut an. Die große Freifläche vor dem Centre Pompidou hat sich seit der Öffnung des Kulturzentrums mit Touristen und Straßenmusikanten, jungen Leuten und Break-Dancern gefüllt. Viele von ihnen sind Einheimische. Die große Freifläche vor dem Guggenheim-Museum in Bilbao hingegen ist normalerweise leer, von Touristen einmal abgesehen.

Während das Centre Pompidou im Besitz der französischen Regierung ist und von ihr geleitet wird, ist das Guggenheim-Museum Bilbao ein Außenposten der globalen Kette von Guggenheim-Museen. Angesichts des Verfalls

4 Ich erinnere mich an das junge italienische Paar, das ich vor gar nicht langer Zeit sah, als es einen Bus an der Fifth Avenue nehmen wollte und den Busfahrer fragte, ob der Bus denn zum „MoMA“, wie sich das Museum of Modern Art nennt, fahre. Doch der Busfahrer konnte mit diesem Markennamen des Museums nichts anfangen.

des industriellen Wirtschaftssektors, der brachliegenden Hafenanlage, Stahlwerke und Werften und der langjährigen Kampagne gegen baskische Separatisten diente das Museum auch als Aufsehen erregendes politisches Symbol gegen den örtlichen Niedergang. Wie die Disney Company, die ein Ladengeschäft am Times Square eröffnete, war der Direktor des Guggenheim-Museums mit Sitz in Manhattan aber primär auf kommerzielle Expansion fokussiert. Seit Mitte der 80er Jahre hatte Thomas Krens geplant, in mehreren anderen Städten der Welt Außenstellen zu eröffnen und außerdem ein neues Massachusetts Museum of Contemporary Art (MassMoCA) in North Adams, einer im Niedergang begriffenen Industriestadt in den Berkshire Mountains in New England, zu sponsern. Das Guggenheim-Museum hatte mehr Kunstwerke als Ausstellungsfläche, auf der sie diese zeigen konnte. Viele der in jüngster Zeit erworbenen Werke und Installationen sind so groß, dass sie eigene Galerien benötigten.

Wie auch beim Times Square-Projekt sollte die Wiederbelebung des Hafenviertels von Bilbao Synergien zwischen den Strategien von führenden baskischen Geschäftsleuten und Stadtplanern sowie von Thomas Krens, einem Unternehmer im Kulturbereich, schaffen. Wie beim Times Square, dem Centre Pompidou und anderen Kulturquartieren in der ganzen Welt gesellten sich durch die gesteuerte Stadtentwicklung zum Guggenheim-Museum Bilbao neue Geschäfte und hochpreisige Apartmenthäuser. Doch im Gegensatz zu anderen Städten hatte Bilbao eine weiter angelegte und ehrgeizigere Strategie in Bezug auf die Modernisierung der städtischen Infrastruktur. Die Stadt schrieb Wettbewerbe aus zur Gestaltung von U-Bahnen, Brücken und Flughäfen. Das Hauptziel war jedoch das gleiche: das Beste aus globalem Design und lokaler Fertigung zusammenzufügen, um einen neuen Satz urbaner Symbole entstehen zu lassen. Dies bedeutete einen außergewöhnlichen Bruch, weg von der authentischen Innerlichkeit der örtlichen Traditionen zu einer nach außen orientierten Tourismus-Industrie.⁵

Sowohl in den Galerien als auch in seinem weiteren städtischen Umfeld hat das Bilbaer Guggenheim-Museum somit ein Problem mit seiner Authentizität. Wenn Authentizität als „ursprünglich“ definiert wird, im Sinne von „getreu der örtlichen Kultur“, ist das Museum ein Fehlschlag, denn weder seine Architektur noch seine Wirtschaftssponsoren haben etwas mit Bilbao zu tun. Mit den geschwungenen, silberfarbigen Panelen aus Titan an der Museumsfassade wollte der Architekt Frank Gehry die Wellen des Nervion-Flusses darstellen und die Rauheit der in der Nähe gelegenen Hochöfen andeuten. Die wellenförmige Gestalt und die glitzernden Lichtreflexionen

⁵ Das Museum hat eine endlose Debatte darüber ausgelöst, ob die Neubelebung Bilbaos wirklich von der Kunst oder nicht doch von der (Tourismus-)Industrie angetrieben wurde (Vicario und Monje 2005; Zulaika 1997). Ähnliche Diskussionen fanden auch in North Adams, Massachusetts, statt (Zukin 1995).

könnten jedoch genauso gut einen kosmopolitischen Glamour suggerieren, etwa den Glamour der Schauspielerin Marilyn Monroe, wie der verstorbene Architektur-Kritiker der New-York Times, Herbert Muschamps, schrieb, als er anlässlich der Museumseröffnung Bilbao im Jahr 1997 besuchte. Das Gebäude suggeriere einen „American style of freedom“ schrieb er. „Dieser Stil ist sinnlich, emotional, intuitiv und exhibitionistisch.“ (Muschamp 1997). Nichts könnte weiter entfernt sein von traditioneller baskischer Kultur oder der Grundhaltung in Bilbao, einer Stadt, die in der Vergangenheit sowohl die minimalistischen Stahl-Skulpturen des amerikanischen Künstlers Richard Serra als auch die Arbeit des modernen baskischen Künstler Jorge Oteiza abgelehnt hatte (Zulaika 2001).

Da die Werften und Stahlwerke noch nicht abgerissen waren, als Muschamps dies schrieb, war es für ihn damals leichter als für einen heutigen Besucher zu sagen, dass Gehry von der Wirtschaftsmacht Bilbaos im 19. Jahrhundert inspiriert wurde. Doch Gehry verwandelte das industrielle Erbe in eine abstrakte Form und das Museum selber ersetzte eine Fabrik, die, nachdem was man hört, noch funktionstüchtig war. Diese materielle Verwandlung der urbanen Kultur zeigt die dominante Stellung des neuen Museums in der Stadt, bei der es sowohl das Stadtzentrum überblickt als auch den größten Teil des Kulturbudgets des kommunalen Haushalts beansprucht: Das Guggenheim-Museum Bilbao beansprucht 80% des gesamten Museumsbudgets der regionalen Verwaltung (cf. Zuleika 2001: 12). Auch gibt es keinen Platz für regionale Kunst im Guggenheim-Museum. In allen Ausstellungen werden Werke ausländischer Künstler präsentiert. Für Bilbao selber mag das auch gut sein, denn sein örtliches Kunstmuseum kann zwar eine ausgezeichnete Sammlung lokaler historischer Werke, aber keine starke Sammlung moderner Kunst vorweisen. Doch lässt es Zweifel aufkommen an der Einbindung des Kulturquartiers bei örtlichen Künstlern, die heute in der Stadt leben und arbeiten. Auch lässt sich nicht behaupten, dass das Museum eher auf Einheimische als auf Touristen ausgerichtet sei. Die Eintrittspreise sind hoch für die Einwohner von Bilbao, einer Stadt, in der die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bei 60% liegt. Die meisten Besucher kommen aus anderen Regionen Spaniens oder aus dem Ausland. Außerdem sind die Hotels, die für die Kultur-Touristen gebaut wurden, teuer. Die Besucher kommen üblicherweise ein Mal, bleiben ein oder zwei Nächte und reisen wieder ab, ohne den Rest der Stadt gesehen zu haben.⁶ Es gibt eine anhaltende Debatte über den sozialen und ökonomischen Wert dieser Touristenbesuche, die z.T. in den globalen Medien aufgegriffen werden (Plaza 2000, 2006; Lee 2007).

⁶ Als ich in einem Hotel neben dem Museum übernachtete und den Mitarbeiter an der Rezeption um einen Stadtplan bat, malte dieser einen großen Kreis um das alte Stadtzentrum und warnte mich davor, dort hinzugehen – ein sichtbares Zeichen für die ungleichmäßige Entwicklung Bilbaos in jüngster Zeit.

Viele haben die Entscheidungsträger von Bilbao dazu beglückwünscht, dass sie sich das Ende der industriellen Wirtschaft eingestanden, ihr Schicksal in die eigene Hand nahmen, den Wandel begrüßten und eine kulturelle Vision für die Zukunft der Stadt entwickelten. Diese umgesetzte Vision hat danach das Denken der Führungskräfte in vielen Städten in der postindustriellen Ära geprägt. Es hat ein Vierteljahrhundert gedauert, um vom „Beaubourg-Effekt“ zum „Bilbao-Effekt“ zu kommen, und in dieser Zeit hat die Hoffnung auf eine kultur-zentrierte Stadtentwicklung zu einer endlosen Reihe von Kulturzentren an Häfenrändern, Kultur-Festivals und Kultur-Wettbewerben geführt. Wenn die alljährliche Wahl einer europäischen Kulturhauptstadt das werbewirksamste Beispiel dafür ist, wie Städte versuchen sich ein neues Image zu geben, dann lassen diese Vorzeige-Projekte ernste Fragen zur Zukunft der urbanen Kultur aufkommen. Hat die Wiederholung dieser Projekte dazu geführt, dass Kreativität in eine einzige Pressform gezwungen wird, eine Entwicklung, die Einheimische ausschließt, die weder Produzenten noch Konsumenten moderner Kunst sind? Und mindert es den Wert von Museen, wenn sie wie das Guggenheim-Museum zum global operierenden Franchise-Unternehmen werden (McNeill 2000)? Im 19. Jahrhundert war die Industriestadt Bilbao mit wirtschaftlichen Kräften außerhalb der Region verbunden, mit europäischen Bankiers und englischen Fabriken, die in ihre Stahlwerke und Werften investierten. Heute sind die neuen Museen für moderne Kunst in vielerlei Hinsicht Brutkästen dieser, einer neuen Globalisierung (Evans 2003; Hamnett und Shoval 2003; Yudice 2003). Sie sind weniger Quellen der Freude und des Lernens, sondern Instrumente der Disziplinierung, die Stadtkulturen zwingen, sich nach Außen zu öffnen, sich an transnationale Märkte anpassen und kosmopoliter zu werden.

3. Kreativ-Cluster und Kunstgalerien von London bis Shanghai

Kulturquartiere zeigen, dass es bei der Förderung einer neuen Ökonomie nicht nur um Festplatten und Silikonchips geht. „Technopolen“ wie Silicon Valley, wo innovative Informatiker auf Investmentbanker treffen, ziehen nicht die kreativen Denker an, die neue Anwendungen für High-Tech-Produkte entwickeln und damit die Informationsökonomie Image steigernd aufladen. Weniger imposant in seinen Ausmaßen als ein Kulturquartier, doch gleichermaßen ehrgeizig in Bezug auf seine Zukunftsvision ist der Kreativ-Cluster, der ein anderer Versuch ist die Produktionsseite der Stadtkultur neu zu gestalten. Der Kreativ-Cluster ist ein bewusster Zusammenschluss von Künstlern und Designern in einem Wohnviertel oder einem Gebäude. Manchmal wird er vom Staat subventioniert, wie die Kreativ-Cluster, die von der London Development

Agency seit 2004 gesponsert werden, doch oft entsteht er auch spontan als Ansammlung von jungen Künstlern, Musikern und Darstellern, wie die Künstlerviertel SoHo (Manhattan), Williamsburg (Brooklyn) und Hoxton (London) oder auch das kurzlebige „Silicon Alley“ in Lower Manhattan.

Viele Städte besitzen die materiellen Voraussetzungen für die Herausbildung solcher Cluster: Es sind fast ausschließlich Gegenden mit niedrigen Mieten, die früher industriell oder anders kommerziell genutzt wurden. Sie liegen zumeist in der Nähe von Finanz- und Medienfirmen, die als Abnehmer einzelner kreativer Projekte fungieren und sind umgeben von Billigläden, Bars und Restaurants, die mit ihren ethnischen und Arbeiter-Kulturen lokale Vielfalt und auch dadurch ein Gefühl der Authentizität bieten. Aus der Sicht junger Kulturschaffender hilft es, die Straßen mit Einwanderern und Arbeitern zu teilen, um eine Art Neo-Bohème der kreativen Energie zu schaffen. Sie reproduziert auch die Unruhe der für die Stadt typischen und unerwarteten Begegnungen mit Fremden – und mit Fremdheit. Neue Kulturproduktionen gedeihen in Gebieten ungleicher Entwicklung, die noch nicht keimfrei gemacht oder disneyfiziert wurden (Zukin 1989²; Lloyd 2006; Indergaard 2004; Pratt 2009).

Ob sie nun subventioniert werden oder spontan entstanden sind, Cluster von Kulturschaffenden haben eine wichtige wirtschaftliche Funktion. Sie helfen Netzwerke aufzubauen, die „Kreative“ in hilfreichen Synergien und enger Zusammenarbeit zusammenführt und die sie sichtbar und verfügbar macht für potenzielle Kunden. Nach und nach werden aus einigen Kulturschaffenden Kulturunternehmer, die Kunstgalerien, Cafés und Veranstaltungsorte eröffnen, wo Netzwerkarbeit stattfinden kann. An diesen Orten werden auch die Arbeiten der neu zugezogenen Künstler gezeigt und beworben. Sie werden zur „Szene“ des Kulturkonsums, die wiederum sowohl die Aufmerksamkeit von Medien-Journalisten, Kunstsammlern, etablierten Galeristen und Museumskuratoren auf sich ziehen als auch von Talentsuchern der Musikindustrie und anderen, die sich vom Künstlerleben angezogen fühlen. Mit der Zeit beginnen diese Orte die örtliche Kultur zu verändern. Sie sind für die Künstler ein angenehmer Treffpunkt als die alteingesessenen örtlichen Geschäfte und Bars der alteingesessenen Bewohner und lassen eine Gemeinschaft sichtbar werden, die nun auch außerhalb des Quartiers attraktiv wird. Diese Attraktivitätssteigerung führt zu einer Steigerung der Mieten und macht somit das Künstlerviertel oder den Kreativ-Cluster zu einem dynamischen Ort in Bezug auf Wirtschaft und Kultur. Beispiele dafür sind die alte Carlsberg-Brauerei im Vesterbro-Viertel von Kopenhagen und die alte Domino-Zuckerfabrik im Hafen von Williamsburg, einer neuerdings angesagten Gegend von Brooklyn. Im Umkreis beider Fabriken können wir das Verschwinden der Arbeiterviertel und einen anwachsenden Komplex von Kunstgalerien, Restaurants, Geschäften sowie eine größere multikulturelle Vielfalt in den Straßen verzeichnen.

Doch steigende Mieten können nicht nur die dort existierenden authentischen Gemeinschaften verdrängen – wie dies in New York seit den 70er Jahren geschehen ist – sondern die Wohngegend auch in solchem Maße verteuern, dass Künstler dort nicht mehr leben können. So führte in London in jüngster Zeit die Nachfrage von Grafik- und Werbefirmen, die günstige Räume in Kreativ-Clustern in alten Fabriken am Stadtrand anmieteten, dazu, dass die Mieten in die Höhe getrieben wurden und das Angebot an günstiger Wohnfläche für einzelne Künstler eingeschränkt wurde.

Die Gründe für die staatliche Unterstützung der Kreativ-Cluster sind jedoch, dass diese Cluster dazu beitragen eine neue Form von Wirtschaft zu entwickeln. Auf effiziente Weise werden hier die Netzwerke aus Information, Anbietern und Kunden gebildet, die für Produzenten wichtig sind (siehe auch Artikel von Kirchberg in diesem Band). Studien zeigen, dass Kulturproduktion und Kulturkonsum von Mainstream-Medien bis hin zur alternativen Mode, Musik und Kunst von Jahr zu Jahr mehr Arbeitsplätze schafft. Der wirtschaftliche Wert des Kaufs und Verkaufs dieser Waren und Dienstleistungen nimmt in dem Maße an Bedeutung zu wie die traditionelle Fertigungswirtschaft zurückgeht. Außerdem erfinden Kulturproduzenten immer neue Wege, um eine Wertsteigerung zu erzielen, etwa bei Hightech-Maschinen (durch die Entwicklung von Software für Videospiele) und bei Massenartikeln (durch die Entwicklung von innovativen Werbekampagnen für Autos und Bier) sowie markante neue Nischenprodukte bekannt zu machen (durch Schleichwerbung und Mundpropaganda für Indie-Bands, personalisierte Sportschuhe und *flavored vodka*) (Scott 2000; Pratt 2004; Currid 2007).

Diese Lektionen haben die dynamischen wirtschaftlichen und politischen Führer in den rasch wachsenden Volkswirtschaften Asiens gelernt, besonders in Städten wie Shanghai, in denen alte Industrien die Stadt verlassen, um sich in preisgünstigeren Regionen Chinas wieder anzusiedeln und in denen Stadt sowie Bezirk neue Arten der Entwicklung unterstützen möchten. Wenn die chinesische Regierung auch offiziell kreative Industrien als einen Schlussstein der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung und des Prestiges unterstützt, gehen die Entscheidungsträger vor Ort sowohl ein politisches als auch ein finanzielles Risiko ein, wenn sie junge Künstler unterstützen, deren Werk auch noch als kritisch der Parteilinie gegenüber angesehen wird und die – zumindest bis vor ein paar Jahren – keinen voraussehbaren Marktwert hatte. Trotzdem formten sich auf Initiative einzelner Künstler eine Reihe von Kreativ-Cluster in Peking und Shanghai in den 90er Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

In Shanghai zog der Künstler Xue Song in ein Atelier auf einem leerstehenden Fabrikareal aus den 30er Jahren in Moganshan Lu 50, in der Nähe des Suzhou-Flusses. Das Gelände war im Besitz von Shangtex, einer großen Textil- und Bekleidungsfirma, die in ein neues Industriegebiet beim Flughafen auf der Pudong-Seite des Flusses gezogen war. Nicht nur Künstler, sondern

auch Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik sahen das Potenzial des Geländes als Kreativ-Cluster, besonders angesichts des Erfolges von „Factory 798“, eines Komplexes von Künstlerateliers und Galerien, der in Peking im Jahr 2001 eröffnet worden war und rasch die Entwicklung einer angesagten Gegend aus Galerien, Cafés und Boutiquen vorantrieb. Künstler in Shanghai, angezogen durch die niedrigen Mieten und die Lage mitten im Zentrum einer schnell wachsenden Weltstadt, zogen auf das Shangtex-Gelände. Zu Ihnen gesellten sich einzelne Kulturunternehmer aus Europa und den Vereinigten Staaten, die Galerien für zeitgenössische chinesische Kunst eröffneten mit Werken, die bis vor kurzen die Regierung und die Parteiführung nicht nur verhindern wollten, sondern verboten hatten. Diese Werke schienen nun eine positive Zugkraft auf ausländische Touristen und Investoren auszuüben, die genauso begierig darauf waren, neue chinesische Künstler in einem rauen industriellen Umfeld in Shanghai zu „entdecken“ wie auch die Werke anderer Künstler in ähnlicher Umgebung zu finden wie in SoHo oder im East End. Shangtex wurde ein eifriger Förderer – oder Vermieter – für neue Künstler, denn die Firma rühmt sich ihrer innovativen Verbindung von Technologie und Mode, um neue synthetische Fasern für die Bekleidungsindustrie zu produzieren (siehe <http://www.shangtex.biz/en/>). Darüber hinaus bekam Manganshan Lu 50 die Unterstützung der örtlichen Partei- und Regierungsvertreter. Im Jahr 2002 ernannte das „Municipal Economic Committee“ den Komplex aus 21 Gebäuden zum offiziellen Industriepark. Zwei Jahre später wurde der Titel in „Kunst-Industriepark“ geändert (Jie 2006).

Moganshan Lu 50 zu einem Kreativ-Cluster auszubauen passt zum Ehrgeiz Shanghais eine „global city“ zu werden, die ihre Konkurrenten, Hongkong und Peking, als finanzielles und kulturelles Zentrum als eine Hauptstadt der Symbolwirtschaft überholt (Kong 2007). Die Räume sind vermietet an eine Vielzahl von kreativen Anliegern wie Kunst-Galerien, Grafik-Firmen, Architekten- und Designerstudios sowie TV- und Filmproduktionsgesellschaften. Es überrascht nicht, dass die selbst deklarierte Markenpolitik ästhetische und räumliche Darstellungen vermarktet, die ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten haben und nach Europa und Asien gewandert sind. Der Slogan lautet „Suzhou creek/Soho/loft“. Wie auf der Internet-Seite des „hubs“ zu lesen ist, bringen diese Verbindungen zum Ausdruck, dass „M50 (Mogashan Lu 50) eine Verflechtung aus Geschichte, Kultur, Kunst, vogue (sic) und Originalität ist“ (www.m50.com.cn). Als Bindeglied zwischen den alten Loftgebäuden von Manhattans SoHo und des neuen Titan-Wunderwerks des Guggenheim-Museums Bilbao, soll Moganshan Lu die verschmutzten Hafenanlagen aufwerten, einen guten Weg aufzeigen, wie diese alten Gebäude einer neuen Nutzung zugeführt werden können anstatt sie niederzureißen, sowie Technologie und Kunst zusammenbringen. Um diese Bemühungen zu rechtfertigen, beschwören die Manager nicht nur den Anschein, sondern auch das Erleben der Authentizität: „Die schäbigen Fabrikgebäude

haben einen Wert in sich, weil die nackte Stahl-Konstruktion wie auch die alten Ziegelmauern und der fleckige Beton die Menschen die Wahrheit und die Vollkommenheit ihrer Existenz erfahren lässt“ (www.m50.com.cn). Ambitionierter kann urbane Kultur wohl kaum sein.

Moganshan Lu hat sich bei Künstlern und Touristen aus dem Ausland sowie aus verschiedenen Regionen Chinas als sehr beliebt erwiesen. Reiseführer und Internetseiten über Shanghai, die Welt der Kunst oder Tourismus-Seiten empfehlen den Besuch. Als ich an einem Nachmittag dort war, aßen Touristen in einem kleinen Café zu Mittag und schauten sich die offenen Galerien an. Bei besonderen Ausstellungen sind es mehrere hundert Besucher an einem Tag. Einige der dort ausstellenden Künstler kommen aus Hongkong und Taiwan. Die Lebenshaltungskosten sind auf dem Festland geringer, und in Shanghai haben sie Zugang zu einem internationalen Markt. Während ein Teil der Werke traditionelle Arbeiten sind, sind die meisten jedoch überraschend modern und ironisch. Sie parodieren die Artefakte und Posen der Mao-Ära oder zeigen, dass einige der krassen Ergebnisse der boomenden Konsumgesellschaft Chinas so grotesk sind, wie die Karikaturen der Kapitalisten, die von den deutschen Expressionisten des frühen 20. Jahrhunderts geschaffen wurden.

Es ist zu befürchten, dass Moganshan Lu 50 nicht erfolgreich genug ist, um die aggressive Zerstörung ihrer alten Gebäude und Viertel zu verhindern. Obwohl die Stadtverwaltung sich vorgenommen hat, den Suzhou-Fluss zu reinigen und einen fußgängerfreundlichen grünen Bereich an seinen Ufern anzulegen, sind doch Baukolonnen Tag und Nacht damit beschäftigt Fabriken wie Moganshan Lu 50 abzureißen und die alte Stadt, die in ihrem Umfeld gewachsen ist, zu zerstören. Auch nützen Kreativ-Cluster wie Moganshan Lu nicht allen Künstlern. Einige von ihnen sind sehr erfolgreich geworden, ihre Werke erzielen hohe Preise und gehen meist an ausländische Touristen oder auf Kunstauktionen im Ausland (Higgins 2004). Andere Künstler wiederum haben Schwierigkeiten selbst die niedrigen Mieten in Moganshan Lu 50 zu bezahlen. Da die Grundstückspreise im Zentrum sehr hoch sind, können es sich die meisten Künstler nicht leisten dort zu wohnen oder zu arbeiten. Deshalb haben sich manche dazu entschlossen günstigere Studios am Stadtrand zu mieten und Moganshan Lu nur als Ausstellungsort zu nutzen, an dem sie versuchen ihre Arbeiten zu verkaufen.⁷ Höhere Immobilienpreise im Zentrum haben also den gleichen Effekt wie in New York oder London, wo das Schaffen von Kunst hinter den hochklassigen Kulturkonsum zurücktritt.

Neben Moganshan Lu 50 gibt es weitere „creative hubs“ in Shanghai, die aber entweder mehr kommerziellen Raum für Architekten- und Grafik-Studios haben (wie Bridge 8) oder mehr Raum für Künstler-Ateliers (wie Tianzi-

7 In Peking haben hohe Mieten und Grundstückserschließung einen ähnlichen Effekt auf Factory 798 gehabt (Benaim 2006).

fang) bieten, während wiederum andere (wie Yifei Originality Street in Pudong) eher disneyhafte Unterhaltungszonen sind, die kreative Produktion mit diversen Arten des Kulturkonsums verbinden: „Themen-Lokale, Restaurants und Kunsthandlungen wurden entlang der Straße errichtet, mit Leuchtstrahlern an den Mauern und in den Bäumen, rund um einen zentralen Platz“ (Fei 2007). Es sind also nicht nur die steigenden Preise, die für zeitgenössische chinesische Kunst bezahlt werden, auch der wirtschaftliche Erfolg Shanghais selber bewirkt, dass große Teile dieser Stadt Gefahr laufen ihre Identität zu verlieren.

4. Fazit

Die Bewertung von Authentizität in der Stadtkultur ist zumeist das Produkt sozialer Kontexte und Sozialisierungen. Authentizität bezieht sich auf eine besondere Art des Erlebens von Gebäuden und Stadtteilen, die als lokal, historisch und unverwechselbar empfunden werden, und sie findet statt an Orten und Zeiten zwischen Verfall und Wiederaufbau. Der lokale Charakter, die historische Bedeutung und das Besondere werden geschätzt und bestätigt, wenn nicht durch einen ausgewiesenen Experten so doch zumindest durch Kulturkonsumenten, die den Künstlern und anderen Kulturschaffenden in die heruntergekommenen Unterklasse-Viertel folgen und diese aber bald verdrängen. Jede Dimension der Authentizität kann durch aggressive Unternehmer, ehrgeizige Wirtschaftseliten und machtbewusste Politiker untergraben werden. „Lokal“ wird zur Marke, die Investitionen, Tourismus und die Entwicklung der Stadt fördern soll. „Historisch“ wird zur an die Situation angepassten Stadtentwicklungsstrategie für die Kulturerbe-Industrie. „Original“ oder „unverwechselbar“ wird allein zu Merkmalen der Image-Konstruktion angesagter Wohngegenden und Künstlerviertel, die Besucher in ihre Boutiquen, Cafés und Bars lockt. Das Ergebnis ist eine globale Reproduktion und Standardisierung einer urbanen Kultur, die zwar Rudimente einer authentischen materiellen Kultur des Industriezeitalters zur Image-Konstruktion aufnimmt, dabei aber eine neue immaterielle Kultur des transnationalen Kulturkonsums in ihrem Sog entstehen lässt, die diese Authentizität nur noch vorspiegelt. Dabei spielt es keine Rolle mehr, dass Authentizität als nachwachsenden Rohstoff für die Stadt und als ihre Lebensader für die Zukunft eingesetzt werden könnte.

Literatur

Benaim, Henri (2006): *Rendering Modernity: 798, an avant-garde art district in Beijing*. Department of East Asian Studies, Yale College. Abschlussarbeit.

- Berman, Marshall (1982): *All That Is Solid Melts Into Air*. New York: Simon und Schuster, Sennett, Richard (1990): *The Conscience of the Eye*. New York: Norton.
- Berman, Marshall (2006): *On the Town: One Hundred Years of Spectacle in Times Square*. New York: Random House.
- Cohen, Elizabeth A. (2003): *Consumers' Republic: The Politics of Mass Consumption in Postwar America*. New York: Knopf.
- Currid, Elizabeth (2007): *The Warhol Economy: How Fashion, Art, and Music Drive New York City*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Evans, Graeme (2003): *Hard Branding the Cultural City: From Prado to Prada*. S. 417-440 in *International Journal of Urban and Regional Research* 27.
- Fei, Yang Li (2007): *Chen's Creative Cluster Opens*. *Shanghai Daily*, 10. Oktober 2007.
- Frieden, Bernard J. und Lynne B. Sagalyn (1989): *Downtown Inc.: How America Rebuilds Cities*. Cambridge MA: MIT Press.
- Grazian, David (2003): *Blue Chicago: The Search for Authenticity in Urban Blues Clubs*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hamnett, Chris und Noam Shoval (2003): *Museums as Flagships of Urban Development*. S. 219-236 in Lily M. Hoffman, Susan S. Fainstein und Dennis R. Judd (Hg.): *Cities and Visitors*. Malden MA und Oxford: Blackwell.
- Hannigan, John (1998): *Fantasy City*. New York: Routledge, 1998.
- Higgins, Charlotte (2004): *Is Chinese Art Kicking Butt...Or Kissing It?* *The Guardian*, 9. November 2004.
- Indergaard, Michael (2004): *Silicon Alley: The Rise and Fall of a New Media District*. New York: Routledge.
- Jackson, John L. (2005): *Real Black: Adventures in Racial Sincerity*. Chicago: University of Chicago Press.
- Jacobs, Jane (1961): *The Death and Life of Great American Cities*. New York: Random House, 1961.
- Jie, Wang (2006): *Shanghai SoHo-50 Moganshan Road*. Online-Zugriff 29. August 2006, <http://www.chinadaily.com.cn/citylife>.
- Kong, Lily (2007): *Cultural Icons and Urban Development in Asia: Economic Imperative, National Identity, and Global City Status*. S. 383-404 in *Political Geography* 26.
- Lee, Denny (2007): *Bilbao Ten Years Later*, *Travel Section*, *New York Times*, 23. September 2007.
- Lloyd, Richard (2006): *Neo-Bohemia: Art and Commerce in the Post-Industrial City*. New York: Routledge.
- MacCannell, Dean (1999): *Staged Authenticity*, in *Dslb.: The Tourist: A New Theory of the Leisure Class*. Berkeley and Los Angeles: University of California Press.
- McNeill, Donald (2000): *McGuggenization? National Identity and Globalisation in the Basque Country*. S. 473-494 in *Political Geography* 19.
- Mitchell, Don und Lynn A. Staeheli (2006): *Clean and Safe? Property Redevelopment, Public Space, and Homelessness in Downtown San Diego*. S. 143-75 in Setha Low und Neil Smith (Hrsg.): *The Politics of Public Space*. New York: Routledge.
- Muschamp, Herbert (1997): *The Miracle in Bilbao*, *New York Times*, 7. September 1997.
- Peterson, Richard A. (1997): *Creating Country Music: Fabricating Authenticity*. Chicago: University of Chicago Press.
- Plaza, Beatriz (2000): *Evaluating the Influence of a Large Cultural Artifact in the Attraction of Tourism*. S. 264-274 in *Urban Affairs Review* 36.
- Plaza, Beatriz (2006): *The Return on Investment of the Guggenheim Museum Bilbao*. S. 452-467 in *International Journal of Urban and Regional Research* 30.

- Pratt, Andy C. (2004): The Cultural Industries in South East England: Towards a Sectoral Strategy. S 19-36 in Dominic Power und Allen J. Scott (Hg.): The Cultural Industries and the Production of Culture. London: Routledge.
- Pratt, Andy C. (2009): Urban Regeneration: From the Arts 'Feel Good' Factor to the Cultural Economy: A Case Study of Hoxton, London. S. 1041-1061 in Urban Studies, 45 (5&6).
- Sagalyn, Lynne B. (2001): Times Square Roulette. Cambridge MA: MIT Press.
- Scott, Allen J. (2000): The Cultural Economy of Cities. London: Sage.
- Taylor, William R. (Hrsg.) (1991): Inventing Times Square: Commerce and Culture at the Crossroads of the World. New York: Russell Sage.
- Vicario, S. Lorenzo und P. Manuel Martinez Monje (2005): „Another 'Guggenheim Effect'? Central City Projects and Gentrification in Bilbao." S. 151-167 in Rowland Atkinson und Gary Bridge (Hg.): Gentrification in a Global Context. London: Routledge.
- Yudice, George (2003): The Expediency of Culture. Durham NC und London: Duke University Press.
- Zukin, Sharon (1989²): Loft Living: Culture and Capital in Urban Change. New Brunswick NJ: Rutgers University Press.
- Zukin, Sharon (1991): Landscapes of Power: From Detroit to Disney World. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Zukin, Sharon (1995): The Cultures of Cities. Oxford and Cambridge MA: Blackwell.
- Zulaika, Joseba (1997): Cronica de Una Seduccion: el Museo Guggenheim Bilbao. Madrid: Nerea.
- Zulaika, Joseba (2001): Tough Beauty: Bilbao as Ruin, Architecture and Allegory. S. 1-17 in Joan Ramon Resina (Hg.): Iberian Cities. New York und London: Routledge.

Andrej Holm

Gentrifizierung und Kultur: Zur Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse

Zusammenfassung: Künstler/innen und Kultureinrichtungen werden als Akteure und als Gepräge von Gentrifizierungsprozessen aufgefasst. Eine Analyse des Zusammenhangs von kulturellen Aktivitäten und kulturellem Kapital zeigt eine systematische Verknüpfung mit stadträumlichen Inwertsetzungsprozessen. Ausgehend von den bestehenden Künstlerkonzeptionen in der Gentrifizierungsforschung wird eine Logik kulturell vermittelter Aufwertungsprozesse beschrieben. Die Phasen der Gentrifizierung werden auch als Transformationen und Umwandlungen kulturellen Kapitals gedeutet. Kultur wirkt hier als Motor der symbolischen Aufwertung, als Medium der ökonomischen Inwertsetzung und als Instrument der sozialen Exklusion in aufgewerteten Wohnvierteln. Diese Kulturen der Aufwertung sind als Teil einer Doppelbewegung von Ökonomisierung und Kulturalisierung zu verstehen und können als wichtiger und aktueller Modus der kapitalistischen Urbanisierung gewertet werden.

Gentrifizierung hat Konjunktur: Nicht nur eine wachsende Zahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen sondern auch unzählige Presseartikel in Zeitungen und Zeitschriften stehen für die Präsenz des Konzeptes bei der Beschreibung städtischer Aufwertungsprozesse. Gentrifizierung hat sich zu einem der schillerndsten, aber auch umstrittensten Begriffe in den aktuellen Debatten um städtische Veränderungen entwickelt (Slater 2006). Und Kultur hat Konjunktur: Ob als kreative Klasse, Kreativszenen oder kulturell vermittelten Brandingstrategien der Immobilienwirtschaft: Kunst, Kultur und Kreativität sind zu einem beliebten Gegenstand in deutschsprachigen stadtsociologischen, planerischen und geografischen Forschungsarbeiten geworden (Lange 2007; Lewitzky 2005; Springer 2007; Stöber 2007).

Verstärkt setzen städtische und immobilienwirtschaftliche Akteure auf kulturelle Strategien bei der Aufwertung von Immobilien, Stadtvierteln und ganzen Städten. So setzte etwa die Firma Stofanel, die in Berlin Prenzlauer Berg das Luxuswohnquartier Marthashof plant, auf die Vermarktung eines „künstlerischen Markenproduktes“. Die Verbindung des bayrischen Bauentwicklers Ludwig Maximilian Stoffel und der italienischen Modedesignerin Giovanna Stefanel soll „die Stärken ihrer kulturellen Herkunft und Berufserfahrung bündeln und italienische Kreativität mit deutschem Qualitätsanspruch verschmelzen“ (Stofanel 2008). In Hamburg versucht die Internatio-

nale Bauausstellung (IBA) mit verschiedenen kulturellen Initiativen die Aufwertung des Stadtteils Wilhelmsburg zu forcieren (IBA 2007). In Berlin ist Kultur unter dem Schlagwort der „creative city“ sogar zum Leitbild für die gesamte Stadtentwicklung erhoben worden (SenWAF 2006; SenST 2009). Kultur, Kunst und Kreativität werden zunehmend als gezielte Instrumente der Stadtentwicklungspolitik eingesetzt. In dem Beitrag sollen die Zusammenhänge zwischen Kultur und immobilienwirtschaftlichen sowie stadtpolitischen Aufwertungsprozessen am Beispiel von Gentrifizierungsprozessen beschrieben und als eine Kultur der Aufwertung gedeutet werden¹.

1. Künstlerkonzeptionen und Kultur in der Gentrifizierungstheorie

Die Forschungsansätze zu städtischen Aufwertungsprozessen folgen überwiegend einem konzeptionellen Dreiklang von ökonomischen, sozialen und symbolischen Aufwertungen. Unbestritten ist in den meisten Gentrifizierungstheorien und empirischen Fallstudien, dass Künstler/innen an Gentrifizierungsprozessen beteiligt sind. Untersuchungen in den USA belegen einen statistischen Zusammenhang zwischen der Anzahl der Künstler/innen in Wohngebieten und Gentrifizierungstendenzen (NEA 1970, 1980, 1990; Knauss 2002). Doch so eindeutig die Befunde eines Zusammenhanges sind, so vage ist seine theoretische Konzeptionalisierung.

Künstler/innen werden in den meisten internationalen Studien und Ansätzen entweder als Akteure bzw. als Teil der Akteurskonstellation beschrieben (Cole 1987; Deutsche; Ryan 1987; Ley 2003), die für die Aufwertung und Verdrängung verantwortlich gemacht werden oder als Geprägte wenn nicht Leidtragende der Aufwertungsprozesse oder bestimmter Phasen davon festgelegt (Jäger 1986; Bridge 2001). Fast immer werden sie dabei in einer Reihe mit anderen Phänomenen benannt – eine ausdrückliche Theorie zu Künstler/innen, Kultur/Kunst und Gentrifizierung ist bisher nicht ausgearbeitet worden. In den gängigen Definitionen von Gentrifizierung (Smith; Williams 1986: 1) werden Künstler/innen gar nicht explizit benannt. Allenfalls wird unter dem Stichwort der „conspicuous consumption“ zumindest auf den en-

1 Ich werde meine Argumentation auf die Analyse von Gentrifizierungsprozessen und auf die prägende Funktion kultureller Aktivitäten darin beschränken. Weitergehende Forschungsansätze, wie etwa die Untersuchung der Beziehungen zwischen Kultur und Aufwertung in den Bereichen der Immobilienvermarktung und gesamtstädtischer Entwicklungs- und Wettbewerbskonzepte bleiben ebenso unberücksichtigt wie vertiefende Analysen zur Kultur der Aufwertung die die Wechselwirkungen von raumbezogenen Ökonomisierungen und künstlerischen Praktiken untersuchen und Kulturproduzenten auch als von städtischen Entwicklungen „Geprägte“ in den Blick zu nehmen.

gen Zusammenhang von habituellen Alltagspraktiken und dem Wohnen in Gentrifizierungsgebieten (Beauregard 1986: 38) verwiesen. Auch in internationalen Sammelbänden (Smith; Williams 1986; van Weesep; Mustard 1991; Atkinson 2005) und Standardwerken (Smith 1996; Lees; Slater; Wyly 2008) der akademischen Gentrifizierungsforschung gibt es nur wenige Ansätze für eine Analyse des Zusammenhanges von Kultur und städtischer Aufwertung. Ausnahmen bilden dabei die Arbeiten von Sharon Zukin und Richard Lloyd (Zukin 1989, 1990, 1996; Lloyd 2006).

Auch der Stand der deutschen Gentrifizierungsforschung erlaubt kaum tiefere Einblicke in den Zusammenhang von Gentrifizierung und Kultur, politökonomische Perspektive auf das Verhältnis von Kultur und Stadtentwicklung sind mit wenigen Ausnahmen (Kirchberg 1998) selten. Im Sammelband „Großstadt. Soziologische Stichworte“ beispielsweise findet sich beim Beitrag zur Gentrifizierung auf zehn Seiten das Wort *Künstler* ein einziges Mal – in der etwas skurrilen Aufzählung einer als Pioniere bezeichneten Gruppen: „es sind zumeist Studenten, Künstler, Fotografen.“ (Friedrichs 2000: 59). Die bis heute viel zitierten ‚Neue Urbanität‘ kommt sogar ganz ohne eine Benennung von Künstler/innen aus. In den entsprechenden Abschnitten zur ‚Renaissance der Innenstädte‘ ist stattdessen von „Alternativen“ und „Angehörigen der Szene“ (Häußermann/Siebel 1987: 1ff.) die Rede. Als Indikatoren für Gentrifizierungsprozesse werden die Kulturschaffenden in der Regel in Aufzählungen verschiedener Erscheinungen eingebettet. So identifiziert Jörg Blasius in seiner empirischen Studie zu Gentrifizierung und Lebensstilen ein ganzes Bündel von spezifischen Lebensstilmerkmalen der am Aufwertungsprozess beteiligten Akteure: „unterschiedliche Nachfragemuster nach Wohnraum, nach der Nutzung von Kultur sowie nach sonstigen Angeboten des Wohnumfeldes“ (Blasius 1993: 356). In anderen Beiträgen werden Galerien und Kunstaufführungen im öffentlichen Straßenraum wie etwa „Straßenmusikanten und Jongleure“ neben Shopping Malls und Straßencafes als Merkmale der Veränderung aufgezählt (Helbrecht 1997: 4). Diesen Ansätzen ist gemein, dass Kulturorte wie Galerien, Ateliers aber auch Clubs als Zeichen verstanden werden, die einen Gentrifizierungsprozess sichtbar machen (Häußermann 1990: 35), aber nicht auslösen. Etliche Fallstudien beschrieben die Aufwertung anhand der Veränderung der Versorgungs- und Gewerbestrukturen in den untersuchten Gebieten (Küppers 1996) oder sehen sogar einen „Kreislauf der Veränderung von Bevölkerung und Infrastruktur“ (Franzmann 1996: 229). In eine systematische Analyse etwa der traditionellen Akteursmodelle der Gentrifizierungsforschung hat der Komplex von Kulturproduktion dagegen selten Eingang gefunden. Auf der Basis von Sozialstrukturdaten (Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen) wurden vielmehr spezifische Zeitverläufe von Aufwertungsprozessen analysiert und verschiedene Phasen der Entwicklung dargestellt (siehe Dangschat 1988). Kunst, Kultur und ihre Träger jedoch werden nur meist am Rande als so genannten „weiche“ Indikato-

ren wahrgenommen und eignen sich zudem schlecht als empirisch messbare Merkmale solcher Faktorialanalysen. Eine systematische Analyse des Zusammenhangs von Kultur und Gentrifizierung kann jedoch nicht darauf verharren, Kulturschaffende als Akteure und die Orte der Kulturproduktion als Indikatoren zu beschreiben. Wenn es eine regelmäßige räumliche Überschneidung von Aktivitäten der künstlerischen Entfaltung und der Aufwertung von Quartieren gibt, dann drängt sich die Frage nach den Verbindungslinien zwischen Kulturproduktion und Produktion aufgewerteter Räume auf: Gibt es eine Kultur der Aufwertung?

„Gentrifizierung“ verstanden als symbolische, materielle und sozialstrukturelle Aufwertung eines Quartiers und die Verdrängung der bisherigen Bewohnerschaft durch statushöhere Gruppen (Friedrichs 1996: 14; Kennedy und Leonard 2001: 6) bietet dabei drei konzeptionelle Dimensionen der Fragestellung: Welchen Einfluss haben Kultur und Kulturproduzent/innen auf die symbolische Aufwertung eines Gebietes? Welche Beziehung besteht zwischen der ästhetischer Produktion und dem Immobilienmarkt? Wie wirkt sich eine räumliche Konzentration kultureller und künstlerischer Aktivitäten auf die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft aus?

2. Symbolische Aufwertung: Kulturelles Kapital und die Konstitution ‚besonderer Orte‘

Einen Ansatz zur Untersuchung des Zusammenhanges von Kulturproduktion und Kulturschaffenden mit städtischen Veränderungsprozessen bietet Sharon Zukin in ihren Arbeiten zu den räumlichen Kontexten veränderter Konsumtionsmodi in den Städten. Gentrifizierung – so ihre Argumentation – stellt in diesem Zusammenhang einen sozialräumlichen Prototyp der postindustriellen Stadtentwicklung dar (Zukin 1987, 1990). Im Gegensatz zur funktionalen Gliederung der fordistischen Städte seien aktuellen Stadtentwicklungen durch die verstärkte Herausbildung von konsumdominierten Räumen („consumption-based spatial complexes“) geprägt, in denen kulturelle Aktivitäten, aber auch kulturell vermittelte Zuschreibungen an Bedeutung gewinnen. Dem kulturellen Kapital wird dabei vor allem eine symbolische Rolle zugeschrieben: als Medium distinktionsfähiger Konsumprozesse und -produkte sowie, auf den Wohnungsmarkt bezogen, als Instrument der Konstitution besonderer Orte.

Kulturelles Kapital als Medium neuer Konsumpraktiken

Sharon Zukin (1990) beschreibt in diesem Zusammenhang insbesondere die Herausbildung von kulturdominierten Komplexen der Investition und Konsumtion, wie sie etwa in einer zunehmend global organisierten Film- und

Musikindustrie oder den berühmten Fastfoodketten von McDonald's bis Starbucks zu Ausdruck kommen. Der Versuch, globale Marken zu entwickeln erscheint dabei als eine zentrale Voraussetzung für die Organisation von globalen Wertschöpfungsketten (Klein 2000: 3ff.). Die nahezu grenzenlose Übertragbarkeit und Kompatibilität neuer Konsumpraktiken verbinden sich dabei mit der räumlichen Flexibilität der neuen Exportindustrien. Zugleich erscheinen die konkreten Verortungen, etwa die Überführung von Fastfoodangeboten an die jeweils vorherrschende Architekturen, Geschmacklichkeiten und Gewohnheiten als räumliche Basis einer Authentizität und lokalen Eigenständigkeit. Konsum wird kulturell aufgeladen. „In diesem Kontext verschaffen ‚symbolische‘ Konsumpraxen für den Prozess der Kapitalakkumulation eine reale Basis“ (Zukin 1990: 38). Im Gegensatz zu soziologisch geprägten Studien zu „kulturellen Präferenzen“ und Lebensstilen will Zukin die Beziehung zwischen Konsum und Produktionsfaktoren stärker analysiert wissen. In der Tradition der materialistischen Politökonomie verweist sie im Anschluss an Arbeiten von David Harvey (1985) darauf, dass in der kapitalistischen Ökonomie ein Produkt seinen eigentlichen Sinn nicht entfaltet, bis es konsumiert wird. Die veränderten Konsumpraxen sind daher nicht von den Wertschöpfungsprozessen zu trennen.

Kulturelles Kapital wird dabei zur konstituierenden Komponente bei der Organisation des gesellschaftlich hegemonialen Konsums, der im Gegensatz zu früheren Konsummustern durch eine zunehmend postmaterielle Orientierung der Konsument/innen zumindest der ökonomisch abgesicherten Schichten der Gesellschaft gekennzeichnet ist (Schneider 2000). Die neuen Formen des Konsums sind dabei stärker als ihre gegenstands- und markenorientierten Vorgänger durch eine räumliche Einbettung („spatial embeddedness“) gekennzeichnet. Die Kreisläufe des kulturellen Kapitals, also die Produktion, Verteilung und Konsumtion kultureller oder kulturell aufgeladener Güter sind eng mit traditionellen Kapitalverwertungsprozessen verknüpft (Zukin 1990: 37). In Gentrifizierungsprozessen manifestiert sich eine gleichzeitige Kulturalisierung der raumbezogenen Investitionen und Ökonomisierung kultureller Praxen in räumlichen Kontexten. Zukin bezeichnet die Gentrifizierung daher als einen Prototyp für die neue Organisation der Konsumtion.

Kultur und die Konstitution ‚besonderer Orte‘

In der Wahrnehmung der Konsument/innen sind die neuen Prototypen der Konsumtion mit Authentizität, Einmaligkeit oder anderen distinktiven Merkmalen verbunden. Die Verwandlung von unterbewerteten Quartieren in ‚besondere Orte‘ erfolgt dabei nicht zufällig, sondern ist Folge von sozialen Konstruktionen, die beispielsweise in Denkmalschutzprogramme (Lees 1994a, 2003) aber auch kulturellen Neubewertungen einer historischen Bausubstanz

(Bodenschatz 1987) sichtbar werden. Die Einheit von kultureller Umbewertung, administrativer Erhaltungsorientierung und ökonomischen Gewinnaussichten gilt als eine zentrale Voraussetzung für die neuen Sanierungsstrategien (ebd.). Die Durchsetzung von erhaltenden Sanierungsprogrammen war so von Beginn an stark mit Diskursen der Historisierung und Authentizität verbunden, die in ihrer Orientierung an raum-zeitlichen Einmaligkeiten auf eine distinktionsorientierte Konsumtion ‚besonderer Orte‘ zielte und den veränderten Wertorientierungen der Mittelklasse entsprach.

Die Kreation von ‚besonderen Orten‘ geht mit der Überführung von Ortsbezügen in künstlerische Darstellungen einher. So verweist Richard Lloyd in seiner Beschreibung der Aufwertung in *Wicker Park* in Chicago auf die Zunahme von kulturellen Events im Quartier und die vielfache Nutzung der Nachbarschaft als Filmkulisse sowie in einer die Bohème idealisierenden Literatur (Lloyd 2006: 165f.). Andere Studie zeigen, dass insbesondere literarische Repräsentationen des Stadtteils den tatsächlichen Veränderungen vorausgingen und als symbolische Gentrifizierung den späteren Aufwertungen vorgelagert waren (Lang 1994: 499). Auch die Gestaltung und Benennung von Galerien, Clubs und Kneipen orientieren sich oft an literarischen Zitaten, die sich nur auf der Basis einer kultur-affinen Vorbildung rezipieren lassen. Künstler/innen und ihre Ausdrucksweisen verbinden sich in diesem Zusammenhang direkt mit der Konstitution eines neuen Raumbildes. Am Beispiel von Prenzlauer Berg in Ostberlin wurden „Kulturschaffende als Pioniere und Kunst als Türöffner der Aufwertung“ beschrieben (Bernt/Holm 2005). Internationale Beispiele zeigen, dass selbst szenespezifische Ausdrucksformen und Protestbewegungen in solche neuen verwertungsorientierten Raumbilder integriert werden können (Blehschmidt 2007; Griesser; Ludwig 2008; Pruijt 2003, 2005; Uitermark 2004).

3. Ökonomische Aufwertung: Transformationen des kulturellen Kapitals in Gentrifizierungsprozessen

Der Aufstieg dieser neuen konsumdominierten Verwertungsräume ist dabei nicht nur Ausdruck neuer Wertorientierungen und Lebensstile, sondern repräsentiert vor allem einen neuen Modus der Organisation von Investition und Konsumtion. Investitionen fließen weniger in die Produktion, sondern mehr in die Konsumtion. Ausgehend von der klassischen Definition kulturellen Kapitals als individuelle oder kollektive Ressource zur Prädisposition des Konsums und als Instrument sozialer Macht (Bourdieu 1982: 171ff.) werden in Gentrifizierungsprozessen die Übergänge zu einer ökonomischen Inwertsetzung deutlich (Zukin 1990: 38). Anders als in den Überlegungen von Bourdieu, der solche Übergänge vor allem als an Individuen oder Kunstprodukte gekoppelte Prozesse der Inkorporierung, Objektivierung und Insti-

tionalisierung beschrieb (Bourdieu 1983: 189ff., Harvey: 1982, Harvey 1985), wird dabei der Raum zum Transformationsmedium der Inwertsetzung kulturellen Kapitals. Die Konzeptionalisierung von phasenweise verlaufenden Gentrifizierungsprozessen (Dangschat 1988) ermöglicht die Identifizierung einer Abfolge verschiedener Kapitaltransformationen in Aufwertungsprozessen, die auch die Bedeutung von Kulturproduktion und Kulturkonsumption am Aufwertungsort erläutert. Die *erste Phase der Gentrifizierung* ist dabei insbesondere durch den Zuzug von Künstler/innen, Studierenden und anderen städtischen Pionieren geprägt. Als zentrale Gründe für diesen Zuzug werden meist die geringen Wohnkosten und die aus der ökonomischen Entwertung erwachsenden Erwartungen von Selbstentfaltungsmöglichkeiten eines städtischen Experimentierfeldes angeführt. Typisch für diese Pionierphase der Gentrifizierung sind der Anstieg von künstlerischen Aktivitäten, die Eröffnung selbstorganisierter Clubs und Partyräumen, Hausbesetzungen und die Initiierung anderer unkommerzieller Projekte. Mit der Terminologie von Bourdieu können wir diese erste Phase der Aufwertung als eine Konzentration von Menschen verstehen, die in einem hohen Maße mit individuell inkorporiertem kulturellem Kapital ausgestattet sind. Diese Gruppe steht damit in der Tradition der Bohème des 19. Jahrhunderts, wie auch Lloyd (2006) mit seinem Begriff „Neo-Bohème“ verdeutlicht.

In der zweiten Phase der Gentrifizierung wandelt sich die Wahrnehmung der Nachbarschaften. In Folge der Konzentrationsprozesse von kulturellen Aktivitäten. Zuvor unscheinbare oder vernachlässigte Quartiere werden zunehmend als In-Viertel, urban hotspots, Galerienmeilen und Künstlerquartiere rezipiert und verwandeln sich durch oftmals gezielte Marketinganstrengungen in der Wahrnehmung vieler zu ‚besonderen Orten‘. Durch die raumwirksamen Kulturpraktiken zunächst der noch wenigen ansässigen Kulturproduzenten (als Pioniere), später auch der von weiter weg kommenden Kulturkonsumenten (die dem symbolischen Lockruf des ‚In‘-Viertels bzw. der ‚In‘-Szene folgen) verändern sich die Raumbilder (zunächst als Image, dann auch real) der entsprechenden Nachbarschaft. In vielen Gentrifizierungsstudien wird diese Phase als eine symbolische Aufwertung beschrieben, die materielle Aufwertungsprozesse im Raumbild vorwegnimmt (Lang 1994). Das neue Image wird sichtbar in der gewachsenen Medienpräsenz des Gebietes, in gestiegener Beachtung in Reiseführern und oft auch in der Tatsache, dass bekannte Autoren die Handlungen ihrer Romane und Erzählungen in diese Gebiete verlegen und die Nachbarschaften immer öfter als beliebte Filmkulisse benutzen. Auch die Pioniere selbst knüpfen ihre Identitäts- und Selbstvermarktungspraktiken nun verstärkt an den explizit formulierten und verbreiteten Raumbezug (Lloyd 2006: 27). In der Begrifflichkeit von Bourdieu und Zukin können diese Effekte der Pionieraktivitäten als eine räumliche Aufladung des Raumes mit kulturellem Kapital beschreiben werden. Von Aufwertungs dynamiken erfasste Nachbarschaften verwandeln sich dabei von

einem Container kultureller Aktivitäten in ein eigenständiges kulturelles Objekt. Das individuell inkorporierte kulturelle Kapital hat sich auf diesem Wege in ein ortsgebundenes kulturelles Kapital transformiert. Diese Phase kultureller Pionieraktivitäten wird noch von einer symbolischen und sozialen, weniger von einer ökonomischen Aufwertung bestimmt. Diese folgt erst in der dritten Phase der Gentrifizierung, die durch steigende Bodenpreise und Modernisierungsaktivitäten sowie den verstärkten Zuzug von echten (also einkommensstärkeren) Gentrifiern beschrieben wird. Die Kapitalübertragung des zunächst individuell gebundenen kulturellen Kapitals an den Stadtraum wird nun in eine immobilienwirtschaftliche Inwertsetzung des kulturellen Kapitals überführt. Insbesondere Investoren und Hauseigentümer/innen verbinden die neue symbolische Qualität eines solchen Viertels mit verschiedenen Wertsteigerungsstrategien. Wenn Räume zu ‚besonderen Orten‘ werden, neigt die Immobilienwirtschaft dazu einen Mehrwert für nun exklusive (d.h. als „besonders“ auf dem Immobilienmarkt angepriesene) Lage zu erheben. Steigende Bodenpreise und Mieten sind die Anzeichen dieser Ökonomisierung des kulturellen Kapitals und der symbolischen Aufwertung des Viertels. Die neue Attraktivität des Ortes motiviert darüber hinaus Eigentümer/innen und Investor/innen zur Aufwertung der Bausubstanz über Investitionen in Modernisierungen und Neubauten. ‚Der Ruf ist besser als sein Viertel‘ und eine Materialisierung der in den gestiegenen Bodenpreisen sichtbaren Erwartungen ist nur über Realisierung der bestmöglichen Nutzung der Grundstücke möglich – also durch die Schließung der Ertragslücken („rent gaps“) zwischen der aktuell kapitalisierten und der potentiell möglichen Grundrente (Smith 1979, 1986; Clark 1987, 1991). In Wohngebieten sind diese Schließungen meist Modernisierungsmaßnahmen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, da deren Preise (auch unter Berücksichtigung der Modernisierungskosten) eine höhere Rendite ermöglichen. Nun beginnt der sichtbare Gentrifizierungsprozess mit den ersten Wellen der Verdrängung, die die sozialen Strukturen der Nachbarschaft verändern. Zukin beschreibt diesen Moment der beginnenden ökonomischen Inwertsetzung und Kommodifizierung als „interacting circuits of economic and cultural capital“. (Zukin 1991: 260). Diese Transformation kulturellen Kapitals in „real cultural capital“ (Zukin 1990: 47ff.) kann als Kapitalumwandlung von kulturellem zu ökonomischem Kapital (Bourdieu 1983: 195f.) verstanden werden. In der vierten Phase der Gentrifizierung, also zu einem Zeitpunkt, wenn nach Modernisierungsmaßnahmen durch den Verkauf oder durch hochpreisige Vermietungen ökonomische Gewinne realisiert werden und sich eine soziale Aufwertung der Nachbarschaft durchsetzt, erfolgt eine dritte Kapitaltransformation: Eine erfolgreiche Umsetzung der wohnungswirtschaftlichen Aufwertungserwartungen kann dabei nur gelingen, wenn Wohnungserwerber und Neumieter bereit sind, für eine Lage an einem besonderen Ort einen Extrapreis zu zahlen. Die Zahlungsbereitschaft für das Wohnen in den aufgewer-

teten Nachbarschaften wird nicht nur von den technisch-infrastrukturellen Qualitäten der Wohnungen und des Wohnumfeldes, sondern ganz wesentlich von den damit verbundenen räumlichen Distinktionsprofilen (Bourdieu 1991) bestimmt. Die neuen Bewohner/innen setzen dabei einen Teil ihres personen- gebundenen ökonomischen Kapitals für den Erwerb des symbolischen Wertes ein, an einem ‚besonderen Ort‘ und nicht in einer beliebigen Nachbarschaft zu wohnen. Etliche soziologische Untersuchungen zeigen, dass die Wohnortwahl und der Eigentumserwerb an einer ‚guten Adresse‘ zu den typischen Praktiken zur Herstellung sozialer Distinktion gehört (Ehrenreich 1994; Bourdieu 1997; Dangschat 1997; Schneider/Spellerberg 1999, Steinführer 2004). Zurückblickend auf den Ausgangspunkt des Gentrifizierungsprozesses lassen sich die Transformationsprozesse des kulturellen Kapitals als tauschwertvermittelte Aneignung des individuell-korporierten kulturellen Kapitals der Aufwertungspioniere in Gestalt einer räumlichen Distinktionsrendite durch das personengebundene ökonomische Kapital der Gentrifier beschreiben.

Diese mehrfache Transformation des kulturellen Kapitals und seine Umwandlung in einen ökonomischen Mehrwert verweisen auf den zentralen Gehalt von kulturellen Ressourcen und Zuschreibungen in Aufwertungsprozessen. Insbesondere die Orientierung von immobilienwirtschaftlichen Akteuren an der Realisierung von Monopolrenten (Krätke 1995: 211 ff.), die sich nur an exklusiven Orten realisieren lassen, ist aufs Engste mit der Umwandlung städtischer Räume in ‚besondere Orte‘ verbunden. Deren Konstitution geht nicht nur auf eine funktionale, technische oder ästhetische Sonderstellung eines Quartiers zurück, sondern ist in erster Linie Ergebnis einer sozialen Zuschreibung. Bourdieu bezeichnet solche Prozesse als die Schaffung von „angeeigneten physischen Räumen“ und will sie als „spontane Metapher des sozialen Raumes“ (Bourdieu 1991: 27) verstanden wissen. Die räumliche Verankerung verspricht dabei ein hohes Maß an Stabilität, so dass von Raumprofilen gesprochen werden kann, die mit dem Erwerb oder Anmietung von Wohnraum verbunden sind. In Gentrifizierungsprozessen sind diese Raumprofile eng mit den kulturellen und symbolischen Aufladungen des Ortes gebunden. Kulturelle Aktivitäten, die Etablierung einer Kunst- oder Alternativszene und die literarischen oder cineastischen Rezeptionen des Quartiers tragen wesentlich zur Konstitution von differnten und somit distinktionsfähigen Raumbildern bei.

4. Soziale Aufwertung: Kulturelles Kapital als Instrument der Ausgrenzung

In Anschluss an die mehrfachen Transformationen des kulturellen Kapitals bei Gentrifizierungsprozessen wurden bereits einige soziale Folgen kultureller und künstlerischer Aktivitäten in Aufwertungsgebieten benannt. Insbe-

sondere die Herausbildung von regelrechten Distinktionsräumen durch die Aufwertung von Nachbarschaften basiert auf den kulturell-symbolischen Bedeutungsüberschüssen bei der Rezeption der Wohngebiete. Doch Formen der sozialen Distinktion sind den kulturellen und künstlerischen Aktivitäten in allen Phasen eines Gentrifizierungsprozesses vorhanden. So wird insbesondere die Etablierung von ersten, meist subkulturelle Einrichtungen in den Frühphasen der Aufwertung mit Pioniermetaphern beschreiben, die zumindest in Gestalt der Auslassung bereits bestehende Aneignungs- und Nutzungsweisen deklassiert. Mit Begriffen der „städtischen Renaissance“, „Wiederbelebung“ oder „Lebendigkeit“ werden die oft als kreativ beschriebenen neuen Nutzungen als Hoffnungsträger für eine positive Entwicklungsumkehr den bisherigen, als problematisch wahrgenommen, Raumaneignungen gegenübergestellt. Typisch für solche Pionierdiskurse ist eine Aufbruchsrhetorik bei der Beschreibung eigener Aktivitäten. Exemplarisch hierfür ist die Selbstdarstellung von Gewerbestrukturveränderungen im Grazer Lendviertel: „Junge kreative Leute haben neue kleine Geschäfte eröffnet, wo sie produzieren, arbeiten, verkaufen – und Miete zahlen. Die Straße ist von ihrer Leere befreit, weil Neues unternommen wird, was zum kleinen Geschäftsraum und zum Charakter des Stadtraumes passt und umgekehrt. Die wenigen traditionellen Geschäfte passen gut dazwischen.“ (Saiko 2009: 6) Zum Hintergrund sei angemerkt, dass eine Anzahl von knapp 20 Geschäften eines Kreativsektors nicht einmal ein Viertel der Ladennutzungen im Gebiet ausmacht. Von „wenigen traditionellen Geschäften“ kann also keine Rede sein, doch werden in dieser symbolischen Raumaneignung durch eine Kunst- und Kreativszene die künftigen Gebietsentwicklungen bereits markiert (Holm 2009). In den Berliner Aufwertungsprozessen Anfang der 1990er Jahre konnte eine ähnliche Diskursfigur im Zusammenhang der Etablierung einer Galerienszene in der Spandauer Vorstadt beobachtet werden: Klaus Biesenbach, damals Initiator der „37 Räume“, einer zeitlich befristeten Umnutzung von leerstehenden Gewerberäumen durch Galerien beschrieb das Projekt mit klassischen Pioniermetaphern: „Ende der Achtziger Jahre war das Gebiet fast menschenleer und in insgesamt marodem Bauzustand. Die ersten Neusiedler waren dann Hausbesetzer, die Wohnungen, Fassaden und Höfe auf ihre Art umgestalteten“ (Biesenbach 1992: 7). Auch hier negiert die Pioniermetapher die bisherigen Nutzungsweisen und trägt zur Unsichtbarmachung der Bestandsbewohner/innen bei, denn das beschriebene Gebiet war Anfang der 1990er Jahre trotz einer Leerstandsquote von 25 Prozent alles andere als „menschenleer“.

Richard Lloyd bestätigt mit seiner Studie zur Neo-Bohemia in Chicago (Lloyd 2006) die Pionierrollen der Kunstszene. Er grenzt sich von martialischen Beschreibungen der Pioniere als „placeholders“ and „unwitting shock troops of gentrification“ ab (Lloyd 2006: 44), beschreibt jedoch den prägenden Einfluss der Kunstszene auf die Entwicklung eines Ortes. Insbesondere den klassischen Infrastruktureinrichtungen einer solchen Szene kommt dabei

eine zentrale Bedeutung für den Wandel der Nachbarschaft zu: „Such local institutions both drive neighborhood identity and reflect it. Bars and restaurants were hardly unknown to Wicker Park before its neo-bohemian turn, but the character of local venues would change as they increasingly served a new population with distinct social and aesthetic dispositions. (...) They form the inheritance of new residents, both in term of the built environment and the cultural palimpsest“ (Lloyd 2006: 100f.).

Doch welchen Einfluss haben künstlerischen Aktivitäten, wie Ausstellungen gestaltende Künstler/innen, Lesungen von Literaten, Auftritte von Musiker/innen oder Theateraufführungen (Lloyd 2006: 10ff.) auf die Veränderung der sozialen Zusammensetzung in Aufwertungsgebieten? Peter Marcuse unterscheidet in seiner Verdrängungssystematik (Marcuse 1986) nicht nur zwischen direkten (physical and economic displacement) und indirekten (exclusionary displacement) Verdrängungen, sondern ermöglicht uns mit dem Begriff des Verdrängungsdruckes (displacement pressure) eine Beschreibung individueller Auszüge oder Fluchten, die auf diesen Druck zurückgehen (Marcuse 1986: 156). Sozialstudien in vielen Aufwertungsgebieten bestätigen diese Verdrängungseffekte einer sich etablierenden Kunst- und Alternativszene: Noch ohne oder zu Beginn von baulichen Erneuerungsarbeiten im Gebiet ist im Ergebnis selektiver Wanderungsprozesse ein deutlicher Anstieg von Bewohner/innen mit höheren Bildungsabschlüssen zu verzeichnen. So verdoppelte sich in den Sanierungsgebieten von Prenzlauer Berg in Berlin der Anteil von Abiturient/innen bzw. Hochschulabsolvent/innen zwischen 1993 und 1998. Der bauliche Durchführungsstand zu diesem Zeitpunkt lag bei lediglich 30 Prozent des Gebäudebestandes. Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Modernisierungsarbeiten in mittlerweile fast 80 Prozent der Gebäude und die damit verbunden Mietsteigerungen haben drastischen Verschiebungen hinsichtlich der ökonomischen Situation der Bewohner/innen ausgelöst, die Anteile der Bildungselite haben sich in dieser Zeit nicht wesentlich verschoben (PFE 2008). Richard Lloyd berichtet ähnliche Entwicklungen in Wicker Park in Chicago. Dort hat sich in den ersten Jahren der Aufwertung die Anteil der Hochschulabsolvent/innen sogar verdreifacht, während die baulichen Aufwertungsmaßnahmen erst mit einer Verzögerung zu den sozialen Bevölkerungsverschiebungen erfolgten (Lloyd 2006: 115ff.).

Hintergrund für diese frühen Sozialstrukturveränderungen ist die selektive Attraktivität, die von der Etablierung kultureller und subkultureller Einrichtungen ausgeht. Aus der Perspektive von Bestandsbewohner/innen solcher Viertel bewirkt eine solche Umnutzung der Gewerbestrukturen oftmals den Eindruck einer soziokulturellen Entfremdung. Soziologische Studien in Aufwertungsgebieten verweisen auf den Verlust von sozialen Netzwerken (Schultze 2009) und die Zunahme von kulturelle Dissonanzen zur Gebietsentwicklung (Dörries 1998) insbesondere von älteren und ökonomisch benachteiligten Bewohner/innen. In der internationalen akademischen Debatte

haben Vincent Parillo und John Macionis die Anpassungsschwierigkeiten mit den soziokulturellen Veränderungen der Nachbarschaften im Zuge von Gentrifizierungsprozessen als einen Typus des „Zurückgelassenseins“ charakterisiert (Macionis/Parrilo 2004: 286ff.). Auf einen ganz anderen Zusammenhang von kulturellem Kapital und Bevölkerungsveränderungen in Aufwertungsgebieten verweist eine mikrosoziologische Untersuchung von Auszugs- und Bleibeentscheidungen im Kontext baulicher Modernisierungsmaßnahmen (Häußermann/Holm/Zunzer 2002). Haushalte mit höheren Bildungsabschlüssen und einem hohen Maß an sozialen Kontakten waren in verhandlungsorientierten Rahmenbedingungen der Ostberliner Stadterneuerung besser in der Lage eigenen Interessen bei Modernisierungsvorhaben durchzusetzen als Haushalte mit geringerer Ausstattung mit kulturellem und sozialen Kapital (Holm 2002). Insbesondere Regulationen des Wohnungsmarktes und von Modernisierungsarbeiten, die an eine individuelle Rechtspositionen von Bewohner/innen gekoppelt sind, weisen einen hohen Grad an sozialer und kultureller Selektivität auf, da die Durchsetzung eigener Interessen letztendlich von der individuelle Ausstattung mit kulturellen und sozialen Ressourcen abhängt.

Doch nicht nur in den Pionier- und Modernisierungsphasen eines Gentrifizierungsprozesses können kulturelle Aspekte des Bevölkerungswandels aufgezeigt werden. Kulturelle Ressourcen und ein sozialer Distinktionswille der zuziehenden Mittelklassehaushalte sind wesentlich für die Konsolidierung und soziale Schließung der neuen Nachbarschaften. Garry Robson und Tim Butler (2001; 2003) haben mit ihren Untersuchungen in verschiedenen Aufwertungsquartieren in London einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Aufwertungs-dynamiken vorgelegt und gezeigt, mit welchen Strategien und in welchen Lebensbereichen die soziokulturelle Eroberung der Nachbarschaften durch die Mittelklasse erfolgt. Dabei haben sie vor allem auf Schließungspraktiken der Aufwertungsmilieus im Bereich der schulischen Bildung und anderer zentraler Nachbarschaftsinstitutionen verwiesen. So kommt Butler zu der aus seiner Forschungsperspektive folgerichtigen Einschätzung, dass „Gentrifizierung (...) als simpler Ausschluss von all jenen [zu beschreiben sei], die nicht so sind wie sie selbst: Sie kommen nicht zu einander, sie essen nicht mit ihnen und schicken ihre Kinder nicht in die selben Schulen.“ (Butler 2003: 2484)

5. Zusammenfassung: Kultur der Aufwertung

Der Rolle von Kultur und kulturellem Kapital in Gentrifizierungsprozessen geht weit über die Beteiligung von Künstler/innen als Akteure und künstlerischen Aktivitäten als Indikatoren der Aufwertung hinaus. In allen Phasen und verschiedenen Ebenen von Gentrifizierungsprozessen lassen sich kulturell

vermittelte Aufwertungsdynamiken erkennen. Eine Kultur der Aufwertung umfasst dabei Aspekte der symbolischen Umbewertung von Nachbarschaften ebenso wie solche der immobilienwirtschaftlichen Aufwertung und des Bevölkerungsaustausches. Kultur ist Motor der symbolischen Aufwertung, Medium der Inwertsetzung und Instrument der sozialen Exklusion in aufgewerteten Wohnvierteln. Insbesondere in Pionierphasen der Aufwertung tragen künstlerische Aktivitäten und kulturell aufgeladene Raumnutzungen wesentlich zur Attraktivierung von Wohngebieten bei und sind oft Kern der medialen Rezeptionen und veränderten Raumbilder. Die auch infrastrukturelle Etablierung einer Kunst- oder Alternativszene wirkt in diesem Zusammenhang als Motor der Aufwertung, der nicht auf die Pionierphase der Aufwertung beschränkt bleibt. Insbesondere die Images von Szenevierteln wirken selbst nach dem Fortzug vieler Künstler/innen der Pionierphase nach und werden in die Vermarktungsstrategien des Immobilienmarktes inkorporiert: So verweisen etwa Immobilienanzeigen im Berliner Bezirk Friedrichshain – mit über 30 besetzten Häusern in den 1990er Jahren eine regelrechte Hochburg der besetzten Häuser – regelmäßig auf die „lebendige Atmosphäre“ und die „vielfältigen kulturellen“ Angebote. Für die Vermarktung von modernisierten Luxuswohnungen in einem ehemals besetzten Haus wurde explizit die Artefakte der Besetzerzeit erhalten: „Das Treppenhaus ist nach altem Vorbild instand gesetzt und geschmackvoll farblich gestaltet. Die schönsten Graffiti-Kunstwerke der Vergangenheit wurden mit Klarlack in das neue Treppenhaus integriert und erhalten.“ (IMMS 2009) – bei Mietpreisen von 2.500 Euro je Monat ein schmückendes Extra. Kultur und kulturelle Praxis sind nicht nur Voraussetzung und Ausdruck neuer Konsumpraktiken, die mit städtischen Aufwertungsprozessen verbunden sind, sondern tragen wesentlich zur Konstitution ‚besonderer Orte‘ und einer Simulation von Authentizität bei, die eine ökonomische Verwertung baulich degradierter Wohnviertel erst ermöglichen. Durch die mehrfachen Kapitaltransformationen (Bourdieu 1983, Harvey 1982) im Verlauf einer Gentrifizierung und die Umwandlung individuell inkorporierten kulturellen Kapitals in „real cultural capital“ (Zukin 1990, Zukin 1991) kann Kultur als wesentliches Medium wohnungswirtschaftlicher Inwertsetzungen verstanden werden. Diese Perspektive bietet zugleich einen Ansatz, die nachfrage- und angebotsorientierten sowie die produktions- wie konsumptionsorientierten Erklärungsansätze der Gentrifizierungsforschung analytisch zu verbinden (Lees 1994b). Durch die meist kulturell vermittelten Veränderungen des Nachbarschaftscharakters, durch die sozial und kulturell selektiven Fähigkeiten städtische Erneuerungsmaßnahmen im eigenen Interesse zu beeinflussen und durch die spezifischen Exklusionsstrategien der Mittelklassen in den späteren Phasen der Gentrifizierung haben Kultur und kulturelles Kapital zudem einen wesentlichen Einfluss auf die sozialen Veränderungen im Verlauf eines Aufwertungsprozesses. Kultur wirkt in diesem Zusammenhang als Instrument der sozialen Exklusion.

Diese Aufwertungspotentiale der Kultur beschränken sich nicht auf den Kontext von Gentrifizierungsprozessen sondern werden seit den 1990er Jahren von Teilen der Immobilienwirtschaft und Stadtpolitik als gezieltes Instrument in Brandingstrategien für einzelner Standorte (Springer 2007, Lange 2007) oder als Entwicklungs- und Marketingkonzepte ganzer Städte (Häußermann/Siebel 1993; Lindner/Mutzner 2005; Matissek 2008) aufgegriffen. Der hohe Stellenwert von kulturellen Aufwertungsstrategien ist dabei auch Ausdruck einer postindustriellen Urbanisierung (Lloyd 2006: 43ff.) und korrespondiert mit den Übergängen zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie. Nicht nur, dass entsprechenden Einrichtungen und Arbeitsplätzen in der Stadtökonomie eine wachsende Bedeutung zukommt, auch die gesellschaftliche Wertschätzung kultureller Ressourcen und künstlerischer Aktivitäten ist durch ihre verstärkte instrumentelle Einbettung in die postindustrielle Ökonomie deutlich gestiegen. Kultur und kulturelle Aktivitäten haben die Nischen der Sub- und Hochkultur verlassen und spielen bei der Herausbildung postindustrieller Ökonomien eine zentrale Rolle und sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Gegenstand von Inwertsetzungen geworden (Krätke 2002; Rothauer 2005). Zugleich wird vielfach von einer Kulturalisierung der Wirtschaft und der Politik gesprochen (Kaschuba 1995; Welz 1996, Grlja und Vesić 2007; Hoffmann und von Osten 2008). Kulturen der Aufwertung in städtischen Kontexten sind als Teil einer Doppelbewegung von Ökonomisierung und Kulturalisierung zu verstehen und können als aktuelle Modi kapitalistischer Urbanisierung gedeutet werden. Die hier beschriebene Bedeutung von Kultur und kulturellem Kapital an Gentrifizierungsprozessen ist daher nicht durch eine Analyse der Phänomene selbst zu erfassen sondern verlangt nach einer Politökonomie der Aufwertungskulturen in städtischen Kontexten.

Anmerkung

Ich danke Christine Hannemann und Volker Kirchberg für die wichtigen und hilfreichen Hinweise zu den Entwurfsfassungen meines Beitrags.

Literatur

- Atkinson, Rowland; Bridge, Gary (2005): *Gentrification in a Global Context. The new urban colonialism*. London: Routledge.
- Beauregard, Robert (1986): *The chaos and complexity of gentrification*, in: Smith, Neil; Williams, Peter (eds.): *Gentrification of the city*. Boston: Allen&Unwin, pp. 35-55.
- Bernt, Matthias; Holm, Andrej (2005): *Kunst. Produkt. Gentrification*, in: Dilleuth, Stephan; Strau, Josef; Wieder, Axel John (Hg.) 2005: *Jetzt und 10 Jahre davor. Zu den Verhältnissen von Kulturproduktion und Stadtentwicklung* (Katalog), Berlin: Revolververlag.

- Bernt, Matthias; Holm, Andrej; Rink Dieter (2009): Gentrificationforschung in Ostdeutschland: Konzeptionelle Probleme und Forschungslücken. Unveröffentlichtes Manuskript (eingereicht bei Berichte der deutschen Landeskunde).
- Biesenbach, Klaus (1992): Berlin 37 Räume. Veranstaltungsbroschüre im Rahmen des Programms „Berlin im Juni“. Berlin.
- Blasius, Jörg (1993): Gentrification und Lebensstile. Eine empirische Untersuchung, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Blehschmidt, Andreas (2007): Die Rote Flora im Hamburger Alltag: Stör- oder Standortfaktor? In: Birke, Peter; Holmsted Larsen, Chris (Hrsg.): Besetze Deine Stadt! Bz Din By! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen. Berlin; Hamburg: Assoziation A, S. 190-198.
- Bodenschatz, Harald (1987): Platz frei für das neue Berlin. Geschichte der Stadterneuerung in der größten Mietskasernenstadt der Welt seit 1871, Berlin: transit.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hg.). Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume., Frankfurt a.M.; New York 1991, S. 25-34.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte, in: Pierre Bourdieu et. al. (Hrsg.): Das Elend der Welt. Konstanz: UVK, S. 159-168.
- Bourdieu, Pierre 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt; Main: Suhrkamp.
- Bridge, Gary (2001): Estate agents as Interpreters of economic and cultural capital: The Gentrification Premium in the Sydney housing market, In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 25, No.1, pp. 87-101.
- Butler, Tim (2003): Living in the bubble: Gentrification and its 'others' in London, in: Urban Studies 40/12, pp. 2469-2486.
- Clark, Eric (1987): The Rent Gap and Urban Change: Case Studies in Malmo 1860-1985, Lund: Lund University Press.
- Clark, Eric (1991): Rent gaps and value gaps: complementary or contradictory? In: van Weesep, Jan; Musterd, Sako (eds.): Urban housing for the better-off: gentrification in Europe, Utrecht: Stedelijke Netwerken, pp. 17-29.
- Cole, David B. (1987): Artists and urban redevelopment, In: Geographical Review 77/4, pp. 391-407.
- Dangschat, Jens (1997): Sag' mir, wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung. In: PROKLA 27/109, 619-647.
- Dangschat, Jens S. (1988): Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Nachbarschaften, in: Jürgen Friedrichs (Hg.): Soziologische Stadtforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29; 1988, S. 272-292.
- Deutsche, Rosalyn; Ryan; Cara Gendel 1987: The Fine Art of Gentrification, In: The portable Lower East Side, 4(1), (http://www.abcnorio.org/about/history/fine_art.html, 20.09.2009).
- Dörries, Cornelia (1998): Gentrification als kulturelles Phänomen. Der Zusammenhang von Innenstadtwandel und Lebensstil. Unveröffentlichte Diplomarbeit im Fach Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Eckardt, Frank und Dieter Hassenpflug (2002): Consumption and the Post-Industrial City. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang.
- Ehrenreich, Barbara (1994): Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse, Reinbek: Rowohlt.
- Franzmann, Gabriela (1996): Gentrification und Einzelhandel. Gibt es die ‚neuen‘ Geschäfte? In: Friedrichs, Jürgen; Keeskes, Robert (Hg.): Gentrification: Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen: Leske + Budrich, S. 229-258.

- Friedrichs, Jürgen (2000): Gentrification, in: Häußermann, H. (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich S. 57-66.
- Griesser, Markus; Ludwig, Katharina (2008): Standort Squat? Ein Interview übers Häuser besetzen, in: Malmoe, Vol. 41 (<http://www.malmoe.org/artikel/widersprechen/1662,03.12.2008>).
- Grlja, Dušan; Vesić, Jelena (2007): Die neoliberale Institution Kultur und die Kritik der Kulturalisierung (<http://eicp.net/transversal/0208/prelom/de/print>, 18.05.2009).
- Harvey, David (1982): *The Limits of Capital*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (1985): *The Urbanization of Capital*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Häußermann, Hartmut (1990): Der Einfluß von ökonomischen und sozialen Prozessen auf die Gentrification, in: Blasius, Jörg; Dangschat, Jens S. (Hg.): *Gentrification – die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt, Main: Campus, S. 35-50.
- Häußermann, Hartmut; Holm, Andrej; Zunzer, Daniela (2002): *Stadterneuerung in der Berliner Republik. Modernisierung in Berlin-Prenzlauer Berg*. Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hrsg.) (1993): *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Helbrecht, Ilse (1997): Stadt und Lebensstil: Von der Sozialraumanalyse zur Kulturraum-analyse? In: *Die Erde*, Nr. 128, S. 3-16.
- Hoffmann, Justin; von Osten, Marion (Hg.) (1999): *Das Phantom sucht seinen Mörder – Ein Reader zur Kulturalisierung der Ökonomie*. Berlin: b_books.
- Holm, Andrej (2002): *Stadterneuerung in Ostberlin: Wer bleibt, wer geht und vor allem warum? Prozessual bedingte Differenzierung von Beteiligungschancen an der Stadterneuerung*, in: Christine Hannemann; Sigrun Kabisch und Christine Weiske (Hg.): *Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands*. Berlin: Schelsky & Jeep, S. 184-205.
- Holm, Andrej (2009): *Gentrification leicht gemacht/genommen. Aufwertungsdiskurse im Grazer Lendviertel*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- IBA Hamburg (2007): *Welt. Stadt. Räume*. Hamburg: IBA-Hamburg.
- IMMS (Immobilien Management & Service) 2009: *Angebot des Monats: Wohnungsanzeige für eine Dachgeschoßwohnung in der Rigaer Str. 84* (http://www.imms-immobilien.de/html/objekt-nr__05090612_.html, zuletzt zugegriffen am 08.07.2009).
- Jager, Michael (1986) „Class definition and the aesthetics of gentrification: Victoriana in Melbourne“, in Smith, Neil; Williams, Peter (eds.): *Gentrification of the City*. London: Unwin Hyman, pp. 78-91.
- Kaschuba, Wolfgang (1995): Kulturalismus: Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs, in: *Zeitschrift für Volkskunde*, 91(1), S. 27-46.
- Kennedy, Maureen; Leonard, Paul (2001): *Dealing with Neighbourhood Change: A Primer on Gentrification and Policy Choices*. The Brookings Institution Center on Urban and Metropolitan Policy, PolicyLink.
- Kirchberg, Volker (1998): *Stadtkultur in der Urban Political Economy*, in: Göschel, Albert; Kirchberg, Volker (Hrsg.): *Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur*. Opladen: Leske + Budrich, S. 41-54.
- Klein, Naomi (2000): *No Logo*. London: Flamingo.
- Knauss, Dan (2002): *Gentrification: Artists and Yuppies Working Together*, in: *Riverwest Currents – Volume 1 – Issue 6* (<http://www.riverwestcurrents.org/2002/July/000036.html>, 20.05.2009).

- Krätke, Stefan (1995): *Stadt. Raum. Ökonomie. Einführungen in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*. Basel; Boston; Berlin: Birkhäuser.
- Krätke, Stefan (2002): *Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion*. Opladen: Leske + Budrich.
- Küppers, Ralf (1996): Gentrification in der Kölner Südstadt, in: Friedrichs, Jürgen; Keeskes, Robert (Hg.): *Gentrification: Theorie und Forschungsergebnisse*. Opladen: Leske + Budrich, S. 133-166.
- Lang, Barbara (1994): Mythos Kreuzberg, in: *Leviathan* 4/94, S. 498-519.
- Lange, Bastian (2007): *Die Räume der Kreativszenen. Culturepreneurs und ihre Orte in Berlin*. Bielefeld: transcript.
- Lees, Loretta (1994a): Gentrification in London and New York: An Atlantic gap? In: *Housing 316 Studies*, 9 (2), pp. 199-217.
- Lees, Loretta (1994b): Rethinking gentrification: Beyond the positions of economics and culture, in: *Progress in Human Geography*, 18 (2), pp. 137-150.
- Lees, Loretta (2003): Policy (re)turns: Urban policy and gentrification, gentrification and urban policy. In *environment and Planning A*, 35 (4), pp. 571-574
- Lees, Loretta; Slater, Tom; Wyly, Elvin (2008): *Gentrification*. New York: Routledge.
- Lewitzky, Uwe (2005): *Kunst für alle? Kunst im öffentlichen Raum zwischen Partizipation, Intervention und Neuer Urbanität*. Bielefeld: transcript.
- Ley, David (2003): Artists, aestheticisation and the field of gentrification, In: *Urban Studies* 40(12), pp. 2527-2544.
- Lindner, Rolf; Mutzner, Lutz (2005): Kulturelle Ökonomien, urbane ‚Geschmackslandschaften‘ und Metropolenkonkurrenz, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte*, 1/05, S. 26-37.
- Lloyd, Richard D. (2006): *Neo-Bohemia. Art and Commerce in the Postindustrial City*. New York: Routledge.
- Macionis, John J.; Parillo, Vincent N. (2004): *Cities and Urban Life*. Upper Saddle River: Pearson/Prentice-Hall).
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, Gentrification, and displacement: the linkages in New York City, in: Smith, Neil; Williams, Peter (eds.): *Gentrification of the City*. London: Unwin Hyman, pp. 153-177.
- Mattisek, Annika (2008): *Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte*. Bielefeld: transcript.
- NEA (National Endowment for the Arts) (1970): *Where Artists Live*. Washington D.C.: National Endowment for the Arts, Research Division Report 19. Washington D.C.: U.S. Government Printing Office.
- NEA (National Endowment for the Arts) (1980): *Where Artists Live*. Washington D.C.: National Endowment for the Arts, Research Division Report 19. Washington D.C.: U.S. Government Printing Office.
- NEA (National Endowment for the Arts) (1990): *Where Artists Live*. Washington D.C.: National Endowment for the Arts, Research Division Report 19. Washington D.C.: U.S. Government Printing Office.
- Newman, Kathe; Wyly, Elvin (2005): Gentrification and Resistance in New York City, in: *Shelterforce Online*, Issue 142, (<http://www.nhi.org/online/issues/142/gentrification.html>, 20.05.2009).
- PFE (Büro für Stadtplanung, -Forschung und -Erneuerung) (2008): *Sanierungsgebiet Kollwitzplatz, Studie im Auftrag des Bezirksamtes Pankow*. Berlin.
- Pruijt, Hans (2003): Is the institutionalization of urban movements inevitable? A comparison of the opportunities for sustained squatting in New York City and Amsterdam, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27/1, pp. 133-57.

- Pruijt, Hans (2005): Squatters in the Creative City: Rejoinder to Justus Uitermark, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 28/3, pp. 699-705.
- Robson, Garry; Butler, Tim (2001): Coming to Terms with London: Middle-Class Communities in a Global City, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 25; 1, pp. 71-86.
- Robson, Garry; Butler, Tim (2003): *London Calling: The Middle Classes and The Remaking Of Inner London*. Oxford: Berg.
- Rothauer, Doris (2005): *Kreativität und Kapital. Kunst und Wirtschaft im Umbruch*. Wien: Universitäts-Verlag.
- Saiko, Harald (2009): Neu oder frei? in: *Korso Stadtforum. Das nachhaltige Magazin für Graz und die Steiermark*, S. 6.
- Schneider, Nicole; Spellerberg, Anette (1999): *Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, Norbert F. (2000): Konsum und Gesellschaft, in: Rosenkranz, Doris; Schneider, Norbert F. (Hrsg.): *Konsum: Soziologische, ökonomische und psychologische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-22.
- Schultze, Henrik (2009): Integrationspotentiale von Aufwertungsquartieren. Ergeben sich aus der Gebietsaufwertung im Sanierungsgebiet Kollwitzplatz positive Effekte für einkommensschwache Haushalte? Diplomarbeit am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2009): *Kulturwirtschaft in Berlin – Entwicklungen und Potenziale*. Berlin.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Berlin (2006): *Berlin ist erste europäische „UNESCO-Stadt des Designs“: Berlin-Design im Aufbruch*. Pressemeldung des Lande Berlin, 19.01.2006, (<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2006/01/19/34272/index.html>, 04.12.2008).
- Slater, Tom (2006): The Eviction of Critical Perspectives from Gentrification Research, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 30(4), pp. 737-57.
- Smith, Neil (1979): Toward a Theory of Gentrification: A Back to the City Movement by Capital, not by People, in: *Journal of American Planning Association* 45(4), pp. 538-548.
- Smith, Neil (1986): Gentrification, the frontier, and the restructuring of urban space, in: Neil Smith; Peter Williams (eds.): *Gentrification of the City*, Boston: Allen & Unwin, 15-33.
- Smith, Neil (1996): *The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City*. London and New York: Routledge.
- Smith, Neil; Williams, Peter (1986): *Gentrification of the City*. Boston: Allen & Unwin.
- Springer, Bettina (2007): *Artful Transformation. Kunst als Medium urbaner Aufwertung*. Berlin: Kulturverlag Kadmos.
- Steinführer, Anett (2004): *Wohnstandortentscheidungen und Städtische Transformation. Vergleichende Fallstudien in Ostdeutschland und Tschechien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stöber, Birgit (2007): Von ‚brandneuen‘ Städten und Regionen – Place Branding und die Rolle der visuellen Medien, in: *Social Geography*, 2007(2), S. 47-61.
- Stofanel (2008): Die Früchte von Inspiration und Solidität. (<http://www.stofanel.com/de/#!/Owners>, 20.05.2009).
- Uitermark, Justus (2004): The Co-optation of Squatters in Amsterdam and the Emergence of a Movement Meritocracy: A Critic Reply to Pruijt, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 28(3), pp. 687-698.
- Uitermark, Justus (2008): The governance of urban marginality. Integration and social control in West-European cities. Beitrag auf der Konferenz „The Right to the City. Prospects for Critical Urban Theory and Practice“, Berlin, 06.-08.11.2008.

- van Weesep, Jan; Musterd, Sako (eds.) (1991): Urban housing for the better-off: gentrification in Europe, Utrecht: Stedelijke Netwerken.
- Welz, Gisela (1996): Inszenierungen kultureller Vielfalt: Frankfurt am Main und New York. Berlin: Akademischer Verlag.
- Zukin, Sharon (1982): Loft Living. Culture and Capital in Urban Change. New York: Rutgers University Press.
- Zukin, Sharon (1987): Gentrification: culture and capital in the urban core, in: American Review of Sociology 13, pp. 139-147.
- Zukin, Sharon (1990): Socio-Spatial Prototypes of a New Organization of Consumption: The Role of Real Cultural Capital', in: Sociology, 24(1), pp. 37-56.
- Zukin, Sharon (1991): Landscapes of Power. From Detroit to Disney World. Berkeley und Los Angeles: University of California Press.
- Zukin, Sharon (1995): The Culture of Cities. Cambridge: Blackwell.

Frank Eckardt und Janet Merkel

Ethnische Vielfalt als Ressource der Stadtentwicklung?

Toleranz im städtischen Alltag – Berlin und Frankfurts Integrationspolitiken im Vergleich

Zusammenfassung: Migration ist ein zentraler Stadtentwicklungsfaktor, der in der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung vornehmlich problemorientiert diskutiert wird. So stehen die sozialräumliche Segregation, soziale Exklusionsprozesse und Benachteiligungen sowie die mangelnde Integration von Migranten im Vordergrund wissenschaftlicher Diskussionen. Inwieweit ethnische Vielfalt der Kulturen auch im Sinne von Ressourcen und Potenzialen für die Stadtentwicklung betrachtet wird und Eingang in kommunale Politikverständnisse gefunden hat ist Gegenstand zweier Fallstudien zu Stadtteilen in Berlin und Frankfurt am Main.

Migration ist ein zentraler Stadtentwicklungsfaktor, der die kulturelle Diversität und Komplexität von Städten erhöht. Angesichts zunehmender globaler Wanderungsbewegungen stellt sich für Städte immer mehr die Frage, wie sie mit dieser steigenden ethnisch-kulturellen Diversität und den daraus erwachsenden Dynamiken, Potenzialen, Konflikten und Veränderungen umgehen und den Beitrag von Migranten für die Stadtentwicklung nicht nur anerkennen, sondern auch deren kulturelle Erfahrungen und Kreativität produktiv nutzen. Deutsche Kommunen haben sich deshalb in den letzten Jahren in ihrem Verständnis gegenüber Einwanderern in erheblichem Maße neu verortet und teilweise andere politische Diskurse und Programmatiken entwickelt. Hierbei etabliert sich nach einer Phase der Proklamation multikultureller Toleranz eine Politik, in der die besonderen Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund für weitergehende Zielstellungen der Stadtpolitik genutzt werden sollen (Häußermann und Kapphann 2008).

In der Fachliteratur dominiert jedoch bis heute eine problemorientierte Diskussion der Folgen von Migration für Städte durch Themen wie sozialräumliche Segregation, die Bildung ethnischer Kolonien oder auch die mangelnde Integration von Migranten. Beeinflusst durch die Diskussion um „kreative Städte“ durch Autoren wie Richard Florida (2004) und Charles Landry (2000, Wood und Landry 2008) und deren Popularität in städtischer Politik und Verwaltung, lässt sich zunehmend eine positive Perspektive auf ethnische Vielfalt und migrationsbedingte Ressourcen in Städten feststellen. Wäh-

rend Florida mit seinem „Toleranzargument“¹ und einem vielfältigen sozio-kulturellen Lebens- und Arbeitsumfeld spezifische Standortqualitäten für die Entfaltung von Kreativität und die Ansiedlung der „kreativen Klasse“ und High-Tech-Unternehmen in Städten hervorhebt, sieht Landry ethnische Vielfalt selbst als endogenes Potenzial für die soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklung in Städten. Zuwanderung und ethnische Diversität werden als ein städtischer Aktivposten, als kulturelle und ökonomische Ressource betrachtet, die das symbolische Kapital von Städten erhöhen, Innovationsfähigkeit anregen und Wirtschaftswachstum generieren. Ethnische Diversität fördert demnach genau jene Eigenschaften, die gegenwärtig als signifikant im internationalen Städtewettbewerb betrachtet werden. Vor dem Hintergrund neuer ökonomischer Anforderungen an die städtische Gesellschaft, die von den Ansprüchen einer tertiärisierten und vor allem kulturellen Ökonomie beherrscht werden, stellt sich die Frage, inwieweit schon heute kommunale Politikverständnisse von einer solchen Auffassung ethnischer Vielfalt als Ressource post-industrieller Stadtentwicklung geprägt sind. Für die sozialwissenschaftliche Debatte ist es dabei von Bedeutung, ob sich mit dieser diskursiven Konstruktion von „Potentialen“ und „Ressourcen“ eine angemessene Beschreibungsdimension für existierende und sich neu etablierende Ausschlussprozesse und Identitätszuschreibungen finden lässt, und ob damit die bisherigen Diskussionen über die Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen sozialer Exklusionsprozesse abgelöst wird.

Im Folgenden soll mit diesem Fokus ein Vergleich zwischen Berlin und Frankfurt über den aktuellen Stand des politischen Diskurses angestellt werden. Während Berlin, insbesondere durch den Kollaps der Industrie im Osten der Stadt, einen Strukturwandel vollzieht wie er für viele post-industrielle Städte weltweit kennzeichnend ist, ist Frankfurt im hohen Maße in die globalen Netzwerke von Produktion, Mobilität und Dienstleistungen eingegliedert wie es für eine Global City (vgl. Sassen 1996) charakteristisch ist. Beide Städte eignen sich aber wegen ihrer unterschiedlichen Entwicklungswege für die Diskussion der hier verfolgten Fragestellung, da sie von ihren Ausgangspositionen zwei deutlich zu unterscheidende Profile der ökonomischen Transformation aufweisen.

1 Hier muss kritisch bemerkt werden, dass sich Floridas ursprünglicher Toleranzbegriff auf „openness, inclusiveness and diversity to all ethnicities, races and walks of life“ (Florida 2003: 10) bezieht und nicht nur die ethnisch-kulturelle Vielfalt (Melting-Pot-Index) in den Vordergrund stellt. Sondern auch sexuelle Orientierungen (Gay-Index) und künstlerische Berufe (Bohemian-Index) umfasst und der Melting-Pot-Index über den Anteil an „im Ausland geborenen“ gemessen wird, aber nicht die Gruppe der Afroamerikaner, Asiaten oder Lateinamerikaner erfasst, die in den USA geboren wurden (Florida 2004: 252, 353). In neueren Veröffentlichungen und im europäischen Kontext hat Florida seinen empirisch fragwürdigen Toleranzbegriff zu einem Wertebegriff entwickelt, der individuelle Einstellungen und Werthaltungen fokussiert.

Trotz unterschiedlicher Kontexte haben sich in beiden Städte Diskurse und Politiken etabliert, die sich nach ihrem Verständnis von ethnischer Diversität betrachten lassen. Dabei werden die Stadtteile Bornheim in Frankfurt und Nord-Neukölln in Berlin in ihrer jeweiligen sozioökonomischen Charakteristik und mit Hinblick auf ihre Funktion im gesamtstädtischen Kontext zunächst dargestellt. Hierbei werden unterschiedliche regionale Gelegenheitsstrukturen und die Komposition der ethnischen Vielfalt berücksichtigt. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Vorhandensein von und Integration in lokale soziale Netzwerke und in den gesamtstädtischen Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Profile beider Stadtviertel erfolgt dann der Abgleich mit den städtischen Integrationspolitiken. Hierbei soll gezielt nach Anknüpfungspunkten an die Terminologie Floridas, insbesondere den Kernbegriffen Toleranz als auch Potential und Ressourcen, und mit Blick auf die kulturalisierte Ökonomie gesucht werden. Die Dokumentanalyse wird durch Experteninterviews mit politisch Verantwortlichen und Vertretern der Bürgergesellschaft ergänzt.

1. Ethnizität und Stadt

In der sozialwissenschaftlichen Debatte über die gesellschaftliche Bedeutung askriptiver Merkmale haben sich unterschiedliche Verständnisse über die konzeptionelle und terminologische Reflexion unterschiedlicher sozialer Problemlagen etabliert, die in ihrem theoretischen Rahmen und in der behandelten Problematik sehr unterschiedlich sind (Bös 2008). In der stadtsoziologischen Diskussion über die Bedeutung von „Ethnizität“ haben sich bislang weitgehend Diskursstränge nachvollziehen lassen, die das Thema in einen Kontext von Migration oder sozialer Exklusion verfolgt haben (Cross/Moore 2002). Hierbei wird der besonderen kulturellen bzw. kreativitätsinduzierenden Dimension des Ethnischen zumeist nur eine nachgeordnete Bedeutung zugewiesen, in der Migrations- und Exklusionsprozesse als übergeordnete gesellschaftliche Strukturierungen betrachtet werden, in denen der gesellschaftliche Prozess der Klassifikation nach visueller Differenzierung mit kultureller Bedeutungszuschreibung als nachgelagert betrachtet wird.

Mit der „Kreativkapitalthese“ hat Richard Florida hingegen einen Ansatz gewählt, in dem diese Verknüpfung zu übergeordneten Ansätzen der gesellschaftlichen Exklusion nicht mehr vorrangig behandelt wird. Floridas Arbeiten sind im Kontext einer breiteren Diskussion um ethnische Vielfalt als ökonomische, soziale und kulturelle Ressource der Stadtentwicklung zu sehen und deuten auf einen allgemeinen Paradigmenwechsel in dieser Forschung hin, die stärker gesellschaftliche Chancen und Potentiale ethnisch-kultureller Vielfalt fokussiert (vgl. Yildiz/Mattausch 2008). Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht werden Entwicklungsoptionen ethnischer Ökonomien (vgl.

Rath/Kloosterman, 2008; Cooke/Lazzeretto, 2008), der „Diversity Advantage“ für die städtische Wirtschaft (vgl. Alesina/La Ferrara 2005) und in Organisationen hervorgehoben (vgl. Bassett-Jones 2005), als auch der Beitrag in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, die unter dem Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft zusammengefasst werden (vgl. Smallbone et.al. 2005, kritisch Knell/Oakley 2007) sowie auf Entwicklungspotentiale durch multiethnische Stadtviertel im Tourismus verwiesen (vgl. Rath 2005). Diese Konzepte haben in der Stadtentwicklungspolitik bereits erheblichen Einfluss ausgeübt. Die Rolle von Migranten in der Wiederbelebung von Stadtquartieren hingegen hat bislang nur wenig Aufmerksamkeit erfahren (vgl. Yildiz/Mattausch 2008). In der Stadtplanung steht Diversität im Mittelpunkt eines interkulturellen Regenerationskonzepts mit dem eine stärkere soziale Kohäsion in den Stadtquartieren angeregt werden soll. Durch Offenheit gegenüber kulturellen Werten und Alltagspraktiken der verschiedenen Minderheiten, gegenseitigem Respekt und Anerkennung sowie der Akzeptanz von Verschiedenheit und interkulturellem Dialog soll der wachsenden kulturellen Komplexität in Städten produktiv begegnet werden (vgl. Ash 2002, Wood und Landry 2008).

Insbesondere im Fall von Kultur- und Kreativwirtschaft wird ethnische Diversität als ein wichtiger Stimulus und kulturelle Ressource gedacht, die zu neuen Ideen, Erfahrungen, Praktiken und Produkten führen kann. Die grundlegende Annahme ist, dass kulturelle Homogenität nicht zur Schaffung von Neuem beiträgt sondern dass Diversität und Heterogenität als Kreativitäts- und Innovationspotential wirken. Ethnische Diversität kann Konfliktlinien schaffen, aber auch zu neuen Herangehensweisen, Problemerkassungen und Kombinationen führen und als Produktivfaktor die Entstehung von sozialen, kulturellen und ökonomischen Innovationen befördern, um in dem zu münden, was heute als „Creative City“ bezeichnet wird (vgl. Landry 2000). So erklärt auch Sharon Zukin „cities start to view the diversity of ‘urban lifestyles’ as a source of cultural vitality and economic renewal“ (1998: 836).

Für das Verfolgen der Fragestellung dieses Artikels wird für den Begriff der Stadtentwicklung ein umfassenderes Verständnis zugrunde gelegt, das nicht nur auf ökonomische oder baulich-physische Veränderungen abzielt, sondern soziale und kulturelle Entwicklungslinien mit einschließt. Die Diskussion um Ethnizität als Ressource der Stadtentwicklung erfordert ein Verständnis von Stadtgesellschaft, die durch einen dynamischen Prozess gekennzeichnet wird. Alternative Konzepte, die soziale Ausschlüsse und Benachteiligungen in den Fokus der Erforschung des Zusammenhangs von Stadt und Ethnizität stellen, operieren vielmehr mit einem eher statischen Konzept, mit dem Dauer und Härte von Trennlinien betont werden. Demgegenüber soll hier einer Auffassung von städtischer Komplexität gefolgt werden, die sowohl Konsistenzen als auch Dynamiken stadtgesellschaftlicher Prozesse thematisieren kann (vgl. Eckardt 2009). Ethnische Diversität im urbanen Kontext generiert sich hierbei aus der mikrogesellschaftlichen Ebene, im täg-

lichen Miteinander im Stadtviertel, in unterschiedlichen Normen, Werten, Praktiken und Routinen – kurz, in der differenten Alltags- und Handlungspraxis der verschiedenen Menschen (vgl. Ash 2002). Demnach benötigen wir einen umfassenderen Begriff von Kultur, der sich nicht auf seine ökonomische Verwertbarkeit reduziert, sondern vielmehr eine soziale Praxis widerspiegelt und Prozesse der Handlungskoordination verständlich macht. Kultur vermittelt den Menschen gemeinsam geteilte Bedeutungen sowie Deutungsschematas, die handlungskoordiniierend und -leitend wirken (vgl. Becker 1982). Die Grundannahme ist hier, dass sich in sozialen Interaktionen Kultur ausdrückt, modifiziert, bestätigt und verfestigt sowie dort beobachtet und studiert werden kann. Die Reflektion dieser Interaktion in den vorhandenen Diskursen und Politiken soll daher im Mittelpunkt des folgenden Vergleichs zweier Stadtteile stehen.

2. Berlin Unangepasst: Nord-Neukölln – ein Ort der ethnischen und kulturellen Vielfalt

„Typisch Neukölln ist diese spannungsvolle Gleichzeitigkeit von Kleinrixdorf und Rollbergviertel; von Mord und Totschlag und dem wunderbar stillen Comeniusgarten in dem Intensivstrafäter sich resozialisieren. Neukölln das sind schwierige Familien im organisierten Verbrechen und gleichzeitig im Nachbarhaus ein ehrenamtlicher Verein, der sich ein Bein ausreißt um migrantische Familien, die sonst nur Hartz IV haben, zu erreichen und zu beheimaten. Die Vereine treten einfach nur die Flucht nach vorn an und bewirken wahre Wunder in ihrer Ethnie. Typisch sind auch diese streitbaren Einzelpersonen, die über sich hinauswachsen und wichtige Integrationsfiguren sind.“ (Interviewpartner Bezirksverwaltung Neukölln)

In Berlin Neukölln leben mehr als 300.000 Einwohner aus 160 verschiedenen Nationen, der Stadtteil ist zugleich Innenstadt- als auch Randbezirk: Er gliedert sich in ein nördliches innerstädtisches Gebiet mit hoch verdichtetem gründerzeitlichem Altbaubestand und einen südlichen Teil, der eher suburbanen Charakter trägt, sich sozistrukturell vom Norden stark unterscheidet und nur durch die Großwohnsiedlungen Gropiusstadt und Britz unterbrochen wird. Die folgenden Ausführungen beziehen sich daher auf den Neuköllner Norden, in dem das „hohe Niveau sozialer Problemlagen ein flächendeckendes Problem“ (Häussermann, Dohnke et al. 2008: 12) darstellt und sich strukturelle Ausgrenzung manifestiert. So gibt es allein in Nord-Neukölln neun Quartiersmanagements (im Sommer 2009 werden zwei neue hinzukommen), die im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ finanziert werden. Der migrantische Bevölkerungsanteil liegt bei 51,8%, in der Altersgruppe der unter 18-jährigen sogar bei 78,8% und die Arbeitslosenquote mit 19,83% weit über dem Berliner Durchschnitt von 14,47% (Häussermann et.al. 2008: 8). Auch wenn in

Nord-Neukölln nur 4,6% der Berliner Bevölkerung leben, so konzentrieren sich hier 9% aller nicht-erwerbslosen Hartz IV-Empfänger, 7,1% aller Langzeitarbeitslosen und 7,6% aller Arbeitslosen Berlins (ebd: 4). Vor allem die Kinderarmut hat in einigen Verkehrszellen des Gebietes mit Anteilen von über 70% Kindern und Jugendlichen in Haushalten mit Transfer-Bezug dramatische Ausmaße angenommen (ebd: 12). Der Bezirk bildet mit seiner spezifischen Verdichtung sozialer Probleme einen Ausnahmefall sowohl im deutschen als auch im Berliner Vergleich.

Offiziell präsentiert sich Neukölln im Rahmen seiner Teilnahme am „Intercultural Cities“ – Programm² als bunter, multiethnischer Stadtbezirk, in dem die kulturelle Vielfalt durch verschiedenste Migrantengruppen als Bereicherung und selbstverständlicher Bestandteil des Alltages empfunden wird. „Sei Berlin, Sei Neukölln, Sei Anders.“ heißt daher der an die Berliner Imagekampagne angelehnte Slogan für Neukölln als interkulturelle Stadt. Die explizite Aufforderung „Anders zu sein“ und die eigene kulturelle Differenz produktiv zu verarbeiten, erzeugt jedoch noch keine Toleranz. Diese ergibt sich im Stadtviertel nicht aus der differentiellen Alltagswirklichkeit und dem Nebeneinander verschiedener kultureller Lebenswelten allein sondern muss aktiv gefördert und täglich neu verhandelt werden. Konträr zu dieser politisch-administrativen Sichtweise des Bezirkes, herrscht jedoch in den Medien eine negative Berichterstattung und öffentliche Stigmatisierung als sozialer Brennpunkt, migrantischer Problemkiez und Ghetto vor, die nicht zuletzt auch von politischen Repräsentanten des Berliner Senates getragen wurde (vgl. Lanz 2007). Das Image Neuköllns leidet unter der hohen sozialen Problemdichte, die stark ethnisiert wird, obwohl auch der einheimische Bevölkerungsanteil an Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen extrem hoch ist. Der Wegzug von deutschen und migrantischen Mittelklassehaushalten sowie der kontinuierliche Abbau von niedrig qualifizierten Tätigkeiten und Industriearbeitsplätzen im Stadtbezirk haben zu einer weiteren Verfestigung der Problemlage und der Abkopplung von der Berliner Gesamtentwicklung geführt. Zudem lässt sich eine Selbst-Ethnisierung der verschiedenen Migrantengruppen als Abgrenzungs- und Schließungsprozess sowie ein erstarktes religiöses Selbstbewusstsein feststellen – allein in Nord-Neukölln repräsentieren 20 Moscheen sichtbar religiöse Vielfalt.

2 Das „Intercultural Cities“-Programm wurde 2008 vom Europarat und der Europäischen Kommission zur Stärkung des Diversity-Gedankens und dem Aufbau interkultureller Strategien ins Leben gerufen. Neukölln ist die einzige deutsche Kommune von insgesamt zwölf europäischen Städten, die zur Teilnahme an diesem Programm in der zweijährigen Pilotphase ausgewählt wurde. Ziel des Projektes ist es gemeinsam mit den europäischen Partnerstädten bis Ende 2009 eine umfassende interkulturelle Strategie für den Stadtbezirk zu entwerfen und die bestehende Politik und deren Maßnahmen durch eine „interkulturelle Linse“ zu hinterfragen. (vgl. Intercultural Cities 2008, Woods und Landry 2008).

Der gegenwärtige Zuzug von Künstlern, Kulturschaffenden und Studenten in den Reuterkiez – einem Quartier an der Grenze zu Kreuzberg mit über 18.000 Einwohnern und einer Arbeitslosenquote von 35 Prozent – setzt einen wichtigen Kontrapunkt zum Negativbild Nord-Neuköllns und lenkt die Aufmerksamkeit auf Entwicklungspotenziale durch Kunst und Kultur in einem Stadtquartier – die in diesem Falle jedoch von „außen“ induziert wird und nicht aus dem endogenen Potenzial der ansässigen Bevölkerung entsteht. Leerstehende Läden werden zu Werkstätten, Ateliers, kleinen Galerien, Geschäften, Bars oder Kaffees und beleben das ehemals nüchterne Straßenbild geschlossener Rolläden und vakanter Ladenflächen in dem Quartier. Durch eine Zwischennutzungsagentur, die im Rahmen der Lokalen Agenda 21 durch Mittel der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin unterstützt wird, konnten seit März 2005 zwischen Wohnungsgenossenschaften, Hausbesitzern und -verwaltern sowie potentiellen Zwischenmietern bereits über 56 Läden und Fabriketagen vermittelt werden (vgl. Lokale Kooperationsnetze im Reuterquartier 2009). Die Künstler bringen aber nicht nur eine sichtbare und wahrnehmbare Belebung der Straßenzüge sondern auch eine neue „Offenheit“ in die Quartiere, so die Leiterin des Kulturamtes. Die Künstler bauen eine neue Kommunikationsstruktur in der Nachbarschaft auf, beteiligen sich an Initiativen und Workshops der einzelnen Quartiermanagements und werden von Migrantenvereinen zur Projektarbeit eingeladen. Die Entwicklungspotenziale von Kunst und Kultur liegen in Nord-Neukölln daher weniger im ökonomischen als im partizipativen Bereich und im ‚Empowerment‘ der stark geschlossenen ethnischen Communities. Kunst und Kultur sollen irritieren und intervenieren, neue Zugänge zu den Migrantengruppen eröffnen und Orte der Begegnung und des Austausches zwischen ihnen schaffen. Die Künstler fungieren als Scharnier und „Kontaktzone“ zwischen den verschiedenen Gruppen und entwickeln mit den Migrantengruppen über das gemeinsame künstlerische Arbeiten eine Kommunikation, die Ausdrucksfähigkeit jenseits einer gemeinsamen Sprache ermöglichen kann, Gelegenheit zum Engagement bietet und eine interkulturelle Auseinandersetzung durch künstlerische Praxis anregt. Die bezirkliche Integrationsarbeit setzt stark auf kulturelle Integration und interkulturelle Kommunikation und Kulturpolitik in Nord-Neukölln ist zugleich immer Integrationspolitik. Bei den engagierten Künstlern und Kulturschaffenden handelt es sich jedoch vornehmlich um individuell Zugezogene und keine aus den lokalen ethnischen Gemeinschaften in Neukölln. Auch wenn viele der Künstler selbst einen migrantischen Hintergrund haben und nicht nur nach Neukölln ziehen, weil die Mieten günstig sind sondern der Stadtbezirk eine „Weltoffenheit“ und Toleranz repräsentiert, so stellen sie nicht automatisch einen Kontakt zu den ethnischen Communities vor Ort her. Das vornehmliche kulturelle Interesse der Migrantenvereine und ethnischen Gemeinschaften liegt weniger im interkulturellen Austausch, als vielmehr der Bewahrung der eigenen Herkunftskultur, vor allem der eigenen

Sprache. Sowohl die Künstlergruppen als auch die Migrantengruppen verfügen über stark ausgebildete und lokal fest verankerte Netzwerkstrukturen, die jedoch nicht miteinander verzahnt sind und somit einen initiierenden und vermittelnden Kontakt benötigen, die über das Quartiersmanagement, das Kulturamt oder Modellprojekte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ oder „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ angeregt werden. Eine wichtige Begegnungs- und Interaktionsplattform bilden auch die verschiedenen Festivals wie „48 Stunden Neukölln“ (lokale Künstler öffnen ihre Ateliers und Werkstätten und bespielen temporär Orte im Stadtviertel, das Festival wurde explizit als Imagekampagne vom Kulturamt ins Leben gerufen, nachdem sich die negative Berichterstattung Ende der 1990er Jahre in den deutschen Medien gehäuft hatte), Kiez International (Migrantenvereine stellen sich kulinarisch vor und gestalten ein Bühnenprogramm), Bewegte Welten (Tanzfest der Werkstatt der Kulturen der Welt) oder die Konzertreihen im Körnerpark. Inwiefern sich aus diesen interkulturellen Begegnungen und Projekten jedoch positive soziale Wirkungen für die Entwicklung des Stadtbezirkes ergeben, kann nur in einer Langzeitperspektive festgestellt werden. Sie wirken jedoch imagebildend, erzeugen positive Aufmerksamkeit und regen nicht zuletzt den Tourismus an, da Nord-Neukölln durch diese sichtbare Multiethnizität und kulturelle Vielfalt als authentisch wahrgenommen wird.

Kleinräumige Aufwertungen durch Studenten und Künstler wie im Reuterkiez werden von politischer Seite sehr willkommen aufgenommen, bieten sie doch Anlass zur positiven medialen Berichterstattung und nähren die Hoffnung auf den Nachzug von dringend benötigten Mittelklassehaushalten. Potentielle Verdrängungstendenzen für die angestammte Bevölkerung werden hingegen kaum thematisiert. Obwohl sich schon jetzt in Nord-Neukölln die soziale Problemdichte durch die Aufwertung ganzer Viertel im benachbarten Kreuzberg stark erhöht hat und durch den Zuzug sozial schwacher Familien zu einer kontinuierlichen Ausdehnung der Problemgebiete bis ins südliche Neukölln führt (vgl. Holm 2007, auch Häussermann et al. 2008). Auch weist der Reuterkiez bereits deutlich höhere Angebotsmieten auf, als das restliche, umgebende Gebiet (IBB Wohnungsmarktbericht 2008: 69).

Charakteristisch für Neukölln ist zugleich eine lebhaftes Gemeinwesenarbeit und bürgerschaftliches Engagement, welches mit dem Bezirk, Bildungsträgern und dem Quartiersmanagement durch vielfältige Netzwerkstrukturen dicht verknüpft ist. So wurde etwa 2005 mit der Bürgerstiftung Neukölln die erste deutsche, interkulturell aufgestellte Bürgerstiftung gegründet, deren explizites Ziel der Aufbau einer multiethnischen Gemeinwesenstruktur ist. Sowohl lokale Unternehmer, engagierte Bürger als auch Personen aus Politik, Kirche und Kultur haben sich hier zusammengefunden, um gemeinsam mit den Migrantengemeinschaften die kulturelle Vielfalt Neuköllns zu einem Potenzial werden zu lassen. Neukölln war auch einer der ersten Stadtteile Berlins, der 2002 mit der Stelle des bezirklichen Migrationsbeauftragten eine Quer-

schnittsposition geschaffen hat, die zwischen Politik, öffentlichen Einrichtungen, Migrantenvereinen und Bürgern informiert und vermittelt, obwohl der Migrationsbeauftragte selbst kritisch anmerkt:

„Eigentlich sollte es meine Querschnittsposition gar nicht geben. In so einem großen Bezirk wie Neukölln mit so einem hohen Migrantenanteil gibt es keine Arbeit, die nicht Integrationsarbeit ist. Keines der Regelsysteme Schule, Jugendamt, Polizei kann sich den Luxus erlauben als hätten sie es nur mit mittelschichtorientierten ‚Ethnodeutschen‘ zu tun und nur ein paar Unterschichtleuten. Aber weil das eben noch nicht bei allen angekommen ist, gibt es mich um zwischen allen Systeme zu vermitteln.“

Die fruchtbare Verknüpfung von Kultur und Wirtschaft, wie sie unter den Stichworten Kultur- und Kreativwirtschaft stadtpolitisch diskutiert wird, stellt bislang keine aussichtsreiche Entwicklungsoption für Nord-Neukölln dar. Im Stadtviertel gibt es zwar viele Künstler und Kulturschaffende, die sind aber sozioökonomisch schwach aufgestellt und finanzieren sich meist über öffentliche Kulturprojekte oder eigen betriebenen Bars. Es gibt zwar viele Produzentenorte wie Ateliers oder Werkstätten, aber nur wenige Unternehmen, die der Kreativwirtschaft zuzurechnen wären. Auch wenn erste qualitative Untersuchungen gezeigt haben, dass es durchaus Einzelunternehmer mit Migrationshintergrund in den Kreativsektoren wie Design, Architektur oder Werbung gibt (vgl. Adelhoff 2008), so wird im zweiten Berliner Kulturwirtschaftsbericht die ethnisch-kulturelle Vielfalt nicht als entwicklungsfähige Ressource für diese Wirtschaftszweige erwähnt (vgl. Kulturwirtschaft in Berlin, 2008). Die wirtschaftlichen Potenziale der ethnischen Vielfalt in Neukölln liegen stärker in den klassischen Formen der „ethnischen Ökonomie“ wie Gastronomie, Einzelhandel und spezifischen Dienstleistungen, wenn gleich der Begriff ethnisches Gewerbe irreführend ist und politisch abgelehnt wird, handelt es sich im Verständnis der Bezirksverwaltung und dem Selbstverständnis der Unternehmer nach um die lokal-spezifische Ökonomie Neuköllns. An der Karl-Marx-Strasse, der Hauptschlagader Nord-Neuköllns sind die zentralen Charakteristiken dieser Wirtschaft besonders wahrnehmbar: kleine Gemüseläden, Imbissstände, zahlreiche Billig- und Ramschläden, die meist von Einzelunternehmern und nur durch die unentgeltliche Mithilfe von Familienangehörigen getragen werden können. Seit 2008 wird überprüft, ob aus Mitteln des Senatsprogramms Stadtumbau West der Umbau und die Neugestaltung der Strasse im Rahmen eines Sanierungsgebietes finanziert werden kann (vgl. Stadtumbau Berlin 2009). Die Sanierung soll den Funktions- und Qualitätsverlust der Strasse stoppen. Fraglich ist allerdings, wie sich die Veränderung mit den bestehenden Einzelhändlern konkret umsetzen lassen und inwiefern die intendierte höherwertige Geschäftsstruktur aufgrund der geringen Kaufkraft der Konsumenten in diesem Stadtbezirk tatsächlich Sinn macht.

Der Stadtteil Nord-Neukölln setzt sich in vielerlei Hinsicht von anderen Berliner Stadtbezirken ab und kann im städtischen Gefüge als „unangepasst“

beschrieben werden: Einerseits weist er eine überproportionale soziale Problemdichte auf andererseits gibt es ein breites und kraftvolles Zusammenspiel verschiedenster Akteure in Neukölln um eine vitale, multiethnische Gemeinwesenstruktur entstehen zu lassen, die sich durch kulturelle Vielfalt, Toleranz und Zusammenhalt auszeichnet, die in der medialen stereotypischen und stigmatisierenden Beschreibung dieses Viertels meist versteckt bleibt.

3. Tolerantes Frankfurt: Bornheim als Ort der Integration

„Sich von klein auf kennen und gleichzeitig offen für Fremde sein, Tradition wahren und aufgeschlossen sein für Neues, das macht für mich das Wesen der Bornheimer aus. Für mich ist das der ideale Cocktail für gelingende Integration. Da feiern Eingepackte wie Zugezogene Bornheimer Kerb mit Gickelschlag und Verbrennung der Lisbeth und tanzen beim Berger Straßenfest auf der unteren Berger Samba. Da trifft sich die junge Szene in den In-Kneipen Schöneberger oder Süden und trinkt nebenan mit Alt-Bornheimern Apfelwein. Gastarbeiter der ersten Stunde, ausländische Familien oder Neubürger von Gottweißwoher – in Bornheim finden alle Platz und Anschluss.“ Peter Völker, Vorstandsmitglied der Frankfurter Volksbank (zit. n. Strecker 2008)

Mit nur ca. 25.000 Einwohnern ist der innenstadtnahe Stadtteil Bornheim wesentlich kleiner als der Berliner Bezirk Nord-Neukölln. Etwa 33,9 Prozent der Einwohner sind Ausländer oder haben einen Migrationshintergrund. Damit kann Bornheim als ein durchschnittlicher Stadtteil Frankfurts gelten, da laut Mikrozensus 2006 etwa 38% aller Einwohner nicht Deutsche in diesem Sinne sind. Wie das im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgenommene Gallus ist Bornheim durch eine Abnahme des Ausländeranteils gekennzeichnet, wobei gleichzeitig ein Einwohnerverlust insgesamt zu verzeichnen ist. In den fünfziger Jahre hatte Bornheim noch gut 10.000 Einwohner mehr. Der Stadtteil wird hier behandelt, weil er von den in der Frankfurter Integrationsstudie (Stadt Frankfurt 2008) befragten Stadtteilen von den Einwohnern wegen seiner kulturellen Diversität als attraktiv empfunden wurde. Das Umfrage-Ergebnis weist auf eine Grundannahme Floridas für die Entwicklung einer vom kulturellen Kapital generierten Stadtentwicklung, wonach eine gelebte und authentische Toleranz wahrnehmbar sein müsste.

Bornheim hat sich historisch als ein Ort entwickelt, der von seiner großen Nähe zum Stadtzentrum von jeher profitieren konnte und der für die Gesamtstadt schon im 16. Jahrhundert als 300-Seelen-Dorf vor den Stadttoren Frankfurts eine Funktion als Verweilort einnahm. Die Tradition als Weindorf hat sich auch durch die Transformationen der Industrialisierung hinweg erhalten und ist durch eine teilweise historistische Rekonstruktion neben den wenigen erhaltenen Fachwerkhäuser des 18. Jahrhunderts in der Nähe der kleine Johanniskirche an der Großen Spillingsgasse nach wie vor baulich wie atmo-

sphärisch nachzuempfinden. Unangezweifelt prägt das Bild des heutigen Bornheim wesentlich stärker die zentrale Berger Straße, die auf einer Länge von ca. 2,7 Kilometer eine Verbindungslinie von der Frankfurter Innenstadt zum alten Dorfkern darstellt.

Der Charakter Bornheims hat sich in den letzten zwanzig Jahren verändert und zählt heute als „in“. Der Wandel des Stadtteils macht sich durch eine veränderte demografische und Familienstruktur bemerkbar. Wie in allen innenstadtnahen Quartieren Frankfurts, ist jeder zweite Bewohner ein Single. Die vielfach beklagten gestiegenen Mieten (vgl. Stadt Frankfurt 2008) verweisen auf eine allgemeine Aufwertung der Wohnqualitäten. Bornheim hat wie das Gallusviertel seine Funktion als Durchgangsstadtteil teilweise eingebüßt und mutiert zunehmend zu einem Stadtteil, in dem sich eine neue soziale Komposition abzeichnet. Für die eher sozial benachteiligten Frankfurter, dies lässt die verminderte Quote von Menschen mit Migrationsquote vermuten, bietet dieser Stadtteil zunehmend weniger Angebote im Freizeit-, Wohn- und Arbeitssektor. Nach wie vor zieren Bornheim angestammte Unternehmen, insbesondere in der Gastronomie (Schmährnche, Dicker Fritz, Eulenburg etc.), die auch von ansässigen Bornheimern seit mehreren Generationen betrieben werden und ist somit das Image des Stadtteils, wie es im Eingangszitat verbalisiert wurde, von einer nachvollziehbaren Authentizität. Diese Traditionalität des Stadtteils ist zudem durch Feste wie die Dippemess im Frühjahr und Herbst, dem Bernemer Kerb (seit 1608), dem Kerbeumzug und Bernemer Mittwoch verankert und diese werden durch alle Einwohnerschichten aufgesucht, neu gestaltet, aber als Rahmen beibehalten.

Das Zentrum des Stadtteils wird durch die Berger Straße mit einem gemischten Angebot an Einzelhandel, Gastronomie und Wohngelegenheiten bildhaft geformt. Zu ihrem Flair gehören neben den seit 1980 stattfindenden Wochenmärkten, Straßencafés und Buchläden auch viele kleinere Anbieter der ethnischen Ökonomie. Nach wie vor hat die Berger Straße eine Funktion als Experimentierraum für unterschiedliche Kleinstunternehmer. Schnelle Wechsel kennzeichnet in einigen Lokalitäten einerseits die Dynamik der Mikro-Ökonomie Bornheims, andererseits werden das Ladensterben und die Belegung durch Niedrigpreisangebote wie Ein-Euro-Läden oder Handyshops als problematisch erfahren.

Das Leben im Stadtteil wird maßgeblich durch eine lebhaftige Bürgergesellschaft geprägt, deren Aktivitäten sich in der Regel nicht auf den kulturellen Sektor beziehen, die aber im Sinne einer gelebten Alltagskultur, zu der auch Sport, das Flanieren und der Freizeitbereich insgesamt gezählt werden sollen. Im Bornheimer Vereinsring sind 62 Vereine verzeichnet, darunter acht Karnevalsvereine. Überregional bekannt sind der Fußball-Zweitligist FSV und die TG Bornheim, der mit 15.000 Mitgliedern größte Sportverein Hessens. Die Bedeutung dieser Vereine geht über die Gestaltung des Freizeitbereichs hinaus und durch die überdurchschnittliche Teilnahme von Kindern mit Mi-

grationshintergrund spielen sie eine hervorgehobene Rolle, die die Selbstverständlichkeit von verschiedenen kulturellen Hintergründen durch ihre Freizeitfunktion herzustellen weiß. Insbesondere der Bornheimer SG Grün Weiß ist für seine sozial integrative Arbeit immer wieder anerkannt worden. Obwohl Bornheim nicht als sozialer Brennpunkt wie Berlin-Neukölln gesehen wird, ist der Stadtteil dennoch von der zunehmenden Kinderarmut in Frankfurt nicht ausgenommen. Eine Kinderumfrage aus dem Jahr 2008, die Auswirkungen von Armut nachspürt, hält fest, dass ein Viertel der 250 befragten Kinder zwischen sieben und 13 Jahren selten oder nie eine warme Mahlzeit am Tag bekommen. Der Bornheimer SG Grün Weiß hat auf die gewachsenen Not von Kindern mit dem Bau eines Kinder- und Familienzentrums reagiert, in dem neben Sport auch Freizeitgestaltung, etwa warme Mahlzeiten, Vorlese-Programme oder Hausaufgabebetreuung angeboten werden. Ausdruck der bürgergesellschaftlichen Vitalität Bornheims ist auch der Verein Berami e.V. berufliche Integration e.V., der seit über 15 Jahren Projekte zur beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten durchführt. Dort angesiedelt ist auch das „transkulturelles und interreligiöse Lernhaus der Frauen“. In einer zweijährigen Qualifizierung werden dort Frauen mit und ohne Migrationshintergrund seit Anfang 2006 zur „Kulturmittlerin“ ausgebildet. Die Teilnehmerinnen durchlaufen das Programm in einer festen Lerngruppe. Im Lernhaus Frankfurt sind das 16 Frauen aus zwölf verschiedenen Herkunftsländern. Die vielfältige kulturelle, religiöse, soziale und berufliche Herkunft der Frauen ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für das Programm. Das erworbene Wissen sollen die Teilnehmerinnen sowohl ehrenamtlich in Vereinen und Institutionen nutzen, aber auch zur Eröffnung neuer beruflicher Perspektiven.

Trotz der Charakterisierung Bornheims und seiner spezifischen Funktion für Frankfurt ist er jedoch nicht in der Weise außergewöhnlich, als dass er als „der“ multikulturelle Stadtteil Frankfurts mißzuverstehen wäre. Bornheims Integrationskraft für Menschen mit Migrationshintergrund beruht in erster Linie in der starken Einbindung in die gesamtstädtische und regionale Ökonomie und Gesellschaft. In dieser Hinsicht kennzeichnet sich die Lebenswelt eines Bornheimers durch eine vielfältige Alltagsgeographie mit zum Teil hohen Pendlerzeiten zu Ausbildungs- und Arbeitsstellen. Obwohl nach Angaben des Statistischen Jahrbuch der Stadt Frankfurt 2007 auch die Ausländer (9,5%) in Bornheim leicht stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Deutschen (7,8%) sind sie stärker als die Ausländer im Frankfurter Durchschnitt auf dem Arbeitsmarkt integriert und erhalten weniger Grundsicherung nach SGB 2. Nach der in der Integrationsstudie durchgeführten Befragung äußern sich sowohl deutsche als auch ausländische Bewohner Frankfurts weit überwiegend zufrieden mit ihren Lebensbedingungen in Frankfurt. Wie auch aus den jährlichen Bürgerbefragungen der Stadt Frankfurt über Zeit nachzuzeichnen ist, haben die Frankfurter verstärkt zu ihrer Stadt ein positives Ge-

fühl entwickelt. Diese Zufriedenheit ist in Bornheim (86,8%) noch stärker ausgeprägt als im Durchschnitt (60,7%). Dabei übertreffen die Migranten noch leicht die Zufriedenheit der Deutschen (88,2%; Frankfurter Durchschnitt aber nur: 54,1%). Dabei geben 45,6% der deutschen und 41,0% der ausländischen Bornheimer an, häufigen Kontakt mit der direkten Nachbarschaft zu haben. Von Reibereien weiß nur eine kleine Minderheit von 5,1% zu berichten und der weitüberwiegende Teil schildert ein sehr gutes oder normales Verhältnis von den Nachbarn. Trotzdem verweist die Studie auch auf Diskriminierungserfahrungen, von denen immerhin jeder zweite Frankfurter mit Migrationshintergrund zu berichten weiß, wenngleich es eine leichte Abnahme gegenüber den Erfahrungen der ersten Studie aus dem Jahr 2001 zu verzeichnen gab.

Bornheim kann kontextuell nicht ohne den Bezug zur Frankfurter Integrationspolitik verstanden werden, umso mehr da die Stadt und Region insgesamt für die hohe Integration im Arbeits-, Berufs- und Freizeitleben für den Einzelnen von Bedeutung ist. Frankfurt hat in dieser Hinsicht seit fast zwei Jahrzehnten eine konsequente und vielschichtige Politik betrieben, in der Integrationspolitik als Querschnittspolitik verstanden wird und bei der die politische Steuerung eine koordinierende, stimulierende und moderierende Aufgabe übernommen hat (vgl. Winter 2000, Eckardt 2006). Dieser Politikansatz wurde durch die symbolische Institutionalisierung der Integrationspolitik als Dezernat und durch Gründung des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten dauerhaft etabliert.

In der Ausführung des Frankfurter Ansatzes lassen sich viele Projekte und Programme anführen, die die Grundidee einer holistischen Integrationspolitik in allen Bereichen nachgestrebt haben. Das Selbstverständnis des Frankfurter Integrationsansatzes mit Bezug zur ethnischen Diversität hat etwa in der Studie „Equality and diversity in jobs and services: City policies for migrants in Europe“ (2008) des Cities for Local Integration Policy Network (CLIP), dem Frankfurt neben 12 anderen Städten angehört, Ausdruck gefunden. Ziel dieses Netzwerkes ist die Organisation von Lernprozessen über lokale Integrationspolitiken um, die soziale und ökonomische Integration und volle Partizipation der Migranten zu unterstützen, soziale Ungleichheiten und Diskriminierungen von Migranten zu bekämpfen, das friedliche Zusammenleben aller Einwohnergruppen und den Respekt vor der kulturellen Identität der Einwanderer zu befördern. Obwohl auch in der CLIP-Studie viel von Ressourcen und Potentialen von Einwanderern die Rede ist, ist der Bezug zur Stadtentwicklung als solcher nicht losgelöst von den vier aufgeführten Politikzielen formuliert worden.

Die amtierende Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg bestätigte in einem Interview (mit F.E., 22.04.2009) diese Sichtweise. Nach intensiver Beratung über die Ergebnisse der Integrationsstudie 2008 wird die Integrationsdezernentin Leitlinien für die weitere Integrationspolitik für

Frankfurt im Juli 2009 veröffentlichen. Diese sollen aber als Anstoss für einen politischen Selbstverständigungsprozess der Stadtgesellschaft verstanden werden und nicht als eine Top-Down-Programmatik, in der einer bestimmten Form der Stadtentwicklung Vorschub geleistet werden soll:

„Frankfurt ist stolz auf seine aktive Bürgergesellschaft und lebt von deren Vitalität. Die von mir vorgelegten Leitlinien werden in einem breiten partizipativen und öffentlichen Diskussionprozess weiter behandelt werden. Unsere Aufgabe ist es, den Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen in der Stadt aufrecht zu erhalten und weiter Brücken zu bauen.“

Frau Eskandari-Grünberg hat des Weiteren ihr Verständnis von dem Verhältnis von ethnischen Minderheiten auch als kulturelle Ressource für die Stadtentwicklung wie folgt umschrieben:

„Der Beitrag, den die Minderheiten für diese Stadt geleistet haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er ist uns sehr selbstverständlich geworden, obwohl er es nicht sein sollte. Dieser Beitrag bezieht sich auf alle Bereiche des städtischen Lebens (...) und stellt eine Bereicherung als solche dar.“

Der Eigenwert kultureller Vielfalt für eine lebhafte Stadtgesellschaft verknüpft sich für sie in einer Gesamtsicht mit die Frage der ökonomischen Entwicklung Frankfurts:

„Wir haben eine positive Sicht auf die Globalisierung. Wir glauben, dass ein starkes und wettbewerbsfähiges Frankfurt ein Ziel unserer Politik ist. Der Anschluß an die Weltwirtschaft ist auch für viele Migranten der wichtige Schlüssel zum beruflichen Erfolg. Wir wollen ihnen dazu helfen (...) Natürlich haben nicht alle den gleichen Zugang zu den Möglichkeiten der globalen Ökonomie und hier müssen wir denen stärker unter die Arme greifen, die es damit schwerer haben.“

Die hier vertretene Auffassung lässt sich in vielen weiteren Statements und Dokumenten auffinden. Einerseits versteht man Integration als eine Aufgabe, mit der sich Politik nur im Dialog mit der Bürgergesellschaft und den Migranten beschäftigen kann, andererseits wird die Bedeutung der Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration als vorrangiges, und dann auch sozialpolitisches Ziel verstanden. Frankfurts Umgang mit der ethnischen Diversität sieht daher nicht die Kulturpolitik als Stadtentwicklungspolitik vor. In der von der Oberbürgermeisterin Petra Roth in Auftrag gegebenen Denkschrift des Architekten Albert Speer, mit dem die Debatte um das Leitbild für „Frankfurt 2030“ angeregt werden soll, illustriert diesen Ansatz aktuell (Speer et al. 2009). Speer und seine Mitautoren haben in über 130 Konsultationen mit Akteuren aus den verschiedensten Sektoren 16 Themen und 5 Foki definiert, die sie für die weitere Entwicklung Frankfurts für entscheidend halten. Das Thema Integration wird im Vorwort nur mit Bezug auf ein friedliches Zusammenleben aufgegriffen. Auch auf den folgenden Ausführungen ist von einer Nutzung der ethnischen Diversität als Ressource o.ä. nichts zu finden. In den Kapiteln, in den die Kultur- und Kreativwirtschaft aufgegriffen wird

und auch in der Thematik Bildung und Lebensqualität wird der ethnischen Diversität Frankfurts keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Mit dem Vorschlag einer Agentur für Ateliers sieht aber die Speer-Schrift durchaus ein wichtiges, noch wenig genutztes Potential der informellen Akteure und der „urbanen Pioniere“ und zwar, wie betont wird, nicht als Imagefaktor sondern als konkreten Beitrag für die Vitalität der Quartiere und der Stadt als solcher. Eine weltoffene, kulturell attraktive Stadt wird hier als eigenständige Zielvorstellungen formuliert und nicht nur als wirtschaftliche Ressource (Toleranz) im Sinne Floridas. In dieser Hinsicht kann Frankfurt, auch nach Auffassung vieler Beobachter der Bürgergesellschaft, durchaus Potentiale aufweisen. Jedoch bedarf es einer differenzierteren Betrachtung der kulturellen Offenheit und Toleranz als dies mit dem Ressourcen-Ansatz eventuell möglich wäre zu betreiben. Frau Karin Heyl als Geschäftsführerin der Crespo Foundation, die sich die Persönlichkeits- und Kreativitätsentwicklung von Menschen mit „schwierigen Startbedingungen“ zum Ziel gesetzt hat und dementsprechend auch viele Migranten fördert, beurteilt die Toleranz in Frankfurt wie folgt:

„In Frankfurt wie auch in ganz Deutschland haben wir einen erheblichen Wandel erlebt. Der Umgang mit kultureller Differenz ist wesentlich selbstverständlicher geworden. Vielfalt und Offenheit kennzeichnen heute die Stadtgesellschaft Frankfurts in einem hohen Maße. Dabei ist die Begegnung ein Schlüssel für das Entstehen von Toleranz. Hierfür bedarf es zweierlei Arten von Öffentlichkeit. Frankfurt weist eine unverbindliche Öffentlichkeit auf, in der man – etwa in Parks – die „Anderen“ sieht, aber nichts weiter mit ihnen zu tun haben muss. Zum anderen gibt es auch verbindlichere Formen der Bezugnahme. Dabei tauschen sich die Einwohner über ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe aus.“ (Interview mit F.E., 30.04.2009)

Insbesondere im Gespräch über die unterschiedlichen Lebensauffassungen entwickle sich also eine gewisse Tiefe von Toleranz, die allerdings organisiert und unterstützt werden müsse. Nach ihrer Auffassung entsteht die Toleranz der Bürgerstadt in dieser Intensität nur, wenn Begegnungen jenseits des Arbeitskontextes stattfinden und dies geschieht eher nicht von selbst. Eine aktive Rolle von allen Akteuren, insbesondere der Bürgergesellschaft, wird für notwendig erachtet, damit wie es die Crespo Foundation mit ihren zahlreichen Projekten für Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen – unabhängig von ihrem kulturellen Hintergrund – anstrebt, jungen Menschen mit ihren künstlerischen und kulturellen Potentialen bei der Verwirklichung ihrer Lebensträume geholfen wird.

4. Schlussbetrachtung

Das Fallbeispiel Nord-Neukölln zeigt, wie sich die problematische sozioökonomische Lage seiner Bewohner in den letzten Jahren zunehmend klein-

räumlich verfestigt hat und die Potentiale der ethnisch-kulturellen Vielfalt brachliegen. Mit gezielten ethnischen aber auch interkulturellen Strategien wird nun versucht bestehende Verkrustungen aufzubrechen und mit Kultur eine neue Offenheit in die Kommunikation und gegenüber den kulturellen Werten und Alltagspraktiken der verschiedenen Bewohner im Stadtviertel zu bringen. Die Erfordernisse in Neukölln gehen allerdings über das normale Maßnahmenpaket der neuen Berliner Integrationspolitik³ hinaus und müssen durch Sondermaßnahmen und spezielle Langzeitprojekte (statt kurzfristiger Modellprojekte) zusätzlich unterstützt werden, hat sich der Bezirk doch längst von der positiven Berliner Gesamtentwicklung abgekoppelt und muss viel mehr Integrationsarbeit leisten als andere Bezirke (vgl. Häussermann et.al. 2008). Vor allem der Bildungsbereich wurde jahrelang schwerwiegend vernachlässigt. Dies wiegt umso schwerer, als Schule einer der wenigen Orte ist, der die größten Potentiale für eine interkulturelle Verständigung in sich birgt. Eine weitere große Herausforderung im Stadtviertel besteht darin, die stark geschlossenen verschiedenen ethnischen Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihr bürgerschaftliches Engagement im Stadtviertel zu fördern. Mit dem Migrationsbeirat wurde bereits ein Instrument geschaffen, das die verschiedenen Migrantenvereine zusammenbringt und die bezirkliche Integrationsarbeit in Neukölln durch gemeinsame Teilhabe institutionalisiert. Auch im sozialen Bereich finden sich hierzu erste Ansätze: So werden Migrantenvereine in die Arbeit des Quartiersmanagements eingebunden und mit dem Integrationsprojekt „Stadtteilmütter in Neukölln“ wurde ein einmaliges Modell geschaffen, bei dem arbeitslose Frauen türkischer oder arabischer Herkunft bildungsferne Migrantenfamilien unterstützen und über spezifische Angebote des Bezirkes informieren. Somit erschöpft sich das Verständnis von Toleranz in Neukölln nicht in der bloßen Kopräsenz verschiedener Lebenswelten, sondern in einem dynamischen Prozess der aktiven Teilhabe an einem lebhaften Gemeinwesen. Durch Partizipation in der Stadtteilarbeit, vielfältigen Gelegenheiten zum zivilen Engagement und Eröffnen kommunikativer Räume für gegenseitigen Austausch sollen sich die Potentiale der ethnischen Vielfalt in diesem Stadtviertel sowohl sozial, kulturell als auch langfristig ökonomisch entfalten können und einer weiteren sozialen Exklusion entgegen wirken. Der Eindruck entsteht daher, dass ethni-

3 Das Leitmotiv des Berliner Integrationskonzeptes lautet „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ (vgl. Der Beauftragte für Integration und Migration 2007). Dieses 2005 erstmalig formulierte und strategisch ausgerichtete Integrationskonzept bildet die gemeinsame Basis zur Koordination der städtischen Integrationspolitik zwischen dem Senat und den ausführenden Bezirken und stellt den ersten umfassenden Versuch dar, die multiethnische Zusammensetzung der Stadt als politische Realität und Potential anzuerkennen sowie Problemfelder zu identifizieren und gezielte Handlungsmaßnahmen vorzustellen, die eine proaktive Integrationspolitik ausmachen.

sche Kultur als Kreativressource bislang eher im Bereich der Imageproduktion zu verorten ist und ansonsten eher wenig politisch berücksichtigt wird.

Das Beispiel Frankfurt zeigt, dass kulturelle Vielfalt nicht in einem eingeführten Verständnis zur Stadtentwicklung zu setzen ist. Das Entstehen einer kreativen Klasse mag besser in einem Klima von Toleranz gedeihen, wie es Florida vorsieht, es gibt aber keine kausalen Beziehungen zwischen dem Entstehen einer lokalen Kreativwirtschaft und einem toleranten Milieu. Frankfurt kann eher als ein Beispiel dafür gesehen werden, in der die ethnische Vielfalt mit kultureller Diversität korrespondiert. In Bornheim hat sich eine relative Toleranz im Umgang mit kultureller Differenz entwickelt, die teilweise durch eine Entlastung von der Funktion als Durchgangsstadtteil generiert worden sein mag. Wichtiger erscheinen aber Faktoren, die nicht stadtteilbezogen erklärt werden können. Dies liegt einerseits an der relativ starken Integration der Migranten in den lokal-regionalen Arbeitsmarkt, zum anderen an der historisch gewachsenen Bürgergesellschaft in Frankfurt. Letztere kennzeichnet sich durch eine intensive und sensible Behandlung von Benachteiligung aus, mit der zunächst Ressourcen gegen eine Benachteiligung freigesetzt werden und mit der Toleranz nicht als nach gelagerte Dimension lokaler Integration betrachtet wird. Die politische Bearbeitung dieser Thematik hat diesen Prozess durch eine aktivierende Rollenzuschreibung befördert und versteht sich somit als Akteur in einem feingespinnenen Netzwerk, dem es Orientierung und auch Akquisition weiterer Ressourcen bieten kann.

Im Vergleich der beiden hier vorgestellten Städte ergeben sich zunächst wichtige Unterschiede. Obwohl Berlin und Frankfurt im hohen Maße mit der Frage nach der Integration von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen konfrontiert werden, sind wichtige Aspekte ihre Multikulturalität doch anders. Dies betrifft zunächst die stark divergierenden sozioökonomischen Kontexte. Obwohl auch Frankfurt von der Finanzkrise und der Krise der Wirtschaft stark getroffen werden dürfte, bietet die Stadt nach wie vor einen attraktiven Arbeitsmarkt, der viele Migranten integriert. Die sozialen Probleme, die sich aus struktureller Arbeitslosigkeit und Armut ergeben, verdichten sich in Frankfurt nicht in der Weise räumlich, dass ein „Ortseffekt“ (Bourdieu 1997) als weitere Benachteiligung plausibel erscheint wie etwa im Falle von Nord-Neukölln.

In Berlin hingegen wird der Verlust des Arbeitsmarktes als Integrationsmotor durch die Deindustrialisierung in den 1990er Jahren und dem damit einhergehenden Abbau niedrigqualifizierter Tätigkeiten explizit als Ausgangspunkt der neuen Integrationspolitik formuliert, die auf Chancengleichheit im Zugang zu Bildung, Ausbildung, Qualifizierung und eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung für migrantenspezifische Bedürfnisse setzt. In beiden Städten lassen sich vielfältige Netzwerkstrukturen aus administrativem Engagement (v.a. in Berlin) und zivilem Engagement (v.a. in Frankfurt) entdecken, die zur Aktivierung der Potentiale ethnischer Vielfalt wirken und

Toleranz nicht als etwas Gegebenes begreifen, sondern als dynamischen Prozess der gegenseitigen Auseinandersetzung und Bezugnahme. Um diese soziale Dynamik freizusetzen bedarf es jedoch besonderer Situationen und Gelegenheiten, wie sich durch die Arbeit des Quartiersmanagements, der Kulturrämter oder die verschiedenen Netzwerke und Initiativprojekte angeregt werden.

Viele der beobachtbaren Entwicklungen mit Bezug auf Toleranz in den Stadtgesellschaften von Berlin und Frankfurt lassen sich nicht auf einen ursächlichen Kontext der ökonomischen Transformation zu einer post-industriellen Ökonomie, der „economies of signs and spaces“ und der von Florida thematisierten „Creative Class“ zurückführen. Zu diskutieren wären nicht zuletzt auch Veränderungen im nationalen Zusammenhang, die mit einer veränderten politischen und sozialen Wahrnehmung von Migranten, einem neuen Selbstverständnis von nationaler Identität und anderen Entwicklungen verbunden sind (vgl. Eckardt 2007, 2008). Lokale Integrationsprozesse können daher weder nur mit Hinsicht auf globalwirtschaftliche Transformationen betrachtet werden, noch können sie lediglich durch lokale oder gar nur stadtteilbezogene Analysen verstanden werden – auch wenn diese einen wichtigen Erklärungsfaktor in der sozialräumlichen Variation der Form und Intensität von Ungleichheiten darstellen und städtische Quartiere der Ort sind, an dem tagtäglich ethnische Differenz und Toleranz verhandelt werden, sowie letztlich dort Inklusion und Integration sichtbar werden (vgl. Ash 2002). Dennoch müssen auch die unterschiedlichen historischen Entwicklungen der einzelnen Nationalstaaten konzeptionell Berücksichtigung finden, um die nachweisbaren Unterschiede in den zwei dargestellten Stadtteilen Nord-Neukölln und Bornheim nachvollziehen zu können.

In Bezug auf die theoretische Debatte um die Bedeutung von Ethnizität als kulturelle und kreative Ressource in der Stadtentwicklung lässt sich momentan nicht sagen, dass diese weder in Berlin noch in Frankfurt in der Weise politisch aufgegriffen wird, dass andere wichtige Aspekte der bisherigen Integrationspolitik an Bedeutung verlieren. Der Erklärungsansatz Floridas stellt daher lediglich eine Variante urbaner Stadtentwicklungswege dar, die aber nicht die gesamte Stadtpolitik mit Bezug auf das Thema Einwanderung abdeckt. Nach wie überwiegt eher die Sensibilität für die sozialen und kulturellen Integrationsschwierigkeiten der Migranten in beiden Städten. Über Floridas Ansatz hinaus verweisen die dargestellten Befunde auf alternative Entwicklungskonzeptionen von Stadtgesellschaften, in denen eine dynamische und alltagspraktische, teilweise auch sozial institutionalisierte Diversität unterschiedlicher Lebensstile wichtiger erscheint als der Faktor der „Ethnizität“. Insbesondere der statische Kulturbegriff Floridas, der sich durch die Beibehaltung der Perspektive auf Kultur als Ressource ergibt, steht einer weiteren Analyse der Dynamik alltagskultureller Austausch- und Verwertungsprozessen von individuellen Ressourcen in den Städten eher im Wege.

Literatur

- Adelhoff, Katja (2008): Contribution of Ethnic Minorities in the Creative Industries in Berlin. Turkish entrepreneurs in the design and art market. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Alesina, Alberto F.; La Ferrara, Eliana (2005): Ethnic Diversity and Economic Performance, in: *Journal of Economic Literature* 43,3, S. 762-800.
- Ash, Amin (2002): Ethnicity and the multicultural city: living with diversity, in: *Environment and Planning A* 34, S.959-980.
- Bassett-Jones, Nigel (2005): The Paradox of Diversity Management, Creativity and Innovation, in: *Creativity and Innovation Management*, 14, 2, S. 169-175.
- Becker, Howard S. (1982): Culture: A Sociological View, in: *Yale Review* 71, S. 513-527
- Bös, Mathias (2008): Theorien der Ethnizität: eine sozialwissenschaftliche Einführung mit Quellen. Wiesbaden : VS Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte, in: Bourdieu, Pierre: *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens and der Gesellschaft*. Konstanz, S. 159-167.
- Cities for Local Integration Policy Network (CLIP) (2008): Equality and diversity in jobs and services: City policies for migrants in Europe. Council of Europe, Strassburg.
- Cooke, Phillip ; Lazzeretto, Luciana (Hg.) (2008): *Creative cities, cultural clusters and local economic development*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Cross, Malcom und Robert Moore (eds) (2002): *Globalization and the New City. Migrants, Minorities and Urban Transformations in Comparative Perspective*. Basingstoke: Palgrave.
- Der Beauftragte für Integration und Migration (2007): Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept_2007_bf.pdf.
- Eckardt, Frank (2006) : *Gestion de la diversité et politique municipale: le cas allemand*. In: B. Jouve und Gagnon, A.-D.(Hg.) : *Les métropoles au défi de la diversité culturelle*. Grenoble, S. 159-176.
- Eckardt, Frank (2007): Multiculturalism in Germany: From Ideology to Pragmatism – and Back?, in: *National Identities*, 9/3, S. 235-246.
- Eckardt, Frank (2008): Multiculturalism in Germany: From Integration Policies to „Islam Forum“, in: Eade, John; M. Barrett, C. Flood, R. Race (Hg.): *Multiculturalism after 9/11*. Cambridge University Press, S. 97-115.
- Eckardt, Frank (2009): *Die komplexe Stadt. Orientierungen im urbanen Labyrinth*. Wiesbaden.
- Florida, Richard (2003): *Cities and the Creative Class*, in: *City & Community* 2,1, S. 3-19.
- Florida, Richard (2004): *The Rise of the Creative Class*. New York: Basic Books.
- Häussermann, Hartmut; Dohnke, Jan; Förste, Daniel (2008): *Kurzbericht über die Trendanalyse der Entwicklung von Neukölln und Neukölln-Nord im Vergleich zu Berlin insgesamt und zu anderen Teilgebieten in Berlin*.
- Häussermann, Hartmut; Kapphan, Andreas (2008): *Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel*. In: Bommes, Michael; Krüger-Potratz, Marianne (Hg.) *Migrationsreport 2008*. Frankfurt: Campus, S. 15-48.
- Holm, Andre (2007): „Endstation Neukölln“ oder „neuer Trendkiez“?, in: *MieterEcho* 324, Oktober 2007, S. 6-9.
- IBB Wohnungsmarktbericht (2008). Herausgegeben von der Investitionsbank Berlin. https://www.ibb.de/portaldaten/1/resources/content/download/ibb_service/publikationen/IBB_WMB_2008_BS.pdf. 10.05.2009.

- Intercultural Cities (2008): Intercultural cities: governance and policies for diverse communities. www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/policies/Cities/default_en.asp: 04.04.2009.
- Knell, John; Oakley, Karen (2007): London's Creative Economy: An Accidental Success? The Work Foundation. Provocation Series Volume 3,3. London.
- Kolland, Dorothea () „Grenzen öffnen, um Welten zu erkennen. Kulturelle Bildung im kultur- und sozialpolitischen Kontext.“ (url)
- Kulturwirtschaft in Berlin (2008): Entwicklungen und Potenziale. Herausgegeben vom Senat für Wirtschaft, Technologie und Frauen und dem Senat für Stadtentwicklung Berlin.
- Landry, Charles (2000): The Creative City. London: Earthscan.
- Lanz, Stephan (2007): Berlin aufgemischt – abendländisch – multikulturell – kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderstadt. Bielefeld: Transcript.
- Ley, David (2003): Artists, Aestheticisation and the Field of Gentrification, in: Urban Studies 40,12, S. 2527-2544.
- Lokale Kooperationsnetze im Reuterquartier (2009): <http://reuter.quartier-beleben.de:21.04.2009>.
- Rath, Jan (2005): Feeding the Festive City. Immigrant Entrepreneurs and Tourist Industry, in: Guild, Elsbeth; van Selm, Joanne (Hg.): International Migration and Security: Opportunities and Challenges, London and New York: Routledge.
- Rath, Jan; Kloosterman, Robert (2008): Outsiders' business : a critical review of research on immigrant entrepreneurship, in: Rath, Jan (Hg.): Small business and entrepreneurship. Los Angeles: Sage, S. 61-78.
- Sassen, Saskia (1996): Metropolen des Weltmarkts: die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt: Campus.
- Smallbone, David; Bertotti, Marcello; Ekanem, Ignatius (2005): Diversification in ethnic minority business: The case of Asians in London's creative industries, in: Journal of Small Business and Enterprise Development 12,1, S. 41-56.
- Stadt Frankfurt (2008): Integrationsbericht 2008, Frankfurt.
- Stadtumbau Berlin (2009): Umbau Karl-Marx-Straße. www.stadtumbau-berlin.de/Umbau-Karl-Marx-Strasse.3408.0.html: 20.05.2009.
- Strecker, A. (2008) Weltdorf Bornheim. In: Frankfurter Rundschau, 26.08.2008.
- Winter, G. (2000): 10 Jahre Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt a.M, AMKA.
- Wood, Phil; Landry, Charles (2008): The Intercultural City. London: Earthscan.
- Yildiz, Erol; Mattausch Birgit (Hrsg.) (2008): Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource. Gütersloh: Birkhäuser.
- Zukin, Sharon (1987): Gentrification: Culture and Capital in the Urban Core, in: Annual Review of Sociology 13, S. 129-147.
- Zukin, Sharon (1998): Urban Lifestyles: Diversity and Standardisation in Spaces of Consumption, in: Urban Studies 35, 5-6, S. 825-839.
- Zukin, Sharon (2008): Consuming Authenticity: From Outposts of Difference to Means of Exclusion, in: Cultural Studies 22, 5, S. 724-48.

Analysen und Kommentare

Carsten Herzberg

10 Jahre Bürgerhaushalte in Deutschland: eine Bilanz

Zusammenfassung: Der Beitrag gibt eine Übersicht über die Entwicklung eines besonderen Verfahrens der Bürgerbeteiligung, den Bürgerhaushalt. Aus Lateinamerika kommend, wo das Instrument auch für eine politische Vision der Basisdemokratie und der sozialen Gerechtigkeit steht, hat es in Europa unterschiedliche Formen angenommen. So wird in Deutschland versucht, Partizipation und Verwaltungsmodernisierung miteinander zu verbinden. Die Ende der 1990er Jahre von überparteilichen Akteuren eingeführten Verfahren hatten deshalb vor allem zum Ziel, Bürger über die Kommunalfinancen zu informieren und beinhalteten eine strikt konsultative Beteiligung, die als „selektives Zuhören“ bezeichnet wird. Später erhielten die Bürgerhaushalte mehr Verbindlichkeit und wurden auch auf das Internet ausgedehnt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die hiesigen Verfahren trotz ihrer Ausrichtung wenig Modernisierungseffekte vorzuweisen haben, ihre Stärken liegen vielmehr in der politischen Bildung und in der Verbesserung der Kommunikation zwischen den Bürgern und der Verwaltung/Politik. Eines der Haupthindernisse liegt darin, dass für die politisch Verantwortlichen der Bürgerhaushalt zu einem großen Teil symbolische Politik ist; auch fehlt es an einem bundesweit zivilgesellschaftlichen Akteur, der Druck ausüben könnte.

Vor über 10 Jahren wurde in der kleinen Schwarzwaldgemeinde Mönchweiler der erste Bürgerhaushalt in Deutschland erprobt. Der Begriff „Bürgerhaushalt“ mag vor allem bei denen bekannt sein, die sich mit Partizipation beschäftigen, doch darüber hinaus ist seine Verbreitung mit derzeit ca. 20 bis 30 Beispielen eher begrenzt geblieben.¹ So haben in Brasilien weit über 200

1 Unter Bürgerhaushalt kann allgemein eine Beteiligung von Bürgern bei der Erstellung von öffentlichen Haushalten verstanden werden. Es gibt kein einheitliches Verfahren. Zur wissenschaftlichen Eingrenzung der Methoden basiert der vorliegende Beitrag auf einer fünf Kriterien umfassenden methodologischen Definition, die Sintomer/Herzberg/Röcke (2010) für ihr Forschungsprojekt „Europäische Bürgerhaushalte“ erarbeitet haben. Demnach unterscheiden sich Bürgerhaushalte von anderen Partizipationsverfahren erstens dadurch, dass die finanzielle Dimension im Vordergrund steht, wobei es sich vornehmlich um öffentliche Gelder handeln sollte. Zweitens geht es um einen Beteiligungsprozess auf der Ebene der Gesamtstadt oder eines Bezirks mit eigenen politischen Kompetenzen und Budget. Ein Quartiersfonds, wie er z.B. in Frankreich weit verbreitet ist, wird deshalb nicht als ein Bürgerhaushalt bezeichnet. Drittens handelt es sich um

Kommunen ein solches Beteiligungsinstrument eingeführt, in Lateinamerika mögen es zwischen 500 und 1000 sein. Und auch in Europa scheinen andere Länder inzwischen den Ton anzugeben: In Spanien lebten bereits vor vier Jahren 5 Prozent der Bevölkerung in einer Stadt mit einem Bürgerhaushalt, in Italien werden derzeit Pilotprojekte gegründet, die allein schon die Zahl von 100 Beispielen erreichen sollen. Dabei kann der Bürgerhaushalt als Teil eines umfassenderen Trends angesehen werden. Er gliedert sich ein in eine Reihe von Partizipationsverfahren wie Runde Tische, Planungszellen, Perspektivenwerkstätten etc., die in den letzten Jahren die repräsentative Demokratie ergänzt haben. Von diesen Instrumenten sind Bürgerhaushalte die Verfahren, die in Europa die meiste Verbreitung gefunden haben. Und mehr noch, es handelt sich um eine Idee, die aus dem globalen Süden kommt, wo sie im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Transformationsprojekten steht. Was bewegt allerdings hier in Europa lokale Regierungen, solche Verfahren einzuführen? Wie sehen diese aus und was haben sie bewirkt?

Um diese Fragen zu beantworten, wird im Folgenden zunächst gezeigt, wie Bürgerhaushalte in Brasilien entstanden sind und wie es zu einer Übertragung auf Europa kam. Dabei werden die Spezifika der deutschen Beispiele im Vordergrund stehen, was letztlich zu der Frage führt, welche Rolle Bürgerhaushalte für die Partizipationskultur zwischen Rhein und Oder spielen könnten.

1. Von Brasilien nach Europa: Ein Versuch, eine andere Geschichte zu schreiben

Als 1989 in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre mit der Einführung eines Bürgerhaushalts begonnen wurde, handelte es sich nicht bloß um die Implementierung eines neuen Beteiligungsinstruments. Vielmehr ereignete sich dies in einer politisch sehr aufgeladenen Situation: Die Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) hatte zum ersten Mal in der Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sul die Wahlen gewonnen.² Während in Berlin

ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt. Viertens beruht die Bürgerbeteiligung auf einem eigenständigen Diskussionsprozess (eine Deliberation im Sinne von Habermas). Die Einbeziehung von Bürgern in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar. Fünftens müssen die Organisatoren der Bürgerbeteiligung Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

2 Der PT besteht aus einem breiten Zusammenschluss von Gewerkschaftlern, städtischen Linksintellektuellen, Aktivisten der Bewegung der landlosen Bauern, ehemaligen Mitgliedern von Guerillaorganisationen und Anhängern der Befreiungstheologie.

die Mauer fiel, suchte man nach einer Alternative jenseits der klassischen Sozialdemokratie und des real existierenden Sozialismus. Die Idee bestand darin, Basisdemokratie und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Die PT wollte eine Politik zu Gunsten der Armen betreiben, die in Brasilien die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Gleichzeitig ging es darum, die demokratischen Institutionen zu konsolidieren, denn das Land hatte erst seit einem Jahr wieder eine rechtsstaatliche Verfassung. Der Bürgerhaushalt symbolisiert die Symbiose dieser beiden Aspekte und avancierte zum Aushängeschild der Partei. Anders als später in Deutschland steht er für eine politische Vision. Diese gipfelte darin, dass die globalisierungskritische Bewegung Porto Alegre als Austragungsort ihres ersten Weltsozialforums auswählten – ein Ereignis, das für die weitere Verbreitung des Beteiligungsverfahrens eine entscheidende Rolle spielen sollte.

Allerdings gab es keine „Blaupause“ eines idealen Verfahrens. Der Bürgerhaushalt ist vielmehr über die Jahre aus Verhandlungen der PT-Regierung auf der einen Seite und den damals noch hoch mobilisierten Anwohnerinitiativen auf der anderen Seite entstanden. Das Prinzip der Basisdemokratie setzt dabei in den 16 Regionen der Stadt an, wo auf Bürgerversammlungen Projekte vorgeschlagen und mit Prioritäten versehen werden. Dies geschieht durch einen öffentlichen Abstimmungsprozess, bei dem jeder Teilnehmer über eine Stimme verfügt. Anschließend werden Delegierte für die Ebene der Regionen und der Gesamtstadt gewählt, die eine weitere Bewertung der Vorschläge vornehmen. Hierbei kommt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zum Tragen. Es gibt einen Verteilungsschlüssel, der dafür sorgt, dass Regionen mit einer schlechten Infrastruktur mehr Mittel erhalten als jene, die bereits über eine gute Ausstattung verfügen. Oberstes Organ des Partizipationsverfahrens ist der Rat des Bürgerhaushalts, der darüber wacht, dass die Mittel auch für die Zwecke verwendet werden, für die sie geplant sind. Dieses Gremium wird nicht von der Verwaltung geleitet, sondern kontrolliert sie, indem es eng mit ihr zusammenarbeitet.

Das beschriebene Verfahren hat tatsächlich zu mehr Verteilungsgerechtigkeit geführt und Korruption und Klientelismus zurückgedrängt. Anders als in Deutschland – und auch in anderen europäischen Ländern – mobilisieren sich vor allem die armen Bevölkerungsschichten für den Bürgerhaushalt. So war es nicht nur die normative Aufladung als „alternatives Projekt“, sondern es waren auch die realen Effekte, die dazu beigetragen haben, dass nicht nur in Porto Alegre ein Bürgerhaushalt eingeführt wurde, sondern auch in anderen Städten Lateinamerikas. Und als im Jahr 2002 mit Lula da Silva zum ersten Mal ein Kandidat der Arbeiterpartei zum Präsidenten Brasiliens gewählt wurde, war dies mitunter auch auf den Bürgerhaushalt zurückzuführen. Denn in zahlreichen Städten, oft unter der Mitwirkung der PT implementiert, konnte er vielen Wählenden vermitteln, dass Demokratie etwas anderes sein kann als die Bereicherung einer politischen Kaste. Allerdings hatte alsbald die

neue Bundesregierung selbst mit Skandalen zu kämpfen, wovon auch die Ereignisse in Porto Alegre beeinflusst wurden. Es gelang den Strömungen der Partei nicht mehr, tragfähige Koalitionen aufzubauen. Im Jahr 2004 verlor die PT die Kommunalwahl, seitdem hat der Bürgerhaushalt in Porto Alegre deutlich an Dynamik verloren (die Beteiligung ist von 17.200 Teilnehmern im Jahr 2002 auf 13.300 im Jahr 2004 zurückgegangen).

Die linken und progressiven Stadt-Regierungen, die sich im Jahr 2001 in Porto Alegre zum Forum der lokalen Autoritäten trafen, wussten freilich von der zukünftigen Krise des Bürgerhaushalts dieser Stadt noch nichts. Bei diesen regelmäßig unmittelbar vor den Weltsozialforen stattfindenden Kongressen ließ man sich vom brasilianischen Beispiel inspirieren, knüpfte Kontakte, verabredete Besuche und gemeinsame Projekte. Letzteres wird vor allem durch das Netzwerk URB-AL 9 der Europäischen Union gefördert. Es handelt sich um eine Initiative, der sich Kommunen aus Lateinamerika und Europa anschließen können. Von europäischer Seite nehmen vor allem Städte aus Spanien, Italien, Portugal und Frankreich teil. In Folge dieser Kontakte steigt die Zahl der Bürgerhaushalte in Europa exponentiell an, so dass hier im Jahr 2009 über 250 Bürgerhaushalte existieren. Derartige Verfahren sind jedoch mittlerweile nicht nur in den romanischen Ländern zu finden, sondern neben Deutschland auch in Großbritannien, Skandinavien (Norwegen, Schweden) und Osteuropa bzw. Südosteuropa (Polen, Bosnien, Albanien etc.).

2. Bürgerhaushalte in Deutschland

Von den Bürgermeistern, die in Deutschland einen Bürgerhaushalt eingeführt haben, ist bisher keiner in Porto Alegre gewesen. Viele von ihnen mögen sich auch bestätigt fühlen, wenn sie wüssten, dass die brasilianischen Vorzeigestadt nach Jahren des Bürgerhaushalts mit Finanzproblemen zu kämpfen hat. Dies liegt aber nicht nur an den gestiegenen Ausgaben für Unterhaltungskosten der neu geschaffenen Infrastruktur, sondern auch wesentlich daran, dass Reformmaßnahmen auf anderen Gebieten vernachlässigt worden sind (Fedozzi 2007). Nach ihren Vorstellungen hätte dies hierzulande nicht passieren können, da die Idee einer Bürgerbeteiligung am Haushalt eng mit einer Modernisierung der Verwaltung verbunden ist. Sind die deutschen Bürgermeister mit diesem Ansatz besser beraten als ihre Kollegen in Porto Alegre?

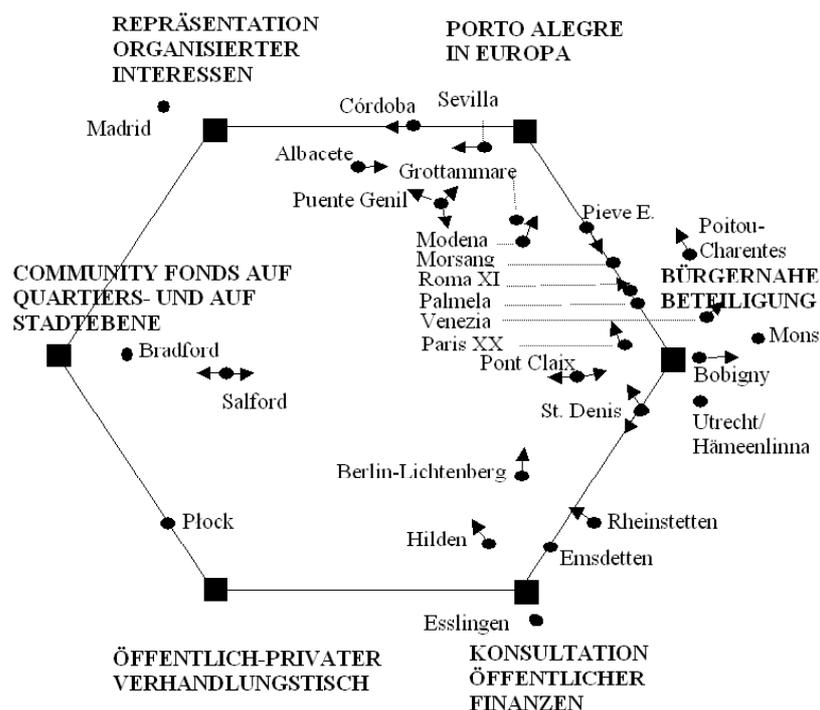
Einordnung in die europäische Karte der Bürgerhaushalte

Bevor auf die hiesigen Beispiele und ihre Entwicklung näher eingegangen wird, sollen die unterschiedlichen Verfahren anhand eines Strukturdiagramms, welches die unterschiedlichen Verfahren typologisiert, skizziert werden (sie-

he Seite 112). Denn obwohl die Lokalregierungen in offiziellen Diskursen gerne auf Porto Alegre verweisen, entsteht nur selten eine Logik der sozialen Gerechtigkeit. Ein solcher Ansatz ist mit gewissen Abstrichen nur in Spanien und Italien zu beobachten. So beinhaltet z.B. in der andalusischen Stadt Sevilla der Bürgerhaushalt zwar Verteilungskriterien, doch bleiben die Effekte begrenzt, weil die zur Verfügung gestellten Mittel gering sind. Aus diesem Grunde steht die Stadt in einigem Abstand zum Verfahren „Porto Alegre in Europa“, das Sintomer; Herzberg; Röcke (2010) im Rahmen ihrer Forschung über Bürgerhaushalte in Europa definiert haben. Das Strukturdiagramm beschreibt somit „Idealtypen“, an die sich die jeweiligen realen Beispiele nur annähern.

Eine andere Variante des Bürgerhaushalts ist in der „bürgernahen Partizipation“ zu finden, die vor allem von post-kommunistischen Regierungen in Frankreich aufgegriffen wurde. Es geht dabei nicht wie in Porto Alegre um eine Delegation von Macht an die Bevölkerung, sondern um die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Bürgern auf der einen und der Verwaltung/Politik auf der anderen Seite. Oft ist der Bürgerhaushalt in diesem Verfahren mit einer Quartiersentwicklung verbunden, die auch kleinteilige Fonds beinhalten kann – allerdings bleibt das Verfahren bei zentralen Themen und Fragen der Haushaltspolitik strikt konsultativ. Mehr Autonomie weisen die „Community Fonds auf Stadt und Quartiersebene“ auf. Nach den Prämissen des Konzepts des *Community Developments* geht es darum, dass organisierte Gruppen die soziale Entwicklung von benachteiligten Quartieren selbst in die Hand nehmen; Gelder für Projekte aus öffentlichen und privaten Programmen suchen, um partizipative Fonds aufzulegen. Eine Besonderheit des Verfahrens, das in Abwandlung in Großbritannien und vor allem in Nordamerika umgesetzt wird, besteht darin, dass die Teilnehmer selbst die Umsetzung der Projekte organisieren. Bei dem Verfahren „öffentlich privater Verhandlungstisch“ existiert ebenfalls ein Fonds. In diesem Fall wird er nicht nur von der Verwaltung alimentiert, sondern auch von der Privatwirtschaft. Die Vergabe der Gelder erfolgt über eine Jury, an die sich die Teilnehmer mit Projektanträgen wenden können. Eine Annäherung an einen solchen Idealtyp ist z.B. in der polnischen Stadt Płock zu finden. Um die Entwicklung von Bürgerhaushalten in Deutschland vom europäischen Panorama abzugrenzen, ist noch auf das Verfahren der „organisierten Interessen“ hinzuweisen, das in abgewandelter Form in der spanischen Stadt Albacete existiert. Die Besonderheit liegt darin, dass nur Vereine und Initiativen ein Stimmrecht im Bürgerhaushalt haben, während der einzelne Bürger allenfalls als Zuhörer teilnehmen kann.

Verfahrenstypologie der Bürgerhaushalte in Europa (2005/2006)



Quelle: Sintomer; Herzberg; Röcke 2010

Dominanz des „selektiven Zuhörens“

Die in Deutschland Ende der 1990er Jahre entstandenen Bürgerhaushalte stehen unter dem Einfluss der Krise der Kommunalfinanzen, was sich darin widerspiegelt, dass sie dem Idealtyp „Konsultation über öffentliche Finanzen“ nahe stehen: Neben einer Information über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt werden bei diesem Verfahren die Bürger angehalten, eine Rückmeldung über ihre Zufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen wie Bibliotheken, Schwimmbädern und anderen öffentlichen Einrichtungen zu geben. Es geht also nicht um die Verteilung von Investitionen und eine soziale Dimension, die bei anderen europäischen Beispielen zumindest zum Teil vorhanden ist. Dies kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass nicht Porto

Alegre als Referenz herangezogen wird, sondern Christchurch in Neuseeland, eine Stadt, die einen Best-practice-Preis für gutes Regieren gewonnen hatte. Der Bürgerhaushalt ist deshalb nicht das „Projekt“ einer Partei, sondern wird vor allem von Organisationen gefördert, die sich mit einer Modernisierung der öffentlichen Hand beschäftigen wie die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), die Bertelsmann Stiftung oder die Hans-Böckler-Stiftung. Eine Implementation findet vor allem im Rahmen der Pilotprojekte „Kommunen der Zukunft“ (1998-2002) und „Kommunaler Bürgerhaushalt NRW“ (2000-2004) statt.

Hilden

Die Stadt Hilden (56.000 Einwohner) gehört zu den wenigen Beispielen in Deutschland, in denen der Bürgerhaushalt als etabliert gelten kann. Er wurde im Jahr 2001 im Rahmen des Pilotprojektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“ des Landes Nordrhein-Westfalen eingeführt. Im Gegensatz zu anderen Städten Nordrhein-Westfalens ist Hilden nicht unmittelbar von einer Finanzkrise bedroht. Der Bürgerhaushalt dient in erster Linie dazu, die Finanzen der Stadt und die Arbeit der Verwaltung dem Bürger transparenter zu machen. Hierzu wird jährlich eine Broschüre mit den wesentlichen Informationen erstellt. Im Zentrum des Beteiligungsprozesses steht ein Bürgerforum, zu dem Einwohner per Zufallsauswahl eingeladen werden. Darüber ist eine Teilnahme für jeden interessierten Bürger möglich. Das Forum umfasst eine Abendveranstaltung, auf der der Bürgermeister und der Kämmerer zunächst einen Überblick über die finanzielle Situation der Stadt geben. Im interaktiven Teil der Veranstaltung können Bürger an Informationsständen mehr über die Tätigkeit der Verwaltung erfahren. Im Jahr 2004 wurden z.B. die Arbeit der Feuerwehr, der Bauverwaltung, des Ordnungsamtes sowie das Jugendprogramm vorgestellt. Bei Fragen können sich die Teilnehmer an die anwesenden Mitarbeiter der Verwaltung wenden, Anregungen zur Verbesserung des Angebots können auf bereitliegenden Kärtchen notiert und in eine Sammelbox geworfen werden. Eine Hierarchisierung der Vorschläge findet nicht statt, jedoch erhält jeder Bürger per Brief eine persönliche Antwort, ob und ggf. wann sein Anliegen umgesetzt wird. Bei den umgesetzten Vorschlägen handelt es sich im Wesentlichen um kleinere Reparaturmaßnahmen bei öffentlichen Einrichtungen (Gebäude, Straßen etc.) oder um kleine Veränderungen im Dienstleistungsbereich (Öffnungszeiten, Angebot der Bibliothek etc.).

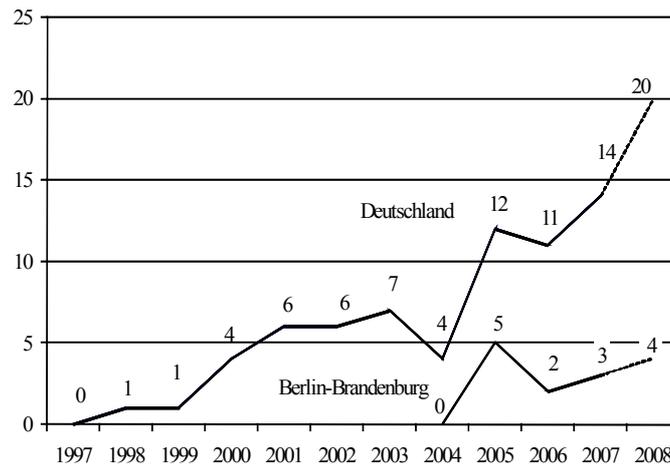
Diese erste Generation von Bürgerhaushalten ist von einer Logik geprägt, die als „selektives Zuhören“ bezeichnet werden kann (Sintomer; Herzberg; Röske 2010). Der Begriff meint, dass nicht Teilnehmer von Bürgerversammlungen die Ergebnisse zusammenfassen, sondern die Verwaltung bzw. Regierung. Dabei besteht immer die Gefahr, dass nur die Vorschläge weiter behandelt werden, die sich mit den Vorstellungen der Verwaltung decken. Zudem muss gesagt werden, dass die Partizipation sich nicht auf die großen Themen der Kommunalpolitik bezieht. Bei den umgesetzten Vorschlägen handelt es

sich wie in der Stadt Hilden um kleinteilige Maßnahmen. Diese beiden Aspekte, das selektive Zuhören und die Partizipation zu den „kleinen“ Fragen spiegeln sich auch in der theoretischen Begründung wider. Der Bürgerhaushalt wird gerne in einen Zusammenhang mit der Bürgerkommune gestellt, die als ein Leitbild für eine bürgerfreundliche und offene Verwaltung angesehen wird (Bogumil; Holtkamp; Schwarz 2003). In der Praxis geht es dabei oft um eine dialogorientierte Partizipation, bei der die Autonomie des Bürgers eingeschränkt bleibt (Herzberg 2009).

Ein Porto Alegre an der Spree?

Ab dem Jahr 2005 kam es zu einer neuen Dynamik. Wie die unten stehende Grafik zeigt, war die Zahl der Beispiele unmittelbar nach Beendigung des Pilotprojektes „Kommunaler Bürgerhaushalt“, zu dem sich in Nordrhein-Westfalen die Bertelsmann Stiftung und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zusammengefunden hatten, von sieben auf vier gesunken. Fokus der neuen Entwicklung war zunächst die Region Berlin-Brandenburg, später kamen Großstädte wie Köln (1. Mio. Einwohner) und Freiburg (219.000 Einwohner) hinzu, die sich durch eine ausgedehnte Internetbeteiligung bzw. durch Betonung der Gender-Frage auszeichnen. Zu dieser Renaissance haben verschiedene Faktoren beigetragen. Erstens muss gesagt werden, dass mit dem nun einsetzenden Engagement entwicklungspolitischer NGOs der Bürgerhaushalt nicht mehr wie bisher ausschließlich ein Thema für Verwaltungsfachleute war, sondern einem breiteren, wenn auch immer noch begrenzten, Kreis aus der Bürgerschaft bekannt wurde. Weiterhin hat die Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin eine sehr aktive Rolle gespielt, indem sie die Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien (von der Konrad-Adenauer-Stiftung bis zur Rosa-Luxemburg-Stiftung) zu einem Diskussionsprozess über die Förderung von Bürgerhaushalten zusammengeführt hat – was im politisierten Kontext von Porto Alegre, aber auch in anderen europäischen Ländern nicht denkbar wäre (bpb 2005). Es ist insbesondere dem Engagement des damaligen bpb-Mitarbeiters Heino Gröf zu verdanken, dass über die Stufe des „selektiven Zuhörens“ hinausgegangen wird. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sich die bisherigen Modernisierungsakteure zurückziehen und die Linkspartei ihre Aktivitäten ausweitet. So hat auch Berlin-Lichtenberg, der Bezirk, der für eine Innovation der Bürgerhaushalte in Deutschland sorgt, eine Bürgermeisterin, die dieser Partei angehört.

Abbildung: Entwicklung der Zahl der Bürgerhaushalte in Deutschland



Quelle: Eig. Darstellung

Die alternative Tageszeitung ‚die tageszeitung‘ (taz) zeigte sich von dem Berliner Beispiel sehr beeindruckt und überschrieb einen Artikel mit dem Titel ‚Lichtenberg wird Volksrepublik‘. Was ist in Lichtenberg anders als bei den Beispielen in Nordrhein-Westfalen? Für den Haushalt hat der Bezirk Dienstleistungen als ‚Produkte‘ definiert. Bürger können mittels Versammlungen, Internet und schriftlichen Befragungen kundtun, was ihnen an den Einrichtungen des Bezirks gefällt und was nicht. Insgesamt waren es im ersten Jahr ca. 40 Produkte, die einen Gegenwert von ca. 30 Mio. Euro repräsentieren (bei einem Gesamthaushalt von über 500 Mio. Euro).³ Im Gegensatz zu Hilden und den anderen Städte können die Bürger die Reihenfolge ihrer Vorschläge durch eine Abstimmung selbst festlegen. Jeder Teilnehmer erhält fünf Punkte, die mittels kumulieren und panaschieren auf die Vorschläge verteilt werden können. Dies ergibt eine Prioritätenliste, die der Bezirksverordnetenversammlung zur weiteren Beratung übergeben wird, womit die Beliebigkeit des selektiven Zuhörens überwunden wird. Hinzu kommt, dass mit einem ‚Redaktionsteam‘ zumindest der Versuch gestartet wird, dass Bürger den Prozess begleiten. In diesem Team gibt es wie in Porto Alegre

³ Die 30 Mio. Euro für die 40 Beteiligungs-Produkte bedeuten nicht, dass die Bürger real diesen Betrag verteilen können (wie es oft suggeriert wird). Das Finanzvolumen der Vorschläge und der umgesetzten Maßnahmen dürfte ein Bruchteil von wenigen hunderttausend Euro des Betrages betreffen.

Delegierte, die auf den Bürgerversammlungen gewählt werden. Ihre Aufgabe ist es u.a., jene Vorschläge von der Bewertung auszuschließen, die nicht im Zuständigkeitsbereich des Bezirks liegen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Bürgerschaft den Prozess tatsächlich kontrollieren kann. Das Verfahren wird weiterhin von der Verwaltung dominiert, die über die Ausrichtung des Bürgerhaushalts entscheidet und ihn auf Konferenzen repräsentiert. Eine soziale Dimension besteht auch in diesem Fall nicht, vielmehr geht es weiterhin um eine partizipative Evaluation von öffentlichen Dienstleistungen, in die mit der Ausweitung dezentraler Veranstaltungen Aspekte der bürgernahen Partizipation integriert werden.

Flucht in den Cyberspace?

In den letzten Jahren sind vermehrt Online-Verfahren entstanden. Diese stehen für keine neue Ausrichtung an einem anderen Idealtyp, sondern stellen vor allem eine technische Innovation dar. Die Stadt Esslingen bei Stuttgart begann im Jahr 2003 als erstes mit einer Diskussion des Haushalts im Internet. Im großen Stil hat dies die Hansestadt Hamburg übernommen. In Köln wurde dann im Jahr 2007 ein Online-Bürgerhaushalt im eigentlichen Sinn durchgeführt (Märker; Vorwerk; Wehner 2008, Engel 2009). Die Vorteile derartiger Verfahren liegen auf der Hand: Die Teilnehmer können selbst entscheiden, wann sie aktiv werden, es können umfangreiche Hintergrunddokumente abgerufen werden und die einzelnen Beiträge sind in Foren und Blogs nachlesbar. Damit eröffnet sich eine Diskussionsmöglichkeit, die so auf den Bürgerversammlungen nicht gegeben ist. Aber es gibt eine Kehrseite: Ein Internetforum kann nicht die Dynamik einer Veranstaltung ersetzen, auf der lebhaft diskutiert und spontan reagiert wird und Bürger allein durch ihre Präsenz ihren Forderungen Nachdruck verleihen können. Gerade diese mobilisierende Kraft, die Entstehung neuer Gruppen und Initiativen, war eine Stärke des Bürgerhaushalts von Porto Alegre, die dazu führte, dass die Zivilgesellschaft tatsächlich eine Kontrolle über die öffentliche Hand ausüben konnte und damit verhinderte, dass Beteiligung zu einer reinen Showveranstaltung wird. Zu prüfen wäre darüber hinaus, ob Online-Verfahren nicht bestimmte soziale Gruppen ausschließen. Allerdings kann es nicht darum gehen, auf das Internet zu verzichten, vielmehr wäre ein angemessener Mix zwischen Präsenz- und Online-Veranstaltungen zu finden.

3. Bewertung und Perspektiven

Gemessen an den konkreten Resultaten fällt die Bilanz der Bürgerhaushalte in Deutschland zunächst verhalten aus: Modernisierungseffekte wie eine messbare Steigerung der Effizienz von Verwaltungshandeln oder eine wesentliche

Qualitätssteigerung bei der Leistungserstellung sind nicht zu beobachten (Sintomer; Herzberg; Röcke 2010). Zwar hat Berlin-Lichtenberg mit der Einführung einer Votierung zu einer Qualitätssteigerung hinsichtlich der Organisation der Partizipation geführt, aber letztlich geht es auch hier um Nebensächlichkeiten – man hat sich in Berlin für eine Partizipation auf Bezirksebene entschieden und nicht auf der Landesebene, wo es um die zentralen Fragen geht. Letztlich hat sich damit ein Verständnis von Bürgerhaushalten durchgesetzt, das die großen Fragen verdrängt und sich auf kleinteilige Aspekte konzentriert. Denn auch wenn die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen mitunter von Teilnehmern diskutiert wird, werden solche Entscheidungen von Lokalregierungen nicht wirklich zur Disposition gestellt.

Um die Wirkungen der Bürgerhaushalte zu verstehen, wird die These aufgestellt, dass sie trotz einschlägiger Diskurse nicht eine Modernisierung der Verwaltung zum Ziel hatten. In der ersten Phase, die von der Krise der Kommunalfinanzen geprägt war, ging es darum, den Bürgern Rechenschaft darüber abzulegen, was mit ihren Steuergeldern passiert. Aus linken Kreisen wird heute hin und wieder der Vorwurf erhoben, dass die Projekte der Bertelsmann Stiftung Ausdruck einer „neoliberalen Politik“ seien. Einer solchen Behauptung muss jedoch widersprochen werden. Zwar mag man über den „strikt“ konsultativen Charakter der Verfahren enttäuscht sein, jedoch hat dies nichts mit einem Minimalstaat neoliberaler Prägung zu tun. Es ging vielmehr darum abzuklopfen, in welchen Bereichen der Daseinsvorsorge Kürzungen vertretbar wären und in welchen auf gar keinem Fall – was für die Kommunen in Deutschland durchaus eine reales Problem ist. Die Stärke dieser Verfahren lag vor allem in der politischen Bildung: Bürger erfahren mehr über die Aufgabenfelder der Kommune und ihre Kosten. Langfristig schien dies jedoch nicht attraktiv genug zu sein, was möglicherweise den Rückgang der Verfahren um das Jahr 2005 erklärt. Der Geist von Porto Alegre hat in der zweiten Phase zu einer Ausdifferenzierung der Verfahren beigetragen. Dies hat vor allem zu einer Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung geführt. Ein nicht zu unterschätzender Effekt liegt auch im politischen Marketing. Berlin-Lichtenberg wurde durch seinen Bürgerhaushalt bundesweit bekannt und seine Repräsentanten zu Konferenzen ins Ausland eingeladen. Bürgerhaushalt ist somit – und das gilt auch für die anderen Kommunen – zu einem großen Teil immer auch symbolische Politik. In Zeiten von Politikverdrossenheit und zurückgehender Wahlbeteiligung scheint für die gewählten Mandatsträger in den Kommunalparlamenten vor allem diese Botschaft zu zählen. Politiker wollen gewählt werden, aber was sie darüber hinaus mit einem Bürgerhaushalt erreichen wollen, bleibt unklar.

Um dem Bürgerhaushalt einen Sinn zu geben, wird eine Anleihe an der Bürgerkommune versucht, das heißt die Verbindung mit einem Verwaltungsbild, das auf Bürgerfreundlichkeit und Partizipation setzt. Für den Bürger selbst bleibt dies jedoch diffus und so kommt es, dass die Beteiligungszahlen

relativ gering sind: An den Bürgerversammlungen nehmen in den kleinen und mittelgroßen Städten wie z.B. Emsdetten (35.000 Einwohner) und Hilden (56.000 Einwohner) zwischen 100 bis 200 Bürger teil, in Berlin-Lichtenberg (152.000 Einwohner) sind es über 500. Um die schwache Mobilisierung zu verdrängen, betreibt man ein „Teilnehmer-tuning“, indem man in gleicher Weise die Nutzer des Internets hinzurechnet (Kleger; Franzke 2009). Dies kann jedoch nicht verbergen, dass dem Bürgerhaushalt eine über lokale Gruppen hinausgehende Bewegung von unten fehlt, die Druck hinsichtlich der Verfahren ausübt, die einen unmittelbaren Nutzen für die Bürger haben. So hat sich z.B. die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland die Bürgerbeteiligung am Haushalt nicht auf die Fahnen geschrieben, was in anderen europäischen Ländern durchaus anders ist. Auch die Wissenschaft hat nur begrenzt dazu beigetragen, dass der tatsächliche Einfluss der Bürger kritisch hinterfragt wird. Den Forschern ist zu Gute zu halten, dass ihnen an einer Verbreitung des Bürgerhaushalts gelegen ist. Gleichzeitig fällt es ihnen schwer, Verfahren zu kritisieren, an deren Implementierung sie beteiligt sind. So kommt es, dass eine verfahrenstechnokratische Sicht dominiert, während qualitative Auswirkungen und die Machtfrage vernachlässigt werden.

Mit Abstand betrachtet, zeigt sich allerdings, dass die Potenziale des Bürgerhaushalts nicht ausgeschöpft sind und seine Spezifität oft nicht erkannt wird: Er ist ein Beteiligungsinstrument, das erlaubt, über den einzelnen Bereich (Umwelt, Verkehr, Kultur etc.) hinaus einen Ausgleich zu finden. Wo sich sonst eine Forderung an die andere addiert, können Bürger untereinander eine Abwägung treffen. Damit gehen Bürgerhaushalte über eine „Ja“-oder-„Nein“-Entscheidung hinaus und können dennoch mit einer hohen Verbindlichkeit verbunden werden. Auf diese Weise könnte der Bürgerhaushalt dazu beitragen, die lokale Demokratie in Deutschland zu erneuern, wie es die Solidarkommune vorschlägt (Herzberg 2009). Dieses Leitbild versucht nicht nur Partizipation mit Modernisierung zu koppeln, sondern auch mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Damit eine solche Perspektive möglich wird, wäre es notwendig, die Bürger aus der Unmündigkeit zu entlassen. Dies bedeutet nicht die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, erforderlich wäre ein geschicktes Verfahren, das in abgegrenzten Feldern Entscheidungskompetenzen überträgt und auf der Ebene der Gesamtstadt zentrale Themen und strategische Fragen erörtert. Derzeit scheint jedoch die Tendenz zur Verlagerung in den virtuellen Raum stärker zu sein, wobei die Gefahr besteht, dass der Bürgerhaushalt den Bürger machtlos hält und kein Qualitätssprung vollzogen wird, der über den Aspekt der Bürgernähe hinausgeht.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung; Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hg.), (2004): Kommunalen Bürgerhaushalt: Ein Leitfaden für die Praxis. Gütersloh. Bertelsmann Stiftung.
- Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars; Schwarz, Gudrun (2003): Das Reformmodell Bürgerkommune (Modernisierung des öffentlichen Sektors 22). Berlin: edition sigma.
- bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2005): Bürgerhaushalt in Großstädten, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Engel, Denise (2009): Der Bürgerhaushalt als Instrument der kooperativen Demokratie. Dargestellt am Beispiel der Bürgerhaushaltsverfahren von Berlin-Lichtenberg und Köln. Aachen: Magisterarbeit an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.
- Fedozi, Luciano (2007): Observando o Orçamento participativo de Porto Alegre. Porto Alegre: Tomo.
- Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie? Wiesbaden: VS Verlag.
- Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Hamburg: VSA Verlag.
- Herzberg, Carsten; Schruoffeneger, Oliver (2009): Ist ein grüner Bürgerhaushalt möglich? Vorschläge und Überlegungen zur Gestaltung von Bürgerhaushaltsverfahren in Berliner Bezirken. Diskussionspapier Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus.
- Klages, Helmut; Daramus, Carmen (2007): Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg (Speyerer Forschungsberichte 249). Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer.
- Kleger, Heinz; Franzke, Jochen (Hg.) (2009): Bürgerhaushalt ohne Bürger? Analyse der Ergebnisse einer Einwohnerbefragung in der Stadt Potsdam im Frühjahr 2007. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Märker, Oliver; Vorwerk, Volker; Wehner, Joseph (2008): Bürgerbeteiligung am Haushalt. Das Beispiel Bürgerhaushalt Köln, in: Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie 32, S. 114-119.
- Weise, Sebastian (2006): Bürgerhaushalt in Berlin. Das Bürgerhaushaltsprojekt des Bezirks Lichtenberg. Münster: Lit-Verlag.

Wibke Feldmann

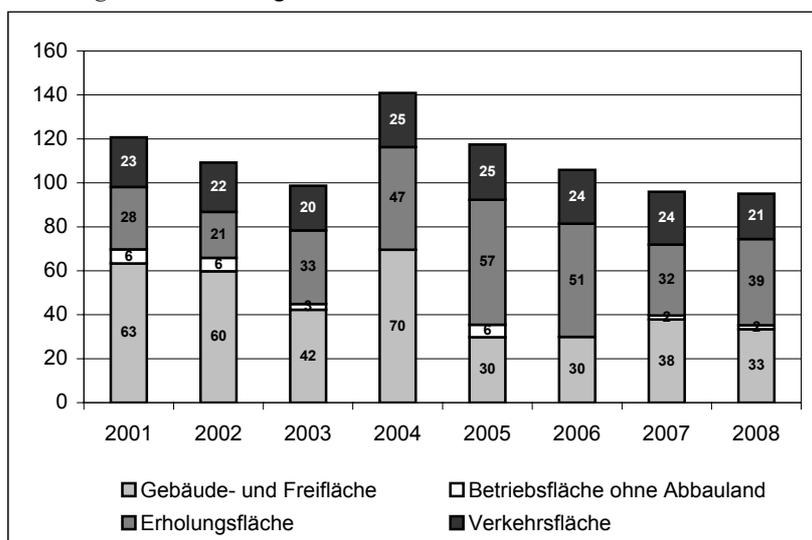
Instrumente und ihr Einfluss auf das 30-ha-Ziel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Zusammenfassung: Die Verringerung des Flächenverbrauchs ist eines der dringenden Ziele nachhaltiger Siedlungsentwicklung. Dieses Problem ist so bedeutsam, dass die Bundesregierung das Ziel gesetzt hat, den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2020 auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. In diesem Beitrag wird zunächst der Flächenverbrauch in den letzten Jahren betrachtet, um daran anschließend Auswirkungen und Akteure darzulegen, die am Flächenwachstum beteiligt sind. Weiterhin werden verschiedene Instrumente und ihr möglicher Beitrag zur Flächenreduzierung diskutiert. Dabei werden verschiedene Hinderungsgründe und das Reduzierungspotenzial benannt. Insgesamt wird verdeutlicht, warum das 30-ha-Ziel nicht erreicht werden wird.

1. Ausgangssituation

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 ha pro Tag bis zum Jahr 2020 ist durch die im Jahr 2002 verabschiedete nationale Nachhaltigkeitsstrategie offizielles Ziel der Bundesregierung (vgl. 2002: 189-190). Mit Flächenverbrauch ist die meist irreversible Nutzungsumwindung des Bodens von naturnaher, land- und forstwirtschaftlicher Nutzung zu siedlungsbezogener Nutzung gemeint (vgl. Krumm; Heinbach 2004: 4). Erreicht werden soll durch die Reduzierung des Flächenverbrauchs unter anderem ein Schutz der Freiräume, eine flächenschonende Steuerung der Siedlungsentwicklung an der Schnittstelle zwischen Land und Stadt sowie eine attraktive und ökologische Gestaltung der Siedlungsentwicklung im Bestand (vgl. UBA 2004: 1). Bei der Betrachtung des Flächenverbrauchs in den letzten Jahren zeichnet sich jedoch ab, dass bisher kaum eine Annäherung an dieses Ziel stattgefunden hat. Zwar ist der Flächenverbrauch seit 2004 rückläufig, aber mit circa 95 ha pro Tag im Jahr 2008 noch weit von dem 30 ha Ziel entfernt (vgl. Statistisches Bundesamt Deutschland 2009).

Abbildung: Entwicklung des Flächenverbrauchs 2001-2008



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland 2009, eigene Berechnung

Jedoch ist die Zunahme an Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht gleichzusetzen mit einer vollständigen Versiegelung des Bodens. Dies liegt vor allem an Erholungsflächen wie Park-, Sport- oder Kleingartenanlagen, die kaum oder wenig versiegelt sind. „Selbst ökologisch verträgliche Arten der Nutzung im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen [...] zählen statistisch zur Siedlungs- und Verkehrsfläche, sofern der Ausgleich innerhalb der so ausgewiesenen Flächen erfolgt“ (Jörissen; Coenen 2007: 36). Schätzungsweise sind ein Drittel bis ein Viertel der neuen Grünflächen Ausgleichsflächen (vgl. UBA 2004: 31). Insgesamt ist somit im nationalen Durchschnitt in etwa die Hälfte eines Hektars Siedlungs- und Verkehrsfläche versiegelt (vgl. Einig; Spiecker 2002: 150).

Mit der weiteren Siedlungsausdehnung sind vielfältige, vor allem negative Auswirkungen verbunden, die hier beispielhaft aufgeführt werden: Neben der Versiegelung von Böden und damit dem Verlust von Bodenfunktionen kann es zu Veränderung des (Mikro-) Klimas kommen. Durch die Bebauung von Freiflächen gehen Lebensräume von Pflanzen und Tiere verloren und es kommt zu einer Schadstoffanreicherung in der Luft (vgl. Flacke 2003: 33). Das Flächenwachstum führt oftmals dazu, dass sich die Anzahl der wohnnahen Erholungsflächen verringert (vgl. Hutter; Troge 2004: 8) und monofunktionale Nutzungseinheiten vor allem am Stadtrand entstehen, wodurch sich zwangsweise eine Erhöhung der Motorisierung ergibt (vgl. Hoffmann-Riem et al. 2006: 33). Auf-

grund des demografischen Wandels kommt es vielerorts zu sinkenden Bevölkerungsdichten. Es werden aber trotzdem neue Siedlungsflächen entwickelt, da es weiterhin eine Nachfrage nach Bauplätzen gibt. Eine sich daraus ergebene Konsequenz ist die „Unterauslastung der bereits vorhandenen Infrastruktur bei gleichzeitiger Notwendigkeit, die soziale und technische Infrastruktur in den Wachstumsgebieten auszubauen, was erhöhte Kosten und zusätzlichen Flächenverbrauch zur Folge hat“ (Jörissen; Coenen 2007: 47).

Jedoch gibt es auch positive Auswirkungen. Oftmals entstehen durch die weitere Siedlungsausdehnung neue Wohngebiete am Stadtrand, in denen sich viele Menschen ihren Traum vom Eigenheim im Grünen realisieren. Die Realisierung von Bauvorhaben fördert die lokale Bauwirtschaft, durch neu angesiedelte Unternehmen und Einwohner steigt die Nachfrage nach Dienstleistungen der örtlichen Wirtschaft und eventuell können somit zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen bzw. vorhandene gesichert werden (vgl. Enquete-Kommission 1998: 9).

Verantwortlich für den Flächenverbrauch sind verschiedene Akteursgruppen und ihre Beweggründe. Das Ziel der Kommunalpolitik ist es, positive Effekte für ihre Kommune möglichst noch in der gleichen Wahlperiode zu erreichen, denn nur dann werden sie wieder gewählt. Durch die Ausweisung neuer Baugebiete soll erreicht werden, dass sich Unternehmen in der Kommune ansiedeln, neue Arbeitsplätze entstehen und Einwohner in das Stadtgebiet ziehen, damit die Kommune von zusätzlichen Steuereinnahmen profitiert (vgl. Enquete-Kommission 1998: 8-9). Gewerbetreibende bevorzugen Standorte am Stadtrand, da dort die Emissionsauflagen geringer sind (vgl. BBR 2006a: 46), die Betriebe besser erweitern und die Abstandsregeln leichter eingehalten werden können, sowie die Verkehrsanbindungen oftmals geeigneter sind. Zusätzlich sind die geringeren Bodenpreise am Stadtrand ein entscheidender Faktor für die Standortwahl (vgl. Jörissen; Coenen 2007: 79-80). Auch private Bauherren bevorzugen oftmals das Umland großer Städte als Wohnstandort, da dort höhere Wohn- und Wohnumfeldqualitäten zu niedrigeren Preisen vorhanden sind (vgl. Hutter; Troge 2004: 29).

Es stellt sich somit die Frage, durch welche Instrumente der weiterhin hohe Flächenverbrauch eingedämmt werden kann, um das 30-ha-Ziel zu erreichen. Nachfolgend werden verschiedene bestehende (Kapitel 2) und einige in der Fachdebatte diskutierte Instrumente (Kapitel 3) daraufhin untersucht, inwieweit sie dazu beitragen können, dieses Ziel zu erreichen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Faktoren und Gründe der ‚Verhinderung‘ des erfolgreichen Einsatzes der einzelnen Instrumente zur Eindämmung des Flächenverbrauchs gelegt. Die zusammenfassende Einschätzung des Flächenreduzierungspotenzials der Instrumente erfolgt durch eine durch die Autorin vorgenommene Kategorisierung von ‚sehr gering‘ bis ‚sehr hoch‘.

2. Bestehende Instrumente

- a) Der Regionalplan hat bei der derzeitigen Nutzungsweise nur ein ‚geringes‘ bis ‚mittleres‘ Flächenreduzierungs­potenzial, da Flächenausweisungen kaum reguliert werden. Nur wenn die Siedlungsfläche im Regionalplan bereits stärker begrenzt würde, könnte dieser zum Flächensparen beitragen. Bisher sind dabei jedoch Defizite festzustellen, wie beispielsweise im Regionalplan Nordhessen, der für Kassel weitere 25 ha Wohnsiedlungsflächen vorsieht, obwohl kein weiterer Bedarf absehbar ist (vgl. RP Kassel 2006: 47-48).
- b) Der Flächennutzungsplan ist nur bedingt geeignet, den Flächenverbrauch zu reduzieren, da die Kommunen untereinander in Konkurrenz stehen. Entscheidet sich eine Kommune für eine restriktive Flächenausweisung, muss sie mit Abwanderungen von Flächennachfragern in angebotsstärkere Kommune rechnen, wodurch wirtschaftliche Nachteile zu befürchten sind. Von daher wäre ein Flächensparen nur möglich, wenn alle Gemeinden in einem Verflechtungsraum die gleichen Prinzipien der Flächenentwicklung verfolgen würden (vgl. BBR 2007a: 31-32). Somit wird das Flächenreduzierungs­potenzial als ‚gering‘ bis ‚mittel‘ eingeschätzt.
- c) Bebauungspläne können nur einen ‚geringen‘ Beitrag zur Flächenreduzierung leisten. Dies liegt daran, dass verdichtete Baugebiete häufig nur in den Ballungsräumen und Stadtkernen angenommen werden und dort auch nur aufgrund von hohen Baulandpreisen (vgl. StMLU 2003: 30). Zudem werden Bebauungspläne häufig überproportioniert entwickelt.
- d) Die sogenannte Bodenschutzklausel gilt als Optimierungsgebot, das zu einer Berücksichtigung des sparsamen und schonenden Umgangs mit dem Grund und Boden aufruft (vgl. Krautzberger 2002: 136). Jedoch sind bei diesem Instrument große Vollzugsdefizite festzustellen, da eine geringe Versiegelung bzw. Inanspruchnahme des Bodens „häufig im Rahmen des Abwägungsprozesses als nachrangig eingestuft und von den planenden Kommunen ‚weggewogen‘“ (BBR 2007a: 47) wird.
- e) Auch bei der Landschaftsplanung ist ein Vollzugsdefizit zu konstatieren, da entweder die Schutz- und Vorranggebiete zu wenig ausgewiesen oder zu schnell aufgehoben werden (vgl. BBR 2007a: 92). Jedoch könnte durch eine intensivere Ausweisung von Schutz- und Vorranggebieten ein größerer Prozentsatz an Flächen vor Bauungen geschützt werden. Aktuell wird das Reduzierungspotenzial als ‚mittel‘ eingestuft.
- f) Bei der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung ist ein instrumentelles Defizit festzustellen. Sie kann ihrer Bestimmung gemäß nicht alle Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft ausgleichen, da dafür nicht genügend Flächen zur Verfügung stehen. Problematisch ist zudem, dass bisher „jeder Eingriff noch ‚schöngeredet‘ oder ‚gerechnet‘ werden“ (BBR 2007a: 47) kann. Das Flächenreduzierungs­potenzial der derzeitigen Nutzungsweise wird als ‚sehr gering‘ bis ‚gering‘ eingestuft.

- g) Kataster können helfen, einen Überblick über die Flächenpotenziale einer Kommune zu erhalten, wodurch gegebenenfalls weniger Flächen im Außenbereich neu entwickelt werden. Allerdings sind Kataster mit einem hohen Aufwand und Kosten verbunden. Zudem kann durch ein Kataster nicht festgestellt werden, wie viele Flächen tatsächlich entwickelt werden können, da die Entwicklungsbereitschaft der Grundstückseigentümer gesondert ermittelt werden muss, sodass das Flächenreduzierungspotenzial von Katastern nur als ‚gering‘ eingestuft wird.
- h) Durch detaillierte Bedarfsermittlungen kann die zukünftige Siedlungsentwicklung besser an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Jedoch fehlen häufig aktuelle, aussagekräftige Prognosen. Ursache hierfür ist zum Teil das Fehlen eines einheitlichen Berechnungs- und Bewertungsmaßstabs (vgl. BBR 2007a: 39). Bei Wohnbauflächen hätten Bedarfsermittlungen ein ‚hohes‘ Flächenreduzierungspotenzial, da dadurch überdimensionierte Wohngebiete vermieden werden könnten. Für Gewerbeflächen lässt sich der Bedarf allerdings nur schwer prognostizieren, sodass kein Reduzierungspotenzial erkennbar ist. Insgesamt sind Informations- und Vollzugsdefizite erkennbar, da Bedarfsermittlungen nicht ausreichend angewendet oder im regionalen Kontext gesehen werden.
- i) Die Vermarktung von Grundstücken im Innenbereich ist oftmals aufgrund kleinteiliger Eigentümerstruktur mit großem Aufwand verbunden. „Viele Städte und Gemeinden nehmen sich dem Thema Vermarktung von Innenbereichsgrundstücken daher nicht an und sehen es als ‚Problem‘ des Privateigentümers – nicht selten in Konkurrenz zu gemeindeeigenen Flächen auf der ‚grünen Wiese‘“ (BBR 2007a: 86). Allerdings kann durch eine erfolgreiche Vermarktung von Bestandsflächen der Flächenverbrauch gesenkt werden. Das Reduzierungspotenzial wird als ‚gering‘ bis ‚mittel‘ eingestuft.
- j) Städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen können nur einen ‚sehr geringen‘ bis ‚geringen‘ Beitrag zur Flächenreduzierung leisten. Hinderungsgründe sind zum Beispiel der hohe Anwendungsaufwand und Informationsdefizite über die Nutzungsmöglichkeiten der Instrumente in den Kommunen (vgl. BBR 2007a: 89). Es wäre zu empfehlen, die Schwelle für die Anwendung (das Maß der Beeinträchtigung) herabzusetzen und die Anwendung des Instruments generell zu vereinfachen.
- k) Zwischen 1991 und 2007 wurden die Gelder der ‚Förderung der gewerblichen Wirtschaft‘ (GA-Förderung) nur zu drei Prozent für die Wiederherrichtung von brachliegenden Industrie- und Gewerbegebieten genutzt (vgl. Förderdatenband 2008). Eine Neuausrichtung des Förderinhaltes in Richtung Bestandsentwicklung wäre sinnvoll, stellt sich aber als schwierig heraus, da eine „Umschichtung von GA-Mitteln aus der Förderung von Außenbereichsvorhaben hin zu Innenentwicklungsmaßnahmen [...] sich gegen Argumente durchsetzen“ müsste, „die sich auf die an den Außenbereich gerichtete Nachfrage nach Gewerbeflächen und die damit verbundene Er-

wartung der Ansiedlung von Arbeitsplätzen beziehen“ (vgl. BBR 2007a: 80). Gegenwärtig leistet dieses Instrument deshalb nur einen ‚sehr geringen‘ Beitrag zur Flächenreduzierung.

3. Instrumentenvorschläge aus der Fachdebatte

In mehreren Untersuchungen in den letzten Jahren, unter anderem in dem Forschungsprojekt „Fläche im Kreis“, durchgeführt vom BBR und vom BMVBS, wurde über verschiedene Instrumente diskutiert, die einen Beitrag zur Reduzierung des Flächenverbrauchs leisten könnten. Dabei wurde über Instrumente mit sehr unterschiedlichen Ansatzpunkten debattiert. Einige dieser diskutierten Instrumente werden nachstehend dargestellt, wobei herausgestellt wird, wie groß die Realisierungschancen dieser Instrumente nach Meinung der Autorin wären.

- a) Die Rückbaupflicht im Innenbereich wäre das Äquivalent zur Rückbaupflicht im Außenbereich. Zukünftige Baugenehmigungen würden mit einer Verpflichtung zum Rückbau leerstehender Gebäude verknüpft werden (vgl. BBR 2006b: 17). Die Beseitigung der baulichen Anlagen würde die Verkaufs- und Vermarktungschancen des Grundstückes erheblich erhöhen, da der neue Eigentümer ein baureifes Grundstück vorfände. Problematisch ist allerdings der Eingriff in die Eigentumsrechte, weshalb die Realisierungschance dieses Instruments als gering bewertet wird. Jedoch hätte die Rückbaupflicht verschiedene Vorteile. In Schrumpfungregionen könnten durch die entstehenden Freiflächen das Quartier aufgewertet und somit das Wohnen in der Stadt attraktiv werden. Hingegen würde es in Wachstumsregionen verstärkt zu einer erneuten Bebauung der Grundstücke kommen, wodurch weniger Flächen neu entwickelt werden müssten. Das Reduzierungspotenzial wird als ‚mittel‘ eingeschätzt.
- b) Einer verpflichtenden Einführung von Kosten-Nutzen-Betrachtungen steht entgegen, „dass viele Politikerinnen und Politiker noch immer einem ungeprüften Wachstumsdenken folgen, in dem Kosten-Nutzen-Betrachtungen keinen Platz haben“ (BBR 2007b: 68). Als Schwierigkeit wird auch benannt, dass die notwendigen Informationen teilweise nur mit sehr hohem Aufwand zu beschaffen sind (vgl. BBR 2007b: 67). Daher wäre ein einfaches, standardisiertes Berechnungsmodell, mit dem die Kosten und der Nutzen einer neuen Flächenentwicklung ungefähr berechnet werden könnten, wichtig. Nur durch eine einfache Handhabung hätte so ein Modell eine gute Chance eingeführt zu werden und könnte mitunter einen ‚mittleren‘ bis ‚hohen‘ Beitrag zur Flächenreduzierung leisten. Zwar gibt es mittlerweile verschiedene Berechnungsmodelle, aber bisher wurde noch keines verpflichtend eingeführt.

- c) Um die Neuinanspruchnahme von Flächen im Außenbereich teurer zu gestalten, wird eine Reform der Grundsteuer diskutiert. Dabei sind verschiedene Varianten in der Debatte, wobei hier nur die Gebäude- und Bodenwertsteuer vorgestellt wird. Als ‚mittel‘ bis ‚hoch‘ wird ihr Reduzierungspotenzial erachtet. Hierbei würde es zu einer Aktualisierung der Grundsteuer mit vereinfachten, pauschalisierten Werten kommen. Unbebaute Grundstücke im Innenbereich würden dabei stärker belastet (vgl. Jörissen; Coenen 2007: 181), wodurch vorhandene Flächenpotenziale möglicherweise einfacher zu aktivieren wären. Die Chance, dass diese Variante eingeführt würde, wird unter dem Gesichtspunkt, dass seit Jahren eine Reform der Grundsteuer gefordert wird, prinzipiell groß eingeschätzt, da eine starke Anlehnung an die aktuelle Grundsteuer besteht. Allerdings besteht eine generelle Ablehnung einer am Ziel der Flächeninanspruchnahme orientierten Reform des Steuerrechts durch die Finanzminister (vgl. Jörissen; Coenen 2007: 189), wodurch die Einführungschance relativiert wird.
- d) Auch bei einer Reform der Grunderwerbsteuer besteht generell die Ablehnung der Finanzminister. Jedoch wird sie diskutiert, da laut dem Umweltbundesamt (2003: 140) die Grunderwerbsteuer mit dazu beiträgt, „dass Transaktionen, die zur Revitalisierung von Branchen oder zur Wiedernutzung von leerstehenden Gebäuden oder überhaupt zur Weiternutzung des baulichen Bestandes führen könnten, in Deutschland unverhältnismäßig teuer sind im Vergleich zum Erwerb von Rohbauland“. Würde die Steuer für die Wiedernutzung von Grundstücken abgeschafft werden, könnten sich dadurch vermehrt Anreize ergeben, Bestandsflächen erneut zu nutzen, wodurch dieses Instrument einen ‚hohen‘ Beitrag zur Flächenreduzierung leisten würde. Politisch durchsetzbar wäre eine Reform nur, wenn keine Steuerverluste für die Länder entstünden.
- e) Zur Diskussion steht auch eine veränderte Kreditvergaberichtlinie der KfW Bankengruppe: So sollten zukünftig Rückbaumaßnahmen durch vergünstigte Kredite gefördert werden. Kredite für die Wohneigentumsbildung sollen nur noch für den Wohnungsbestand vergeben werden und Infrastrukturkosten für neu ausgewiesene Baugebiete sollen nicht mehr förderfähig sein (vgl. BBR 2007b: 53). Würde nur noch der Bestand gefördert, könnten in schrumpfenden Regionen eine weitere Siedlungsexpansion und somit der Flächenverbrauch gemindert werden. Für wachsende Regionen hätte dies starke Auswirkungen auf dem Wohnungsmarkt mit der Folge von Wohnraumknappheit. Diese würde zu einer Steigerung der Wohnkosten führen, was wiederum soziale Auswirkungen hätte. Da diese negativen Auswirkungen nicht gewollt sein können, sollten Kredite weiterhin auch für Neubauten vergeben werden. Allerdings sollte die Eigentumsbildung im Bestand weiterhin durch niedrigere Zinssätze bevorzugt werden. Das Flächenreduzierungspotenzial wird insgesamt als ‚hoch‘ bis ‚sehr hoch‘ eingeschätzt.

- f) Ebenso diskutiert wird die Einrichtung von Grundstücksfonds für die Aktivierung von Brachen. Dazu werden die Brachflächen in drei Gruppen unterteilt. A-Flächen sind solche Brachen, die keine zusätzlichen Finanzierungen benötigen (vgl. BBR 2007a: 73). B-Flächen sind Flächen, die nicht unmittelbar wieder nutzbar sind. Durch die Einrichtung von Fonds sollen diese Grundstücke aufbereitet und marktfähig gemacht werden (vgl. BBR 2007a: 124). C-Flächen sind jene Flächen, bei denen in absehbarer Zeit keine Nachnutzung in Sicht ist, beispielsweise aufgrund der Lage oder aufgrund von Überangeboten von Flächen. Diese Flächen sollen renaturiert werden oder als Reserveflächen zur Verfügung stehen (vgl. BBR 2007a: 55). Da Revitalisierungen und Renaturierungen jedoch mit hohen Kosten verbunden sind, müsste viel Geld investiert werden. Da der Flächenverbrauch ein nicht auf Deutschland begrenztes Problem ist, könnte europaweit ein Förderprogramm eingeführt werden. Insgesamt würden Grundstücksfonds einen ‚geringen‘ bis ‚mittleren‘ Beitrag zur Reduzierung des Flächenverbrauchs beitragen.
- g) Weiter stehen Zweckzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs für Revitalisierungen, Innenentwicklungen oder Renaturierungen zur Debatte. Zwar decken bereits verschiedene Programme wie die regionale Wirtschaftsförderung und die Stadterneuerung bis zu 70 bis 80 Prozent der Kosten für Revitalisierungs- oder Innenentwicklungsprojekte, jedoch sind die bei den Förderungen aufzubringenden Eigenanteile teilweise ein Problem, sodass in diesem Zusammenhang die Zweckzuweisungen dazu beitragen könnten, sowohl die Gesamtkosten als auch den Eigenanteil zu reduzieren (vgl. BBR 2007b: 78). Eine Realisierungschance hätte diese Reform nur, wenn zusätzlich Gelder für die Zweckzuweisungen eingenommen würden. Auch das Flächenreduzierungspotenzial wird nur als ‚gering‘ bis ‚mittel‘ bewertet.
- h) Ein weiteres Instrument wäre eine Umlage auf Neuausweisungen, die Flächen im Außenbereich verteuern und dadurch unattraktiver machen soll, sodass im Ergebnis weniger Außenbereichsflächen bebaut würden. Umlagen sollen nicht auf Innenbereichsflächen erhoben werden, wodurch die Entwicklung von Bestandsflächen gefördert würde (vgl. Krumm; Heinbach 2004: 62). Die Einführung eines einheitlichen Umlagesatzes auf Bundes- oder Länderebene ist jedoch nicht geeignet, da die regionalen Unterschiede zu hoch sind. Wie hoch das Flächenreduzierungspotenzial ist, hängt von der Höhe der Umlage ab. Politisch durchsetzbar wäre wahrscheinlich nur eine geringe Umlage, sodass auch das Reduzierungspotenzial nur als ‚mittel‘ eingestuft wird.
- i) Flächenkontingente hätten das größte Flächenreduzierungspotenzial, da diese klar regeln würden, wie viel Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche eine Kommune entwickeln könnte. Die Kontingente würden sich nicht auf Flächen im Innenbereich beziehen (vgl. Krumm; Heinbach 2004: 30). Sie

würden den Kommunen zugewiesen oder könnten gekauft werden. Müsstent Kontingente gekauft werden, würden unrentable Flächennutzungen, wie beispielsweise kostengünstiges Bauland für Familien, weniger werden. Auch mit wirtschaftlichen Folgen wäre zu rechnen, wenn eine Kommune beispielsweise nicht über die nötigen Flächenkontingente und -reserven für die Ansiedlung eines Unternehmens verfügt. Flächenkontingente würden hingegen dem Umweltschutz dienen, da der unkontrollierte Verbrauch von Flächen nicht mehr möglich wäre und wirtschaftliche und soziale Aspekte bei der Abwägung nicht bevorzugt werden könnten. Die Einführung von Flächenkontingenten hätte wahrscheinlich aufgrund von politischem Widerstand keine reale Chance.

4. Fazit

Die kritische Darstellung der Instrumente verdeutlicht, dass viele Faktoren der Reduzierung des Flächenverbrauchs entgegenwirken. So sind zum Beispiel neben politischen Widerständen die Konkurrenz zwischen Nachbarkommunen sowie Informations- und Vollzugsdefizite Ursachen, warum eine nennenswerte Reduktion des Flächenverbrauchs bisher nicht eingetreten ist. Schmalholz (2002: 158) nennt als eine wesentliche Ursache für das Versagen der bestehenden Instrumente das mangelnde Interesse sämtlicher an der Flächeninanspruchnahme beteiligten privaten und öffentlichen Akteure.

Die Anreize für Kommunen, den extensiven Flächenverbrauch zu reduzieren, sind sehr gering. „Ohne Umbau insbesondere des kommunal-relevanten Steuersystems werden alle ‚weichen‘ Ziele reduzierter Flächeninanspruchnahme buchstäblich ‚im Sande‘ verlaufen. Es muss sich für die Kommunen tatsächlich ‚rechnen‘ [...] dieses Ziel [die Reduzierung des Flächenverbrauchs, Anm. d. Vf.] in der lokalen Politik zu realisieren“ (Gawron 2004: 70).

Auch lässt sich feststellen, dass der effektivste Policy-Mix zur Erreichung des 30-ha-Zieles von Kommune zu Kommune unterschiedlich ist. Es gibt kein überall anwendbares Patent, das gleich gut funktioniert. Trotzdem gibt es Instrumente, die eher für die eine oder die andere Region geeignet sind. Die Unterteilung kann jedoch nur sehr grob nach wachsenden und schrumpfenden Regionen erfolgen. In schrumpfenden Regionen werden finanzielle Mittel immer bedeutsamer. Von daher werden dort stärker als in Wachstumsregionen Finanzierungen in Form von Grundstücksfonds, vor allem für C-Flächen, gefragt sein. Hingegen werden die Landschaftsplanung und die Ausweisung von Schutzgebieten in wachsenden Regionen stärker von Bedeutung sein, um mehr Freiräume und Erholungsflächen vor der Bebauung zu schützen.

Abschließend lässt sich als Ergebnis dieser Analyse festhalten:

1. Das 30-ha-Ziel kann bis 2020 nicht erreicht werden.
2. Grundsätzlich ist eine Reduzierung des Flächenverbrauchs ein sinnvolles Ziel, das angestrebt werden sollte.
3. Die Qualität der Siedlungen sollte höher als die Quantität der Siedlungsflächen eingestuft werden und im Vordergrund stehen.
4. Eine stärkere Innenentwicklung kann zur Reduzierung des Flächenverbrauchs beitragen und zugleich positive Effekte für die Kommune haben.
5. Für schrumpfende und wachsende Regionen sollten unterschiedliche Ziele benannt werden, da sie einen unterschiedlich hohen Beitrag zur Flächenreduktion leisten können.
6. Negative wirtschaftliche Auswirkungen durch Flächenreduzierungen sollten vermieden werden.
7. Die Flächenreduzierungsspotenziale dieser Instrumente sind nur begrenzt, da verschiedenste Beweggründe einer effektiven Nutzung der Instrumente entgegenstehen.
8. Auf lokaler Ebene wird nichts unternommen, was der Entwicklung der Kommune schaden könnte. Von daher müssten die überregionalen Ebenen mehr Vorgaben zum Flächenverbrauch und zur Flächenentwicklung erteilen, wenn eine nennenswerte Flächenreduktion erreicht werden soll.

Literatur

- BBR (2006a): Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Band 1. Theoretische Grundlagen und Planspielkonzeption. Berlin.
- BBR (2006b): Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Fläche im Kreis. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Heft 25/4-10/2006. Selbstverlag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Bonn.
- BBR (2007a): Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Band 2. Was leisten bestehende Instrumente? Berlin.
- BBR (2007b): Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Band 3. Neue Instrumente für neue Ziele. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Einig, Peter; Spiecker, Margarete (2002): Die rechtliche Zulässigkeit regionalplanerischer Mengenziele zur Begrenzung des Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums. In: Zeitschrift für Umweltrecht. Sonderheft 2002. 12. Jahrgang, S. 150-157.

- Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ der 13. Deutschen Bundestages (Hrsg.) (1998): Mögliche Maßnahmen, Instrumente und Wirkungen einer Steuerung der Verkehrs- und Siedlungsflächennutzung. Bonn: Springer.
- Flacke, Johannes (2003): Mehr Stadt – weniger Fläche. Flensburg: Deutsche Akademie für Landeskunde.
- Förderdatenbank (2008): <http://www.foerderdatenbank.de/FoerderDB/Navigation/Foerderrecherche/suche.html?get=c50972890da6c38c66ae2f8342c0f862;views;document&doc=373&pos=Box#Box:10.05.2008>.
- Gawron, Thomas (2004): Reduzierte Flächeninanspruchnahme durch interkommunale Kooperation? UFZ-Bericht 25/2004. Leipzig.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang; Koch, Hans-Joachim; Ramsauer, Ulrich (Hrsg.) (2006): Nachhaltigkeit als Ressourcennutzungskonzept für die Bauleitplanung. Zugleich ein Beitrag zur nachhaltigen Flächennutzung. Hamburg: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Hutter, Claus-Peter; Troge, Andreas (2004): Bevölkerungsrückgang. Konsequenzen für Flächennutzung und Umwelt. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Jörissen, Juliane; Coenen, Reinhard (2007): Sparsame und schonende Flächennutzung. Entwicklung und Steuerbarkeit des Flächenverbrauchs. Berlin: Edition Sigma.
- Krautzberger, Michael (2002): Die Bodenschutzklausel der § 1 a Abs. 1 BauGB: Regelungsgehalt und Wirkungen. In: Zeitschrift für Umweltrecht. Sonderheft 2002. 12. Jahrgang. S. 135-138.
- Krumm, Raimund; Heinbach, Wolf Dieter (2004): Nachhaltigkeitskonforme Flächennutzungspolitik – Ökonomische Steuerungsinstrumente und deren gesellschaftliche Akzeptanz. Abschlussbericht zum MWPLUS-Projekt BWA 21015. Tübingen.
- RP Kassel (2006): Regierungspräsidium Kassel Geschäftsstelle der Regionalversammlung Nordhessen (Hrsg.): Regionalplan Nordhessen 2006. Anhörungs- und Offenlegungsentwurf. Stand Juni 2006. Kassel.
- Schmalholz, Michael (2002): Zur rechtlichen Zulässigkeit handelbarer Flächenausweiserrechte. In: Zeitschrift für Umweltrecht. Sonderheft 2002. 12. Jahrgang, S. 158-163.
- Statistisches Bundesamt Deutschland – GENESIS-Online: Ergebnis: <https://www-geis.destatis.de/genesis/online/online.jsessionid=6B38C81Fa0CD4A3542391AA437D13900.tcgggen2> [14.12.2009].
- StMLU (2003²): Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Kommunales Flächenressourcen-Management. Arbeitshilfe. München.
- UBA (2003): Umweltbundesamt (Hrsg.): Verfassungsrechtliche Zulässigkeit neuer übergreifender Rechtsinstrumente zur Begrenzung des Flächenverbrauchs. Berlin.
- UBA (2004): Umweltbundesamt (Hrsg.): Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch Siedlungen und Verkehr. – Strategiepapier des Umweltbundesamt –. Berlin.

Jan M. Stielike

Wieviel Gleichheit erfordert Gleichwertigkeit? – Folgerungen einer Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels für die Daseinsvorsorge

Zusammenfassung: In der Diskussion um eine Neuinterpretation des Ziels gleichwertiger Lebensverhältnisse wird bislang erst selten thematisiert, wie konkrete Anpassungen in einzelnen Politikbereichen aussehen könnten. Dieser Artikel diskutiert erste Schlussfolgerungen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass sich Kernbereiche der Daseinsvorsorge identifizieren lassen, die trotz erschwelter Voraussetzungen flächendeckend in ähnlicher Qualität vorgehalten werden müssen, weil sie zur Wahrung von Chancengleichheit essentiell sind oder eine Differenzierung des Versorgungsniveaus aus anderen Gründen nicht vertretbar ist. Hiervon werden Bereiche unterschieden, in denen eine Differenzierung des Versorgungsniveaus für unproblematischer gehalten wird.

1. Öffentliche Daseinsvorsorge als Voraussetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse

Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse kann als die räumliche Komponente des Sozialstaatsprinzips angesehen werden (Aring et al. 2006: 6; Grotefels/Heemeyer 2005: 1202; vgl. auch Sommermann 2000: 17-18/Art. 20 Rn. 30). Es bildet seit Jahrzehnten die Richtschnur für die Raumordnungspolitiken des Bundes und der Länder und zieht sich als roter Faden durch die Geschichte der Raumordnung. Vielfältige und grundlegende ökonomische, soziale und politische Umwälzungen – allen voran der demographische Wandel – führen jedoch seit langer Zeit zu einer sich wandelnden Ausgangslage: Einerseits nehmen die räumlichen Disparitäten zu, andererseits schrumpfen die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, diese auszugleichen. In seinem viel beachteten „Focus“-Interview hat Bundespräsident Horst Köhler offen ausgesprochen, dass Unterschiede in den Lebensverhältnissen Realität sind (Köhler 2004). Die Anerkennung dieser Tatsache hat teilweise zu der Forderung geführt, das Gleichwertigkeitsziel gänzlich aufzugeben (so etwa: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2004: 460). Allerdings belegt der Verlauf der öffentlichen wie auch der wissenschaftlichen Debatte in der Folge des Interviews, dass diese Meinung nicht dem gesellschaftlichen Konsens entspricht. Es überwiegt die Auffassung,

dass zwar eine grundlegende Neuinterpretation notwendig ist, das Gleichwertigkeitsziel als solches jedoch beibehalten werden sollte. Brake (2007: 176) etwa formuliert als Anforderung, dass „Menschen, wo immer sie leben, Existenzbedingungen vorfinden sollen, die dem Entwicklungsniveau der Bundesrepublik angemessen sind“. Sinz (2006: 610) meint, es müsse die Bedingung erfüllt werden, „dass auch in Zukunft für die Bevölkerung in allen Räumen ein gleichberechtigter Zugang zu Einrichtungen und Diensten der Daseinsvorsorge mit qualitativen Mindeststandards und in zumutbarer Entfernung gewährleistet ist“.

Nach heutigem Verständnis ist Gleichwertigkeit nicht mit simpler Einheitlichkeit gleichzusetzen (vgl. u.a. Barlösius 2006: 16- 17; Groth et al. 2006; Sinz 2005: 866; Strubelt 2006: 306), sondern bedeutet vielmehr die flächenhafte Gewährleistung bestimmter, gesellschaftlich akzeptierter Mindeststandards (Sinz 2005: 866). Gleichwertigkeit ist hierbei umfassend zu verstehen und schließt die Gesamtheit aller Lebensbereiche ein (Groth et al. 2006: 38; Kersten 2006: 247). Die Positionen zur Weiterentwicklung des Gleichwertigkeitsziels unterscheiden sich im Einzelnen. Sie konvergieren jedoch dahingehend, dass es zwar unvermeidlich ist, den räumlichen Ausgleich auf ein niedrigeres Niveau zu begrenzen, allerdings auch unter erschwerten Rahmenbedingungen eine Grundausstattung aller Teilräume gewährleistet und Chancengleichheit der in den verschiedenen Teilräumen lebenden Menschen gegeben sein muss (vgl. u.a. Aring et al. 2006: 8; Beirat für Raumordnung 2005: 6; Hahne 2005: 263; Schön 2006: 383; Sinz 2006: 610; Strubelt 2006: 308). Welche konkreten Folgerungen sich aus einer so gearteten Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels für einzelne Politikbereiche ergäben, wird bislang selten thematisiert. Dieser Artikel unternimmt erste Schlussfolgerungen für die öffentliche Daseinsvorsorge, die einen wesentlichen Aspekt gleichwertiger Lebensverhältnisse darstellt (Aring et al. 2006: 5-6; Pütz/Spangenberg 2006: 337; Sinz 2005: 866). Die flächendeckende Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist eine keineswegs hinreichende, aber notwendige Bedingung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Im Folgenden wird die Fragestellung untersucht, welche Zweige der Daseinsvorsorge auch unter erschwerten Rahmenbedingungen flächendeckend vorgehalten werden sollten, um eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen. Hierbei wird die These vertreten, dass den verschiedenen Zweigen der Daseinsvorsorge deutlich unterschiedliche Wichtigkeiten für die Umsetzung des Gleichwertigkeitsziels zukommen. Als Beurteilungsmaßstab dient jeweils die Frage, in welchem Maße die verschiedenen Zweige der Daseinsvorsorge für die Sicherstellung von Chancengleichheit von Bedeutung sind. Außerdem werden Zweige der Daseinsvorsorge identifiziert, bei denen eine Differenzierung des Versorgungsniveaus aus Gründen, die in der Natur der Sache liegen, ausscheidet.

2. Öffentliche Daseinsvorsorge: Ausgangspunkt

Die verschiedenen Zweige der Daseinsvorsorge haben gänzlich unterschiedliche Wurzeln und werden erst seit vergleichsweise kurzer Zeit vermehrt gemeinsam in den Blick genommen. Der Begriff Daseinsvorsorge wurde 1938 von dem bedeutenden deutschen Staatsrechtler Ernst Forsthoff in seinem Buch „Die Verwaltung als Leistungsträger“ eingeführt¹ (Gröttrup 1976: 65). Im Mittelpunkt der Arbeit steht die – bereits zuvor einsetzende – Ausweitung des Verständnisses von öffentlicher Verwaltung: Nach Forsthoff umfasst die öffentliche Verwaltung nicht nur die Eingriffsverwaltung, bei der der Staat in erster Linie in Form hoheitlicher Interventionen agiert, sondern auch die Leistungsverwaltung, bei der der Staat Leistungen für seine Bürger bereitstellt (Gröttrup 1976: 58, 63). Daseinsvorsorge war hierbei konzipiert als das Gegenstück zu der umfassend gedachten Daseinsverantwortung des Staates. In diesem anfänglichen Verständnis umspannt Daseinsverantwortung auf der einen und Daseinsvorsorge auf der anderen Seite ein sehr breites Spektrum: „Er [der Staat; J. S.] gewährleistet einen angemessenen Lohn sowie das Recht auf Arbeit, lenkt sowohl Bedarf und Erzeugung als auch Umsatz und trägt Sorge für die Leistungsverwaltung.“ (Scheidemann 1991: 241) Dieses Verständnis setzte freilich einen totalitären Staat mit nahezu uneingeschränkten Befugnissen voraus. Entsprechend hat der Begriff seine Wurzel in einer sehr stark obrigkeitsstaatlich geprägten Denkweise (Scheidemann 1991: 242). Der Begriff hat sich seit dessen Einführung stark gewandelt und hat mit dem ursprünglichen Verständnis nur noch wenig gemein. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird heute gerade als eine Voraussetzung für die Inanspruchnahme individueller Freiheiten gesehen. Daseinsvorsorge dient dabei als ein Sammelbegriff für vielfältige Tätigkeiten und Leistungen der öffentlichen Hand, die für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendig sind (vgl. Gröttrup 1976: 79; Kersten 2006: 246). Die Daseinsvorsorge kann zu eigenwirtschaftlichen Betätigungen der öffentlichen Hand auf der einen und genuin hoheitlichen Aufgaben auf der anderen Seite abgegrenzt werden (vgl. Fuest et al. 2002: 21-23). Hierbei ist es unerheblich, ob Staat beziehungsweise Kommunen die Leistungen selbst erstellen oder ob sie sich hierzu privater Dritter bedienen. In vielen Zweigen der Daseinsvorsorge hat in der Vergangenheit ein Übergang von der Leistungs- zur Gewährleistungsverantwortung der öffentlichen Hand stattgefunden²: Staat und Kommunen erstellen die Leistungen nicht mehr selbst, sondern planen, beauftragen und kontrollieren die Leistungserstellung durch Private (Schuppert 2005: 14). Die Gemeinwohlpflichtungen der öffentlichen Hand bleiben hierbei in der Regel bestehen. In-

1 Bereits 1935 verwendete Forsthoff den Begriff der „Daseinsfürsorge“ (Gröttrup 1976: 65).

2 Eine Ausnahme bildet der besonders sensible Bereich Bildungswesen.

sofern stellt der Übergang vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat keine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat dar (Einig 2008: 20).

Schwierigkeiten bereitet die Frage, was im Einzelnen unter Daseinsvorsorge zu fassen ist und was nicht. Nahezu immer hinzugezählt werden jedoch die Zweige Bildungswesen, Gesundheitswesen, Post, Telekommunikation und Öffentlicher Verkehr (vgl. Hahne 2005: 263; Kersten 2006: 246; Upplinger 2005: 4; Winkel et al. 2007: 1).

Deutschland hat im internationalen Vergleich in den verschiedenen Zweigen der Daseinsvorsorge ein sehr hohes Versorgungsniveau erreicht. Mit Blick auf die demographische Entwicklung (aber auch wegen der Veränderung weiterer Rahmenbedingungen) wird eine Absenkung des Versorgungsniveaus in vielen Regionen allerdings für unumgänglich gehalten (vgl. u.a. BMVBW/BBR 2005: 22; MKRO 2006: 18-21). Hierbei kann das Versorgungsniveau sowohl in Art als auch Umfang angepasst werden: Zum einen ist es möglich, die Daseinsvorsorge in peripheren Regionen auf wenige Kernfunktionen zu beschränken, auf der anderen Seite kann die Qualität der Versorgung räumlich differenziert werden (vgl. u.a. BMVBW/BBR 2005: 12, 22).

3. Daseinsvorsorge sichern und weiterentwickeln

Das erreichbare Versorgungsniveau hängt nicht allein von äußeren Zwängen ab, sondern auch davon, wieviel eine Gesellschaft hierfür zu zahlen bereit ist – also von gesellschaftlichen Präferenzen und Wertvorstellungen (Klink 2004: 33; Winkel 1990: 111; Winkel 2008a: 15). Damit ist die Frage, wie eine Anpassung geschehen soll, nicht mit letzter Konsequenz objektiv zu beantworten. Eine Antwort beinhaltet vielmehr subjektive Wertungen und ist zum Teil normativ.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis, dass bei sämtlichen Anpassungsstrategien nicht die Vorhaltung einer bestimmten Einrichtung oder eines bestimmten Dienstes, sondern die Möglichkeit zur Realisation eines immateriellen Gutes im Mittelpunkt stehen sollte. Konkret: Es geht beispielsweise nicht darum, eine bestimmte Buslinie aufrecht zu erhalten, sondern das Recht auf Mobilität zu wahren. Das kann aber mit Anruf-Taxen ebenso gut (oder besser) erreicht werden. Es gilt daher, in Funktionen anstatt in Strukturen oder Einrichtungen zu denken (BBR 2005a: 119; BBR 2006: 51, 83; Frey 2008: 49-50; Groth et al. 2006: 49; Winkel 2008b: 46). Auf diese Weise wird eine größere Flexibilität geschaffen, ohne dabei zwangsläufig das Versorgungsniveau abzusenken (vgl. Lutter 2006). Dennoch gibt es auch hierbei naturgemäß Grenzen. Es erscheint beispielsweise fraglich, ob Fernunterricht wirklich noch gleichwertig mit normalem Unterricht vor Ort sein kann. Dass eine qualitativ hochwertige Versorgung auch in Regionen möglich ist, die sehr viel dünner besiedelt sind als die am dünnsten besiedel-

ten Gegenden Deutschlands, beweisen jedoch die skandinavischen Länder (Kocks 2003: V; vgl. auch Persson 2003).

Grundsätzliche Zielbestimmung

Aufbauend auf diesen Vorüberlegungen wird folgendes differenzierendes Angebotsmodell vorgeschlagen: Eine erste Gruppe bilden jene Zweige der Daseinsvorsorge, die für die Wahrung von Chancengleichheit unverzichtbar sind, sowie jene, bei denen ein bestimmter Versorgungsstandard aus zwingenden, in der Natur der Sache liegenden Gründen erforderlich ist. Diese Kernbereiche der Daseinsvorsorge müssen trotz erschwelter Rahmenbedingungen in allen Teilräumen in ähnlicher Qualität vorgehalten werden. Eine zweite Gruppe bilden die Zweige der Daseinsvorsorge, die eine flächendeckende Basisversorgung bilden. Diese sollen in allen Teilräumen in angemessener Qualität vorgehalten werden; Unterschiede im Versorgungsniveau können jedoch in gewissen Grenzen akzeptiert werden. Eine dritte Gruppe umfasst sonstige Bereiche, in denen eine noch weitergehende Differenzierung des Versorgungsniveaus unproblematisch ist.

Unterscheidung von Bereichen der Daseinsvorsorge nach ihrer Eignung zur Differenzierung des Versorgungsniveaus

Für die Wahrung von Chancengleichheit ist in erster Linie das Bildungswesen von Bedeutung, genauer die frühkindliche und die schulische Bildung. Da die regionale Verfügbarkeit von Bildungsangeboten den Bildungsweg eines Kindes in diesen Bildungsstufen in entscheidender Weise beeinflusst, müssen sämtliche Bildungsangebote flächendeckend in hoher Qualität vorhanden sein, um die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Bildungswegen zu gewährleisten³. Diese Bildungsangebote ermöglichen Kindern und Jugendlichen einen Einstieg in die soziale Mobilität (Hahne 2005: 263). Nur wenn sichergestellt ist, dass benachteiligte Räume nicht zu benachteiligenden Räumen werden, können größere Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen hingenommen werden⁴. Räumliche Ungleichwertigkeiten können dann durch

³ Zudem können sich weite Wege in pädagogischer Hinsicht negativ auswirken.

⁴ Anzumerken ist allerdings, dass räumliche Chancengleichheit im Bildungswesen bereits heute nur unzureichend realisiert ist. In peripheren Räumen ist die Gymnasialbeteiligung signifikant niedriger als in zentral gelegenen Räumen (BBR 2005b: 111; Fickermann et al. 2004a: 26; Fickermann et al. 2004b: 42; Fickermann et al. 2004c: 46-47; Schmitz-Veltin 2006: 349-350; Winkel 2008b: 44). Neben weiteren Ursachen wie persistenten Unterschieden in den Sozialstrukturen dürfte dies auch in unterschiedlichen Erreichbarkeiten weiterführender Bildungsangebote begründet sein: In dünn besiedelten

individuelle Mobilität kompensiert werden (Strubelt 2006: 308). Im Bereich der tertiären Bildung kann wegen des höheren Alters von einer gesteigerten Mobilität ausgegangen werden, so dass Unterschiede im Versorgungsniveau akzeptabel erscheinen. In anderen Bereichen scheidet eine Differenzierung des Versorgungsniveaus aus in der Natur der Sache liegenden Gründen aus. Dies betrifft einzelne Bereiche des Gesundheitswesens: Das Rettungswesen und die stationäre Versorgung in Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung müssen aus medizinischen Gründen flächendeckend vorhanden sein. Nur so sind diese in zeitkritischen Fällen ausreichend schnell verfügbar, um das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. In diesen Bereichen Unterschiede bei Versorgungsstandards bewusst zuzulassen, wäre schon aus ethischen Gründen kaum zu vertreten. Diese Kernbereiche der Daseinsvorsorge müssen daher flächendeckend in ähnlicher Qualität vorhanden sein.

Demgegenüber ist bei den Bereichen der Basisversorgung eine räumliche Differenzierung des Versorgungsniveaus in gewissen Grenzen möglich. Bei den ubiquitär verfügbaren Bereichen ist eine Differenzierung über qualitative Standards denkbar (Preis etc.), bei den Bereichen, für die bestimmte Mindestanforderungen gelten, zusätzlich auch über diese. Die Bereiche der Basisversorgung bilden ein Mindestangebot, das auch in peripheren Regionen nicht aufgegeben werden sollte. Zu den Bereichen der Basisversorgung sollten die Angebote der tertiären Bildung gehören (Bildungsgänge an Universitäten, Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsakademien). Für diese Einordnung spricht nicht allein die Bedeutung für das Individuum – diese ist aufgrund der zu erwartenden Mobilität in der betreffenden Altersgruppe weniger wichtig – als vielmehr die gesellschaftliche Komponente: Bildungsangebote bestimmen in entscheidendem Maße die Entwicklungsperspektiven einer Region. Sollen auch peripheren Regionen weiterhin Entwicklungsperspektiven eröffnet werden, sind hierzu tertiäre Bildungsangebote von großer Bedeutung. Zu den Bereichen der Basisversorgung sollten zudem die noch nicht berücksichtigten Bereiche des Gesundheitswesens zählen, also die stationäre Versorgung in Krankenhäusern der Schwerpunkt- und der Maximalversorgung, die ambulante Versorgung, die häusliche und stationäre Pflege sowie die Arzneimittelversorgung durch Apotheken. Bei diesen Bereichen ist ein direkter physischer Kontakt erforderlich⁵, so dass sie flächendeckend vorhanden sein müssen. Die Versorgungsniveaus können sich daher zwar regional unterscheiden, jedoch sollte eine angemessene Versorgung flächendeckend sichergestellt sein. Zentrale Bedeutung für die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen haben zudem Post, Telekommunikation und Öff-

Regionen haben Gymnasien drei- bis viermal so große Einzugsbereiche wie Real- und Hauptschulen, während es in dicht besiedelten Regionen nur geringe Unterschiede gibt (Avenarius et al. 2003: 63).

⁵ Dies gilt sicherlich am wenigsten für die Arzneimittelversorgung. Jedoch besteht auch hier möglicherweise die Notwendigkeit einer persönlichen Beratung von Patienten.

fentlicher Verkehr. Diese „Techniken der Distanzüberwindung“ können lokale Verschlechterungen des Versorgungsniveaus kompensieren, indem physische Transporte entweder erleichtert oder aber gänzlich substituiert werden. Dies gilt auch für Verschlechterungen aufgrund privatwirtschaftlicher Entscheidungen: Werden beispielsweise in einem Ort Geschäfte oder eine Bankfiliale geschlossen, können entweder mit dem Öffentlichen Verkehr die Einrichtungen in einem Nachbarort aufgesucht werden oder aber die entsprechenden Bedarfe durch Online-Banking beziehungsweise Online-Shopping und Versandhandel gedeckt werden. Eine auf diese Art und Weise physisch oder virtuell mobilere Gesellschaft wird eher gewillt sein, räumliche Disparitäten hinzunehmen. Aus diesem Grund sind zwar räumliche Unterschiede im Versorgungsniveau akzeptabel, ein Grundangebot im Sinne eines Post- und Telekommunikations-Universaldienstes beziehungsweise ein flächendeckend angemessenes Angebot im Nah- und im Fernverkehr ist jedoch zu gewährleisten⁶. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der demographische Wandel erst in den kommenden Jahrzehnten sein volles Ausmaß erreichen wird. Die hier diskutierten Herausforderungen sind heute noch gar nicht im gesamten Umfang abzusehen. Dies relativiert jedoch zugleich Befürchtungen im Hinblick auf Schwierigkeiten älterer Menschen im Umgang mit Internet-basierten Angeboten: Die Generation, die in der Zukunft als alt gelten wird, geht heute in Beruf und Freizeit schon selbstverständlich mit dem Internet um. Damit wird die „Demographie-Tauglichkeit“ der Gesellschaft wachsen.

In den sonstigen Bereichen der Daseinsvorsorge (Kultur, Sport etc.) erscheinen weitergehende Unterschiede des Versorgungsniveaus als weitgehend unproblematisch, solange keine ökologischen Belange tangiert sind. In der technischen Ver- und Entsorgung sind Insellösungen denkbar (vgl. BBR 2005a: 7; Hahne 2005: 263).

Notwendigkeit von Steuerungsinstrumenten und Mindeststandards

Wenn sich in den Kernbereichen und den Bereichen der Basisversorgung eine wesentliche Verschlechterung des Versorgungsniveaus abzeichnet, besteht die Notwendigkeit für öffentliche Steuerungsinstrumente sowie für Mindeststandards, die ein bestimmtes Versorgungsniveau verbindlich festschreiben.

6 Dabei sollte die flächendeckende Verfügbarkeit von Internet-Breitbandverbindungen neu in den Telekommunikations-Universaldienst aufgenommen werden, um auch in peripheren Räumen eine qualitativ hochwertige Versorgung zu sichern. Im Gegenzug könnte die Verpflichtung zur flächendeckenden Bereitstellung von Telefonzellen entfallen – eine Regelung, die vor dem Hintergrund der Verbreitung von Mobiltelefonen überholt ist.

In vielen Zweigen der Daseinsvorsorge bestehen Steuerungsinstrumente und Mindeststandards bereits heute; in anderen müssten sie gegebenenfalls noch eingeführt werden. Neben der Befolgung von qualitativen Vorgaben ist aus raumordnerischer Sicht insbesondere die Einhaltung von Mindeststandards der räumlichen Verfügbarkeit wichtig (Mindesterreichbarkeiten oder ubiquitäre Verfügbarkeiten), damit die Einrichtungen und Angebote von der Bevölkerung in angemessener Zeit und mit angemessenem Aufwand genutzt werden können. In den Kernbereichen der Daseinsvorsorge sind bundesweit einheitliche Mindeststandards wünschenswert. In den Bereichen der Basisversorgung ist hingegen eine räumliche Differenzierung möglich, solange eine angemessene Versorgung flächendeckend bestehend bleibt. Dies könnte konkret wie folgt geschehen: Für jeden betreffenden Zweig der Daseinsvorsorge wird einerseits ein Mindeststandard der räumlichen Verfügbarkeit festgelegt. Dadurch wird eine Untergrenze markiert. Andererseits wird in Abhängigkeit von der in einem Gebiet vorhandenen Nutzerzahl ein „besserer“ Standard vorgegeben. Dadurch wird bei größeren Nutzerzahlen ein höheres Versorgungsniveau erreicht. In dünn besiedelten Räumen kommt die Mindestverfügbarkeit zum Tragen. In dicht besiedelten Räumen greift das Kriterium der Nutzerzahl.

Mindeststandards wurden in der Vergangenheit vielfach als zu unflexibel kritisiert (vgl. u.a. Winkel 1990: 111-113; Winkel 2008a: 16; Winkel 2008b: 47; Zapf 2005: 1029), zum Teil wurde auch die Notwendigkeit öffentlicher Steuerungsinstrumente in Frage gestellt. Allerdings ist diese Kritik aus Sicht des Verfassers nicht zielführend. Kernbereiche und Bereiche der Basisversorgung bilden in der Daseinsvorsorge ein Fundament an Gleichwertigkeit, bei dem die öffentliche Hand auch weiterhin ein eindeutig definiertes Versorgungsniveau sicherstellen muss. Dies ist nur über formelle Instrumente möglich (und sei es als „starke Hand im Hintergrund“). Es wird eine klare Untergrenze benötigt, die auch unter erschwerten Rahmenbedingungen nicht unterschritten werden soll. Mindeststandards markieren eine solche Untergrenze. Sie bieten auf die Frage, welches Maß an Gleichwertigkeit auch unter erschwerten Bedingungen gewahrt werden muss, in einem Teilbereich eine konkrete Antwort. Die Definition von Mindeststandards entspricht auch der Beschlusslage der Ministerkonferenz für Raumordnung (vgl. MKRO 2005: 2). Mit Blick auf den Übergang von der Leistungs- zur Gewährleistungsverantwortung in vielen Zweigen der Daseinsvorsorge ist die Einführung von Steuerungsinstrumenten sowie die Definition von Mindeststandards nicht nur aus inhaltlichen, sondern auch aus organisatorischen Gründen geboten. Die Einhaltung eines bestimmten Versorgungsniveaus ist eine Aufgabe, die im Leistungsstaat von öffentlichen Unternehmen vielfach noch implizit wahrgenommen wurde. Im Gewährleistungsstaat erbringen jedoch nicht mehr öffentliche, sondern private Unternehmen die Leistungen der Daseinsvorsorge. Daher benötigt die öffentliche Hand Steuerungsinstrumente, mit denen sie die Leistungserstellung regulieren kann. Zudem sind nunmehr objektive, leicht

zu operationalisierende Kriterien erforderlich, deren Einhaltung den privaten Unternehmen im Zuge der Marktregulierung auferlegt werden kann. Diesen Ansprüchen entsprechen Mindeststandards. Öffentliche Steuerungsinstrumente und öffentlich definierte Mindeststandards sind somit notwendige Korrelate einer privaten Leistungserstellung.

4. Schlussbemerkungen

Die vorangehenden Überlegungen skizzieren Schlussfolgerungen, die sich von einem neu interpretierten Gleichwertigkeitsziel für die öffentliche Daseinsvorsorge ergeben könnten. Hierbei wurde gezeigt, welche Bereiche der Daseinsvorsorge für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse von herausgehobener Bedeutung sind. Die Formulierung konkreter Versorgungsstandards in diesen Bereichen bleibt allerdings weitergehenden Untersuchungen vorbehalten, da hierzu nähere Untersuchungen der Kosten unterschiedlicher Versorgungsniveaus erforderlich wären.

Es ist jedoch bereits deutlich geworden, dass die Möglichkeiten einer stärkeren räumlichen Differenzierung beschränkt sind und in vielen Zweigen der Daseinsvorsorge verbindliche Standards greifen müssen. So müssen für die Wahrung von Chancengleichheit qualitativ hochwertige Bildungsangebote überall verfügbar sein. Im Gesundheitswesen stößt eine Differenzierung des Versorgungsniveaus schon aus ethischen Gründen an enge Grenzen.

Literatur

- Aring, Jürgen; Blotevogel, Hans H.; Bräuer, Michael; Danielzyk, Rainer; Gatzweiler, Hans-Peter; Hahne, Ulf; Mäding, Heinrich; Rosenfeld, Martin T. W.; Schmidt, Petra, Ilona; Stegt, Josef (2006): Positionspapier aus der ARL Nr. 69 – Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Hannover.
- Avenarius, Hermann; Ditton, Hartmut; Döbert, Hans; Klemm, Klaus; Klieme, Eckhard; Rürup, Matthias; Tenorth, Heinz-Elmar; Weishaupt, Horst; Weiß, Manfred (2003): Bildungsbericht für Deutschland – erste Befunde. Opladen: Leske + Budrich.
- Barlösius, Eva (2006): Gleichwertigkeit ist nicht gleich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37/2006, S. 16-23.
- BBR (2005a): Anpassungsstrategien für ländliche, periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Bonn: Selbstverl. des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.
- BBR (2005b): Raumordnungsbericht 2005. Bonn: Selbstverl. des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.
- BBR (2006): Umbau statt Zuwachs – Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels. Bonn: Selbstverl. des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.

- Beirat für Raumordnung (2005): Stellungnahme zur raumordnerischen Diskussion der Ausgestaltung des Leitprinzips „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. http://www.bmvbs.de/Anlage/original_944522/Stellungnahme-zur-Gleichwertigkeit-der-Lebensverhaeltnisse-21.09.05.pdf: 15.12.2007.
- BMVBW/BBR (2005): Öffentliche Daseinsvorsorge und demographischer Wandel. Berlin.
- Brake, Klaus (2007): „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und Wirkungskräfte der Raumstrukturierung, in: Raumforschung und Raumordnung 3/2007.
- Einig, Klaus (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat, in: Informationen zur Raumentwicklung 1/2/2008, S. 17-40.
- Fickermann, Detlef; Schulzeck, Ursula; Weishaupt, Horst (2004a): Schule als Standortfaktor – die Schulversorgung, in: Institut für Länderkunde (Hg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – unser Land in Karten, Texten und Bildern. München: Elsevier, Spektrum Akad. Verl, S. 26-29.
- Fickermann, Detlef; Schulzeck, Ursula; Weishaupt, Horst (2004b): Unterschiede im Schulbesuch, in: Institut für Länderkunde (Hg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – unser Land in Karten, Texten und Bildern. München: Elsevier, Spektrum Akad. Verl, S. 40-43.
- Fickermann, Detlef; Schulzeck, Ursula; Weishaupt, Horst (2004c): Bildungsgerechtigkeit in Deutschland?, in: Institut für Länderkunde (Hg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – unser Land in Karten, Texten und Bildern. München: Elsevier, Spektrum Akad. Verl, S. 46-47.
- Frey, Rene L. (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, in: Informationen zur Raumentwicklung 1/2/2008, S. 49-56.
- Fuest, Winfried; Kroker, Rolf; Schatz, Klaus-Werner (2002): Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und die Daseinsvorsorge. Köln: Dt. Inst.-Verl.
- Gröttrup, Hendrik (1976²): Die kommunale Leistungsverwaltung – Grundlagen der gemeindlichen Daseinsvorsorge. Stuttgart: Kohlhammer.
- Grotefels, Susann; Heemeyer, Carsten (2005): Verfassungsgrundlagen der Raumordnung, in: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung, 4., neu bearb. Aufl. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung, S. 1201-1206.
- Groth, Klaus-Martin; Helbrecht, Ilse; Rommelspacher, Thomas (2006): Von der Disparität zur Differenz – Die Zukunft der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Das neue Gesicht der Stadt – Strategien für die urbane Zukunft im 21. Jahrhundert. 1. Aufl. Berlin, S. 37-53.
- Hahne, Ulf (2005): Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels, in: Raumforschung und Raumordnung 4/2005, S. 257-265.
- Kersten, Jens (2006): Daseinsvorsorge und demographischer Wandel: Wie ändert sich das Raum- und Staatsverständnis?, in: Raumforschung und Raumordnung 4/2006, S. 245-257.
- Klink, Thomas (2004): Wirkungen der demographischen Entwicklung auf die Infrastruktur – das Beispiel von Grund- und Hauptschulen im Zollernalbkreis. Kaiserslautern: Techn. Univ., Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung.
- Kocks, Martina (2003): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen?, in: Informationen zur Raumentwicklung 12/2003, S. I-IX.
- Köhler, Horst (2004): Jeder ist gefordert – Interview mit dem „Focus“. http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews-,11057.620582/Jeder-ist-gefordert.-Interview.htm?global.back=/-/%2C11057%2C1/Reden-und-Interviews.htm%3Flink%3Dbpr_liste: 05.04.2009.

- Lutter, Horst (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung in Deutschland, in: Raumforschung und Raumordnung 64/2006, S. 441-450.
- MKRO (2005): Beschluss der 32. Ministerkonferenz für Raumordnung am 28.04.2005 in Berlin – Weiterentwicklung raumordnungspolitischer Leitbilder und Handlungsstrategien. Berlin.
- MKRO (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland – Verabschiedet von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30.06.2006. Berlin: Geschäftsstelle der Ministerkonferenz für Raumordnung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
- Persson, Lars Olof (2003): Anpassungsstrategien für Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang – Gibt es solche Strategien in Schweden?, in: Informationen zur Raumentwicklung 12/2003, S. 719-723.
- Pütz, Thomas; Spangenberg, Martin (2006): Zukünftige Sicherung der Daseinsvorsorge – Wieviele zentrale Orte sind erforderlich?, in: Informationen zur Raumentwicklung 6/7/2006, S. 337-344.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Wiesbaden.
- Scheidemann, Dieter (1991): Der Begriff Daseinsvorsorge – Ursprung, Funktion und Wandlungen der Konzeption Ernst Forsthoffs. Göttingen: Muster-Schmidt.
- Schmitz-Veltin, Ansgar (2006): Lebensbedingungen im demographischen Wandel – Konsequenzen von Alterung und Schrumpfung für Bildungschancen und medizinische Versorgung in ländlichen Räumen, in: Raumforschung und Raumordnung 5/2006, S. 343-354.
- Schön, Karl Peter (2006): Territoriale Kohäsion auf europäischer Ebene – Ziele und Wege, in: Informationen zur Raumentwicklung 6/7/2006, S. 383-392.
- Schuppert, Gunnar Folke (2005): Der Gewährleistungsstaat – modisches Label oder Leitbild sich wandelnder Staatlichkeit?, in: Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): Der Gewährleistungsstaat – ein Leitbild auf dem Prüfstand. Baden-Baden: Nomos.
- Sinz, Manfred (2005): Raumordnung/Raumordnungspolitik, in: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. 4., neu bearb. Aufl. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung, S. 863-872.
- Sinz, Manfred (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – Anmerkungen zu einem politischen Diskurs, in: Informationen zur Raumentwicklung 11/12/2006, S. 605-612.
- Sommermann, Karl – Peter (2000): Artikel 20, in: v. Mangoldt, Hermann; Klein, Friedrich (Hg.): Das Bonner Grundgesetz – Kommentar. Band 2: Artikel 20 bis 78. 4. Aufl. München: Vahlen, S. 1-183.
- Strubelt, Wendelin (2006): Auf der Suche nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – oder: die Suche nach verloren gegangenem Sinn der Zeit?, in: Informationen zur Raumentwicklung 6/7/2006, S. 305-308.
- Uppleger, Silvia (2005): Gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge versus Binnenmarkt ohne Wettbewerbsverzerrung – Bestandsaufnahme und Problematik. Berlin.
- Winkel, Rainer; Greiving, Stefan; Pietschmann, Holger (2007): Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion – Stand der Fachdiskussion. http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_21288/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/SicherungDaseinsvorsorge/DL___20Diskussionsstand.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/DL_%20Diskussionsstand.pdf: 25.03.2008.
- Winkel, Rainer (1990): Infrastruktur in der Stadt- und Regionalplanung – eine Untersuchung der Einflußfaktoren und Rahmenbedingungen. Frankfurt/Main: Campus-Verl.

- Winkel, Rainer (2008a): Gleichwertigkeit und Schrumpfung – Standards und ihre Bedeutung, in: *Planerin* 4/2008, S. 15-17.
- Winkel, Rainer (2008b): Öffentliche Infrastrukturversorgung im Planungsparadigmenwechsel, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 1/2/2008.
- Zapf, Katrin (2005): Soziale Infrastruktur, in: Akad. für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. 4., neu bearb. Aufl. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung, S. 1025-1031.

Rezensionen

Auth, Diana und Barbara Holland-Cunz (Hrsg.) (2007): Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag. 199 Seiten. ISBN: 987-3-86649-047-5. Preis: 18,90 Euro

Der Sammelband der Politikwissenschaftlerinnen Diana Auth und Barbara Holland-Cunz beruht wesentlich auf den Beiträgen einer Tagung, die sich mit der Frage beschäftigte, wie wirksam Bevölkerungspolitik im Kontext der Strategien und Diskurse zur demographischen Steuerung sein kann – und beinhaltet ausschließlich Beiträge von Forscherinnen. In der aktuellen demographischen Debatte, die, insbesondere in ihrer medialen Verbreitung, durch Aufgeregtheit und Alarmismus geprägt ist, wirkt dieses Buch erfrischend. Es ordnet die aktuelle Diskussion historisch in eine bereits seit über einem Jahrhundert währende Debatte ein, die stets geprägt war durch die Dialektik von Bevölkerungsexplosion und Aussterben, die Verflochtenheit von pro- und antinatalistischen Strategien und nicht zuletzt durch Anforderungen, die zwischen der Instrumentalisierung der Frauen als Mütter bzw. Gebärende und als Arbeitskräfte zirkulierten. Die Darlegung und Entschlüsselung der Bilder und Katastrophenszenarien, die diese Debatte begleiten und prägen, ist das besondere Verdienst dieses Sammelbandes. Dieser analytisch-kritische Part verbindet sich mit der Kritik an der vorherrschenden politischen Annahme, dass sich politische Strategien und Diskurse zielführend auf individuelle Lebensentscheidungen auswirken, dass durch politische Diskurse und Strategien die niedrige Geburtenrate wirksam gesteigert werden kann.

Die beiden Herausgeberinnen haben die Beiträge in zwei thematische Blöcke gegliedert, die sich zuerst mit dem Diskurs und der (weitgehenden) Kontinuität seiner Themenfelder und deren Bilder und anschließend mit den Strategien demographischer Steuerung am Beispiel der Bundesrepublik, der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und Frankreichs beschäftigen.

Unter der Überschrift „Diskurse demographischer Steuerung“ beleuchtet zu Beginn *Ursula Ferdinand* die dramatischen Untergangsszenarien der Debatte und die Erklärungsansätze zum Geburtenrückgang ihrer prominenten Protagonisten zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Die erstaunlich bescheidenen Auswirkungen der massiven pro- und antinatalistischen Bevölkerungspolitik der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft stehen im Zentrum des Beitrages von *Barbara Willenbacher*. *Barbara Holland-Cunz* fokussiert auf zwei Themen, die den Wandel behandeln: auf den demographischen Wandel und die Klimadebatte. Sie kritisiert, dass in beiden Fällen anscheinend wenig seriöse Informationen über einen komplexen Sachverhalt im Vordergrund stehen. Vielmehr dominiere eine alarmistische Debattenstruktur, die einen adäquaten Umgang mit der Problematik verstelle und zudem repressive Anteile gegen individuelle Unangepasstheiten beinhalte. Die Kritik an dem pro-

natalistischen Aktionismus der aktuellen und der vorhergehenden Bundesregierung prägt den Artikel von *Diana Auth*. Familienfreundliche Steuerungsversuche, so ihre These, scheitern an der sozialen Realität und überschätzen die politische Steuerbarkeit von Fertilitätsentscheidungen. Den abschließenden Beitrag dieses ersten Themenblockes liefert *Bettina Rainer* mit ihrem Blick auf die lange vorherrschende Variante der bevölkerungspolitischen Debatte, die so genannte Überbevölkerung. Hierbei wird deutlich, dass sich diese stets durch eine doppelte Perspektive auszeichnete: Pronatalismus für die gewollten und Antinatalismus für die ungewollten Kinder.

Der zweite Themenblock, der den Strategien demographischer Steuerung gewidmet ist, wird von *Juliane Roloff* eröffnet. Auf der Grundlage von Befragungsergebnissen zum Geburtenverhalten und anhand der Familienpolitik der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sucht sie nach möglichen nachhaltigen Effekten familienpolitischer Maßnahmen. In ihrem Fazit äußert sie große Zweifel daran, dass familienpolitische Leistungen zu einer Veränderung im Geburtenverhalten und damit zu einer höheren Fertilität führen. *Jutta Träger* begibt sich ebenfalls auf die Suche nach der empirischen Evidenz für die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen. Ihre Schlussfolgerung, dass Familienpolitik in Deutschland familiäre Entscheidungen beeinflusst, dass allerdings die realen gesellschaftlichen Entwicklungen und individuellen Interessen bei der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben zu wenig Berücksichtigung finden, verweist auf die Komplexität der relevanten Rahmenbedingungen von Bevölkerungspolitik. *Corinna Onnen-Isemann* richtet ihren Blick auf die niedrige Reproduktionsrate in Europa. Insbesondere die deutlichen nationalen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich sind erklärungsbedürftig. Hinweise für die deutlich höhere französische Fertilitätsrate sieht sie in der stärkeren Förderung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familientätigkeit – für Männer und Frauen gleichermaßen – in Frankreich. Der abschließende Beitrag von *Diana Hummel* beschäftigt sich mit dem Themenwechsel in der Debatte zum ‚demographischen Wandel‘, wo nach der Problematisierung der negativen Auswirkungen der Überbevölkerung auf eine nachhaltige ökologische Entwicklung nun aktuell die Schrumpfung der Bevölkerung und damit die demographische Nachhaltigkeit problematisiert wird. Dabei geht es ihr um den Begründungszusammenhang von Bevölkerung, Ökologie und Entwicklung, in dem demographische Veränderungen als Indikator komplexer Transformationen der Beziehungen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur gelten.

Insgesamt sind es die analytische Schärfe der Entschlüsselung der Begrifflichkeiten und Bilder dieser keineswegs neuen Debatte sowie die Infragestellung politischer Strategien, die die Komplexität der bewussten und unbewussten Überlegungen von Menschen für oder gegen Kinder in einer komplexen und prekären Umwelt negieren, die dieses Buch für die Orientierung

in der durch Aufgeregtheit und Alarmismus geprägten Diskussion so hilfreich machen.

Herbert Glasauer

Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld: transcript Verlag. 293 Seiten. ISBN: 978-3-8376-1127-4. Preis: 28,80 Euro

Diese Bremer Dissertation ist gleichermaßen den Feldern der Kulturgeographie und der Kultursoziologie zuzuordnen. Das Werk ist theoretisch ausgerichtet, öffnet sich gegenüber der Regionalsoziologie, qualitativen Sozialforschung, Ethnographie, Anthropologie und Medienforschung, beansprucht aber auch, eine „empirische“ Einlösung der Fragestellung zu leisten. Nicht zuletzt daran ist der Autor zu messen, der inzwischen als Geograph an der Berliner Humboldt-Universität arbeitet.

Schon das erste Verdienst des Werkes ist, dass es die zugrunde gelegten Konzepte, die es dann verwirft oder akzeptiert, jeweils ausführlich vorstellt und die Argumentation dieser Fremdautoren korrekt und treffend referiert. Es wird sehr sachlich argumentiert, wobei sich der Autor nicht scheut, dem heutigen großzügigen Umgang mit global verfügbarem Wissen entsprechend, auch auf entlegene Studien etwa aus Neuseeland zu verweisen. Im Kontext des heutigen Diskurses um die Frage, ob man noch von „Stadt“ sprechen kann, ob sich nicht alle früheren Stadt-Land-Unterschiede eingeebnet haben, geht es Peter Dirksmeier darum, auf einer begrifflichen und kulturellen Reflexionsebene der Stadt-Land-Differenz nachzugehen, wobei die Beispiele doch vorwiegend auf Deutschland verweisen. Mit der Frage nach der Verbreitung von „Urbanität ... auf dem Land“ (so der Buchtitel) will der Verfasser klären, inwiefern „Urbanität“ als „Habitus“ auch außerhalb der Stadtzentren mit ihrer kennzeichnenden „sozialen Dichte“ verbreitet ist. Letztlich glaubt der Autor, den urbanen Habitus in klarer Fortführung von Georg Simmel über das Kriterium der „Bewältigung von Kontingenzwachstum“ fassen zu können. Kontingenz, im Alltag verbunden mit Verunsicherung, ja Entfremdungsgefühlen, ergibt sich aus der Konfrontation mit „struktureller Fremdheit“. Etwa wenn in einer bisher „traditionellen“ Ortsarchitektur hässliche kommerzielle Neubauten als störend empfunden werden und wenn die enge räumliche Nähe zu Außenseitern und insbesondere Fremden oder Migranten zu bewältigen ist. Gelingt es Individuen, solche strukturellen und wahrgenommenen Herausforderungen über eine tolerante Attitüde und produktives Weiterdenken in ein neues Bild von gesellschaftlichem Zusammenleben gleichsam zu übersetzen, kann man von „urban“ im kulturellen Sinn sprechen.

Die empirische Feststellung solcher Einstellungen geschieht über Gespräche mit Probanden. Dem Autor geht es um tiefer verankerte innere und subjektive Bilder von Stadt, Kontingenz und Wandel, um eine habituelle Qualität solcher Einstellungen. Das Habituskonzept wird konsequent und ausführlich aus Pierre Bourdieus Werk heraus entwickelt. Am Ende seines Buches stellt der Autor fest, dass tatsächlich eine habituelle Urbanisierung nicht-städtischer Räume und damit „der Gesellschaft“ stattgefunden habe. Der Autor ist hier vorsichtiger, als es im Titel des Buches erscheint. Es soll das Auftreten des urbanen Habitus nicht generell in ländlichen Räumen untersucht werden, sondern in einem Teilraum, den Dirksmeier den „arkadischen“ Raum nennt. Gemeint sind auch nicht die Räume insgesamt, sondern einzelne Orte, die mit ihren bis zu 5000 Einwohnern abseits von den Stadtzentren liegen, die aber strukturell gewisse städtische Merkmale und zugleich attraktive Landschaftsmerkmale aufweisen, Orte also, in die Städter ziehen, weil sie an ihrer ästhetischen Qualität teilhaben wollen. Dies ist derzeit in Deutschland etwa im Taunus, im Schwarzwald und eben in „Südbayern“ der Fall, zu dem sich der Autor „empirisch“ äußert. Man könnte einfach von Landstädten oder größeren Landgemeinden in landschaftlich attraktiver Lage sprechen. Diese arkadischen Räume bzw. diese als arkadisch wahrgenommenen Orte, wie sie heute global überall auszumachen seien, findet der Autor in Bodolz bei Lindau und in Tegernsee. Die Verbreitung des urbanen Habitus wird, salopp formuliert, also nicht auf dem „richtigen“ Land, sondern in attraktiven Landstädten mit hoher Zuwanderung von Wohlhabenden getestet.

Empirisch verfährt der Autor nun so, dass vier Gespräche mit Stadtbewohnern in München, drei mit Probanden in Bodolz und vier Gespräche in Tegernsee geführt wurden. Den Interviewten legte er jeweils 20 Fotografien städtischer Situationen vor, durch die das Gespräch wohl angeregt werden sollte, um dann möglichst viel über die subjektiven Kriterien von „Stadt“, „Identität“, Fremdheit“ zu erfahren – und auch darüber, was als „ungewöhnlich“ gilt und was man am eigenen Ort ändern möchte. Hierbei fallen viele aufschlussreiche und spannende Äußerungen. Der Autor hat es ohne Zweifel verstanden, die Befragten zum Reden zu bringen. Allerdings mutet es doch seltsam an, dass Dirksmeier glaubt, mit dürftigen elf Gesprächen einen, wie er schreibt, „Beweis“ für seine Nivellierungsthese zu geben. Zudem fragt man sich, ob Bodolz am Bodensee und im Regierungsbezirk Schwaben zu Südbayern gehört. Noch viel wichtiger, es gibt so gut wie keine Information zu den interviewten Personen. Zu einem männlichen Befragten erfährt man, dass dieser Redakteur eines Kulturmagazins ist, dem, folgt man dessen Äußerungen, urbane Toleranz zuzuschreiben ist – bei diesem sind doch aber wohl Lebensgeschichte und Bildungsgrad sowie öffentliche Funktion entscheidend und nicht einfach die Zuordnung zu einem Ortstypus. Solch einem Probanden darf man zudem unterstellen, dass er schon weiß, was man einem Stadtso-

ziologen korrekt antwortet. So fehlt es essentiell an Quellenkritik und einer sozialen Verortung der Interviewpartner. Außerdem wird nicht durchgängig klar, wie stark diese bei ihren Urteilen schon von Stadterfahrung geprägt sind oder sich die „Stadt“ nur vorstellen. Schließlich fällt auf, dass viele der mitgeteilten Zitate eindeutig darauf hindeuten, dass die Befragten aus den arkaidischen Orten eben doch tüchtige Ressentiments pflegen. Aber in den Zusammenfassungen des Autors wird das wieder weggenommen und im Sinne der Generalthese zurechtgebogen.

Der Untertitel des Buches erinnert an eine ältere – nicht erwähnte – Veröffentlichung von Reinhold P. Kuhnert, *Urbanität auf dem Lande*. Hier ging es um die kleine Bademetropole Bad Pyrmont. Schade, dass der belesene Verfasser nicht zu wissen scheint, dass auch die Geschichtswissenschaft und die Agrarsoziologie (Würzbacher u.a.) Wesentliches zum Thema beizutragen haben. Schließlich: Die Fußnoten sind häufig nicht im strengen Sinn Verweise auf zugrunde liegende empirische Vorstudien und Ergebnisse, sondern sollen wohl eher den Leser zu weiteren Assoziationen anregen. Aber dies ist wohl Verschiebungen des Begriffs des empirischen Argumentierens in einigen Disziplinen geschuldet. Eines leistet das Buch ganz bestimmt: dass man sich in Zukunft genauer überlegt, was mit „Urbanität“ gemeint ist.

Clemens Zimmermann

Frey, Oliver (2009): *Die amalgame Stadt. Orte, Netze, Milieus*. Wiesbaden: VS-Verlag. 355 Seiten. ISBN: 978-3-531-16380-2. Preis: 39,90 Euro

Stadtsoziologische Arbeiten im Themenfeld der sozialräumlichen Segregation fokussieren für gewöhnlich die Verteilungen und Ballungen der Wohnorte bestimmter sozialer Gruppen innerhalb eines urbanen Territoriums. Nicht so die Studie Oliver Freys: In der aus einer Dissertation hervorgegangenen Monographie wird der Fokus auf die Arbeitsstätten eines spezifischen professionellen Milieus, der Beschäftigten so genannter *wissensbasierter, kreativer Branchen*, gerichtet. Eine perspektivische Verschiebung, die als Reaktion auf einen umfassenden Wandel der Berufs- und Lebenswelten in den Großstädten der westlichen Industrienationen erfolgt und somit auf den thematischen Kontext der sozialen und sozialräumlichen Konsequenzen ökonomischer Tertiarisierungsprozesse verweist. Mit seiner empirischen Fokussierung der Arbeitsstätten positioniert sich Oliver Frey zugleich als Vertreter der These einer neuartigen und elaborierten Bedeutung der erdräumlich lokalisierbaren Produktionsstätten wissensbasierter Dienstleistungen und wendet sich somit gegen das Paradigma einer territorialen Entkopplung sozialer und ökonomischer Zusammenhänge.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Arbeit das Ziel, die Muster der sozialräumlichen Organisation der – als Pioniere der städtischen Entwicklung klassifizierten – Beschäftigten *Kreativer Branchen* zu rekonstruieren. Damit einher geht die Absicht, die Eckpunkte eines stadtplanerischen Leitbildes herauszuarbeiten, welches den alltagspraktischen Anforderungen der *Kreativen* gerecht werden soll und zugleich darauf abzielt, die Selbststeuerungspotentiale dieser Gruppe zu nutzen.

Oliver Frey schickt seiner empirischen Studie umfassende theoretische Überlegungen voraus. Die Rahmung auf der Makro-Ebene bildet eine Rekonstruktion des sozio-ökonomischen Wandels von der industriellen zur Dienstleistungs- bzw. Wissensgesellschaft unter Berücksichtigung der sozialräumlichen Implikationen. Der Autor nimmt dabei eine modernisierungs- und transformations- bzw. regulationstheoretische Perspektive ein. Unter Rückgriff auf die diskursprägenden Konzepte Richard Floridas und Roberto Camagnis wird die These einer Gleichzeitigkeit der Individualisierung und der verstärkten lokalen, clusterartigen Einbettung der ökonomisch zunehmend wertvollen Ressourcen Wissen und Kreativität entwickelt.

Einen zweiten theoretischen Pfeiler der Argumentation bilden neuere Steuerungsmodelle für die Stadtpolitik und die raumbezogene Planung, welche sich unter dem Konzept der *New Urban Governance* subsumieren lassen. Als Ausgangspunkt einer fundamentalen Kritik dient – klassisch – die Vorstellung eines ‚dem Gottvater ähnlichen‘ Stadtplaners und die darin implizierte deterministische Annahme einer ubiquitären Beeinflussung sozialräumlicher Prozesse durch Eingriffe in die physische Substanz städtischer Gebiete. Auf der Grundlage eines relationalen und sozialkonstruktivistischen Raumverständnisses wird dieser Sicht ein *bottom up-Ansatz* der raumbezogenen Planung gegenübergestellt, welcher der Heterogenität und Eigenlogik der territorialen Bezüge menschlicher Handlungen gerecht werden soll. Den Kreativen Milieus schreibt Frey in diesem Zusammenhang ein besonderes Potential zur autopoetischen sozialräumlichen Entwicklung zu.

Daran anschließend erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit den die Stadtforschung prägenden theoretischen Modellierungen der territorialen Bezüge milieuspezifischer Handlungen, welche sich zwischen den perspektivischen Extremen einer Containisierung des Sozialen und einer territorial-entkoppelten Netzwerkgesellschaft einordnen lassen. Diesen Ansätzen wird das Modell der *amalgamen Stadt* gegenübergestellt – einer Stadt, die durch plurale, temporäre, aber zugleich intensive Ortsbindungen sozialräumlicher Milieus gekennzeichnet ist. Mit diesem Modell der amalgamen Stadt sollen die Handlungsmuster der fokussierten *Kreativen* adäquat erfasst werden.

Auf dieser Grundlage und unter Vorgriff auf ausgewählte empirische Ergebnisse formuliert Oliver Frey das wesentliche theoretische Ergebnis seiner Studie: Die Bedeutung, die der lokalen Einbindung – und damit der stetigen Arbeitsstätte – für die Wissensproduktion kreativer Milieus zukommt, ist vor

dem Hintergrund unterschiedlicher Ressourcen zu betrachten. Die *Ich-Ressource* des Individuums bezeichnet das subjektiv verfügbare und anwendbare Wissen. Dieses generiert sich in wesentlichen Teilen durch den Austausch innerhalb heterogener sozialer Netzwerke. Diese Netzwerke bilden die, an unterschiedlichen Orten lokalisierte, *Wir-Ressource*. Die *Orts-Ressource* hingegen ist unmittelbar an eine physisch-materielle Konfiguration, wie etwa die gewählte Arbeitsstätte, gebunden. Sie umfasst die Nutzungsmöglichkeiten der physisch-materiellen Strukturen, die symbolische Wirkung des Ortes, die lokal zentrierten sozialen Kontakte sowie die nahräumlichen infrastrukturellen Einrichtungen. Durch diese Subsumtion der ganzen Bandbreite möglicher handlungsrelevanter Aspekte physisch-materieller Konfigurationen setzt sich Frey der Gefahr aus, die Kategorie der *Orts-Ressource* inhaltlich zu überdehnen. Gleichwohl leistet sein Modell einen wichtigen Beitrag zu den breit gefächerten Diskussionen um die territorialen Bezüge sozialer Beziehungen und die Lokalisierbarkeit von Sozialkapital. Freys Beitrag besteht durch seine Einfachheit und Klarheit und setzt sich über die Entweder-Oder-Logik von Containisierung und territorialer Entkopplung hinweg. Freys Überlegungen ließen sich sicher auch in anderen Feldern der sozialräumlich orientierten Forschung nutzbar machen, bspw. zur Analyse der Qualitäten jener Orte, die keine hilfreiche Ressource, sondern vielmehr eine Beeinträchtigung der lokalen Lebensbedingungen darstellen.

Den Übergang zur empirischen Untersuchung bilden theoretische Reflexionen hinsichtlich der Frage, aufgrund welcher Qualitäten urbane Räume für die Angehörigen *kreativer Milieus* eine nutzbare Ressource darstellen können. Angelehnt an Dieter Lämples These einer *Renaissance der Städte* und unter Bezugnahme auf den Idealtypus der *Europäischen Stadt* werden die vielseitigen Vorzüge einer städtebaulich und sozial dichten und heterogenen Umgebung herausgearbeitet. Jene Strukturen urbaner Gebietstypen werden ausführlich anhand des historischen Beispiels der (*Berlin-*)*Kreuzberger Mischung* diskutiert. Leider findet eine diesbezügliche Auseinandersetzung auf der Ebene des ausgewählten empirischen Fallbeispiels, i.e. der Stadt Wien, nur fragmentarisch statt.

Auch aufgrund des Fehlens derartiger Präzisierungen liefert der erste Teil der empirischen Untersuchung überwiegend deskriptive Erkenntnisse. Daten aus einem lokalen Branchenverzeichnis werden genutzt, um für insgesamt zehn, der Kreativwirtschaft zugeordneten Sektoren die Verteilung der Arbeitsstätten innerhalb des Wiener Stadtgebietes zu beschreiben und kartographisch darzustellen. Als wesentliche Erkenntnisse können die konzentrierte Ansiedlung der Produktionsstätten in den innerstädtischen Gründerzeitquartieren sowie die Herausbildung branchenübergreifender Cluster herausgestellt werden.

Im zweiten Teil der empirischen Untersuchung erfolgt ein doppelter Perspektivwechsel. Zum einen werden nun zwei Betriebsstätten bzw. die dort

Beschäftigten und somit konkrete ortsgebundene Milieus fokussiert. Zum anderen rückt mit der Rekonstruktion alltagsweltlicher Ortsbezüge die subjektive Perspektive der Untersuchungspersonen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Dazu greift Frey auf *biographische, narrativ orientierte Leitfadeninterviews* zurück, die er durch originelle Verfahren des *visuellen Mappings* und der *Autofotographie* ergänzt. Insgesamt werden derart 16 Beschäftigte kreativer Branchen portraitiert. Sie praktizieren an den beiden ausgewählten Orten, bei denen es sich um umfunktionierte und günstig nutzbare Industriegebäude handelt, das so genannte *Loft-Working*, also eine besonders kleinräumige Variante des Clusterings.

Das Ergebnis der empirischen Untersuchung sind detaillierte Beschreibungen beruflicher Alltagswirklichkeiten, die aufgrund neuartiger räumlicher, zeitlicher und hierarchischer Arrangements kaum noch etwas mit den Normalarbeitsverhältnissen fordristischer Prägung gemein haben. Auf dieser Datenbasis wird die große Bedeutung der Arbeitsstätten und ihrer unmittelbaren urbanen Umgebung herausgestellt, die als *Orts-Ressourcen* die berufliche und private Organisation des Alltags beeinflussen. Insbesondere die Relevanz informeller *Face-To-Face*-Kontakte zwischen den Angehörigen einer Branche bzw. den Angehörigen der sich in ihren Tätigkeitsfeldern überschneidenden Branchen wird mit den Ausführungen der Interviewten plastisch belegt. Darüber hinaus werden Effekte rekonstruiert, die es rechtfertigen, die physische Struktur und die symbolische Ausstrahlung der *Working Lofts* als Orts-Ressourcen zu deuten. So werden gleichermaßen die geräumigen und funktionalen, aber zugleich bezahlbaren Räumlichkeiten wie auch die spezifische, durch eine industrielle Vergangenheit geprägte und identitätsstiftende Atmosphäre als positive Standortfaktoren bewertet. Untermauert durch die anschauliche Visualisierung der jeweiligen Aktionsräume wird außerdem die Bedeutung der infrastrukturellen Einrichtungen im fußläufigen Umfeld der *Working Lofts* hervorgehoben. Das lokale Umfeld stellt folglich gleichermaßen eine private wie eine berufliche Ressource dar, wobei, so eine wesentliche Implikation der empirischen Ergebnisse, nicht vorhandene räumliche und zeitliche Grenzziehungen das Private beruflich und das Berufliche privat werden lassen.

Auf diese Weise begibt sich Oliver Frey in das normativ aufgeladene Spannungsfeld rund um die gesellschaftliche und sozialwissenschaftliche Neubewertung des Verhältnisses von Arbeit und Leben. Der Grat zwischen Flexibilisierung und Entgrenzung, Eigenständigkeit und Präkarisierung, gefühlter Autonomie und materiellen Sachzwängen ist äußerst schmal. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die Selbsteinschätzungen der untersuchten Personen: Manche hat primär der Wunsch zur Selbstverwirklichung in die Lofts getrieben, andere in erster Linie die angespannte Arbeitsmarktlage. Diese Ambivalenzen werden zwar nicht nur von den Befragten, sondern auch vom Autor reflektiert. Dennoch rücken sie an manchen Stellen der Betrachtung in den

Hintergrund, etwa wenn Frey fasziniert auf Potentiale des *Loft Workings* fokussiert, die er als „kreative Suche nach kreativen Formen der Organisation von Arbeit und Leben“ (49) interpretiert.

Mit seinem Fazit erhebt der Autor nicht nur den Anspruch, ein milieuspezifisches Muster der sozialräumlichen Organisation und somit ein *Konzept der amalgamen Stadt* herauszuarbeiten. Er entwickelt zugleich ein *Leitbild der amalgamen Stadt*: Handlungsempfehlungen für eine Stadtplanung, die den Erfordernissen der *kreativen Milieus* gerecht werden möchte. Die territorialen und lokal zentrierten Bezüge, welche die Handlungen der Untersuchungspersonen kennzeichnen, werden als Indikatoren dafür gewertet, „dass in einer wissensbasierten Dienstleistungsstadt stärker die Teilidentitäten einer Stadtgemeinschaft gemeinschafts- und ortsbezogen ausgebildet sind“ (319). Eine Konstellation, aus welcher sich, so Frey, besondere Erfordernisse, aber auch Potentiale für die Stadtentwicklung und ihre Planung ableiten lassen: *Kreative Milieus* hätten in ihrer räumlichen, ökonomischen und alltagsweltlichen Organisation umfassende Potentiale der Selbststeuerung entwickelt, die im Rahmen einer *Planung der Nicht-Planung* verstärkt genutzt werden könnten.

Diese These ist vor dem Hintergrund der oben skizzierten Idealisierungstendenzen ebenfalls zu relativieren: So lassen es die empirischen Ergebnisse zweifellos evident erscheinen, dass es den *Loft Workern* im Rahmen ihrer kollektiven Existenzgründungen in einem besonderen Maße gelingt, *Ich-, Wir- und Orts-Ressourcen* zu mobilisieren, aufeinander zu beziehen und damit eine selbstgesteuerte ökonomische Entwicklung voranzutreiben. Blickt man jedoch über die Ansiedlung, Entwicklung und Revitalisierung konkreter ökonomischer Standorte – lediglich eine Teildimension städtischer Entwicklung und Planung – hinaus, ist kritisch zu fragen, inwiefern die kreativen Prekären tatsächlich die notwendigen Handlungsspielräume für eine aktive Gestaltung ihrer städtischen Umgebung besitzen. Schließlich sind ihre typischen, lokal konzentrierten Aktionsräume nicht zuletzt knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen geschuldet.

Darüber hinaus kann die Entwicklung der Urbanität suggerierenden baulichen und sozialen Strukturen in der Umgebung der *Working Lofts* nur zu einem geringen Teil auf die Handlungen der fokussierten *Kreativen* zurückgeführt werden. Die soziale und funktionale Mischung eines städtischen Ortes, die den Idealtypus und das Leitbild der *Europäischen Stadt* prägt, kann nur der lokalen Überlagerung pluraler und heterogener Raumkonstitutionen entspringen. Durch die einseitige Betrachtung der Raumkonstitutionen *eines* Milieus werden alle anderen im Gebiet handelnden Akteure perspektivisch zu Statisten der sozialräumlichen Entwicklung degradiert. Dies verkürzt die Vorstellung einer sozialen und funktionalen Durchmischung und verweist auf eine argumentative Lücke zwischen dem *Konzept* und dem *Leitbild* der *amalgamen Stadt* auf der einen und dem Modell der *Europäischen Stadt* auf der anderen Seite.

Die ambitionierte Fragestellung und der hohe theoretische Anspruch der Untersuchung sind somit Stärke und Schwäche zugleich. Die Argumentation enthält eine Vielzahl innovativer Überlegungen zu den bis in die Gegenwart oftmals fruchtlosen Debatten über die Handlungsrelevanz des physischen Raumes und der in ihm angeordneten materiellen Artefakte. Der zentrale Gedanke einer Dualität sozial konstruierter Räume und erdräumlich lokalisierbarer Orte ist keineswegs neu, wird aber von Frey präzise veranschaulicht und in den Kontext stadtsoziologischer und stadtplanerischer Debatten eingebettet. Das in diesem Zusammenhang entwickelte Konzept der territorialen Bezüge immaterieller Ressourcen verspricht vielfältige Anschlussmöglichkeiten. Die Ortsbezüge der Handlungen einer bestimmten sozialen Gruppe, der *Loft Worker*, werden im Rahmen der methodisch innovativen empirischen Untersuchung genau dargestellt. Es ist offensichtlich, dass sich die theoretisch einbezogenen Zusammenhänge nicht in ihrer gesamten Komplexität im Rahmen einer empirischen Untersuchung erfassen lassen. Da dies an vielen Stellen nicht hinreichend verdeutlicht wird, liegt es am Leser, sich zu vergegenwärtigen, dass die empirischen Ergebnisse nur Aussagen über die Handlungen *einer* bestimmten Gruppe, *eine* strukturierende Einflussgröße der ortsspezifischen Realität, *einen* bestimmten Stadttypus und *einen* bestimmten Aufgabenbereich der Stadtplanung ermöglichen.

Tobias Mettenberger

Heßler, Martina und Clemens Zimmermann (Hrsg.) (2008): *Creative Urban Milieus. Historical Perspectives on Culture, Economy, and the City*. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 435 Seiten. ISBN: 978-3593385471. Preis: 39,90 Euro

Kreativität gilt als neuer Leitbegriff städtischer Entwicklung. Er wird von der Stadtpolitik ins Feld geführt, um in der globalen Städtekonkurrenz die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen urbanen Ökonomie anzuzeigen und ein positives Stadtimage zu verbreiten. Während Städte schon immer als Ort kultureller Innovation galten und mit dem Phänomen Kreativität assoziiert wurden, ist die gegenwärtige Debatte ökonomisch ausgerichtet. Sie thematisiert vorrangig die wirtschaftlichen Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft und die Rolle kreativer Milieus für die Revitalisierung innerstädtischer Quartiere. Doch welches Phänomen beschreibt ein kreatives urbanes Milieu, wie entsteht ein solches, wie verändert es sich und wie variiert es im Laufe der Zeit?

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Debatte liefert der von Martina Heßler und Clemens Zimmermann herausgegebene Sammelband „Creative Urban Milieus“. Ziel der Autoren ist, eine historische Perspektive in die Diskussion um die Verbindung von Stadt, Kultur und Wirtschaft einzuführen, womit sie auf

ein Defizit reagieren: auf die fehlende Historisierung des Phänomens kultureller Ökonomien. Obwohl die wechselseitige Beziehung von kulturellen Milieus, Städten und Wirtschaft nicht nur ein Phänomen der letzten 20 Jahre ist, wird das Auftauchen kultureller Ökonomien doch von den meisten Autoren in den 1980er Jahren verortet und als Neuheit diskutiert. Die bisherige Nicht-Historisierung nehmen die Herausgeber zum Anlass, nach den Diskontinuitäten und substantiellen Verschiebungen in der Entwicklung kultureller Ökonomien seit der frühen Neuzeit zu fragen, um derart aufzuzeigen, dass diese je nach Zeit und spezifischem Ort in vielfältigen Erscheinungsformen auftreten.

Das Spektrum der 16 Einzelfallstudien des Sammelbandes reicht vom Buch- und Kunsthandel Venedigs und Londons im 16. Jahrhundert (Clemens Zimmermann) über die Kommerzialisierung von Kultur in Manchester Ende des 19. Jahrhunderts (Simon Gunn), Modedesigner im „Swinging London“ der 1960er Jahre (Christopher Breward/David Gilbert) und Wissenschaftsstädte im suburbanen Raum Münchens (Martina Heßler) bis hin zu (selbst-)organisierten Verkaufsplattformen Berliner Designer in der Gegenwart (Alexa Färber). Der Schwerpunkt des Bandes liegt allerdings auf dem 20. Jahrhundert. Dies ist plausibel, da sich für das 20. Jahrhundert eine Intensivierung politischer Bemühungen zur Beförderung kreativer Milieus und städtischer Kulturwirtschaften beobachten lässt, was die Frage nach der Steuerbarkeit dieser Phänomene und ihrer Langzeitwirkung in städtischen Restrukturierungsprozessen aufwirft. Die gemeinsame Klammer aller Beiträge bildet die Frage: Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den verschiedenen historischen Fallstudien im Hinblick auf die Bedingungen des Auftauchens und der Etablierung von kulturellen Ökonomien ziehen? Um dieser Frage nachzugehen, sind die Beiträge nicht nur mehrheitlich empirisch-vergleichend, sondern auch interdisziplinär angelegt. So verknüpfen sie Kultur-, Stadt- und Wirtschaftsgeschichte mit Wirtschafts- und Kulturwissenschaft.

Die reichhaltigen Fallstudien sind die große Stärke des Sammelbandes, zugleich aber auch seine zentrale Schwäche. So arbeiten die heterogenen Fallstudien mit ganz unterschiedlichen Konzeptionen kreativer Milieus. Damit reproduzieren sie die analytischen Unschärfen der gegenwärtigen Diskussion: Was bedeutet kreativ? Wer oder was wird als kreatives Milieu bezeichnet? In den Beiträgen werden sowohl technologisch-wissenschaftliche, künstlerisch-kulturelle und sozio-politische Akteurskonstellationen als auch Städte mit dem Begriff belegt. Kann es in einer Stadt mehrere kreative Milieus geben? Stellt die Stadt selbst das kreative Milieu dar? Welchen konkreten Raumbezug hat ein solches Milieu? Die Fallstudien beziehen sich sowohl auf die Gesamtstadt oder auf einzelne Stadtviertel als auch auf verschiedene soziale Gruppen in der Stadt. Doch was verbindet diese Akteure, das den durchgängig verwendeten Milieubegriff zu ihrer Beschreibung rechtfertigt?

Als grundlegendes Element für die Entstehung eines kreativen urbanen Milieus werden dichte Kommunikationen und Interaktionen verschiedener

Akteure mit gemeinsamen Interessen und Werthaltungen identifiziert. Alle Beiträge betonen, dass kreative Milieus zeitlich und räumlich situiert und die Ursachen für ihre Entstehung multikausal sind, sich also kein singulärer Kausalzusammenhang identifizieren lässt. Wer nach zentralen sozialen Mechanismen sucht, die regelmäßig Kreativität hervorbringen und das Entstehen kreativer Milieus befördern, der wird hier nur bedingt fündig. Hervorgehoben werden strukturelle Vorbedingungen wie Akteurskonstellationen, institutionelle Infrastrukturen oder auch die Relevanz gesellschaftlicher Transformationsprozesse und Krisenmomente. Den Einfluss städtischer Politik für die Beförderung kultureller Ökonomien stuften die meisten Fallstudien zwar als erheblich ein. Als zentrale Stellschrauben werden eine aktive Kulturpolitik und die Verbreitung eines authentischen, lokal-spezifischen Images angesehen. Doch die eigentliche Entstehung kreativer Milieus kann die städtische Politik nur sehr bedingt beeinflussen. So zeigen sich kreative Milieus insgesamt als emergente und kontingente Phänomene. Städte als jeweils spezifische Verdichtungen von Menschen, Materialitäten, Institutionen, Praktiken, Interaktionen und Kommunikation können die Wahrscheinlichkeit für ihr Auftreten erhöhen, aber nicht jede Stadt wird die kreativen Milieus entwickeln können, die auch zur Entfaltung einer prosperierenden Kultur- und Kreativwirtschaft führen. Vor allem die letzten beiden Beiträge beschäftigen sich mit der Frage des Scheiterns kreativer Milieus. Sie deuten an, dass auch hier noch viele ungeklärte Fragen bestehen.

Lesenswert ist das Buch vor allem, weil es die jeweils spezifischen historischen Konstellationen von globalen und lokalen Faktoren, die mit der Emergenz kultureller Ökonomien in Städten in verschiedenen historischen Perioden verbunden sind, herausarbeitet. Außerdem macht es auf die Unschärfen in den Diskussionen um das Konzept kreativer Milieus aufmerksam. Als einführende Literatur ist dieser Sammelband allen zu empfehlen, die sich mit Fragen der Reurbanisierung und Renaissance von Städten sowie dem Entstehen kultureller und wirtschaftlicher Innovationen in Städten auseinandersetzen.

Janet Merkel

Lin, George C.S. (2009): *Developing China. Land, Politics and Social Conditions*. London & New York: Routledge. 368 Seiten.
ISBN: 978-0-415-41322-0. Preis: ca. 106,- Euro

Insbesondere die Küstenregionen der Volksrepublik China haben sich in drei Jahrzehnten Reform- und Öffnungspolitik dramatisch gewandelt. Unter dem Zustrom von Millionen von Arbeitsmigranten und internationalem Kapital entstanden auf zuvor dünn besiedeltem Agrarland wie über Nacht gewaltige

Metropolregionen. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung Chinas lebt inzwischen in Städten – vor Beginn der Reformen 1978 nicht einmal ein Fünftel. Angesichts ihrer Dynamik und globalen Relevanz gehören die Prozesse und Implikationen der chinesischen Urbanisierung zu den derzeit wohl spannendsten und gleichzeitig noch weitestgehend unerschlossenen Gegenständen der internationalen Stadtforschung.

George C.S. Lin, Professor für Geographie an der University of Hong Kong, beschäftigt sich bereits seit Anfang der 1990er Jahre mit Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung in China. In *Developing China* untersucht er die Entwicklung und funktionale Umwidmung zunehmend knapper Landressourcen sowie die Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und Landverfügungsrechte im Zuge der Transformation. Die Unterscheidung zwischen „Stadt“ und „Land“ ist in China in erster Linie eine administrative Festlegung. Diese führte aber dazu, dass sich – so die Kritik von Lin – auch wissenschaftliche Arbeiten entweder dem Wandel der Landnutzung in der Stadt oder demjenigen auf dem Land widmeten. Gerade die Übergangszone zwischen Stadt und Land bzw. gerade die Stadtregion inklusive Umland sei aber, so Lins überzeugendes Argument, der entscheidende Ort, an dem Wettbewerb um Landressourcen stattfindet und sich soziale Konflikte entzündeten.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Lin beginnt mit einem theoretischen Aufriss der Debatte über Eigentumsrechte sowie mit einer Einführung in politische und soziale Bedingungen der Landnutzungsentwicklung. Im zweiten Teil werden Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen und die daraus folgenden Landnutzungsänderungen im Verlauf der Transformation ausführlich dokumentiert und diskutiert. Der abschließende Teil beinhaltet Fallstudien zur Raumentwicklung und Urbanisierung in Guangzhou und Hefei sowie in den Provinzen Jiangsu und Guangdong. Grundlagen der Fallstudien sind Auswertungen von Satelliten-Fernerkundungs-Aufnahmen (Landsat), Daten nationaler Bestandsaufnahmen der Landnutzung sowie zahlreiche Statistiken und empirische Erhebungen aus den Jahren 2000-2007. Drei Appendixes erläutern ausführlich das methodische Vorgehen.

Zunächst kritisiert Lin das einfache neoklassische Verständnis von Eigentumsrechten als gegebenen, rechtlich einheitlichen und konsistent definierten Festsetzungen sowie die daraus folgenden neoliberalen Forderungen einer Privatisierung des Landmarktes. Lin zufolge seien dagegen soziale, politische und kulturelle Kontextbedingungen stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. Überraschend ist, dass neo-institutionalistische Ansätze in der Tradition von North und anderen nur in einer Fußnote außerhalb (!) der Theoriekapitel erwähnt werden, obwohl sie eine ganz ähnliche Kritik am neoklassischen Mainstream äußern. Insbesondere die Diskussion neuerer sozialwissenschaftlicher Ansätze zum institutionellen Wandel wäre sicher sehr fruchtbar, wünschenswert und in höchstem Maße anschlussfähig gewesen. Theoretische Anknüpfungspunkte sieht Lin – unter Betonung chinesi-

scher Besonderheiten – hingegen in der neomarxistischen Tradition (v.a. Harvey) sowie der politischen Ökologie (Blaikie/Brookfield). Außerdem diskutiert er die Ansätze der amerikanischen Urban Regime- und Growth Machine-Forschung, deren Betonung lokaler Koalitionen allerdings die Übertragbarkeit auf das zentralstaatlich organisierte China erschwere. Da Weiterentwicklungen dieser Strömungen in Richtung analytischer Governance-Forschung (DiGaetano/Strom, Pierre u.a.) genau an Lins Kritik anschließen, bleibt ihre Nicht-Berücksichtigung ebenso unverständlich wie die der Institutionentheorie.

Zu den Stärken des Buchs zählen hingegen die ausführliche und detaillierte Darstellung und Analyse des Wandels der institutionellen Rahmenbedingungen sowohl in ländlichen als auch in als städtisch klassifizierten Gebieten. Dazu zählen einerseits die spontanen Initiativen und Experimente auf dem Land, die auch den Beginn des Reformprozesses markierten. Durch das restriktive Haushaltsregistrierungssystem hokou wurde die Migration in die Städte weitgehend unterbunden, eine Zuwanderung in die Städte umgebenden Dörfer und Townships dagegen erlaubt. Dies führte ab Mitte der 1980er Jahre zu einer Industrialisierung und Urbanisierung im ländlichen Raum. Andererseits sorgte die selektive Öffnung zunächst einzelner und peripherer Städte und Regionen aufgrund der Interessen internationaler Investoren sowie der Einflüsse aus Hong Kong und Taiwan für institutionelle Innovationen in den Städten. Dazu gehört an vorderster Front die Einführung und Kommodifizierung von Landnutzungsrechten, bei denen der Staat weiterhin Eigentümer des Landes bleibt (und aus ideologisch-legitimatorischen Gründen wohl in absehbarer Zeit auch bleiben muss). Die zunehmende Konkurrenz zwang Städte, ihre Landressourcen zu kapitalisieren. Zusammen mit administrativ-institutionellen Restrukturierungen markierte dies in den 1990er Jahren den Beginn einer stadtzentrierten Urbanisierung.

Auch die faktenreichen und anschaulich mit Statistiken, Karten- und Fotomaterial aufgearbeiteten Fallstudien im dritten Teil des Buchs sind für das Verständnis der behandelten Thematik sehr hilfreich. Dabei wird gar nicht erst versucht, eine Generalisierbarkeit der Aussagen anzustreben. Dies wäre angesichts großer geographischer, sozialer, kultureller und politischer Unterschiede in einem so riesigen Land wie China auch wenig sinnvoll. Die getroffene Fallauswahl ist dennoch wohlbegründet. Die Suche nach generalisierbaren Aussagen bleibt eine Herausforderung für zukünftige vergleichende Untersuchungen in China. Als kleiner Wermutstropfen ist die nur oberflächliche Behandlung politischer Prozesse in den Fallstudien zu nennen, die allerdings bei diesem politisch sehr sensiblen Thema und der stets drohenden empirischen Unzugänglichkeit verständlich ist. Die Fülle des präsentierten empirischen Materials entschädigt für diesen Mangel.

Trotz der skizzierten theoretischen Schwächen ist das ansonsten wohl strukturierte, sehr gut lesbare und in seiner Empirie starke Werk von Lin ins-

gesamt unverzichtbare Literatur für China-interessierte Stadt- und Regionalforscher, Planer oder Ökonomen.

Christian Wuttke

Mattissek, Annika (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld: transcript Verlag. 294 Seiten. ISBN: 978-3-8376-1096-3. Preis: 28,80 Euro

Seit einigen Jahren ist festzustellen, dass Städte versuchen, sich über Stadtmarketingmaßnahmen im Wettbewerb um Investitionen, Arbeitnehmer und Bewohner zu profilieren. Im Rahmen einer zunehmenden Professionalisierung werden im Stadtmarketing-Bereich spezielle Stellen geschaffen, die die Städte im Standortwettbewerb positionieren sollen. Der wachsenden Bedeutung des Stadtmarketings entspricht die Zunahme geographischer, soziologischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten, die sich diesem Themenfeld widmen.

Die hier besprochene Dissertation der Geographin Annika Mattissek vertieft die wissenschaftliche Diskussion zum Stadtmarketing und bereichert sie um eine wichtige Perspektive. So verfolgt Mattissek bewusst einen anderen Ansatz als viele der in den letzten Jahren entstandenen, pragmatisch-handlungsorientierten Arbeiten: In ihrer Untersuchung beleuchtet die Autorin das Thema Stadtmarketing diskursanalytisch. Sie betont, dass es gerade nicht ihr Ziel ist, Handlungsempfehlungen für die Praxis zu entwickeln. Stattdessen verfolgt sie das Ziel, die diskursive Konstruiertheit von Stadtmarketingaktivitäten zu analysieren und dabei aufzudecken, welche gesellschaftlichen Prozesse und Machtstrukturen ihnen zugrunde liegen. Hervorzuheben ist der reflektierte Umgang Mattisseks mit den von ihr verwendeten Begrifflichkeiten. Mit der Kursivschreibung des Begriffes „neoliberal“ erinnert sie bspw. konsequent daran, dass dieser Begriff nicht mit der häufig in der sozialwissenschaftlichen Literatur implizierten Eindeutigkeit und Neutralität zu lesen ist, sondern durch die Nennung in bestimmten Zusammenhängen normativ geprägt ist.

Als theoretischen Rahmen für ihre Untersuchung wählt Annika Mattissek das poststrukturalistische Konzept der Gouvernamentalität von Foucault. In Anwendung dieses Ansatzes auf das Thema Stadtmarketing fragt Mattissek, durch welche Risiko-Konstruktionen, Rationalitäten und Technologien das Stadtmarketing legitimiert wird und in welchen Praktiken sich dies äußert. Sie arbeitet heraus, dass der globale Wettbewerb von den Städten im Rahmen des neoliberalen Diskurses zwar auch als Chance begriffen wird, dass zugleich jedoch vor allem befürchtet wird, in diesem Wettbewerb zu unterlie-

gen (56f.). Dies begründet die von den Städten empfundene Notwendigkeit, rational zu handeln, indem betriebswirtschaftliche Maßstäbe an das städtische Handeln und Entscheiden angelegt werden. So entstehen Konstruktionen der Stadt als „Unternehmen“ oder „Marke“, wobei die Städte unter Rückgriff auf Begriffe des neoliberalen Diskurses (z.B. Effizienz, Flexibilisierung, Internationalität u.a.) neue Technologien der Außenwerbung ebenso wie betriebswirtschaftliches Controlling oder die Übertragung von Verantwortungen auf die Bürger (Technologien des Selbst) etablieren. Mit Hilfe des Gouvernamentalitäts-Ansatzes erkennt Annika Matissek „die Praktiken des Stadtmarketings als Ausdruck großflächiger diskursiver Verschiebungen“ und identifiziert „Stadtmarketing als Symptom einer weitgreifenden Ökonomisierung von Gesellschaft“ (67).

An diesem Punkt der Makroanalyse bleibt Matissek jedoch nicht stehen. Vielmehr benennt sie die Gefahr, die o.g. Entwicklungen als deterministisch, homogen und eindeutig darzustellen. Aus diesem Grund nimmt sie eine konzeptionelle Erweiterung des gewählten Gouvernamentalitäts-Ansatzes um die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe vor, die es ermöglichen soll, auch Widersprüchlichkeiten und Brüche in der Herstellung des Stadtmarketings einzelner Städte zu entdecken. Vor diesem Theoriehintergrund wird deutlich, dass auch Fragen des Stadtmarketings Gegenstand hegemonialer Auseinandersetzungen sind, „in denen unterschiedliche Deutungsmuster um den (dominierenden) Geltungsanspruch ringen“ (94f.). So stehen sich viele partikulare Interessen gegenüber, die alle auf die Gestaltung oder Repräsentation der Stadt Einfluss nehmen wollen.

Empirisch greifbar macht Annika Matissek die beschriebenen Prozesse am Beispiel der drei Städte Köln, Frankfurt am Main und Leipzig. Mittels einer Analyse überregionaler Printmedien eruiert sie zum einen das Außenimage der Beispielstädte. Zum anderen untersucht sie Städtehomepages, Imagebroschüren, Darstellungen von Tourismusagenturen oder der Wirtschaftsförderung sowie Aussagen von Repräsentanten städtischer Einrichtungen, um derart die Außendarstellung der Städte im Rahmen ihres Stadtimagemarketings zu erfassen.

Der französischen Schule der Diskursanalyse folgend, wendet Matissek dabei einen Methodenmix an. Er besteht aus quantitativ-lexikometrischen Verfahren, mit denen die Häufigkeit relevanter Begriffe sowie Kollokationen derselben erfasst werden, und einem Verfahren der Aussagenanalyse auf der Mikroebene, mit dem formale Spuren in Texten in Form bestimmter sprachlicher Ausdrücke (Deiktika, Vorkonstrukte und die Mehrstimmigkeit von Aussagen) analysiert werden. Ziel ist es nicht, Texte in ihrer Sinnhaftigkeit unmittelbar zu „verstehen“, sondern sie über die Erfassung solcher sprachlichen Strukturen und mit Bezug auf die zugrunde gelegten theoretischen Konzepte auszulegen.

Die Außenimages in den Printmedien sowie das jeweilige Imagemarketing der Städte schließen Annika Matissek zufolge in ganz unterschiedlicher

Weise an den neoliberalen Diskurs an. So stellt sie fest, dass das Außenimage Kölns in erster Linie durch Emotionalität und Lebensfreude (verbunden mit dem Begriff des Karnevals), aber auch durch tradierte Strukturen und den mehrfach genannten „Klüngel“ gekennzeichnet ist. Diese Imagekomponenten stehen im Gegensatz zur neoliberalen Diskurslogik, die durch ökonomische Rationalität gekennzeichnet ist. Entsprechend versucht das Imagemarketing der Stadt Köln, die emotionalen Aspekte im Sinne dieser ökonomischen Diskurslogik umzudeuten. Emotionalität wird dann als wichtiger Standortfaktor (Lebensqualität) hervorgehoben, ebenso wie der Karneval, der bspw. im Bereich des Tourismus, aber auch für die lokale Gastronomie im Allgemeinen ökonomische Bedeutung entfaltet. Je mehr es gelingt, diese Umdeutungen zu einem hegemonialen Diskurselement zu verdichten, desto glaubwürdiger lässt sich laut Matissek „die eigene Stadt widerspruchlos im zentralen Sagarbeitsfeld der *Neoliberalisierung* (...) positionieren“ (224).

Im Außenimage der Stadt Frankfurt bestehen eine solche Glaubwürdigkeit und Anschlussfähigkeit: Die quantitativ-lexikometrische Analyse weist Frankfurt primär als Banken- und Finanzzentrum aus. Mit diesem Bild und den eng verbundenen Begriffen wie „Internationalität“ und „Globalität“ gehen jedoch auch Schwächen auf der emotionalen Ebene einher, die wiederum die Attraktivität Frankfurts als Wohn- und Tourismusstandort schmälern könnten. Ähnlich wie im Falle Kölns kommen daher auch im Stadtmarketing der Stadt Frankfurt Umdeutungsstrategien zum Einsatz, um diese Brüche im Diskurs zu überbrücken: Die im Außenimage als „kalt“ und „nüchtern“ markierten Imagekomponenten werden im städtischen Imagemarketing als Faktoren dargestellt, die eine erfolgreiche Integration erst ermöglichen, da hier – im Gegensatz bspw. zu Köln – keine tradierten Strukturen im Wege stünden. Zudem scheint die Stadt Frankfurt bemüht, gerade auch emotionale Komponenten wie „Gemütlichkeit“ und „Beschaulichkeit“ in ihr Stadtimage zu integrieren.

Die stärksten Brüche zwischen Außenimage und Stadtmarketing stellt Annika Matissek im Falle der Stadt Leipzig fest. Leipzig stecke in einer „ostdeutsche Raumfalle“ (251), der es zu entkommen versuche, indem Aspekte, die auf die Lage in Ostdeutschland hinweisen, in der Außendarstellung der Stadt ausgeblendet werden. Aber auch wenn – ebenfalls in Umdeutung der medialen Repräsentationen – mit einem entspannten Wohnungsmarkt und verfügbaren Arbeitskräften geworben wird, schwingen implizit die „ostdeutschen“ Probleme Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Wohnungsleerstände mit. Auch positiv gemeinte Aussagen über Leipzig vermögen also, negative Assoziationen zu wecken, die nicht in die neoliberale Diskurslogik passen und die Positionierung der Stadt im Standortwettbewerb erschweren.

Annika Matissek ist es mit ihrer Fallauswahl gelungen, die bereits in der theoretischen Grundlegung beschriebenen Deutungskämpfe und damit verbundenen Brüche und Widersprüchlichkeiten im Stadtmarketing sichtbar zu

machen. Besonders gut nachvollziehbar wird dies durch ihre zweischrittige, transparente und detailliert vorgeführte Analyse der Printmedien und der Stadtmarketingaktivitäten. Es ist zu hoffen, dass nicht nur theorieinteressierte Leser dieses Werk zur Hand nehmen, sondern auch der ein oder andere „Praktiker“ sich vom Buchtitel angesprochen fühlt. Denn auch und gerade für die Praxis wäre die von Annika Mattissek vorgenommene Offenlegung und Infragestellung der oft als selbstverständlich akzeptierten (und sich so selbstständigenden) Diskurslogiken wichtig.

Regine Prabel

Pohl, Thomas (2009): Entgrenzte Stadt. Räumliche Fragmentierung und zeitliche Flexibilisierung in der Spätmoderne.
 Bielefeld: transcript Verlag. 394 Seiten. ISBN: 978-3-8376-1118-2.
 Preis: 29,80 Euro

Sind Schlafstädte ein geeigneter Wohnort für Haushalte, die sich vom Familienmodell des Alleinernährers verabschiedet haben? Nehmen kreative Wissensarbeiter mit flexiblen Arbeitszeiten ausgedehnte Pendelwege in Kauf? Wie passen standardisierte Reihenhaussiedlungen zu pluralisierten Lebensstilen? Die gebaute Struktur unserer Städte ist das Ergebnis einer großen Zahl stadtplanerischer, kommunaler wie individueller Entscheidungen, die in der Vergangenheit unter dem Vorzeichen anderer Leitbilder und Gesellschaftsmodelle getroffen wurden. Thomas Pohl geht in seiner sozialgeographischen Dissertation den spätmodernen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nach und stellt die Frage, wie sich diese Veränderungen auf die raum-zeitlichen Strukturen der Stadt bzw. die Alltagsorganisation ihrer Bewohner auswirken.

Als zentrale Dimensionen des gesellschaftlichen Wandels identifiziert Pohl die Ausdifferenzierung von Lebensstilen, die Veränderung von Haushaltsstrukturen und Geschlechterrollen sowie den Wandel des Arbeitsmarktes von einem fordistischen zu einem postfordistischen Regime. Daraus leitet Pohl die Ausbildung postfordistischer Lebensstile mit steigenden Anforderungen an eine raum-zeitlich flexible Alltagsorganisation ab. In der Auseinandersetzung mit der raum-zeitlichen Organisation der Stadt und ihrer Bewohner rekurriert Pohl auf die Sozialökologie, auf Ansätze, die sich mit städtischen Rhythmen und Zeitstrukturen befassen, sowie auf die Zeitgeographie und die Aktionsraumforschung.

Auf dieser theoretischen Grundlage entwickelt Pohl drei Themenfelder, die er am Beispiel der Stadt Hamburg untersucht. Sein Ausgangspunkt ist eine Analyse der sozialräumlichen Transformationsprozesse in Hamburg auf der Basis der amtlichen Statistik. Das Ergebnis ist eine Typisierung der Hamburger Stadtteile und die Erkenntnis, dass sich bereits bestehende sozial-

räumliche Strukturen und Fragmentierungsprozesse nicht auflösen, obgleich den Werthaltungen eine wachsende Bedeutung für die sozialräumliche Differenzierung zukomme (357). Daran anschließend beschäftigt sich Pohl mit der Intensität der Nutzung städtischer Teilräume. Dazu führt er eine Sekundäranalyse der Hamburger Daten aus der bundesweiten Studie *Mobilität in Deutschland MiD 2002* durch. Pohl stellt fest, dass Gebiete wie der Central Business District oder suburbane Wohngebiete eine deutliche tageszeitliche Differenzierung, d.h. einen starren Wechsel von Aktivitäts- und Ruhezeiten, aufweisen. Funktionsgemischte Quartiere sind dagegen auch in Hamburg durch zeitlich „entgrenzte und flexibilisierte Alltagsrhythmen“ (262) geprägt.

Während Pohl in den ersten beiden Untersuchungsfeldern seinen Blick auf die Quartiere richtet, wechselt er mit dem dritten Untersuchungsfeld die Perspektive in Richtung der raum-zeitlichen Alltagsorganisation der individuellen Akteure. Unter den Bedingungen des spätmodernen Wandels vermutet er eine tendenzielle Auflösung der räumlichen Trennung von Arbeitsort und Wohnort. Da er davon ausgeht, dass Stadtviertel je nach ihrer Struktur unterschiedliche Realisierungschancen für eine solche „Konvergenz von Arbeit und Leben“ (221) bieten, untersucht er empirisch mit Hilfe einer standardisierten schriftlichen Befragung die Aktivitäten und Aktionsräume der Bewohner von vier ausgewählten Stadtteilen Hamburgs. Die Ergebnisse bestätigen die vermutete Konvergenz von Arbeit und Leben für einzelne Lebensstilgruppen, nicht jedoch für die Angehörigen von Kreativberufen oder für Haushalte in egalitär-erwerbsbezogenen Arrangements. Trotzdem werden urbane Quartiere, in denen die Konvergenz von Arbeit und Leben eher möglich ist, nicht nur von außerhäuslich orientierten Lebensstilgruppen, sondern auch von Personen in Kreativberufen bevorzugt. In monofunktionalen Gebieten sind dagegen häufiger Haushalte mit traditionellen Arbeitsteilungsmodellen anzutreffen. Pohl schließt daher mit einem Plädoyer für eine funktional und sozial gemischte Stadt der kurzen Wege als zentrales planerisches Leitbild für eine zukünftige Stadtentwicklungspolitik.

Dabei entsteht jedoch der Eindruck, als sei die postfordistische Stadt vorwiegend durch Kreative und außerhäuslich orientierte Lebensstilgruppen bevölkert, die heute eben jene innenstadtnahen Altbauquartiere bevorzugen. Zwar weist Pohl selbst darauf hin, dass den „Vorstellungen einer bedarfsgerechten Stadtentwicklung für eine postfordistische Gesellschaft zum Trotz (...) nicht die Bedürfnisse von Stadtbewohnern übersehen werden (dürfen), die nicht dem aktuellen Idealbild des flexiblen, mobilen und kinderlosen ‚Kreativarbeiters‘ mit akademischem Hintergrund entsprechen“ (363). Es hätte sich aber gelohnt, auf der Basis seiner empirischen Untersuchungen auch die Alltagsorganisation eben dieser Gruppen stärker zu thematisieren. Sind etwa urbane Quartiere für Familien in egalitären Arrangements eine ideale Wohnumgebung oder überwiegen Wohnpräferenzen, die weiterhin auf einen randstädtischen Wohnstandort zielen? Um die Vereinbarkeit einer postfordis-

tischen Alltagsgestaltung mit dem suburbanen Umfeld zu prüfen, wäre dann aber die Wahl eines anderen Untersuchungsgebietes notwendig gewesen, das stärker durch junge Familien mit potenziell egalitären Arbeitsteilungsmodellen geprägt ist, und nicht, wie das Untersuchungsgebiet Niendorf, durch einen Anteil von 41% Rentnerhaushalten (321). Insgesamt wäre es wünschenswert gewesen, den Fokus weniger auf die urbanen Mischquartiere zu legen, in denen Konvergenz von Arbeit und Leben offenbar möglich ist, sondern auch auf solche Gebiete, in denen dahingehend größere Probleme erwartet werden.

Auch hätte es sich gelohnt, noch stärker auf die empirischen Befunde einzugehen. Während den theoretischen Ansätzen und den konzeptionellen Überlegungen ein großer Raum gewährt wird, könnten die Schlussfolgerungen aus den empirischen Untersuchungen durchaus ausführlicher hergeleitet werden. So überrascht, um nur ein Beispiel zu nennen, die Behauptung, „dass für die Stadt Hamburg eine sozialräumliche Polarisierung der Stadtteile (...) festgestellt werden kann“ (246), da die vorangehenden Ausführungen zur sozialräumlichen Entwicklung keine so eindeutige Schlussfolgerung nahe legen. Auch sind die Erläuterungen zu der Vielzahl an durchgeführten Analysen recht knapp. So hätte, um ein weiteres Beispiel zu geben, der als Lebensstildimension gekennzeichnete Faktor *Openness to Diversity* einer kritischen Reflexion bedurft, wird er doch als „Ausdruck einer Ablehnung wertkonservativer Ansichten“ (234) mit einer Anschlussfähigkeit an die Kreative Klasse interpretiert, obwohl er in einigen Stadtteilen offenbar ausschließlich auf die multiethnische Zusammensetzung der Stadtteilbevölkerung zurückzuführen ist. Hier und an anderen Stellen wäre eine ausführlichere Diskussion der Empirie wünschenswert gewesen.

Trotz dieser Kritikpunkte ist das Buch von Thomas Pohl auf jeden Fall zu empfehlen. Denn Pohl spricht eine aktuelle und gesellschaftlich sehr relevante Thematik an, indem er fragt, inwiefern vorhandene Stadtstrukturen die sich wandelnden Bedürfnisse der Stadtbevölkerung befriedigen können. Er baut seine Arbeit auf ein breites theoretisch-konzeptionelles Fundament und verknüpft durch die Kombination seiner empirischen Zugänge die stadtstrukturelle Ebene überzeugend mit der Handlungsebene der Bewohner. Legt Pohl selber den Schwerpunkt seiner Betrachtung auf urbane Quartiere, in denen „die Zeichen der spätmodernen Stadtentwicklung am deutlichsten zu erkennen sind“ (270), so regt er mit seinem Buch außerdem zum Nachdenken über die Zukunft suburbaner Räume an.

Stefanie Föbker

Schmincke, Imke (2009): *Gefährliche Körper an gefährlichen Orten. Eine Studie zum Verhältnis von Körper, Raum und Marginalisierung* [Band 9 der Reihe „Materialitäten“]. Bielefeld: transcript Verlag. 270 Seiten. ISBN: 978-3-8376-1115-1. Preis: 27,80 Euro

„Ein weiter, kopfsteingepflasterter Platz, in seiner Mitte ein monumentaler Brunnen, auf dessen Sockel die Hansa thront und majestätisch mit ihrer rechten Hand gen Himmel weist...“ – mit diesem Satz beginnt der Prolog dieses Buches der Soziologin Imke Schmincke in Form einer ethnographisch angelegten Beschreibung des Hansaplatzes im Hamburger Stadtteil St. Georg. Dieser Einstieg erfüllt auf eine sehr lesenswerte Art und Weise gleichermaßen eine Programm- wie eine Einführungsfunktion: Der Prolog weckt das Interesse der Leser_innen sowohl für den beschriebenen Ort als auch für die Methode der Ortsbeobachtung und -beschreibung. Aus der fast feuilletonistischen Zusammenfassung ethnographischer Beobachtungen am Hansaplatz leitet sich das Thema und dessen konkrete Verortung ab – „gefährliche Körper an gefährlichen Orten“. Zwar müssen zentrale These und Frage des Buches zunächst ohne diesen empirischen Ort auskommen, die These nämlich, „dass Prozesse sozialer Ungleichheit immer auch eine körperliche Dimension haben“ (11), sowie die daraus abgeleitete Frage, *wie und warum sich Marginalisierung und Normalisierung an/in bestimmten Körpern materialisieren*. Doch der genannte Ort – der Hansaplatz – dient dann als Ausgangs-„Ort“ für die empirische Untersuchung des Verhältnisses von Körpern und Marginalisierung.

Es scheint der Originalpublikation des Werks als Dissertation geschuldet zu sein, dass die erfrischende Art des Prologs im darauffolgenden Einleitungskapitel zunächst wieder ausgebremst wird. Allerdings nimmt sie in den anschließenden vier Theoriekapiteln mit jeweils sehr fundierten Diskussionen von „Marginalisierung“, „Stadt und Raum“, „Sicherheit und Gefahr“ sowie „Körper“ wieder Fahrt auf und setzt somit den eingangs erzeugten Enthusiasmus fort: In ihren (überwiegend) soziologischen Zugängen zu den jeweiligen Themen nimmt die Autorin auf überzeugende Art ihre jeweilige Position in der gesellschaftlichen wie auch theoretischen Debatte dazu ein und leitet daraus sowohl den „Untersuchungsgegenstand bzw. -ort“ (Hansaplatz) als auch die Untersuchungsmethoden ab.

Im Hinblick auf die Forschungen zur sozialen Ungleichheit reflektiert Imke Schmincke dabei beispielsweise die normativen wie analytischen Potenziale und Probleme von sozialen Klassifikationen, um schließlich einerseits das Körperliche als eigenständige Dimension von Ungleichheit berücksichtigen zu können und andererseits solche Klassifikationen als *Ausdruck* gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen – nicht als personales Merkmal – zu thematisieren. Letzteres gilt auch in der Übertragung auf den (Stadt-)Raum: So-

ziale Ungleichheit – konkreter: soziale Ausgrenzung – wird ‚verräumlicht‘, so dass es zu untersuchen gilt, „in welcher Weise der *Raum Prozesse der Ausgrenzung und Marginalisierung mitstrukturiert* und *gleichzeitig selbst von diesen strukturiert* wird“ (41; Hervorh. A.S.). Dadurch erlangt auch der Raum den Status einer eigenständigen sozialwissenschaftlichen Kategorie, wodurch Raum gleichermaßen als Produkt und als Medium gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen verstanden werden kann. Dies wiederum schließt zunächst konsequent an die Überlegungen des *Spatial Turns* in den Sozial- und Kulturwissenschaften an (Kapitel 2.2) – bleibt allerdings angesichts der außerordentlichen Bedeutung der Kategorie Raum für die nachfolgende Untersuchung leider etwas untertheoretisiert; hier hätte eine stärkere Berücksichtigung der (angloamerikanischen) humangeographischen Diskussionen zum „Spatial Turn“ bzw. der (deutschsprachigen) Erörterungen gesellschaftszentrierter bzw. -kritischer Raumkonzepte sicherlich mehr Tiefenschärfe schaffen können.

Teilweise analog zum Verständnis der Kategorie Raum als Produkt und Medium von Gesellschaftsstrukturen führt die Autorin diese „Doppelperspektive“ auch für die Kategorie des Körpers ein und begreift mit Bourdieu bzw. seiner Habituskonzeption den Körper als Anker („Produkt“) sozialer Differenzen sowie zugleich als Medium („Produzent“) dieser Differenzen (117ff.). Zudem gilt „der Körper, genauer: die Körperbewegung [als] das zentrale Medium, in dem Raum angeeignet wird“ (133).

Vor diesem theoretischen Hintergrund und genau hier, in der Konzentration auf die Körper(-bewegungen) in einem konkreten Raum, setzt nun die eigentliche Untersuchung des Verhältnisses von Körpern und Marginalisierung am Hansaplatz an: Dieser Platz gilt innerhalb des „Problemstadtteils St. Georg“ als der Ort, an dem sich gesellschaftliche „Problemfelder“ wie hoher Anteil von Armen, Alten, Ausländer/innen sowie Drogenhandel und -konsum und Straßenprostitution verdichten – und die „Problemgruppen“ aufeinander treffen.

Inwieweit die Verkörperungen einzelner Menschen aus diesen Gruppen als „gefährliche Körper“ wahrgenommen werden und inwieweit die Nutzung bzw. Aneignung des Hansaplatzes durch diese Körper den Ort zu einem „gefährlichen Ort“ werden lassen, wird in einem mehrstufigen empirischen Verfahren unter Anwendung verschiedener methodischer Vorgehensweisen herausgearbeitet. Die Erfassung des „Zusammenhang[es] von Marginalisierung, Raum, Körper und sozialer Ordnung“ (142) basiert dabei zum einen auf ethnographischen Studien am Hansaplatz, die im Sinne einer aktiven „Befremdung“, d.h. der wiederholten Beobachtung bekannter Milieus und Interaktionen, *als seien sie fremd*, durchgeführt wurden. Zum zweiten hat Imke Schmincke mithilfe einer Diskursanalyse die Produktion des Platzes und seiner Bedeutungen (vor allem der Bedeutung als „gefährlicher Ort“) in verschiedenen, größtenteils lokalen, Printmedien untersucht. Und zum dritten hat die Autorin

leitfadengestützte Interviews mit „Stadtteilexpert/innen“ (Sozialarbeiterin, Bürgernahe Polizeibeamte, Stadtteilaktivisten und Anwohner/innen) geführt. Insbesondere letztere wurden explizit hinsichtlich der eingangs eingeführten sozialen Kategorien „Körper“ und „Raum“ bzw. des Verhältnisses von Körpern und Raum ausgewertet (189ff.). Dabei kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass „sich am Hansaplatz soziale Konflikte räumlich und körperlich manifestieren“, dass sich diese Konflikte „als Prozesse der Normalisierung und Marginalisierung beschreiben“ und die Marginalisierungsprozesse in „Kriminalisierung, Verdrängung und Verelendung“ differenzieren lassen (241). Gerade die diskursive Kriminalisierung des Platzes macht ihn zu einem „gefährlichen Ort“, der auch die sich dort aufhaltenden Körper zu „gefährlichen Körpern“ werden lässt, die zugleich die Bedeutungskonstitution des Ortes materialisieren und festigen.

Auf der Basis ihrer umfangreichen empirischen Beobachtungen und Befragungen sowie der Analyse diskursiver Bedeutungsproduktionen kommt Imke Schmincke zu der Schlussfolgerung, dass die aktuelle soziale Ordnung „gefährliche Körper an gefährlichen Orten“ produziert – und dass diese Bedeutungszuweisungen auch von den „gefährlichen Körpern“ selbst verinnerlicht werden. Sie schließt ihr Buch mit einer weiteren Beobachtung am Platz, die dieses Zusammenwirken und die Materialisierung von Fremd- wie Selbstkonstitution verdeutlicht (246): „Ein junger und sichtlich betrunkenener Mann (...) kam mit einer Zigarette in der Hand auf mich zu und bat freundlich um Feuer. Bevor ich reagieren und nach meinem Feuerzeug suchen konnte, meinte er schnell: ‚Keine Angst‘.“

Anke Strüver

Michel Kokoreff

Ghettos und städtische Marginalität – Eine vergleichende Lektüre von Loïc Wacquant und Didier Lapeyronnie¹

Übersetzt von Amélie Straub und Julia Flaig²

Zusammenfassung: Die folgende kritische Abhandlung befasst sich mit zwei Büchern, die der Frage nachgehen, ob das Konzept des „Ghettos“ heranzuziehen ist, um die Veränderungen in den Arbeitervierteln der französischen Vorstädte zu charakterisieren. In seinem Buch *Parias urbains* (Parias der Städte), bietet Loïc Wacquant dem Leser eine vergleichende Analyse zwischen den neuen Formen städtischer Ausgrenzung in den USA und in West-Europa. In diesem Rahmen bemängelt er, dass die heruntergekommenen französischen Arbeiterviertel oft zu vereinfacht mit den amerikanischen Schwarzenghettos verglichen werden. Diese Arbeiterviertel als „Ghetto“ zu bezeichnen, sei doppelt widersinnig, sowohl historisch als auch soziologisch. Didier Lapeyronnie hingegen entwickelt in seinem Buch *Ghetto urbain* (Städtisches Ghetto) die starke These, dass das Ghetto mittlerweile zu einer sozialen Realität Frankreichs geworden ist. Er analysiert sowohl die internen als auch die externen Mechanismen des Ghettos und seiner sozialen Organisation und schreibt dem Rassismus und den Diskriminierungen eine wichtige Rolle in der Entstehung des Ghettos zu. Dieser Vergleich der Bücher von Wacquant und Lapeyronnie unternimmt den Versuch, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Definition, der analytischen Dimension und der Beweisführung hervorzuheben.

In den letzten 25 Jahren wurden viele unterschiedliche soziologische Studien zu den Veränderungen der Armutsviertel in den französischen *Banlieues* veröffentlicht. Ohne diese hier zusammenfassen oder auf ein einziges Thema reduzieren zu wollen, kann man sagen, dass in den 1990er Jahren die Frage in den Mittelpunkt rückte, ob sich diese sozial schwierigen urbanen Räume in Ghettos verwandeln würden. Diese Frage stellte sich in einem historisch spezifischen sozialen und politischen Kontext, der von Krawallen (insbesondere von Unruhen in Vaulx-en-Velin im Jahr 1990), der Institutionalisierung der Stadtpolitik (insbesondere das Gesetz zur Orientierung der Stadt aus dem Jahr 1991, auch „Anti-Ghetto-Gesetz“ genannt) und dem Aufkommen einer stark sicherheitsorientierten Politik in ganz Europa geprägt war. Einige Forscher, die über eine Beobachterposition an der Grenze der zwei Länder verfügten, sprachen damals vom Amalgam zwischen dem amerikanischen „Schwarzenghetto“ und den französischen *Banlieues* (Wacquant, 1993a, 1993b; Body-Gendrot, 1993). Andere Soziologen haben, ohne die Eigenheiten der sozialen

¹ Erschienen in *Revue française de sociologie*, 50-3, 2009, 553-572.

² Die Herausgeber danken Michel Kokoreff für die Erlaubnis, diesen Rezensionssatz im Jahrbuch *StadtRegion* 2009/10 auf Deutsch zu publizieren. Zu großem Dank sind wir auch Amélie Straub und Julia Flaig verpflichtet, die den Aufsatz sachkundig ins Deutsche übersetzt haben.

Struktur und der ethnisch-rassistischen Grenze [im Original: „la frontière raciale“] in den Vereinigten Staaten zu bestreiten, auf die Gemeinsamkeiten der strukturellen Prozesse der „Abschottung einer armen und ethnisch identifizierbaren Bevölkerungsgruppe“ verwiesen (Dubet und Lapeyronnie, 1992, 85). So beispielsweise in „La Courneuve“,³ wo der hohe Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund, oft auch muslimischer Konfession, den Ort als eine Art „gegenwärtiges Ghetto“ erscheinen lässt (Lepoutre, 1997, 69). Obwohl diese soziologische Frage nie die Wichtigkeit erlangte, die sie in den USA schon lange erreicht hatte – sowohl in der akademischen Debatte als auch in den politischen Kontroversen⁴ –, gewann diese Frage jüngst auch in der französischen Forschung an Bedeutung. Zum Beispiel interessierte man sich für das Aufkommen von „Wahlghettos“ vor den Toren der Städte (Bracconier und Dormagen, 2007) oder auch für die „Schulghettos“, sowohl unter sozialen als auch unter ethnischen Gesichtspunkten (Felouzis, Liot und Perotton, 2005). Der Ausbruch der Unruhen im Jahr 2005 hat diese Prozesse kristallisieren lassen und in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, ohne dass die Soziologen sich über ihre Ursachen einig waren.⁵ Einige Forscher haben zu recht darauf hingewiesen, dass starke Dynamiken des „Unter-sich-Bleibens“ dazu beigetragen haben könnten (Donzelot, Mevel und Wyvekens, 2003), und hoben besonders die Konsequenzen der Abgrenzung der Oberschichten in den „*beaux quartier*“, den privilegierten Wohnvierteln (Pinçon und Pinçon-Charlot, 2007), hervor. Maurin (2004) formuliert sogar die These eines „verbreiteten Separatismus“ aller sozialen Gruppen, die versuchen, sich voneinander zu distanzieren.

Die Veröffentlichung zweier wichtiger Bücher lädt uns dazu ein, diese Debatte wieder aufzugreifen. In seinem letzten Buch, welches aus älteren (schon veröffentlichten oder in den USA zwischen 1989 und 1999 vorgestellten) Artikeln und Analysen besteht, führt Loïc Wacquant⁶ seine kritische Analyse der Darstellungen des „Ghettos“ weiter. In seinem Buch werden die strukturellen und urbanen Umwälzungen der amerikanischen und westeuropäischen Metropolen angesprochen. Seine Theorie, die er „fortschreitende urbane Marginalität“ nennt, setzt sich aus einer doppelten Perspektive zusammen: einerseits aus einer strukturellen Untersuchung der Veränderungen, die die nord-

3 Eine Vorstadt im Norden von Paris, die sich durch ihre Plattenbauten und die große Zahl von Migranten, die dort leben, auszeichnet.

4 In seinem Buch stellt Wilson (1987) die Beziehung zwischen wissenschaftlicher Debatte und politischer Kontroverse deutlich dar. Man beachte auch das Kolloquium „*City and community*“, welches 2008 zum Thema der Entstehung und Entwicklung der Ghetto-Forschung stattgefunden hat. Ich bedanke mich bei Bruno Cousin, mich darauf hingewiesen zu haben.

5 Siehe z.B. Mucchielli & Le Gaoziou (2006, 24-29), Lagrange & Oberti (2006, 205 et sq.) oder auch Castel (2007, 28-34).

6 Loïc Wacquant, *Parias urbains. Ghetto – banlieues – État* (2006).

amerikanische Wirtschaft und die Metropolen nach den Unruhen der sechziger Jahre erfahren haben; andererseits aus einer vergleichenden Analyse der Unterschiede und der Gemeinsamkeiten des amerikanischen „Schwarzenghettos“ und der französischen Arbeiter-*banlieues*. Laut Wacquant stellen letztere keine „Ghettos“, sondern „Anti-Ghettos“ dar. Tatsächlich kann man sie anhand von vier Kriterien (von den amerikanischen Ghettos) unterscheiden: erstens anhand der unterschiedlichen Mechanismen der sozialen Ausgrenzung; zweitens sind die *banlieues* durch eine multi-ethnische Bevölkerung charakterisiert; drittens sind in Frankreich die Gewaltniveaus nicht mit den amerikanischen Beispielen vergleichbar; und schließlich sind die *banlieues* durch die besondere Rolle der öffentlichen Instanzen und des Staates charakterisiert. Um seine Argumentation zu untermauern, stützt sich Wacquant auf vielfältiges sekundäres Datenmaterial (statistische Daten, Monographien, usw.) und auf seine eigenen Untersuchungen *in situ* in Chicago und in La Courneuve Anfang der neunziger Jahre. So zeigt er, wie die genannten Charakteristiken in eine breitere Veränderung der urbanen Marginalitätssituation der „dualisierten Metropole“ eingebettet sind. Die „dualisierte Metropole“ deutet auf den Rahmen des neoliberalen Systems hin, der Instabilität und eine wachsende Heterogenität der Lohnniveaus verursacht und sich daraus speist.

Didier Lapeyronnie⁷ vertritt dagegen ausdrücklich die These der Entstehung des Ghettos in der französischen Gesellschaft, insbesondere in den Vorstädten. Seit Mitte der neunziger Jahre kam es zu vielfachen sozialen Veränderungen. Die zahlreichen Auswirkungen dieser Veränderungen sind recht gut dokumentiert: die Verschlechterung der sozialen Situation in bestimmten Zonen, eine wachsende Kluft zwischen diesen Räumen und der Außenwelt, der Legitimitätsverlust der Institutionen (insbesondere der Schule, der Sozialarbeiter, der Polizei und der Justiz), die signifikante Rolle der Diskriminierung und des Rassismus, die Gewalttätigkeit, die Verharmlosung des Schwarzhandels, usw. Für Lapeyronnie ist das Ghetto auch eine Art soziales Organisationsmodell, das auf spezifischen moralischen Werten und Normen basiert. Die Frage besteht nicht so sehr darin zu wissen, ob diese „sensiblen“ Viertel zu „Ghettos“ geworden sind, sondern vielmehr zu wissen, was das „Ghettosein“ tatsächlich ausmacht. Es geht darum, die sozialen Mechanismen vom Standpunkt der Bewohner aus zu verstehen. Inspiriert von den großen amerikanischen stadtanthropologischen Studien⁸ führt der Autor unter Anwendung diverser Methoden (soziologische Interventionen, Interviews, Biographien, ethnographische Beobachtungen) seine eigene Untersuchung in ei-

7 Didier Lapeyronnie (in Zusammenarbeit mit Laurent Courtois), *Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté dans la France actuelle* (2008).

8 Insbesondere White (1953), Gans (1962), Clarke (1965), Liebow (1967) und Hannerz (1969). Verlagshäuser sollten in Erwägung ziehen, manche von diesen grundlegenden Werken zu übersetzen, da diese in Frankreich wenig bekannt sind und einige dieser Thematiken von französischen Forschern immer wieder „neu entdeckt“ werden.

nem Viertel einer mittelgroßen, anonym gebliebenen französischen Provinzstadt durch (zwischen 2004 und 2007). Im Vorfeld dieser Untersuchung hatte er ähnliche Studien in Sozialbauten im Osten und Norden Paris' durchgeführt (Lapeyronnie, 2005).

Man könnte diese beiden Werke daher als strikt gegensätzliche Ansichten verstehen, als zwei konträre Standpunkte im Bereich der gegenwärtigen französischen Soziologie, die dazu auffordern, in dieser Kontroverse Stellung zu nehmen. Man sollte jedoch davon Abstand nehmen, die Texte derart zu diskutieren. Wie wir gleich sehen werden, stimmen weder die Objekte, die von den Autoren in Betracht gezogen werden, noch die Perspektive, die jeweils eingenommen wird, miteinander überein. Außerdem sollten hier, wie sonst auch, die verschiedenen Herangehensweisen nicht die empirischen Konvergenzen überdecken. Schließlich verdienen die Recherchearbeit und die Verallgemeinerung, die diese Arbeiten ermöglicht, eine Diskussion. In einem ersten Teil werden wir daher auf einige Elemente der Definition des Ghettopbegriffs eingehen. Der zweite Teil behandelt die verschiedenen Dimensionen, die bei den Analysen herangezogen wurden. Im dritten Teil werden wir die Voraussetzungen der jeweiligen Beweisführung und ihre Grenzen näher betrachten.

1. Definitionen

Zu Beginn möchten wir versuchen, die Definition des Ghettos zu erhellen. Sowohl Wacquant als auch Lapeyronnie definieren das Ghetto wie einen Idealtyp: es wird eher über *das* Ghetto als über *die* Ghettos gesprochen. Das Ghetto ist kein Ort oder eine geographische Einheit und auch kein Aggregat aus armen Familien. Obwohl es aus dem Phänomen der sozialen Isolation hervorgeht, so wird es doch in erster Linie als eine Institution definiert, die eine soziale Funktion erfüllt, wie Louis Wirth ([1928] 2006) es für die jüdische Gemeinschaft und das jüdische Ghetto schon dokumentiert hatte. Daraus folgt, dass besonders die „institutionellen Formen“ des Ghettos, die informelle Regulierung, die sie ausüben, und die Akteure, die in ihnen agieren, beschrieben und analysiert werden. Beide Soziologen sind sich darüber einig und lassen sich von Kenneth Clark (1965), für den das Ghetto gleichzeitig „Käfig“ und „Refugium“ verkörpert, inspirieren: Während Wacquant das Ghetto als eine „zweischneidige Institution“ beschreibt, weil es gegensätzliche Funktionen ausübt – Abgeschlossenheit für die herrschende Schicht und Schutz für die Unterdrückten (2005, 12), betrachtet Lapeyronnie interne und externe Faktoren, die bei der sozialen Konstruktion des Ghettos mitwirken.

Berücksichtigt werden dabei auch die Bedeutungen, die das Ghetto für die dort lebenden Gruppen hat, Bedeutungen wie die der Unwürdigkeit, der Verachtung oder der Ungerechtigkeit. Ferner geht es bei beiden Autoren darum,

die Asymmetrie der sozialen Verhältnisse, die stets Machtverhältnisse sind, in den Mittelpunkt der Analyse zu rücken. Wenn das Ghetto als Ort der Geschlossenheit und der Ausschließung [im Original: „la relégation“] definiert wird und die Außenwelt darin eindringt, ist es paradoxerweise ein „offener Ort“. In diesem Sinne ist es eher eine Stätte gemeingültiger sozialer Prozesse als nur der Ausdruck einer sich selbsterklärenden „Armutskultur“ oder „Straßenkultur“. Anhand dieser Gemeinsamkeiten ist es nun möglich, die verschiedenen Herangehensweisen und Analysemethoden der Autoren zu verstehen.

Kommunitaristisches Ghetto, Superghetto und Anti-Ghetto

Wacquant bemüht sich, den „institutionellen Werdegang“ zu rekonstruieren, der zu den modernen Formen des Ghettos führt. „Das kommunitaristische Ghetto der Nachkriegszeit, kompakt, deutlich abgegrenzt, beherbergte das ganze Spektrum der sozialen Schichten der schwarzen Bevölkerung, die durch ein starkes Kollektivbewusstsein verbunden waren, war durch eine praktisch vollkommene soziale Arbeitsteilung, anerkannte Mobilisationsmittel und Repräsentationsmöglichkeiten charakterisiert. Dieses gemeinschaftliche Ghetto wurde zum Ende des Jahrhunderts von einer Art *Superghetto* verdrängt“ (2006, 51). Das Ghetto, das zwischen 1900 und 1940 in den Metropolen des Nordens⁹ entstanden ist, hat seine Funktion als „Vorratskammer“ für unqualifizierte Arbeitskräfte und gleichzeitig als Schutz gegen die Dominanz der Weißen verloren. Diese Phänomene entstehen aus einem gekoppelten Prozess einer schrumpfenden Marktwirtschaft und dem Rückzug des Sozialstaats. Zu diesen beiden Elementen addieren sich die Zunahme der ethnischen Segregation und der wachsende Verfall der Stadtpolitik und der Sozial- und Sanitärmaßnahmen, der trotz der Integrationsmaßnahmen nach den Unruhen der sechziger Jahre zu beobachten ist. Diese Faktoren können als Hauptgründe herangezogen werden, um die Entwicklung des *Superghettos* zu einem Auffangbecken der marginalen Bevölkerungsschichten des schwarzen urbanen Neoproletariats zu erklären.

Wenn man diese dynamische Perspektive einnimmt, ist das Ghetto also wie folgt definiert: „Kurz gesagt, ein Ghetto kann idealtypisch als eine sozialräumlich abgegrenzte Konstellation charakterisiert werden, die ethnisch und/oder kulturell nicht definierbar ist und die auf der erzwungenen Ausschließung einer stigmatisierten Bevölkerungsgruppe basiert [...], ein Gebiet, in welchem eine Bevölkerungsgruppe bestimmte alternative Institutionen entwickelt, die gleichzeitig als funktionelles Substitut und als schützender Puffer gegenüber der außenstehenden Gesellschaft dienen“ (Wacquant, 2006, 54). Es handelt sich hierbei um eine multidimensionale Definition, bei der jedes Element wichtig ist (ethnische und räumliche Abschottung, Ausschließung,

9 Siehe u.a. den historische Überblick von Massey u. Denton (1995, 35-86).

Stigmatisierung, Institutionalisierung), um die jeweiligen Variationen in verschiedenen urbanen Kontexten beobachten zu können. Die Definition gilt per se für das „Schwarzenghetto“, um sicher zu stellen, dass man den ethnischen und den politischen Aspekten gerecht wird. Die Afro-Amerikaner sind nämlich die einzige Bevölkerungsgruppe, die in der amerikanischen Gesellschaft vollkommen „ghettoisiert“ wurden, d.h. dass die Gesamtheit eines Viertels ausschließlich von den Mitgliedern dieser Bevölkerungsgruppe bewohnt war. Dies ist durch die Untersuchungen über ethnische Segregationen, die in den Metropolen durchgeführt wurden, besonders gut dokumentiert. Auf der analytischen Ebene trägt Wacquant so dazu bei, das Ghetto von den ethnischen Enklaven unterscheidbar zu machen. Die hispanischen Bevölkerungsgruppen würden folglich zur zweiten Kategorie gehören. Ebenso würde man in Frankreich eher von Enklaven als von Ghettos sprechen.

Dieser Definition könnte man entgegenhalten, dass sie zu schematisch ist. Aufgrund historischer und morphologischer Gründe ist das Schwarzenghetto in Chicago ein eher „untypisches“ Beispiel¹⁰ und zumal ein extremes. Das bezeugen seine Ausdehnung, die Anzahl an Menschen, die dort wohnen, die hohen Segregationsindizes und die besonders starke Trennung zwischen Afro-Amerikaner und Latinos (stärker als in anderen Metropolen). Dass die „South Side“ so oft zum Forschungsgegenstand wurde, kann man auf die herausragende Rolle der anthropologischen Tradition in Chicago zurückführen. In seiner Kritik der Arbeiten von Wacquant unterstreicht Mario Luis Small (2008), dass die Charakterisierung des Ghettos als Ort einer schwachen organisatorischen und institutionellen Dichte für Chicago spezifisch ist und nicht allgemein für schwarze Armutsviertel gilt. Anhand quantitativer Daten zeigt er, dass die Unterschiede innerhalb der Viertel, die durch eine hohe Konzentration an Afro-Amerikanern charakterisiert sind, höher als in anderen Vierteln sind. In diesem Sinne lässt sich festhalten, dass sich die nordamerikanischen Ghettos durch ihre Heterogenität auszeichnen. Ein enges schematisches Verständnis des Ghettos passt dazu nicht.

Im Rahmen von Wacquants Argumentation ermöglicht ihm seine homogene Definition des Ghettos jedoch, die armen Viertel der französischen Vorstädte besser zu charakterisieren. Anhand von Studien, die in Chicago und La Courneuve durchgeführt worden sind, beschreibt er die Ähnlichkeiten und Unterschiede dieser „sozialräumlichen Gebilde“. Die Analogien bestehen einerseits in der morphologischen Evolution dieser städtischen Zonen, die als Enklaven mit einer hohen Konzentration von Minderheiten definiert werden, und die im Kontext einer „regressiven Desindustrialisierung“ durch eine Entvölkerung und einen gleichzeitigen Zuwachs der jugendlichen Bevölkerung geprägt sind. Andererseits erleben die Bevölkerungsgruppen in beiden Fällen Zurückweisung und Ausgrenzung als Synonym für Versagen, leiden unter

10 Siehe u.a. die Diskussion von Duneier (1992, 49 ff.).

der Stigmatisierung ihres Wohnortes und dem Gefühl der kollektiven Unwürdigkeit. Aber auch, wenn es strukturelle Ähnlichkeiten gibt, dürfen diese nicht die Unterschiede verhüllen. Diese sind in erster Linie ökologischer Art. Im South Side von Chicago leben in etwa 400.000 Einwohner auf einer Fläche von mehreren hundert Quadratkilometern, während in der „*Cité des 4000*“ in La Courneuve nur 13.000 Personen wohnen. Im einen Fall hat man es tatsächlich mit einer „Stadt innerhalb der Stadt“ zu tun, die die Integration in den städtischen Gesamttraum verhindert; im anderen Fall gibt es funktionelle Verbindungen zwischen der räumlichen Konzentration des armen Wohnviertels und dem wirtschaftlichen Zentrum.¹¹

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass in dem amerikanischen Ghetto ausschließlich Afro-Amerikaner wohnen, während die französischen Vorstädte „multiethnisch“ sind. Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass die Armutsquoten der Ghettos nicht mit denen der *banlieues* verglichen werden können: nur 16% der 50.000 Einwohner der *Grand Boulevard* in Chicago waren Lohnempfänger, während es in der „*Cité des 4000*“ 50% waren. Ähnliches gilt für die Quoten der Familien, die von Sozialleistungen lebten oder alleinerziehend waren (60-80% in Chicago, 6% in La Courneuve). Eine andere wichtige Dimension ist die der Kriminalität. Was diesbezüglich aus Chicago berichtet wird, ist beeindruckend. Leider – und wir werden später darauf zurückkommen – kann es mit La Courneuve nicht verglichen werden, da es an statistischen Daten für eine lokale Analyse mangelt. Hinzu kommt, dass die Lebenswelt der Ghetto-Bewohner als „Kriegszone“ beschrieben wird; die Vernachlässigung der Stadtpolitik ist teilweise Schuld an dieser Entwicklung, während der Eingriff der Obrigkeit in den Vorstädten in Frankreich vielleicht das Schlimmste noch vermeiden konnte. Wacquant bezeichnet die französischen *banlieues* wegen der gerade genannten Elemente als „Anti-Ghettos“.

Das Ghetto, eine segmentierte Gegenwelt

Laut Lapeyronnie waren die armen Arbeiterviertel in den Achtzigern vielleicht noch keine Ghettos, sie sind es zwischenzeitlich jedoch geworden. Das Viertel des *Bois-Joli* ist dafür ein gutes Beispiel. Die 5.000 Personen, die dort

¹¹ Man könnte jedoch vieles zu den „Gebieteffekten“ schreiben, die sich auf verschiedenen Maßstäben entwickeln. In der Pariser Umgebung muss man die „kleine Krone“ von der „großen Krone“ unterscheiden. Die sozialräumlichen Konstellationen unterscheiden sich durch ihre geographische Lokalisation (Abstand Zentrum/Peripherie), durch ihre Anbindung mit öffentlichen Transportmitteln, das Potenzial an Arbeitsplätzen und durch die Art der Besiedlung. Auf der Maßstabebene des *département* und der *commune* (Gemeinde) ist die Vielfalt der Situationen konstant, wie es Vergleiche der folgenden Gemeinden gezeigt haben: Hauts-de-Seine (Asnières, Nanterre), Seine-Saint-Denis (Saint-Denis, Clichy-sous-Bois), Val-d’Oise (Gousainville, Villiers-le-Bel).

wohnen (in einer Gemeinde mit 50.000 Einwohnern), haben gleich mehrere Nachteile: das Viertel liegt außerhalb der Stadt und ist sozusagen eine Enklave, außerdem ist es durch einen starken sozialen Pauperismus charakterisiert, welcher durch die lokalen Medien stigmatisiert wird und wiederum dazu beiträgt, dass das Viertel als „Gaunerstätte“ oder auch als „Araberviertel“ wahrgenommen wird. Diese Erkenntnisse ermöglichen allerdings noch lange nicht, die Logik oder die Erfahrung des Ghettos wiederzugeben. Vielmehr ist das Ghetto eine soziale Welt im Abseits, eine „Gegenwelt“. „Es ist auch ein Ort, wo die Bevölkerungsgruppen sich letztendlich eine eigene Lebensweise zusammengebastelt haben, Weltsichten entwickelt haben, die ihren eigenen Werten entsprechen; kurz gesagt, eine Art soziale Organisation, die es ihnen ermöglicht, sich mit den sozialen Problemen und den Verletzungen, die ihnen die Gesellschaft zugefügt hat, auseinanderzusetzen“ (2008, 11). Diese soziale Organisation kann man an verschiedenen Merkmalen erkennen, z.B. daran, dass sie das Bild, welches die lokalen Eliten und die Medien von ihrem Viertel vermitteln, in Frage stellen. Darüber hinaus entsteht eine moralische Hierarchie von dem, was als „würdig“ und was als „unwürdig“ empfunden wird. Dies führt zu der Entstehung einer klaren Trennung zwischen „uns“ und „denen“. Der Rassismus wird damit zu einem zentralen Motor: Er setzt sich nicht nur von außen durch, sondern baut sich von innen auf und verwirklicht damit die Trennungslinie. Das hilft uns zu verstehen, was Clarke (1966, 14) meinte, als er schrieb, dass die ausschlaggebende Charakteristik des Ghettos seine Ambivalenz sei. In diesem Sinne beschreibt und erklärt Lapeyronnie die Zwickmühlen, in denen sich die Bewohner des Ghettos befinden: Ablehnung versus Anerkennung, Wettkampf oder Solidarität, Verachtung versus Respekt, Akzeptanz der familiären Normen oder Konstruktion einer eigenen Lebensweise. Anderes ausgedrückt ist es die ambivalente Stellung, in der sich die Einwohner des Ghettos befinden, die auf dem Spiel steht und die gleichzeitig eine Individualisierung außerhalb der internen Gruppen und eine positive Identifizierung mit ihnen ausschließt.

Das Ghetto ist kein homogener Raum. Zahlreiche Einwohner können in diesen Vierteln leben, ohne das Ghetto „zu erleben“. Das Ghetto ist keine Situation, „es ist eine Kategorie von Aktionen in einer Gesamtheit von sozialen Beziehungen“ (2008, 23). Einer der wichtigsten Forschungsbeiträge von *Ghetto urbain* besteht darin, gerade die Bewohner in den Mittelpunkt zu stellen, die sonst in den Medien und in der Fachliteratur nur selten betrachtet werden. Die starke Fokussierung auf die „Jugendlichen der Vorstädte“ (*jeune de cité*) führt dazu, dass die anderen Bewohner oft vergessen werden: dabei sind die Mehrzahl der Einwohner dieser Viertel Erwachsene.¹² Es sind „normale Leute, die arbeiten, als Paar zusammenleben, ihre Kinder erziehen, Rentner, Familien“ (48). Es handelt sich jedoch nicht um eine einzelne Be-

12 Siehe zum Thema der „Unsichtbaren“ Liebow (1967).

völkerungsgruppe, die sich durch einen homogenen Lebensstandard auszeichnet und sich als Klasse oder Gemeinschaft charakterisieren ließe. Es handelt sich vielmehr um eine segmentierte Welt, in der verschiedene Schichten zusammenleben.

Lapeyronnie unterscheidet vier solcher Schichten: die „Stabilen“, die „Prekären“, die „Assistierte“ und die „Sozialfälle“. Um die Gestalt der sozialen Beziehungen zu erfassen, müssen diese verschiedenen Schichten betrachtet werden, wobei der Übergang von einer Schicht zur anderen nur durch eine unscharfe und poröse Grenze getrennt ist. Dies ermöglicht uns, die internen Konflikte besser zu verstehen: die aggressiven sozialen Interaktionen der Jugendlichen untereinander, die konfliktreichen Beziehungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, französischen Familien und Migrantenfamilien, Weißen und Nicht-Weißen, Männern und Frauen. Es geht auch darum, die internen Hierarchien des Ghettos zu rekonstruieren: Hohe Arbeitslosigkeit und die als solche empfundene Verlogenheit der Oberschicht¹³ führen dazu, dass die Suche nach Respekt und Würde einen besonders hohen Stellenwert erlangt.

Diese Analyse folgt somit den Studien über die internen Veränderungen der Unterschicht (Beaud & Pialoux, 1999; Collovald & Schwartz, 2006; Cartier et al., 2008). Die Unterschicht ist durch eine Vielzahl an Fragmentierungslinien gekennzeichnet, sowohl sozial (stabil, prekär und arbeitslos), generationsbezogen („Jugendliche“ und „Alte“, erste, zweite oder dritte Migrantengeneration) und geschlechtlich (Mann/Frau) als auch ethnisch oder nationalitätsbezogen (Franzosen und Ausländer, Weiße und Nicht-Weiße) sowie nicht zuletzt durch ihr Verhalten (Protest oder Partizipation).¹⁴ Erlauben uns diese Ergebnisse jedoch wirklich, diese Räume als „Ghettos“ zu bezeichnen? Das ist Schlüsselfrage. Im Grunde genommen könnte man erwarten, dass die sozialen Dynamiken, die als „typisch“ für Ghettos angenommen werden, auch manche verarmten Arbeiterviertel charakterisieren. De facto wird im Verlauf des Textes der Übergang vom Ghetto zur „cité“ oder zum Viertel von „Bois-Joli“ immer häufiger und banaler. Man könnte davon ausgehen, dass die (soziale, städtische und kulturelle) Fragmentierung in allen diesen territorialen Einheiten vorhanden sind. Genau genommen ist hauptsächlich die Plastizität der Definition des Ghettos problematisch. Es handelt sich nicht um einen Ort des Exils oder der Armut, sondern um eine eigene Welt, mit ihren eigenen Richtlinien; es handelt sich nicht nur um eine Institution, sondern auch um einen „Ort der Worte“ (Lapeyronnie, 2008, 43), als

¹³ Zu den Spannungen zwischen den Lebensstilen der Ghattobewohner und der Oberschicht siehe Hannerz (1969).

¹⁴ Diese letzte „Trennungslinie“ wirkt, so Merklen, wie eine „Verbindung aus allen genannten Trennungslinien“ und zeigt die Spannung zwischen denen, die von der Hoffnung leben „rauszukommen“, und denjenigen, die für ihre Zukunft keine Hoffnung haben (2006, 133).

Gegenbewegung zu denen, die diese Welt lediglich mit dem „Ghetto-Etikett“ versehen und abstempeln. Darüber hinaus analysiert Lapeyronnie das Ghetto einerseits wie eine Welt, die sich im Kontext einer „politischen Leere“ aufbaut; andererseits zeigt er, dass dort alles einen zentralen Stellenwert hat, die Relegation, die Schule und die Erziehung, die Geschäfte, die Verbindung zwischen Weiblichkeit und Ethnizität, usw.

2. Dimensionen der Analyse

Dort, wo Wacquant auf den strukturellen und makrosoziologischen Ausmaßen der „surbanen Marginalität“ beharrt, interessiert sich Lapeyronnie eher für die subjektiven Dimensionen der „Ghetto-Erfahrung“. Die verschiedenen Herangehensweisen dürfen jedoch nicht die analytischen und empirischen Konvergenzen verdecken. Man denke da z.B. an die Textstellen, in denen beide Autoren den öffentlichen Dienst in den heruntergekommenen Arbeitervierteln beschreiben, oder aber an die Ausführungen zu den Abhängigkeitsbeziehungen, die sich zwischen Sozialarbeitern und armen Familien entwickeln. Nennenswert sind auch die Passagen über den Einfluss der Parallelwirtschaften auf die Atmosphäre der Viertel und der Nachbarschaftsbeziehungen, über die Rolle und die soziale Funktion der Gewalt, über das Empfinden der Unwürdigkeit und der Missachtung, über das Ohnmachtsgefühl, all diese traumatisierenden Erlebnisse nicht in eine kollektive Aktion umwandeln zu können. Weitere Parallelen finden sich bezüglich des städtischen Stigmas und des Konzepts der „unausführbaren Gemeinschaft“ bei Wacquant (2006, 188-189) und der „verkehrten Gemeinschaft“ bei Lapeyronnie (2008, 461). Dafür unterscheiden sich jedoch die Vorstellungen der Autoren in Bezug auf die sozialen und städtischen, die ethnisch-rassischen sowie die geschlechtlichen Dimensionen des „Ghettos“ stark.

Die sozialen und urbanen Dimensionen

Schon wenn man ausschließlich die 63rd Street in Woodlawn, in der South Side von Chicago, betrachtet, werden einem die Ausmaße der tiefgreifenden sozialen Gewalt bewusst, die diese Gegend in ihrem Griff hat und die, laut Wacquant, in allen schwarzen Ghettos Amerikas anzutreffen ist. Zu dem Verfall kommen Unsicherheit und Angst hinzu: Die Häuser sind nicht sicherer als die Straße; Parks wurden zu „Verbotenen Zonen“; Busse, die die South Side durchqueren, werden von Spezialeinheiten der Polizei eskortiert; ein halbes Dutzend U-Bahnstationen wurden geschlossen; die Schulen ähneln mehr und mehr Bunkern, ohne den „mörderischen Wahn“ außerhalb ihrer Mauern verhindern zu können; die Kinder leben in der Angst vor der von Gangs ausgeübten Gewalt oder werden Zeugen von Schießereien und Ermor-

dungen. In diesem Kontext der Gewalt nimmt die Gesellschaft die Schwarzen mehr denn je als Kriminelle und Unruhestifter wahr. Der Ausbruch der Gewalt ist jedoch Ausdruck einer tiefer liegenden Veränderung der sozio-ökonomischen und institutionellen Zusammensetzung des Ghettos: „Im Jahr 1950 hatte mehr als die Hälfte aller im ‚schwarzen Gürtel‘ der South Side lebenden Erwachsenen eine bezahlte Beschäftigung [...] 1980 hingegen war die Zahl der einer regelmäßigen Arbeit nachgehenden Bewohner des Ghettos um 77% gefallen, sodass sich fast $\frac{3}{4}$ aller Personen, die 16 Jahre oder älter waren, in Arbeitslosigkeit befanden“ (2006, 64f.).

Die beschriebenen Gegebenheiten sind zweifelsohne nicht vergleichbar mit denen, die in den französischen Vorstädten anzutreffen sind. Die Verschlechterung der sozio-ökonomischen Situation der „quartiers“ im Laufe der letzten Jahre sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Die Untersuchung von Lapeyronnie stellt dieses Phänomen auf überzeugende Weise dar. Ursprünglich von einem wichtigen Industriezweig, der eine große Anzahl an Arbeitskräften anzog, getragen, hat die Stadt, in der sich das Viertel Bois-Joli befindet, mit dem Niedergang der Industrie eine tiefgreifende Krise erlebt, die mit Entlassungen und Standortverlagerungen einherging. Heute besteht ein erheblicher Kontrast zwischen den Arbeitervierteln am Stadtrand und den schmucken Vierteln im Zentrum, in denen die lokale Bourgeoisie „unter sich“ hinter einem Schutzschild vor den von den Sozialbauten erwarteten Bedrohungen lebt.

In diesem Kontext stellt die Armut eine schwere Belastung für das gesellschaftliche Leben dar. Sie bedeutet ein Leben, das von materiellen Zwängen, der Prekarität des Einkommens und des sozialen Status sowie von allgemeiner Unsicherheit geprägt ist. Die Armut wird von den Bewohnern als Distanzierung und soziale Isolation wahrgenommen; als wachsende Entfernung von den mittleren Schichten, dem Stadtzentrum, der Gesellschaft. Eine Isolation, die in Bezug auf soziale Kontakte zur Außenwelt mehr oder weniger ausgeprägt ist.

Die soziale Bedeutung der Armut bleibt jedoch recht unscharf. Dies bezeugen weit verbreitete Ansichten wie etwa die häufig geäußerte Einschätzung, der Euro sei Schuld an dem „wahren sozialen Abstieg“. Die Statistiken bestätigen in der Tat ein hohes Armutslevel. So zeigen sie, dass 75% aller Mieter über weniger als 1000 Euro Lebensunterhalt pro Monat verfügen. 51% aller Empfänger der Caisse d'Allocations Familiales (staatliche Behörde für Familienbeihilfen) befinden sich unterhalb der Armutsgrenze. 31% aller Haushalte haben ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 518 Euro. Gewiss sind nicht alle Haushalte gleichermaßen von Armut betroffen oder haben dieselbe Geschichte. „Sie müssen jedoch alle die Armut, die das Ghetto beherrscht, und die Ausweglosigkeit, dieser Situation jemals wirklich zu entkommen, akzeptieren.“ (2008, 57). Indem sie sich gegenseitig in Bezug auf den jeweils Anderen definieren, verhindern „die Leute des Viertels“ die Entstehung einer Gemeinschaft im Sinne von Richard Hoggart.

Die Arbeit von Lapeyronnie steht in einer Reihe weiterer Untersuchungen in sozial prekären Stadtrandgebieten, so u.a. im Großraum Paris, in den Départements Hauts-de-Seine (Asnières, Gennevilliers, Nanterre), Seine-Saint-Denis (Aulnay-sous-Bois, Clichy-sous-Bois, Montfermeil, Saint-Denis), Yvelines (Mantes-la-Jolie, Poissy) und in anderen Regionen, die stark von der Abwärtsspirale der Verarmung und sozialen Entmischung betroffen sind wie etwa die Metropolregion Lille, der Ballungsraum Marseilles (die Siedlung Belleville und die Viertel des 14. und 15. Bezirks) oder die Randgebiete von Toulouse (Le Mirail, La Reynerie-Bellefontaine), um nur einige Beispiele zu nennen.¹⁵ Diesen Gebieten ist eine ausgeprägte Verschlechterung sowohl der Bausubstanz der öffentlichen Einrichtungen als auch der Lebensbedingungen und -erfahrungen ihrer Bewohner gemein. Gewiss sind die genannten Beispiele nicht statistisch „repräsentativ“ für alle Arbeiterviertel (Préteceille, 2009). Die Probleme, die sich hier jedoch auf der Mikroebene konzentrieren, wie etwa die institutionelle Abschottung dieser Zonen, in denen der Staat oft nicht mehr präsent ist, die Atmosphäre, die diese Viertel beherrscht, die lange Zeit von Drogensucht, Heroin und AIDS geprägt war und heute überwiegend von Kleinkriminalität und Auseinandersetzungen im Schwarzhandelsmilieu, fordern eine weitergehende Analyse. Darüber hinaus macht sich die Öffentlichkeit, die sich dem erschreckenden Ausmaß der öffentlichen Gewalt in den USA durchaus bewusst ist, nach wie vor ein sehr geschöntes Bild der Realität in den französischen Vorstädten. Fakt ist, dass sich die Situation hier seit Beginn dieses Jahrzehnts stark verändert hat. Die Veränderungen geschehen in einem Kontext von gesetzgeberischer Inflation, der Verschärfung repressiver Politiken und einer Verschlechterung der Kraftverhältnisse zwischen Ordnungskräften und Bevölkerung. Davon zeugen nicht zuletzt zahllose Schlagzeilen sowie ethnographische Beobachtungen, die illustrieren, dass der Gebrauch von Schusswaffen im Rahmen von Bandenkriminalität oder Rivalitäten zwischen einzelnen Vierteln in den letzten Jahren zu einer Banalität und Alltäglichkeit wurde. Kurz gesagt, es besteht keine Notwendigkeit, die Situation dieser Stadtgebiete zu dramatisieren, um die Auswirkungen einer negativen Spirale zu erkennen, die diese Viertel, ihre Bewohner und die intervenierenden Akteure erfasst hat.

Die ethnischen und rassistischen Dimensionen

Eines der Hauptargumente von Wacquant zur Widerlegung der These des französischen Ghettos besteht aus der Gegenüberstellung von rassistischer Spaltung und sozialer Ausgrenzung. Diese Idee scheint jedoch vor dem Hintergrund neuerer Arbeiten, die den Strukturverlust der Arbeiterklasse analysie-

¹⁵ Für eine erste Fassung dieser vergleichenden Untersuchung, ausgehend von empirischen Beobachtungen, s. Kokoreff (2007).

ren (Beaud et Pialoux, 1999) oder die These des „Klassenzerfalls“ vor dem Hintergrund kollektiver Mobilisierungen der jüngeren Vergangenheit bekräftigen (Lagrange und Oberti, 1999), fragwürdig. Darüber hinaus hat sich die soziale und ethnische Situation seit Mitte der 1990er Jahre tiefgreifend verändert, was wiederum Ausdruck eines allgemeinen Wandels der sozialen Verhältnisse und kollektiven Bindungen besonders innerhalb der französischen Gesellschaft ist. Um es kurz zu machen: Die Frage der Diskriminierung ist zentral und allgegenwärtig geworden, sei es in der öffentlichen Debatte und in ideologischen Auseinandersetzungen oder in der wissenschaftlichen Diskussion (Fassin und Fassin, 2007).

Während Wacquant mehrfach die „fließenden Übergänge und die erstaunliche Vielfalt der ethnischen Zusammensetzung“ (2006, 163 oder auch 190) hervorhebt, könnte man in der Tat die Hypothese aufstellen, dass diese Feststellung sehr spezifisch für einen genau abgegrenzten Zeitpunkt in der Entwicklung der französischen Vorstädte war. Die Viertel der „habitat social“ waren in der Tat lange Zeit Bastionen der Arbeiterschaft, die Familien mit Migrationshintergrund selten offen standen. Erst seit den 1980er Jahren haben sich diese nach und nach dort niedergelassen, um schließlich heute dort überproportional vertreten zu sein (Masclat, 2003). Im Falle des Viertels Bois-Joli zeigt ein einfacher „Treppenhaus-Zensus basierend auf den Nachnamen eine klar unausgewogene Verteilung: 50% der dort wohnenden Familien sind maghrebischer Herkunft, 20% aus Schwarzafrika und 30% sind ‚weiß‘“ (Lapeyronnie, 2008, 333ff.). Würde man ebenfalls die Größe der Familien in Betracht ziehen, so wäre das Ungleichgewicht noch viel stärker ausgeprägt.

Ist diese Situation nun außergewöhnlich oder doch viel häufiger anzutreffen als man gemeinhin annimmt? Fakt ist, dass eine solide Datenbasis fehlt, um die ethnische Zusammensetzung der Bewohner zu messen. Dennoch sollte die Logik des Rassismus und ihre soziale Bedeutung betrachtet werden. Lapeyronnie widmet dieser Logik lange Ausführungen: Während das Ghetto sozial vor allem von einer Mischung aus kollektiven Entscheidungen hervorgerufen wurde, die in Isolierung und Ausgrenzung mündeten, ist es zugleich auch das Ergebnis ungleichmäßiger Kräfteverteilung neokolonialistischer Prägung innerhalb der sozialen Gruppen. Die Bewohner von Bois-Joli definieren sich weniger als Arme oder Ausgeschlossene, sondern sehen sich vielmehr als „Kolonialisierte“ oder gar „Parias“, definiert durch äußere Kategorien. Es handelt sich hierbei also um eine dominierte, „ethnisierte“ Gruppe, bei der die rassische Stigmatisierung das soziale Stigma verstärkt. Der Autor beschreibt so die „Sackgassen der Republik“, ihre Paradoxe und perversen Effekte. Er analysiert ebenfalls den Rassismus, „von unten betrachtet“ (2008, 342), seine verschiedenen Register und Ausdrucksformen, die Hierarchie der Verachtung und der rassischen Segregation zwischen Weißen, Arabern und Schwarzen. Vor allem zeigt er jedoch die Rationalität der einzelnen Verhal-

tensweisen auf. So unter anderem bei der Beschreibung der Spannungen zwischen Familie und Straße, die „beide ablehnend gegenüber der Außenwelt und gegenüber den Institutionen, die ihnen verschlossen bleiben“, versuchen, die Kontrolle über ihre Innenwelt auszuüben. So verstärken sie ihren widersprüchlichen Druck: Je mehr die traditionelle Rollenverteilung gelebt und eine starke Autorität ausgeübt wird, desto größer wird für die männlichen Jugendlichen die Versuchung, sich von der Familie zu entfernen und sich, in einer Gruppe Gleichgesinnter, eine Welt aufzubauen, die mit ihren „Eingeweiheten“ und der gegenseitigen Anerkennung zur Definition einer „Moral der Vorstadt“ (481) beiträgt.

Die Geschlechterdimension

Eine dritte Dimension der Problematik umfasst den Zusammenhang zwischen Rassismus und Sexismus. Sie schließt somit die Abgrenzung zwischen maskulinem und femininem Universum in die Analyse mit ein, sei es zwischen jungen Männern und Frauen oder zwischen Vätern und Müttern. Dieses klassische Thema in der Analyse des Ghettos,¹⁶ das im Buch von Wacquant fast gänzlich fehlt, stellt sicherlich den herausragenden Part der Analyse von Lapeyronnie dar. Mehr noch als die Beschreibung des „Platzes“ der Frauen in den Vierteln, die Darstellung der vielfältigen Zwänge, denen sie unterworfen sind, und der Widerstände, die sie leisten, erklärt Lapeyronnie die Herausforderungen der sozialen Geschlechterverhältnisse in diesem urbanen Kontext. Die Männer, direkte Opfer von Rassismus, reetablieren ihre Würde durch die strikte Kontrolle, der sie die Frauen unterwerfen. Die Frauen, den Auswirkungen des Rassismus weniger ausgesetzt, tragen so zu der Entwertung ihrer sexuellen und ethnischen Identität bei. Derart kommt es zu einer starken Segregation der Geschlechter, die sich in Gerüchten und den von Jungen über Mädchen verbreiteten Ansichten niederschlägt, in der Territorialisierung der sexuellen Verbote, aber auch in der Rolle der Familien, die zum Rückzug in die Familie beitragen und gleichzeitig den Heiratsmarkt im Auge behalten. Diese Segregation hat in den Vorstädten allem Anschein nach in den letzten Jahren stark zugenommen. Das Phänomen hilft u.a., die Problematik der Cliquenbildung und der Bedeutung der Geschwister, aber auch die Problematik der sexuellen und ehelichen Gewalt besser zu verstehen, die sozial eine Art der „Zurechtstutzung“ der Realität in Anlehnung an traditionelle Rollenbilder darstellen.

Im Grunde erlebt das Ghetto so eine konstante Doppelbewegung zwischen Desexualisierung und Resexualisierung. Die jungen Männer „desexualisieren“ kontinuierlich den Körper der Frau, verbannen die Weiblichkeit aus den Ghettos, die mit den „leichten“ Mädchen, den „weißen“, „französierten“

16 Siehe insbesondere die Kapitel 4 und 6 des Werks von Hannerz (1969).

Frauen, der Prostitution und den Bordellen verbunden wird, in denen ein großer Teil des Gelds aus Drogen- und anderem Handel ausgegeben wird. Auf diese Art behalten die Männer die Kontrolle über die Frauen aus der „Gemeinschaft“ („communauté“; 2008, 556) und passen sich gleichzeitig ihrer zukünftigen familiären Rolle, männlich und paternalistisch, an. Während sich die Frauen dank ihrer Weiblichkeit einfacher von Rassismus und Patriarchat emanzipieren, nährt diese Emanzipation zugleich eine Art sozialer und ethnischer Solidarität. Sie müssen diesen Normen widerstehen und eine Moral der Liebe bekräftigen, die ihrer eigenen Persönlichkeitsbildung dient. So müssen sie sich unaufhörlich „resexualisieren“, d.h. sich ihrer Körper und ihres Geschlechts wieder bemächtigen, um wieder Frau zu werden (561). Wenn man dieser Argumentation folgt, stellt sich das Ghetto kontinuierlich zwischen das Individuum und die Gruppe.

Lapeyronnies Beschreibung zeigt das Schicksal des Einzelnen, dessen Ermüdung und Unsichtbarkeit aufs Schärfste mit der Energie und der „Überpräsenz“ der „Jugendlichen“ kontrastiert. Letztere bleiben bei diesem Prozess der „Entfremdung“ (desajustement) des Individuums jedoch nicht außen vor, eines Individuums, das „wie in zwei geschnitten“ ist, „gespalten“ zwischen dem verzerrten Bild der Medien und der Realität seines Alltags, dem kulturellen Erbe seiner Familie und seines Migrationshintergrunds auf der einen und den Regeln der Straße auf der anderen Seite. Genauso wie die Armut eine Entfremdung darstellt, die das Individuum von sich selbst und seiner mehr oder weniger idealisierten Vergangenheit entfernt, so trägt auch die Definition des weiblichen Geschlechts zur Unfähigkeit der Frauen bei, ihre soziale Rolle wahrzunehmen und sie selbst zu sein. Die beiden Porträts, mit denen „Ghetto urbain“ endet, sind diesbezüglich sehr bezeichnend. Auf der einen Seite wird Samia porträtiert, 26 Jahre, Angestellte, die nach England gezogen ist, um den sozialen Bedingungen, den Zwängen der Cité und des familiären Erbes zu entkommen. Daneben wird Malek, 29 Jahre, als eine legendäre, charismatische Persönlichkeit des „quartiers“ vorgestellt, anerkannt und bewundert sowohl für seinen Werdegang als auch für seine Ratschläge. In beiden Fällen scheint das Ghetto wie eine sinngetränkte soziale Welt, die wenig Alternativen bietet: entweder sich zurückziehen ohne Aussicht auf Heimkehr oder seine Rolle bis zur Karikatur erfüllen.

3. Der empirische Test vor Ort

Die Diskussion um die Angemessenheit des Begriffs „Ghetto“ und seiner Analysedimensionen kann nicht vollkommen gelöst von dem Plausibilitätsniveau (um den Ausdruck Robert K. Mertons zu verwenden) der berichteten Beobachtungen betrachtet werden. Erinnern wir uns, dass die beiden Bücher weder genau dasselbe Thema noch dieselbe Perspektive haben. Bei dem ei-

nen handelt es sich um eine vergleichende Analyse auf internationaler Ebene, die eine globale Untersuchung der urbanen Marginalisierungsprozesse in den dualisierten Metropolen darstellt. Bei dem anderen Werk handelt es sich vor allem um eine monographische Arbeit, die eine tiefgreifende Analyse der einzelnen Bereiche des sozialen Lebens in einem Viertel untersucht und diese auf die aktuelle Situation in Frankreich anwendet. Zwei Punkte sind an dieser Stelle hervorzuheben: die empirischen Unzulänglichkeiten und die Bedingungen einer Verallgemeinerung der Ergebnisse.

Empirische Unzulänglichkeiten

Die Beobachtungen, auf die Wacquant sich stützt, datieren hauptsächlich aus frühen 1990er Jahren. Daher stellt sich die Frage, ob sich die Situation in der South Side und in der Cité des 4000 innerhalb von fast 20 Jahren nicht grundlegend verändert hat und inwiefern diese Entwicklung Wacquants These beeinträchtigen würde. Wenn es stimmt, dass der Rückzug des Bundesstaates in den Vereinigten Staaten eine fundamentale Rolle im Prozess der Hypersegregation der 1980er Jahre gespielt hat, so ist es ebenfalls wahr, dass seit den 1990er Jahren zahlreiche städtische Revitalisierungsaktionen und -initiativen auf lokaler Ebene entstanden sind mit dem Ziel, diese verheerenden Folgen zu bekämpfen. Diese lokalen Politiken verdienen also eine eingehendere Auseinandersetzung, als wir sie an dieser Stelle vornehmen können. Im Gegensatz dazu könnte man die französische Situation fast als einen Gegenprozess interpretieren. Auf die unübersichtlich vielen lokalen Initiativen und Experimente folgte in der Tat eine Institutionalisierung der Stadtpolitik durch den Zentralstaat – bevor diese durch die hybride Figur des „Sicherheits-Erneuerungs-Staates“ nach und nach ihres Inhaltes entleert wurde. Wie dem auch sei, die Rolle des öffentlichen Handelns wird in „Parias urbains“ flüchtig gestreift. Für den Leser ist es überraschend zu sehen, dass sie als Alleinstellungsmerkmal herausgehoben wird (s. zum Beispiel 169), wohingegen die Denunzierung der moralischen Panik der Politiker bezüglich der „Cités-Ghettos“ (153) sowie die Bürokratisierung der staatlichen Strukturen und der öffentlichen Politiken als Konstante dargestellt wird (230).

Genauso verhält es sich mit der Heterogenität der ethnischen Zusammensetzung der Sozialbauten; eine Behauptung, die empirisch wenig gestützt ist. Der Mangel an Statistiken über die „ethnische“ Herkunft mahnt zur Vorsicht, die Beobachtungen vor Ort scheinen die Behauptung dieser ethnischen Vielfalt oftmals zu widerlegen. Wenn man verschiedene Viertel betrachtet, die wir direkt kennen, so beobachtet man in der Tat auf den Straßen, in den Schulen, in den sozialen Zentren, den Geschäften und den Transportmitteln, dass ein großer Teil der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat und/oder sich hauptsächlich aus „Nicht-Weißen“ zusammensetzt. Diese Realität, die von Teilen der gesellschaftlichen Elite und auch von Soziologen oft un-

terschätzt wird, ist in den alltäglichen Erfahrungen und Reden der Bewohner der Cités präsent. Bei Letzteren führt nicht zuletzt dieses Auseinanderklaffen zu einem Gefühl der Abschiebung und Ausgegrenztheit in den „Ghettos“. Bevor man sich daher beeilt, aus dem Ethnizitätsargument einen alles verdeckenden Schleier zu machen, der von den „wahren Problemen“ ablenkt, sollte man erst über feinere Analyse- und Messinstrumente verfügen.

Eine zweite Einschränkung betrifft die geringe Auswertung der Feldarbeit, die von Wacquant geleistet wurde. Die ethnographische Untersuchung der South Side wird auffällig wenig genutzt. Im Fall der Cité des 4000 wird man zustimmen, dass „mehrere Besuche vor Ort“ (2006, 207) noch keine ethnographische Analyse darstellen! Was die These der französischen Vorstädte als „Anti-Ghettos“ nur weiter entkräftet und dies umso mehr, da die zitierten Beobachtungen nicht mit statistisch soliden Daten unterfüttert wurden, wie dies etwa für Chicago der Fall ist. Dabei hätten mehrere wichtige Themen durchaus eine Vertiefung verdient, so etwa die internen sozialen Spaltungen, die nicht nur zwischen den „Jugendlichen“ und den Anderen, sondern vielmehr quer durch die ganze Gesellschaft verlaufen. Genauso scheint die Gegenüberstellung der „Stadtguerilla-Stimmung“, die die Ghettos beherrscht, und des geselligen Beisammenseins in den Quartieren (167) für den Leser sehr überraschend, wenn man die Unsicherheit betrachtet, die in vielen Banlieues herrscht und die wohl kaum als Fantasterei abgestempelt werden kann. Die Arbeit der Polizei und das Kräfteverhältnis zwischen Ordnungskräften und Bewohnern werden nur unterschwellig angesprochen, auch wenn es sich hierbei durchaus um einen zentralen Aspekt der Verschlechterung des gesellschaftlichen Lebens und der städtischen Unruhen in der jüngeren Vergangenheit handelt. So muss man an die Regeln der soziologischen Methode denken, die Wacquant so energisch in der Einleitung seines Werks und noch ausführlicher in einer langen kritischen Abhandlung, die im *American Journal of Sociology* veröffentlicht wurde (Wacquant, 2002), dargestellt hat.¹⁷

¹⁷ Diese Abhandlung beschäftigte sich mit drei Werken von Elijah Anderson, Mitchell Duneier und Katherine Newman und wurde durch die Antworten der jeweiligen Autoren in derselben Ausgabe der *ASJ* vom Mai 2002 komplettiert. In seiner Schlussfolgerung befindet Wacquant, dass diese Arbeiten dazu tendieren, gewohnte Ansichten eher zu bestärken als zu hinterfragen, und so eher zu ihrer Verwurzelung als zu einer Reflexion über sie beitragen. Sie basieren, laut Wacquant, auf einer Analyse der Gruppen und Untergruppen, die als antithetische Paare verstanden werden (die „Guten“ und die „armen Schlechten“, die ehrlichen Leute und die Leute der Straße, die in die legale und die in die illegale Wirtschaft Eingebundenen, etc.), ohne dass es ihnen gelingt, ihr Forschungsobjekt zu kontextualisieren, d.h. in eine globale Perspektive zu setzen. Man könnte diesbezüglich mit großem Interesse Mitchell Duneiers (2006) kritische Abhandlung über das Buch von Loïc Wacquant, „Körper und Seele“ (2000), lesen. In dieser Arbeit diskutiert Duneier die Frage, inwiefern Wacquant fähig ist, seinen theoretischen Ambitionen zu entsprechen, und zeigt, inwiefern sein Werk vor einem der klassischen Probleme der Ethnographie steht: der Voreingenommenheit der Beweisführung.

Das Buch von Lapeyronnie bietet einen großen empirischen Reichtum, da es ausführlich die Aussagen der Bewohner von Bois-Joli dokumentiert; Aussagen, die die Sprache des Viertels wiedergeben; eine Sprache, mit deren Beherrschung sie einerseits kämpfen, die andererseits zugleich ihren Trotz und Stolz ausdrückt. Den diversen, vor Ort gesammelten Beobachtungen wird viel Platz eingeräumt, was eine bemerkenswerte Entwicklung der französischen Soziologie der letzten fünfzehn Jahre darstellt. Die Vermischung von kollektiven Diskussionen, vertraulicheren Gesprächen und Familienporträts ermöglicht es dem Leser, die verschiedenen Blickwinkel miteinander zu vergleichen und zueinander in Beziehung zu setzen und so die Komplexität und Ambivalenz der Verhaltensweisen des Ghettos zu erfassen.

Man könnte dem Autor jedoch vorwerfen, dass die einzelnen Beobachtungen nicht immer in ihrem kollektiven oder individuellen Entstehungskontext platziert werden. Darüber hinaus scheint den Aussagen einiger institutioneller Akteure, seien es die Verwalter der Sozialbauten, die Lehrer oder die Polizisten, weniger Gewicht zugestanden zu werden als denen der Bewohner. Hierbei handelt es sich gewiss um eine bewusste methodische Entscheidung. Doch bleiben so die Besiedlungsentscheidungen der Sozialbautenverwalter sowie deren direkte und indirekte Rolle in der ethnischen und rassischen Diskriminierung im Dunkeln. Allgemeiner betrachtet ist es das Verhältnis zwischen Wohnmobilität und sozialer Mobilität, das derart ignoriert wird.

Eine mittelgroße Stadt in der Provinz zu wählen, hat gewisse Konsequenzen für die Analyse. So kann man auf diese Weise sowohl die Eigenheiten der Ile-de-France als auch das „Metropolen-Syndrom“ umgehen. Die meisten Analysen der Banlieues und Arbeiterviertel konzentrieren sich auf die großen Metropolen wie Marseille, Lyon, Lille oder Toulouse. Doch gerade kleinere Städte scheinen mit noch „raueren“ Gegebenheiten konfrontiert.¹⁸ Die Frage, die sich stellt, ist also, ob dort die Segregations- und Diskriminierungsprozesse u.U. noch ausgeprägter sind als in den Metropolen, die im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit und der Forscher stehen. Die in „Ghetto urbain“ geschilderten Situationen suggerieren, dass die Ortswahl für die Untersuchung eine entscheidende Rolle spielt. Das Fehlen einer systematischen Analyse erschwert jedoch die Beweisführung. Es gilt sicherlich festzuhalten, dass der Mangel an Monographien über die Arbeiterviertel ein Schwachpunkt ihrer soziologischen Darstellung ist. Darüber hinaus ermöglichen lediglich statistische Untersuchungen, das Ausmaß des Phänomens gänzlich zu erfassen. Die Wahl eines anderen Ortes hätte jedoch die räumlichen Dimensionen der Konstruktion des Ghettos hervorheben können, dass etwa die Einkapselung des Ghettos relativ zu betrachten ist und von einer ganzen Reihe von Variablen abhängt (Arbeitsangebot, Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie,

18 Dies suggerieren vor allem die jüngeren Unruhen („émeutes“) in Kleinstädten (Saint-Dizier, Vitry-le-François, Romans-sur-Isère).

Struktur des Bestands an Sozialwohnungen und Eigentumswohnungen, Verkehrsverbindungen, städtische Politik im Kultur- und Freizeitbereich, etc.)

Das Problem der Verallgemeinerung

Diese Diskussion stellt uns vor das klassische Problem: Wie kann man, ausgehend von der Feldarbeit, verallgemeinern? Es ist schließlich nicht selbstverständlich, sich bei der Beweisführung des „unreduzierbaren Charakters“ der schwarzen Ghettos und der französischen Arbeitervorstädte lediglich auf die beiden Einzelfälle der South Side und der Cité des 4000 zu stützen. Derart geht man in der Tat ein wenig zu schnell über die Vielfalt der sozio-urbanen Konstellationen und ihrer lokalen Kontexte hinweg. In Bezug auf Aussagen über die europäischen Städte findet man sich ebenfalls mit diesem Problem der Verallgemeinerung konfrontiert. Es lässt sich nicht leugnen, dass es einige transversale Tendenzen gibt, die sich aus der Fragmentierung des Arbeitsmarktes ergeben, aus der Umorientierung der Strategie der öffentlichen Hand und dem Ansteigen der städtischen Ungleichheiten – Tendenzen, die Wacquant als die „Brasilianisierung“ der europäischen und nordamerikanischen Metropolen bezeichnet. Trotzdem bestehen nicht wenige nationale und territoriale Eigenheiten weiter fort, was eine Analyse europäischer Städte wie London, Mailand oder Berlin untermauern könnte.

Natürlich dürfen sich Forscher nicht in der Vielfalt lokaler Kontexte verlieren. Es bleibt jedoch essentiell, das Zusammenspiel struktureller und territorialer Dimensionen in die Betrachtung mit einzubeziehen, was das Heranziehen eines entsprechend feinen Maßstabs erfordert, um voreilige Verallgemeinerungen zu verhindern. Kurz gesagt ist es auch das Fehlen dieser Einbeziehung räumlicher Maßstäbe, das die Beweisführung von Lapeyronnie unvollendet lässt. Wenn seine Hypothese des Ghettos teilweise nur mäßig überzeugt, liegt dies nicht nur daran, dass der Autor sich auf ein ideal-typisches Beispiel stützt, das sich, wie die South Side oder die Cité des 4000, als untypischer Extremfall herausstellen könnte; es ist auch die Tatsache, dass interne Vergleiche¹⁹ oder Vergleiche zwischen „dem“ Viertel und „der“ Gesellschaft fehlen. Im Grunde genommen könnten die Logiken des Ghettos genug Konsistenz haben, ohne zugleich hegemonial zu sein. Ebenso könnten die am meisten betroffenen Gebiete, in denen die Bewohner das Gefühl haben, verbannt und ohne Hoffnung auf das Abstellgleis abgeschoben zu sein, mit denen verglichen werden, in denen die soziale Mobilität und die Hoffnung auf Aufstieg noch vorhanden sind, sei es durch urbane Revitalisierungspolitiken oder die Logik des freien Marktes.

19 Siehe dazu auch das letzte Werk von Wilson und Taub (2006), die einen Vergleich zwischen vier Vierteln in Chicago anstellen.

Diese Einschränkungen schmälern nicht die Bedeutung der Analysen und Interpretationen, die in beiden besprochenen Büchern präsentiert werden. Sie unterstreichen lediglich die Notwendigkeit für die Soziologie, das Wissen über diese Themenkomplexe nun durch Multi-Standortanalysen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu vertiefen. Man könnte so eine Typologie der städtischen sozialen Randgebiete erstellen, die die Vielfalt der Situationen abbildet, um auf diese Weise die Wirkungen öffentlichen Handelns besser zu verstehen.

*

* *

Die Debatte über das Ghetto illustriert die tiefgreifenden Veränderungen, die die Arbeiterviertel erfasst haben und die dazu führen, dass man diese nicht mehr erwähnen kann, ohne „zu viel“ oder „zu wenig“ zu sagen. Was sich vor allem verändert hat, ist die Art des Blickes, den Soziologen und Bewohner auf diese Viertel werfen. In diesem Zusammenhang können wir sicherlich nicht davon ausgehen, heute mit denselben Konstellationen und Problematiken konfrontiert zu sein wie in den 1980er Jahren. Es gibt offensichtlich zwei unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten, um den in Frage stehenden Prozess zu verstehen. Die eine besteht darin, die Formen sozialer Pauperisierung und städtischer Marginalisierung zu betrachten, zu deren Symbol einige Cités und Vorstädte wurden, ohne einerseits soweit zu gehen, die Verschärfung dieser Situation als Ghettoisierung zu interpretieren, ohne jedoch andererseits die Bedeutung der Sozialgeschichte der Immigration und des Rassismus zu leugnen. Die andere Deutung wagt diesen Sprung, indem sie, in Anbetracht der Folgen von Armut, Abschiebung und Diskriminierung, davon ausgeht, dass der Rassismus zur Ghettoisierung beiträgt, was auf eine Logik der Kolonialisierung verweist.

Die Verflechtungen zwischen Geschlecht und Rasse in den Mittelpunkt der Erklärung zu stellen, wie es Lapeyronnie vorschlägt, heißt auch, die ethnisch-rassistische Logik [im Original: „la logique raciale“] im Herzen der französischen „Kultur“ zu sehen. Es geht darum, diese Logik als determinierend für das soziale und urbane Zusammenleben zu betrachten und nicht davon auszugehen, dass die Spannungen, die sich zwischen den verschiedenen Akteuren aufbauen, ausschließlich „soziale“ Spannungen seien. Letzteres Argument unterscheidet sich drastisch von Wacquants Diagnose, der für die beiden Länder unterschiedliche Deutungen entwickelt. Wenn er einerseits die Bedeutung der ethnischen Dimension erkennt, so tendiert er jedoch andererseits dazu, die Realität der „Ethnifizierung“ der sozialen Beziehungen zu leugnen. Damit riskiert er, die Genauigkeit und die Relevanz seines globalen Blickes auf das Thema zu verlieren. Zweifelsohne ist der Maßstab in puncto soziale Situation und urbane Verzweigung nicht zu vergleichen, wenn man einerseits die Straßen der South Side und andererseits die Alléen von Bois-Joli beobachtet. Andererseits weist uns die Gegenüberstellung der sozialen Formen, die zu

der Abschottung der armen Arbeiterviertel führen, auf relevante Fragen hin. Gewiss stellen die republikanischen Gleichheitsprinzipien und die Sozialpolitik für mehr soziale Mischung einen relevanten Schutzmechanismus vor institutionalisierten Formen der Segregation und der Diskriminierung dar. Andererseits weiß man, dass die Kluft zwischen den republikanischen Idealen und den institutionellen Methoden der Praxis groß ist. Das führt dazu, dass das Gefühl der Ungerechtigkeit und der Verbitterung bei den „sichtbaren Minoritäten“ steigt.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Lesarten teilen beide Werke eine Gemeinsamkeit: Sie zeichnen beide ein äußerst düsteres Bild der sozialen und städtischen Fragestellungen. Beide scheinen einer differenzierteren Darstellung wenig Platz einzuräumen. Insofern ist die offensichtliche Indifferenz beider Werke gegenüber positiven gesellschaftlichen Beziehungen und gegenüber dem kollektiven Widerstand gegen die Logiken der Unterdrückung in den Arbeitervierteln wie auch anderswo recht frappierend. Marginalisierung und Entpolitisierung werden als miteinander einhergehend vorausgesetzt. Öffentliche Institutionen und Ordnungskräfte scheinen unfähig, diesen sozialen und urbanen Problemen zu begegnen. Regiert diese Ernüchterung nun auch unter Soziologen? Oder ist dies der Versuch, dem „guten Gewissen“ zu entkommen und beim Leser keinen Trost aufkommen zu lassen, um so ein gleichermaßen soziologisches wie politisches Ziel zu verfolgen? Es wird jedoch von der Soziologie auch erwartet, dass sie dazu beitragen kann, Wege aus der Hilf- und Machtlosigkeit zu weisen.

Literatur

- Anderson, E. (1999): *Code of the street. Decency, violence, and the moral life of the inner city*, New York (NY), W. W. Norton and Company.
- Beaud, S.; Pialoux, M. (1999): *Retour sur la condition ouvrière. Enquête aux usines Peugeot de Sochaux-Montbelliard*, Paris, Fayard.
- (2003): *Violences urbaines, violence sociale. Genèse des nouvelles classes dangereuses*, Paris, Fayard.
- Body-Gendrot, S. (1993): *Ville et violence*, Paris, Presses Universitaires de France.
- Braconnier, C.; Dormagen, J.-Y. (2007): *La démocratie de l'abstention. Aux origines de la démobilisation électorale en milieu populaire*, Paris, Gallimard.
- Cartier, M., Coutant, I.; Masclat, O.; Siblot, Y. (2008): *La France des „petits-moyens“*. Enquête sur la banlieue pavillonnaire, Paris, La Découverte.
- Castel, R. (2007): *La discrimination négative. Citoyens ou indigènes?* Paris, Le Seuil (La République des idées).
- City & community, „Symposium on the Ghetto“, 2008, 7, 4, 347-398.
- Clark, K. (1965): *Dark ghetto: dilemmas of social power*, New York (NY), Harper [trad. : *Ghetto noir*, Paris, Robert Laffont, 1966].
- Collovald, A.; Schwartz, O. (2006): „Haut, bas, fragile: sociologies du populaire“, *Vacarme*, 37, 50-55.

- Donzelot, J.; Mevel, C., Wyvekens A. (2003): *Faire société. La politique de la ville aux États-Unis et en France*, Paris, Le Seuil.
- Dubet F.; Lapeyronnie, D. (1992): *Les quartiers d'exil*, Paris, Le Seuil.
- Duneier, M. (1992): *Slim's table. Race, respectability, and masculinity*, Chicago (IL), The University of Chicago Press.
- (2006): „Garder sa tête sur le ring? Sur la négligence théorique et autres écueils de l'ethnographie“, *Revue française de sociologie*, 47, 1, 143-157.
- Fassin, D.; Fassin, É. (dirs.), (2007): *De la question sociale à la question raciale. Représenter la société*, Paris, La Découverte.
- Felouzis, G.; Liot, F.; Perroton, J. (2005): *L'apartheid scolaire. Enquête sur la ségrégation ethnique dans les collèges*, Paris, Le Seuil.
- Gans, H. J. (1962): *Urban villagers. Group and class in the life of Italians-Americans*, New York (NY), Macmillan.
- Hannerz, U. (1969): *Soulside. Inquiries into ghetto culture and community*, Chicago (IL), The University of Chicago Press.
- Kokoreff, M. (2007): *Jeunes dans la cité: territoires, déviances, émeutes. Sociologies des métamorphoses des quartiers populaires*, Habilitation à diriger des recherches, Paris, EHESS.
- Lagrange H.; Oberti, M. (dirs.) 2006): *Émeutes urbaines et protestation. Une exception française*, Paris, Presses de Sciences Po.
- Lapeyronnie, D. (2005): „Racisme, espaces urbains et ghetto“ dans M. Boucher (dir.), *Discriminations et ethnicisation, La Tour d'Aigues*, Éditions de L'Aube, 55-80.
- (2008): *Ghetto urbain. Ségrégation, violence, pauvreté en France aujourd'hui*, Paris, Robert Laffont.
- Le Goaziou, V.; Mucchielli, L. (dirs.), 2006): *Quand les banlieues brûlent... Retour sur les émeutes de novembre*, Paris, La Découverte.
- Lepoutre, D. (1997): *Cœur de banlieues. Codes, rites et langages*, Paris, Odile Jacob.
- Liebow, E. [1992] (2003): *Tally's corner. A study of Negro streetcorner men*, Lanham (MD), Rowman & Littlefields Publishers.
- Masclat, O. (2003): *La gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris, La Dispute.
- Massey, D. S.; Denton, N. A. (1995): *American apartheid*, Paris, Descartes & Cie.
- Maurin, É. (2004): *Le ghetto français. Enquête sur le séparatisme social*, Paris, Le Seuil (La République des idées).
- Merklen, D. (2006): „Paroles de pierre, images de feu“, *Mouvements*, 43, 131-138.
- Pinçon, M.; Pinçon-Charlot, M. (2007): *Les ghettos du gotha. Comment la bourgeoisie défend ses espaces*, Paris, Le Seuil.
- Préteceille, E. (2006): „La ségrégation sociale a-t-elle augmenté?“, *Sociétés contemporaines*, 62, 69-94.
- (2009): „La ségrégation ethno-raciale a-t-elle augmenté dans la métropole parisienne?“, *Revue française de sociologie*, 2009, 50, 3, 489-519.
- Simon, P. (1998): „Ghettos, immigrants and integration: the French dilemma“, *The Netherlands journal of housing and the built environment*, 13, 1, 41-61.
- Small, L. M. (2008): „Four reasons to abandon the idea of 'The ghetto'“, *City & community*, 7, 4, 389-398.
- Wacquant, L. (1993a): „Pour en finir avec le mythe des cités-ghettos“, *Les Annales de la recherche urbaine*, 54, 21-30.
- (1993b): „De l'Amérique comme utopie à l'envers“ dans P. Bourdieu (dir.), *La misère du monde*, Paris, Le Seuil.
- (2000): *Corps et âme. Carnets ethnographiques d'un apprenti boxeur*, Paris, Agone.

- (2002): „Scrutinizing the street : poverty, morality, and the pitfalls of urban ethnography“, *American journal of sociology*, 107, 6, 1468-1532.
 - (2005): „Les deux visages du ghetto. Construire un concept sociologique“, *Actes de la recherche en sciences sociales*, 160, 4-21.
 - (2006): *Parias urbains. Ghetto – banlieues – État*, Paris, La Découverte.
- White, W. F. [1953] (1995): *Street corner society. La structure sociale d'un quartier italo-américain*, Paris, La Découverte.
- Wilson, W. J. (1987): *The truly disadvantaged : the inner city, the underclass, and public policy*, Chicago (IL), The University of Chicago Press [trad.: *Les oubliés de l'Amérique*, Paris, Desclée de Brouwer, 1994].
- Wilson, W. J.; Taub, R. P. (2006): *There goes the neighborhood. Racial, ethnic, and class tensions in four Chicago neighborhoods and their meaning for America*, New York (NY), Vintage Books.
- Wirth, L. [1928] (2006): *Le ghetto*, Grenoble, Presses Universitaires de Grenoble.

Dokumentation und Statistik

Jörg Pohlen¹

Monitoring der Städte und Regionen

Ziel des ‚StadtRegionen-Monitoring‘ ist, der Leserin bzw. dem Leser regelmäßig aktualisiert einen schnellen Überblick über den gegenwärtigen sozio-ökonomischen Strukturwandel in ausgewählten Städten und Stadtregionen der Bundesrepublik zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden zentrale und möglichst zeitnah verfügbare Indikatoren aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (2009a) aufbereitet.

Für fünf Themenbereiche werden die Strukturen im Jahre 2007 und die jüngeren Entwicklungen seit 2000 betrachtet:

- Bevölkerung,
- Flächen- und Siedlungsentwicklung,
- Beschäftigung und Arbeitsmarkt,
- Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft sowie
- Finanzen.

Im Rahmen der Aufbereitung wird zunächst unterschieden in die administrativen Einheiten der Landkreise und kreisfreien Städte² sowie nach der großräumigen Lage in den westdeutschen bzw. ostdeutschen Bundesländern. Daran anschließend erfolgt eine weitere Untergliederung in unterschiedliche Raumtypen. Dazu wurden zum einen die kreisfreien Städte nach Größenklassen gruppiert, um Städtegruppen mit vergleichbaren Aufgaben und Funktionen betrachten zu können. Ergänzend wurden ausgewählte Stadtregionen abgegrenzt, um bei dem ‚Monitoring‘ den starken Verflechtungen zwischen Kernstädten und den sie umgebenden Kreisen Rechnung zu tragen (s. dazu nächster Abschnitt). Die Indikatoren werden für die 18 ausgesuchten Stadtregionen einzeln dargestellt, wobei zusätzlich unterschieden wird nach der Ausprägung des jeweiligen Indikators in der Agglomeration insgesamt sowie untergliedert nach der ‚Kernstadt‘ und dem ‚Rand‘. Hierzu wurden für die

¹ Für die engagierte Unterstützung bei der Erstellung der Tabellen und Grafiken möchte ich Christine Großmann und Tatjana Merger ausdrücklich danken.

² Bei dieser Aggregation wurde zur Reduktion der Komplexität die Region Hannover den Landkreisen und der Stadtverband Saarbrücken den kreisfreien Städten zugeordnet.

Gebiete der alten und der sog. „neuen“ Bundesländer die jeweils größten Stadtregionen ausgewählt.

Räumliche Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen

Die Ballungsräume der alten Bundesländer Deutschlands sind seit mehr als vier Jahrzehnten von einem permanenten Suburbanisierungsprozess gekennzeichnet, der zu starken stadtreionalen Verflechtungen geführt hat. Dabei sind zwar die ‚Grenzen‘ der Gemeinde bzw. der Stadt politisch, fiskalisch und administrativ von Bedeutung, allerdings sind sie für die soziale und wirtschaftliche Struktur und Entwicklung der Stadtregionen – d.h. in erster Linie für das Verhalten der überwiegend privaten Akteure – nur von geringer Relevanz. Daher sind Stadtregionen – damit sind hier durch starke Verflechtungsbeziehungen gekennzeichnete Agglomerationen gemeint – die angemessene Ebene für die Betrachtung sozialer und ökonomischer Prozesse. Von Interesse sind dabei sowohl die interregionalen (Region-Region) als auch die intra-regionalen (Kernstadt-Umland) Unterschiede der sozioökonomischen Strukturen und Entwicklungstrends.

Die Frage nach der räumlichen Abgrenzung solcher Wirtschafts- und Lebensräume kann für die vergleichende Einzelbetrachtung der Stadtregionen im Rahmen des ‚StadtRegionen-Monitorings‘ nur pragmatisch gelöst werden. Umfassendes relevantes Datenmaterial unterhalb der Ebene der Länder steht in Deutschland bisher nur auf Ebene der Kreise bundesweit aufbereitet zur Verfügung. Dargestellt werden die aktuellen sozioökonomischen Entwicklungstrends in den elf größten Stadtregionen der westdeutschen und den sieben größten der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin). In diesen Räumen konzentriert sich auf gut einem Viertel der Gesamtfläche der Bundesrepublik etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung.

Über die Gliederung und Abgrenzung der Stadtregionen³ lässt sich sicherlich diskutieren. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass die Einbezie-

3 Die genaue Darstellung der Abgrenzung der Stadtregionen ist auf der Karte 1 (über nächste Seite) und in der Übersicht 1 am Ende des Textes zu finden.

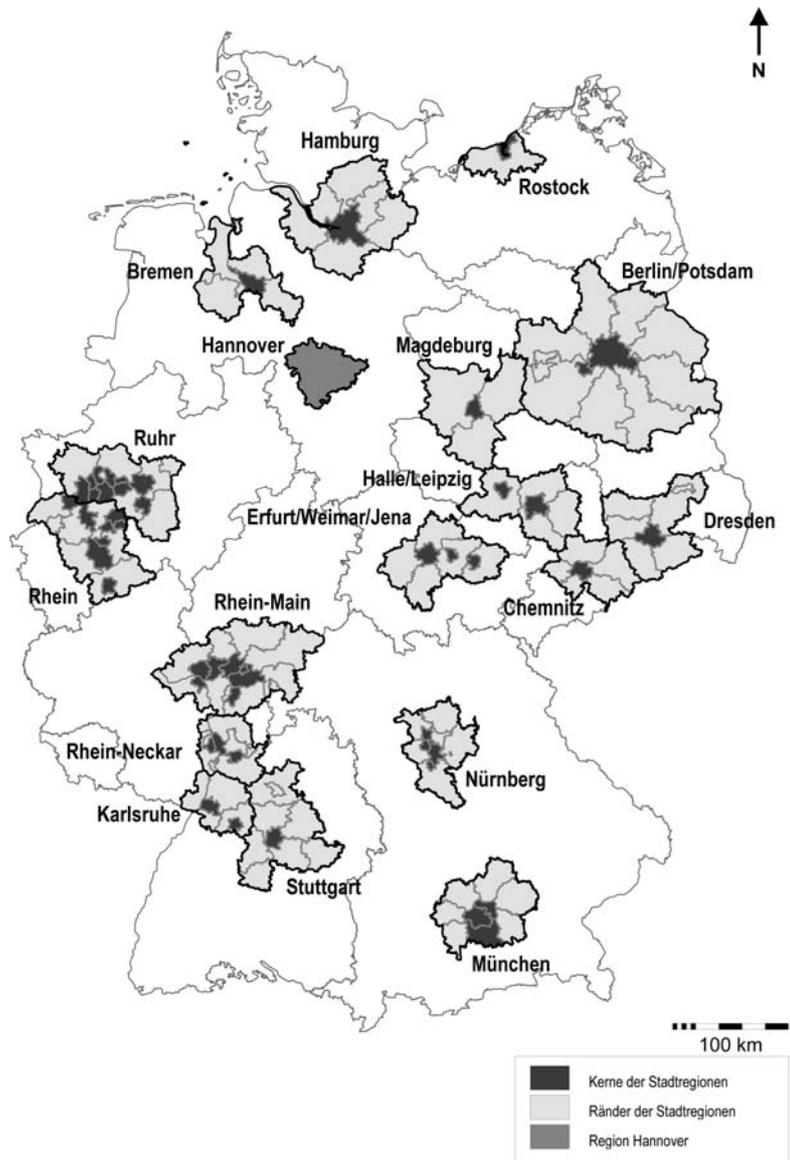
Anmerkung 1: 2001 wurde die Region Hannover als öffentlich-rechtliche Körperschaft gegründet. Sie ist Rechtsnachfolgerin des Landkreises und des Kommunalverbandes. Viele der hier verwendeten Daten wurden ausschließlich für die Gesamtregion ausgewiesen und nicht mehr separat für den Landkreis Hannover und die Kernstadt. Daher wurden die Daten ausschließlich für die Region Hannover berechnet und dargestellt.

Anmerkung 2: Im Jahr 2007 wurde in Sachsen-Anhalt eine Gebietsreform durchgeführt, im Zuge derer die Zahl der Landkreise von 21 auf 11 reduziert wurde (StLaSA 2007). Entsprechend mussten zur Berechnung der Entwicklungs- und Differenzvariablen die Daten für die davorliegenden Jahre umgerechnet werden, indem die Kreise aggregiert

hung oder der Ausschluss etwa des einen oder anderen Landkreises am Rande der Zentren nichts Wesentliches an der sozioökonomischen Struktur und Entwicklung des jeweiligen Ballungs- bzw. Teilraumes ändert.

wurden. Hiervon betroffen sind im Rahmen der vorliegenden Analysen die Regionen Halle/ Leipzig sowie Magdeburg. Im Fall der Region Halle/ Leipzig war die Aggregation für die Umlandkreise völlig unproblematisch, da lediglich die Kreise Saalkreis und Merseburg-Querfurt zum Saalkreis zusammengelegt wurden. Dagegen wurden in der Region Magdeburg die Gemeinden des dort aufgelösten Kreises Anhalt-Zerbst auf drei neue Kreise aufgeteilt (Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg und Jerichower Land). Für die Analysen wurden daher bei den Daten für die Zeitpunkte vor 2007 die Werte des Kreises Anhalt-Zerbst demjenigen neuen Kreis zugeordnet, dem gemessen an der Bevölkerungszahl der größte Anteil des aufgelösten Kreises zuzurechnen war. Insgesamt können die Effekte für die hier betrachteten Aggregate in Sachsen-Anhalt jedoch als vernachlässigbar eingeschätzt werden. Für das Aggregat Kreisfreie Städte ist anzumerken, dass der neu gebildeten Kreisfreien Stadt Dessau-Rosslau seit 2007 die vormals dem Landkreis Anhalt-Zerbst zugeordnete Stadt Rosslau zugerechnet wurde. Dies führt zu einer Vergrößerung um 62 km² und 14 000 Einwohner.

Karte 1: Ausgewählte Stadtregionen



Der folgende Abschnitt bietet zunächst eine Zusammenfassung zu den fünf Themenbereichen des StadtRegionen-Monitorings. In den daran anschließenden Abschnitten erfolgt eine kurze Kommentierung der einzelnen in den Tabellen ausgewiesenen Indikatoren. Die Tabellen sind im Anschluss an den Textteil aufgeführt.

Zusammenfassung

Die *quantitative Bevölkerungsentwicklung* in der Bundesrepublik Deutschland war seit der Vereinigung – bei insgesamt anhaltendem leichtem Bevölkerungswachstum – von zwei dominanten Trends gekennzeichnet: Zum einen fand *großräumig* eine Ost-West-Verlagerung statt. Zum anderen war bis Mitte der 1990er Jahre *kleinräumig* generell eine deutliche Tendenz zur Dekonzentration innerhalb der ausgewählten Stadtregionen zu Gunsten der Randgebiete zu konstatieren.

Insgesamt verzeichneten zwischen 1995 und 2007 alle westdeutschen Stadtregionen – mit Ausnahme der Region Ruhr – Bevölkerungszuwächse durch Zuwanderungen, die in einigen Fällen durch Geburtenüberschüsse verstärkt wurden. Die Betrachtung der Entwicklung von 2000 bis 2007 zeigt, dass sich in jüngerer Zeit einige der dominanten Trends stark verändert, in einigen Fällen sogar umgekehrt haben. So hat sich inzwischen die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung generell von den Landkreisen in die (Kern-) Städte verlagert, wovon auch zunehmend die Umlandgebiete der größeren Stadtregionen betroffen sind. In Westdeutschland findet Bevölkerungswachstum nun (wieder) gegenüber den Randkreisen überproportional in den Kernstädten statt. Somit stützen die Ergebnisse des Monitorings die Reurbanisierungsthese, da vor allem bei der Zeitreihenbetrachtung des Wanderungssaldos deutlich ein Rückgang der Suburbanisierung zu Gunsten einer Tendenz zur Reurbanisierung zu beobachten ist. Insgesamt zeigen sich bei der Betrachtung der Entwicklungsverläufe der Wanderungssalden seit 1997/1998 deutliche Trendbrüche. Generell nimmt in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen der negative Gesamtwanderungssaldo deutlich ab, in den westdeutschen kreisfreien Städten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar wieder positive Salden erreicht und seit dem Jahr 2003 auch in den ostdeutschen. Dagegen ging die Wachstumsdynamik in den Umlandkreisen seit 1998 kontinuierlich zurück, wobei diese Entwicklung in den neuen Ländern besonders stark ausgeprägt ist. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird nun dort der Gesamtwanderungssaldo negativ und seit 2001 liegt er niedriger als in den Kernstädten, die seit dem einen leicht positiven und tendenziell ansteigenden Wanderungsgewinn verzeichnen können. Auch in den westdeutschen Randkreisen geht der Zuwanderungsüberschuss seit 2001 kontinuierlich zurück. In den alten wie auch (neuerdings) in den ostdeutschen Ländern liegt

2007 in den hier betrachteten Stadtregionen der Gesamtwanderungssaldo in den Kernstädten höher als im Umland. Während also in Westdeutschland die Dynamik im Umlandbereich hinter die der Kernstädte zurückfällt, stabilisiert sich in Ostdeutschland die Bevölkerung in den Kernstädten – in einigen Fällen ist sogar wieder ein spürbares Wachstum zu beobachten. Dagegen verlieren dort in den Stadtregionen seit 2000 durch den stark negativen Wanderungssaldo die Umlandkreise deutlich Einwohner.

Die sich ausdifferenzierenden Entwicklungen führen durch selektive Wanderungen sowie durch die unterschiedlich ausgeprägten demographischen Veränderungsprozesse zu qualitativen Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen in den jeweiligen Teilräumen. Die (stark abnehmenden) Wanderungsgewinne in den Rändern der westdeutschen Agglomerationen führen neben der weiterhin zu beobachtenden räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer weiter zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Am stärksten ist dieser Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt.

In den alten Ländern sind die strukturstarken Stadtregionen nach wie vor Hauptzielgebiete der nationalen und internationalen Zuwanderung. Führte dort in den 1990er Jahren ein moderates regionales Wachstum noch zu kontinuierlicher regionaler Expansion (Suburbanisierung, zum Teil Desurbanisierung), so zeigt sich für die hier betrachteten Untersuchungsräume neben dem generellen Trend zu einer Reurbanisierung (bei vielen größeren Städten) eine Vielfalt von schrumpfenden, stagnierenden und wachsenden bzw. verarmenden und prosperierenden Teilgebieten bei allgemein steigender Polarisierung zwischen und innerhalb der jeweiligen Stadtregionen.

Die *altersstrukturellen Veränderungen* sind vor allem für die Infrastrukturplanung von großer Bedeutung. Allein im Zeitraum 2000 bis 2007 hat die Zahl der Einwohner über 64 Jahre in der Bundesrepublik um ein Fünftel zugenommen. Besonders stark betroffen von der Alterung der Bevölkerung sind in Ostdeutschland die (kreisfreien) Städte, während es in Westdeutschland die Umlandbereiche der großen Stadtregionen sind. Die Zahl der unter 18-jährigen nahm in den alten Ländern um über 6% ab, in den neuen Ländern sogar um knapp ein Viertel. Besonders stark negativ betroffen sind die Landkreise und die kleineren Städte in Ostdeutschland mit einem Rückgang von fast 30%.

Flächen- und Siedlungsentwicklung: Die regional sehr unterschiedlich ausgeprägten und teilweise sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende (teilweise sich umkehrende) Verlauf der Stadt-Umland-Wanderungen sowie die Veränderung der Haushaltstrukturen führen zu vielfältigen Entwicklungen: In Westdeutschland ist neben der weiteren räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen ein uneinheitliches Muster bezüglich der Wohnbauintensität (Wohnungsbau bezogen auf den Bestand) zwischen Kernstädten und Umlandgebieten zu beobachten. In Ostdeutschland ist die Bau-

intensität in den Randkreisen hinter die Dynamik in den Kernstädten zurückgefallen. Insgesamt hat die Dynamik beim Wohnungsbau stark abgenommen. Dies zeigt die Zahl der neu gebauten Wohnungen, die bundesweit im Durchschnitt 2007 gegenüber 2000 um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, in Ostdeutschland sogar um -70%.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Im nationalen Durchschnitt nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 2000 bis 2007 um gut 3% ab. Dabei zeigen sich erheblich unterschiedliche Entwicklungen in den alten und den neuen Ländern. Während im Westen die Beschäftigung seit 2000 um „nur“ knapp 2% abnahm, setzte sich im Osten der dramatische Einbruch auf dem Arbeitsmarkt weiter fort (-10%). Inzwischen sind auch die meisten Randkreise von einer negativen Beschäftigungsdynamik betroffen.

Die Arbeitslosigkeit konzentriert sich jedoch auch weiterhin in den Kernstädten. Insgesamt fallen zwar die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich deutlicher aus als im Osten, wobei jedoch dort die Arbeitslosenquote 2007 im Durchschnitt doppelt so hoch liegt. Dabei hat sich zwischen 2000 und 2007 bei der Arbeitslosigkeit die Schere zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern jedoch geringfügig geschlossen.

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft: Die Deindustrialisierungsprozesse setzen sich in Deutschland auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter fort – mit etwas abgeschwächter Dynamik. In Westdeutschland ging zwischen 2000 und 2007 mehr als jeder zehnte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz im Sekundären Sektor verloren, in Ostdeutschland war es fast jeder sechste. Positive Beschäftigungseffekte im Dienstleistungssektor sind nahezu ausschließlich in den alten Ländern zu beobachten. Dort nimmt die Beschäftigung im Tertiären Sektor zu und kann die Verluste der Arbeitsplätze im Sekundären Sektor wenigstens zu einem Teil kompensieren. In den Randgebieten der ausgewählten westdeutschen Agglomerationen verlaufen die Entwicklungen noch am günstigsten. Dort ist auch für den Zeitraum 2000 bis 2007 eine deutlich stärkere Dynamik der (nachholenden) Tertiärisierung der Wirtschaft zu konstatieren. In Ostdeutschland dagegen fand auch in diesen Wirtschaftsbereichen eine deutliche Reduzierung der Arbeitsplätze statt. Dort ist weiterhin ein regelrechtes Wegbrechen der wirtschaftlichen Basis zu beobachten, was durch die hier betrachteten Indikatoren deutlich zum Ausdruck kommt.

Die Betrachtung des Indikators für die wirtschaftliche Leistungskraft (Bruttowertschöpfung) zeigt die größte Dynamik in den südlichen und z.T. in den östlichen Bundesländern – bei letzteren jedoch vor allem in den Randkreisen und auf äußerst geringem Ausgangsniveau. Vor allem Berlin ist vom Strukturwandel und den daraus resultierenden Entwicklungen negativ betroffen. Die Bundeshauptstadt weist gleich bei einer ganzen Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren äußerst problematische Entwicklungen auf, ganz im Gegensatz zu den beiden anderen Millionenstädten München und Hamburg. Grundsätzlich sind bei der Bruttowertschöpfung ein deutliches

West-Ost-Gefälle sowie auch ein – erheblich schwächer ausgeprägtes – Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Dabei zeigt sich zwischen Ost und West auch bei der Entwicklung der Wirtschaftskraft eine deutliche Divergenz – bei bereits bestehenden großen Disparitäten.

Finanzen: Für die vom sozioökonomischen Strukturwandel negativ betroffenen Städte führte dieser Prozess zu einer geringen Wirtschafts- und Finanzkraft. Die Steuereinnahmen veranschaulichen besonders deutlich das auch 2007 noch immense West-Ost-Gefälle. Dabei ist bezüglich der Gesamtsteuereinnahmen – bei insgesamt für alle Teilräume deutlichen Zuwächsen – im Zeitraum 2000 bis 2007 eine deutlich höhere Dynamik in den ostdeutschen Kommunen zu konstatieren – jedoch auf niedrigerem Ausgangsniveau. Im Durchschnitt verfügen in den alten Ländern im Jahr 2007 die Kommunen um über doppelt so hohe Pro-Kopf-Steuereinnahmen wie die ostdeutschen. Insgesamt sehr günstig haben sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (einschließlich der Umsatzsteuer) entwickelt, wobei es sich allerdings vor allem bei der Hauptkomponente „Gewerbesteuer auf den Ertrag“ um eine ausgesprochen konjunkturrempfindliche Einnahmequelle handelt. Die Zuwächse bei der Einkommensteuer fielen deutlich moderater aus. Trotz der insgesamt relativ günstigen Entwicklung der Gesamtsteuereinnahmen seit 2004 wurden die Sachinvestitionen 2007 gegenüber 2000 je Einwohner weiterhin um ein Sechstel reduziert. Bedingt durch die Wirtschaftskrise ab 2008 werden für 2008 und 2009 erhebliche Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen erwartet, die die Kommunen vor enorme Herausforderungen stellen.

Bevölkerung

Für Deutschland geht die Ende 2006 vom Statistischen Bundesamt vorgelegte 11. koordinierte *Bevölkerungsvorausschätzung* bei der mittleren Variante (jährliche Zuwanderung von 100 000 bis 200 000 Ausländern) von einer Bevölkerungsabnahme von 2005 bis 2050 um etwa 8 bis 13 Mio. Menschen aus. Bevölkerungsabnahme, Alterung, Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerung werden langfristig die demographische Entwicklung in Deutschland prägen. Dabei vollziehen sich die Prozesse des demographischen Wandels in den Regionen Deutschlands mit unterschiedlicher Intensität und Ausrichtung, zudem treten die Entwicklungen auch zeitlich versetzt auf.

Bevölkerungswachstum findet fast nur noch auf Grund der Zuwanderung statt. Geburtenüberschüsse existieren kaum noch, Sterbeüberschüsse werden dagegen häufig so groß, dass sie durch Wanderungsgewinne kaum noch oder gar nicht mehr ausgeglichen werden können. Dies ist ein neueres Phänomen und hat eine andere Qualität als die seit langem bekannte Schrumpfung der strukturschwachen Abwanderungsregionen. Die Zahl der Kreise mit Bevölkerungsabnahme wird zukünftig immer größer werden. Die absehbare Dau-

erhaftigkeit des Trends erfordert in den betroffenen Kommunen eine neue Entwicklungsstrategie hin zur Planung der Schrumpfung.

Ende des Jahres 2007 lebten in der Bundesrepublik Deutschland in 429 Kreisen⁴ gut 82,2 Mio. Menschen (s. Tabelle 1.1). Ein Drittel der *Bevölkerung* wohnt in kreisfreien Städten. Werden diese Städte nach Größenklassen gruppiert, so zeigt sich, dass der größte Teil (33,3%) der in den kreisfreien Städten lebenden Menschen in der ‚mittleren‘ Größenklasse (100 000 bis unter 300 000 Einwohner) wohnt. Der zweitgrößte Anteil (24,3%) lebt in den Großstädten über 1 Mio. Einwohner (E.), d.h. in Berlin, Hamburg und München.

Unter den hier betrachteten Stadtregionen sind die bevölkerungsreichsten die Agglomerationen Rhein (5,78 Mio. E.), Ruhr (5,68 Mio. E.) sowie Berlin/Potsdam (5,08 Mio. E.)⁵. Insgesamt lebt knapp die Hälfte (40,6 Mio. E.) der Bevölkerung der Bundesrepublik in den 18 ausgewählten Stadtregionen und davon wiederum jeweils etwa die Hälfte in den Kernstädten und in den dem ‚Rand‘ zugeordneten Kreisen.

In Deutschland insgesamt fand zwischen 1995 und 2007 ein *Bevölkerungswachstum* von 0,5% statt. Wird jedoch die Entwicklung im Zeitraum seit 2000 betrachtet, so ist ein kaum nennenswerter Rückgang um -0,1 zu konstatieren. Inzwischen wird die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht mehr durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland kompensiert. Allerdings gibt es unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West. Während die alten Länder seit 2000 einen Zuwachs von 1% zu verzeichnen hatten, verloren die neuen Länder 3,9% ihrer Einwohner. Entsprechend setzte sich die seit der Vereinigung zu beobachtende Ost-West-Verlagerung der Bevölkerung auch zu Beginn des neuen Jahrtausends fort, allerdings mit deutlich abnehmender Tendenz. Während der Anteil der Einwohner der neuen Länder an der Gesamtbevölkerung Deutschlands im Jahr 1990 noch 22,8% betrug, sank er bis 2007 auf 20,1% ab.

Werden die Entwicklungen differenziert nach kreisfreien Städten und Landkreisen betrachtet, so zeigen sich auch hier sehr unterschiedliche Trends, bei denen sich die Vorzeichen gegenüber den identifizierten Entwicklungen im vorangegangenen Monitoring im Zeitraum zwischen 1995 und 2005 umgekehrt haben. Wiesen die *kreisfreien Städte* insgesamt vormals noch eine sinkende Bevölkerungszahl auf, so ist nun seit 2000 bis 2007 durchschnittlich ein Wachstum von 1% zu konstatieren. Dagegen fand zwischen 1995 und 2005 in den *Landkreisen* durchschnittlich noch ein moderates Wachstum von 1,8% statt, 2000 bis 2007 dagegen ein Bevölkerungsrückgang um -0,6%. Auch hier zeigen sich die erheblich unterschiedlichen Entwicklungen in Ost und West, wobei zudem der Trend der Veränderung der Dynamik in entgegen

4 Vgl. zur Reduzierung der Zahl der Kreise von 439 (2006) auf 429 (2007) Fußnote 3.

5 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden die Zahlen gerundet. Die genaueren Werte können in den Tabellen abgelesen werden.

gesetzten Richtungen verläuft. Während in den kreisfreien Städten in den alten Ländern die Bevölkerungszahl 2007 gegenüber 2000 um 1,4% wuchs, nahm sie in den neuen Ländern (nur noch) um -0,8% ab. Zwischen 1995 und 2005 wurde noch eine Schrumpfung um -6,1% berechnet. In diesen Zahlen spiegelt sich wider, dass die ostdeutschen kreisfreien Städte in jüngerer Zeit auf Grund deutlicher Wanderungsgewinne wieder Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen haben, wie weiter unten noch gezeigt wird. Die ostdeutschen Landkreise verloren 2007 gegenüber 2000 6,7% ihrer Einwohner. Hier hat sich die negative Dynamik gegenüber dem vorigen Zeitraum sogar noch verstärkt. In den westdeutschen Landkreisen fand dagegen seit 2000 noch ein moderates Wachstum von 0,8% statt – deutlich geringer als zuvor.

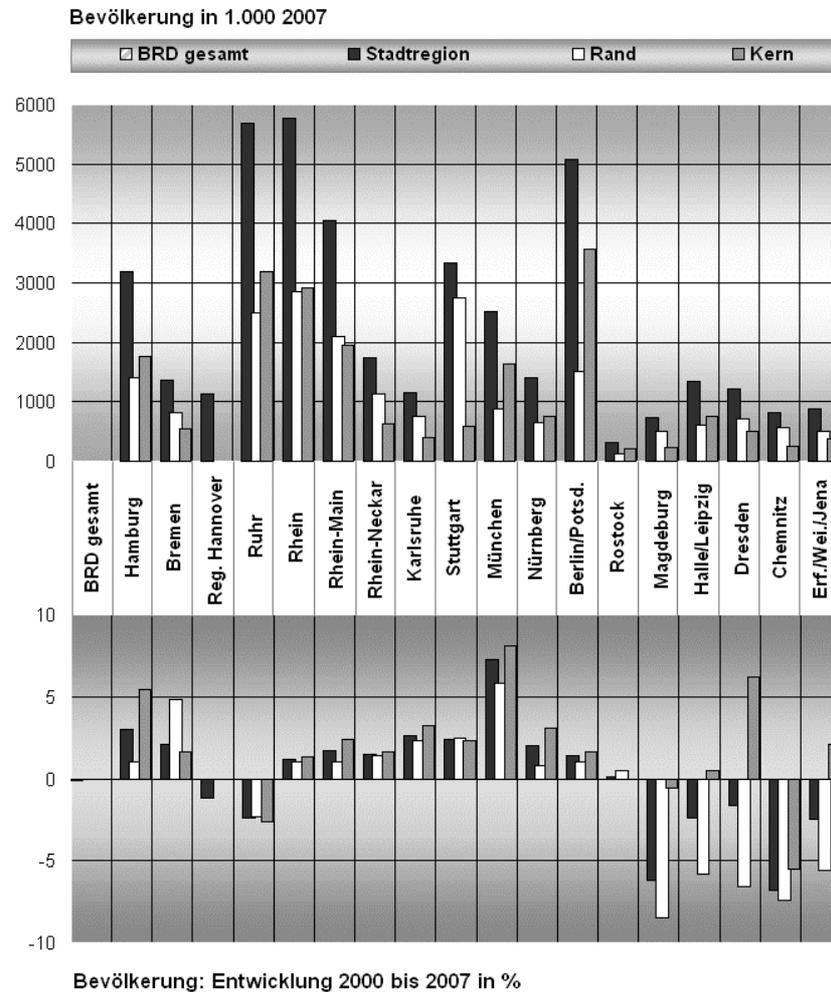
In den alten Bundesländern verzeichneten die ‚Millionenstädte‘ Hamburg und München seit der Jahrtausendwende ein deutliches Wachstum (bis 2007: +5,4% bzw. 8,4%), und auch die Einwohnerzahl Berlins nahm wieder um 1% zu. Generell zeigten sich die Städte über 500 000 Einwohner als die „Gewinner“. Starke Verluste um -5,6% sind vor allem in den kleineren ostdeutschen Städten unter 100 000 Einwohner zu beobachten. Erwähnenswert ist noch, dass im Betrachtungszeitraum seit 2000 nun mehrere der hier betrachteten ostdeutschen Kernstädte eine Bevölkerungszunahme aufweisen. Dies betrifft vor allem Erfurt, Weimar, Jena (2,1%) sowie Dresden mit 6,2%

Zwischen 2000 und 2007 nahm die Bevölkerungszahl im Durchschnitt der Kernstädte der ausgewählten Stadtregionen um 1,6% zu, in den Umlandkreisen stagnierte sie. In den westdeutschen Stadtregionen vollzog sich seit 2000 die stärkste Bevölkerungsentwicklung nicht mehr in den Umlandbereichen (1,3%) sondern in den Kernstädten (1,7%). Lediglich die Kernstädte der Stadtregion Ruhr sind weiterhin durch Bevölkerungsverluste gekennzeichnet (-2,6%). Die bis Mitte der 1990er Jahre starken und danach deutlich abgeschwächten Stadt-Rand-Wanderungen führten neben der anhaltenden räumlichen Ausdehnung der Stadtregionen vor allem zu einer überproportional zunehmenden Verdichtung des Umlandes der größeren Städte. Dieser Trend scheint inzwischen gebrochen, denn in den meisten Stadtregionen ist die Dynamik in den Kernstädten inzwischen (wieder) stärker als im Umland (s. Grafik 1). Am stärksten ist dieser Prozess in den alten Ländern in den prosperierenden Stadtregionen ausgeprägt: Z.B. wuchs die Einwohnerzahl Hamburgs seit 2000 um 5,4%, die der Umlandkreise lediglich noch um 1%. Das Kerngebiet München wuchs um 8,1%, das Umland nur noch um 5,8%.

Ebenfalls neu ist, dass sich nun auch in Ostdeutschland die Dynamik zu Gunsten der Kernstädte (+1,4%) und zu Ungunsten der Ränder (-4,1%) verlagert hat. Zwar haben in den ostdeutschen Ländern – außer Berlin/Potsdam und Rostock – alle ausgewählten Stadtregionen insgesamt deutliche Bevölkerungsverluste zu verkraften, doch sind hiervon nun vor allem die Randbereiche betroffen. Selbst in den vormals noch extrem dynamisch wachsenden Umlandkreisen von Berlin/Potsdam ist seit 2000 lediglich noch eine Bevöl-

kerungszunahme von 1% zu identifizieren. Auch in der Stadtregion Rostock ist die Bevölkerungssuburbanisierung zum Erliegen gekommen. In allen anderen Umlandgebieten der hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen sind die Schrumpfungprozesse stark ausgeprägt (>-5%). Dagegen stabilisieren sich die ostdeutschen Kernstädte, einige wachsen sogar wieder.

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2007



Die natürlichen Bevölkerungsbewegungen sind gegenwärtig von zwei bedeutenden Tendenzen geprägt. Zum einen sinkt die Geburtenrate und zum anderen steigt die Lebenserwartung. Dementsprechend ist auch der *natürliche Saldo*, d.h. die Differenz aus Geburten und Sterbefällen bezogen auf 1 000 E., in der Bundesrepublik Deutschland 2007 insgesamt negativ (-1,7‰⁶). Die höchsten negativen Werte weisen die Landkreise und kreisfreien Städte in Ostdeutschland auf (-4,3‰ bzw. -2,0‰). Dies ist u.a. auch die Folge der selektiven Abwanderungsprozesse, bei denen überwiegend die jüngere Bevölkerung abwandert, während die älteren Menschen zurückbleiben. Für die Landkreise und kreisfreien Städte der alten Bundesländer ist im Durchschnitt der natürliche Saldo 2007 mit -1,5 bzw. 1,2‰ negativ, im Jahr 1998 war er noch ausgeglichen. In Ostdeutschland beträgt der Saldo im Durchschnitt -2,9‰. Deutliche positive Zahlen sind sowohl für alle Teilräume der süddeutschen Stadtregionen Stuttgart und München abzulesen sowie für die Kernstädte in Rhein-Main und auch in Dresden. Dort ist somit das Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse mit verursacht.

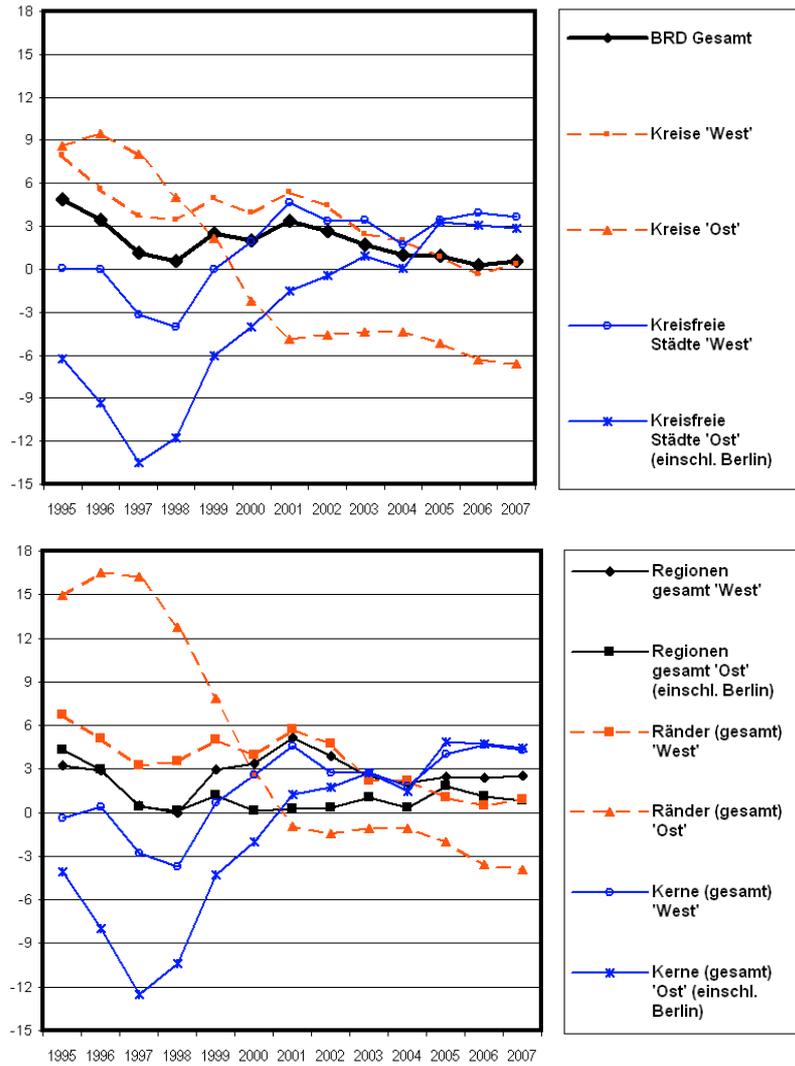
Dass die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht stärker abgenommen hat, ist vor allem auf die Wanderungsgewinne durch Ausländerinnen und Ausländer zurückzuführen. Der *Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung*⁷ blieb dabei seit 1995 bis 2007 mit knapp 9% konstant. Jedoch ist hierbei zu berücksichtigen, dass seit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 allein bis 2003 mehr als 650 000 Ausländer in Deutschland eingebürgert wurden. Hinzu kamen allein in dem genannten Zeitraum 400 000 Kinder ausländischer Eltern, die auf Grund des Geburtsrechts die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben (Bundesregierung 2005: 338f.). Diese mehr als eine Million Menschen entsprechen gut einem Prozent der Bevölkerung. In den Jahren 2004 bis 2007 wurden weitere 482 600 Personen eingebürgert (Statistisches Bundesamt 2009b). Die meisten Ausländerinnen und Ausländer leben nach wie vor in den größeren (Kern-) Städten der alten Länder. Lediglich in den ostdeutschen kreisfreien Städten hat gegenüber 1995 eine nennenswerte Zunahme des Ausländeranteils um 1,7%-Punkte stattgefunden, wobei der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung dort jedoch weiterhin mit knapp über 4% im Vergleich zu den westdeutschen kreisfreien Städten mit 15% ausgesprochen niedrig liegt⁸.

6 ‚‰‘ wird im Folgenden synonym für ‚je 1.000 Einwohner‘ verwendet.

7 Datenquelle sind in diesem Falle die Fortschreibungen der Bevölkerungsstatistiken der Statistischen Landesämter. Zur Problematik der Ausländerstatistiken vgl. Petrowsky (2001).

8 Zudem hat unlängst das Statistische Bundesamt Daten aus dem Mikrozensus 2007 zur Bevölkerung in Deutschland mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und ihre Nachkommen) ausgewertet. Danach lebten 2007 von den 15,4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund 14,8 Millionen oder 96% im früheren Bundesgebiet und in Berlin. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten (folgende Prozentwerte für 2005), vor allem in Stuttgart mit 40%, in Frankfurt am Main mit 39,5% und in Nürnberg

Grafik 2: Gesamtwanderungssaldo in der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2007



mit 37%. Bei den unter 5-Jährigen liegt dieser Anteil in sechs Städten bei über 60%, unter anderem in Nürnberg (67%), Frankfurt (65%), Düsseldorf und Stuttgart (jeweils 65%). Insgesamt hat ein Drittel aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund. (Statistisches Bundesamt 2009: 7).

Werden die Entwicklungen des *Gesamtwanderungssaldos* (Zuzüge minus Fortzüge je 1 000 E.) seit 1995 an Hand von Zeitreihendaten betrachtet, so zeigt sich seit 1997/1998 ein deutlicher Trendbruch (s. Grafik 2). Offensichtlich zeigt sich bei vielen größeren Städten sowohl in West- als auch in Ostdeutschland der Trend zu einer Reurbanisierung (vgl. hierzu auch Herfert 2007). Hier besteht jedoch noch erheblicher Forschungsbedarf, um etwa durch den Abgleich mit anderen Wanderungsströmen oder durch eine detailliertere Betrachtung der Wanderungen nach Altersgruppen die „Nachhaltigkeit“ dieser Entwicklungen präziser einschätzen zu können. Generell hat sich in den Kernstädten der hier betrachteten Stadtregionen der negative Wanderungssaldo stark verringert, in den westdeutschen Kernstädten werden (durchschnittlich) seit 1999 sogar erstmals wieder positive Salden erreicht, in den ostdeutschen seit 2001. Seit 2003 ist der Saldo auch im Durchschnitt der ostdeutschen kreisfreien Städte wieder leicht positiv. Dagegen geht die Dynamik in den Umlandkreisen der neuen Länder seit 1998 kontinuierlich zurück und seit 2001 ist dort der Gesamtwanderungssaldo sogar leicht negativ, 2007 lag er bei -3,9‰. Auch in den westdeutschen Randkreisen geht der Wanderungssaldo seit 2001 kontinuierlich zurück und liegt 2007 bei 0,9‰; 2001 betrug er noch über 5,0‰.

Im Jahr 2007 ist der Gesamtwanderungssaldo für die Bundesrepublik insgesamt mit 0,5‰ nur noch geringfügig positiv (2002: 2,7‰), wobei dies im Wesentlichen durch die kreisfreien Städte getragen wird, und dabei neuerdings auch durch die kreisfreien Städte (>100 000 E.) in Ostdeutschland. Im Jahr 1999 lag dort der Saldo in den Städten über 100 000 bis 300 000 E. noch bei -20‰, ging jedoch seitdem kontinuierlich zurück und ist 2007 mit +1,6‰ wieder positiv. In Ostdeutschland hält 2007 die Abwanderung vor allem in den Kleinstädten (-4,6‰) und den Landkreisen (-6,6‰) an. Alle Kernstädte der hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen weisen inzwischen deutlich positive Gesamtwanderungssalden auf, alle Umlandbereiche (außer in Berlin/Potsdam) dagegen deutlich negative Wanderungssalden. In Westdeutschland zeigen sich nennenswert negative Werte lediglich für die Randkreise der Stadtregion Ruhr. Hohe Wanderungsgewinne (>4‰) verzeichnen lediglich noch die Ränder der prosperierenden Stadtregionen Hamburg und München. Bezüglich des Stadt-Umland-Verhältnisses ist im Falle der ostdeutschen Stadtregionen inzwischen eine regelrechte Trendumkehr zu beobachten: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Dekonzentrationsprozesse der Bevölkerung zu Gunsten des Umlandes zum Erliegen gekommen, wobei sich gleichzeitig der Trend zur Abwanderung aus den ostdeutschen Kernstädten wieder in eine Zuwanderung umkehrt.

Der *Außenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge über die Grenzen der Bundesrepublik je 1 000 E.) ist vor allem durch die Zu- und Abwanderung von ausländischer Bevölkerung geprägt. Der Saldo ist für die Bundesrepublik insgesamt nach wie vor positiv und auch von entscheidender Bedeu-

tung für die Bevölkerungsentwicklung. Durch die starke Außenwanderung wurde der negative Trend bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung seit 1995 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte mehr als kompensiert. Zu den ‚Gewinnern‘ bezogen auf den Außenwanderungssaldo im Jahr 2007 gehören im Durchschnitt vor allem die kreisfreien Städte und in Westdeutschland auch die Landkreise. Bei den hier betrachteten Stadtregionen fallen die Entwicklungen sowohl inter- als auch intraregional sehr unterschiedlich aus. Deutlich positive Werte ($>+2\%$) für diesen Saldo zeigen sich vor allem für die Kernstädte Hamburg, Rhein-Neckar sowie für Karlsruhe.

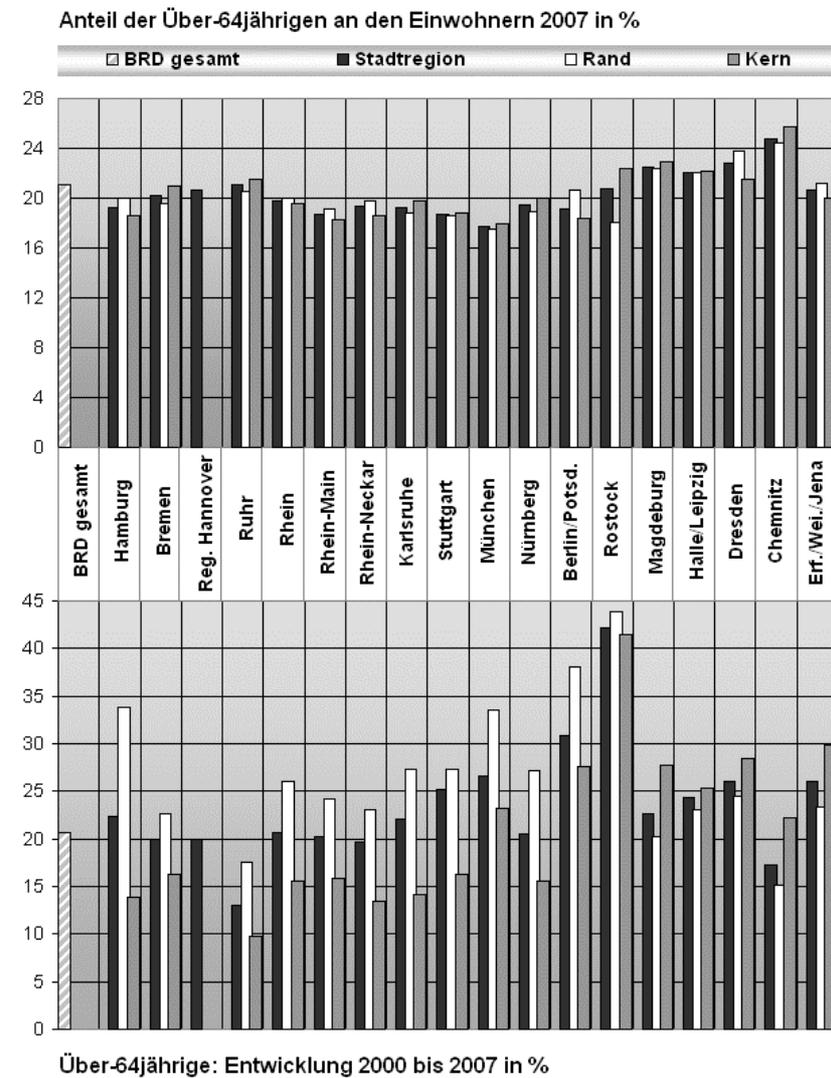
Der *Binnenwanderungssaldo* (Zuzüge minus Fortzüge innerhalb der Bundesrepublik je 1 000 E.) gilt als ein Indikator für regionale Disparitäten und kennzeichnet die Anziehungskraft bzw. die Benachteiligung von (Teil-) Regionen. Bei der Betrachtung dieses Indikators (s. Tabelle 1.2) zeigt sich im Vergleich zu 1998 im Jahr 2007 eine Umkehr des ehemaligen Trends zu Gunsten der Landkreise und zu Ungunsten der kreisfreien Städte. Während in den westdeutschen Regionen die Umlandkreise einen immer weiter zurückgehenden und im Vergleich zu den 1990er Jahren nur noch leicht positiven Binnenwanderungssaldo ($>+0,9\%$) aufweisen, gewinnen nun wieder die Kernstädte sowohl in West- als auch in Ostdeutschland deutlich aus der Binnenwanderung. Ausnahmen sind 2007 lediglich noch die Kernstädte der Regionen Ruhr und mit geringfügigen Verlusten auch Rhein Neckar sowie die Gruppe der westdeutschen Städte mit 300 bis 500.000 E. und die kleineren ostdeutschen kreisfreien Städte. In den ostdeutschen Stadtregionen zeigen sich dagegen – mit der Ausnahme der Randkreise um Berlin/Potsdam – in den Umlandgebieten erhebliche Binnenwanderungsverluste zwischen $-4,5\%$ und $-9,4\%$). Konnten diese Umlandkreise 1998 im Durchschnitt noch einen Binnenwanderungsgewinn von $12,6\%$ verzeichnen, so wiesen sie 2007 Verluste von $-3,9\%$ auf. Dagegen kehrten sich die Binnenwanderungsverluste der hier betrachteten Kernstädte von 1998 $-15,5\%$ auf 2007 $+3,4\%$ (2005 $+1,9\%$) um.

Entsprechend spiegeln sich die oben beschriebenen Entwicklungen auch in den Altersstrukturen und deren Veränderungen wider. Die *Entwicklung der Zahl der Einwohner bis unter 18 Jahren* verlief *seit 2000* – bei einer durchschnittlichen Abnahme um $9,9\%$ – erheblich unterschiedlich in Ost- und Westdeutschland. Während in den alten Ländern insgesamt eine Abnahme um über 6% zu verzeichnen war, nahm die Zahl der unter 18-jährigen in den neuen Ländern um knapp 25% ab. Besonders stark negativ betroffen sind die kleineren Städte und die Landkreise in Ostdeutschland. Dort nahmen die Zahlen jeweils um nahezu 30% ab. Zwar ist die Abnahme der Zahl der jungen Menschen weiterhin in Ostdeutschland weit ausgeprägter, doch zeigen sich diese demographischen Entwicklungen nun auch verstärkt in Westdeutschland

Dagegen stabilisiert sich die Entwicklung der Zahlen in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen. Ging in dieser Gruppe die Zahl der Bevölkerung allein zwischen 1995 und 2005 in den ostdeutschen Ländern noch um knapp

20% zurück, in den westdeutschen um über 29%, so konnte für den Zeitraum 2000 bis 2007 ein bundesweites Wachstum von knapp 1% identifiziert werden, wobei dieses Wachstum auf die positive Entwicklung in Ostdeutschland (+10%) zurückzuführen ist.

Grafik 3: Komponenten des demographischen Wandels



Der Anteil der Einwohner über 64 Jahre liegt 2007 im Durchschnitt der Landkreise und kreisfreien Städte bei knapp 21%. Die Zahl der Einwohner über 64 Jahren nahm seit 2000 in den neuen Ländern mit rd. 25% deutlich stärker zu als in den alten mit gut 19%. Dabei ist der Zuwachs der älteren Bevölkerung in den West-Landkreisen mit 22% deutlich höher als in den kreisfreien Städten (+14%). In Ostdeutschland findet dagegen die Alterung in letztgenanntem Raumtyp mit einer Zunahme um 29% am stärksten ausgeprägt statt. Deutlich zeigt sich in der Grafik 3, dass die Alterung der Bevölkerung vor allem in den Randbereichen der westdeutschen Stadtregionen die größte Dynamik aufweist. „Spitzenreiter“ sind hier die Umlandkreise Hamburgs mit einer Zunahme der Zahl der >64-Jährigen um 34%, dicht gefolgt von München, Karlsruhe, Nürnberg und Stuttgart (jeweils 25% und darüber). In Ostdeutschland stieg die Zahl der älteren Einwohner grundsätzlich – mit der Ausnahme von Rostock – am stärksten in den Kernstädten an. „Rekordverdächtige“ Werte wurden allerdings in den Randkreisen um Berlin/Potsdam mit 38% und auch in allen Teilräumen der Stadtregion Rostock identifiziert, wo die Zahl der >64-Jährigen allein in den 7 Jahren bis 2007 um deutlich über 40% zugenommen hat.

Der Anteil der „Hochbetagten“ (75 Jahr und Älter) liegt 2007 bundesweit bei 8,5%. Dabei hat die Zahl der dieser Altersgruppe angehörigen Bevölkerung seit 2000 um gut ein Sechstel zugenommen. Besonders ausgeprägt war hier das Wachstum in Ostdeutschland, wo die Zunahme (ohne Berlin) bei fast einem Viertel lag. Die Betrachtung der Werte für die Teilräume der Stadtregionen zeigt, dass die Entwicklungsrate in den Umlandkreisen mit durchschnittlich 23% mehr als doppelt so hoch liegt wie in den Kernstädten (gut 11%). Generell vollziehen sich demnach die stärksten Alterungsprozesse der Bevölkerung in den ostdeutschen kleinen und mittelgroßen Städten sowie in den Umlandkreisen der Stadtregionen.

Flächen- und Siedlungsentwicklung

Die regional sehr unterschiedlich verlaufenden und sich überlagernden demographischen und wirtschaftlichen Wachstums-, Stagnations- und Schrumpfungsprozesse, der sich ausdifferenzierende Verlauf der Stadt-Umland-Wanderung sowie die ständig steigenden Ansprüche bezüglich der Wohnfläche (in m² je E.) – mit bedingt durch die Zunahme der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte – spiegeln sich ebenso in der Anzahl der fertig gestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden 2007 wie in der prozentualen Entwicklung der Zahl der fertig gestellten Wohnungen von 2000 bis 2007 wider (s. Tabelle 2). Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner stieg in der Bundesrepublik allein seit 2000 um 2,4 m² auf über 41 m² an. Dabei ist auf Grund der höheren Anteile von Eigenheimen und einem niedrigeren Preisniveau in den ländlichen Räumen

die Pro-Kopf-Wohnfläche deutlich höher als in den Agglomerationen. In den kreisfreien Städten nehmen die Zuwächse mit zunehmender Größe ab. Während bei der durchschnittlichen Wohnfläche 2007 für die Kernstädte in den ausgewählten Stadtregionen der alten und neuen Länder mit jeweils etwa 38 m² keine nennenswerten Unterschiede (mehr) zu beobachten sind, liegt sie in den Randkreisen der neuen Länder um gut 3 m² niedriger als in den alten (41,3 m²). Am ‚großzügigsten‘ (ab 42 m²) wohnen die Einwohner der Randkreise in den Stadtregionen Bremen, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Karlsruhe und Nürnberg. Über die geringste durchschnittliche Fläche (<37 m²) verfügen dagegen die Einwohner der Randkreise von Dresden und Chemnitz sowie der Kernstädte Rostock, Hamburg und Stuttgart. Insgesamt ist jedoch in den östlichen Bundesländern die Pro-Kopf-Fläche seit 2000 mit knapp 3 m² ähnlich stark gestiegen wie in den westlichen. Auch zukünftig ist mit einer weiteren Ausdehnung der Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf der Bevölkerung zu rechnen. Dafür spricht zum einen die Alterung der Gesellschaft, zum anderen die deutliche Tendenz zu kleineren Haushalten mit ein oder zwei Personen.

Das stärkere Wachstum der Wohnfläche in den neuen Ländern wurde bis 1997 durch das dort relativ höhere Wohnungsbauvolumen ermöglicht, ist jedoch auch zu einem wesentlichen Teil durch die starken Bevölkerungsverluste mit bedingt⁹. Denn seit 1998 wurde der Wohnungsbau in der Bundesrepublik insgesamt stark zurückgefahren, am stärksten in Ostdeutschland. Von im Jahr 2007 in Deutschland insgesamt 210 700 neu gebauten Wohnungen (1998: 500 000 Wohnungen) entfielen über 87% auf die alten Länder. Allein gegenüber 2000 ist die Zahl der neu gebauten Wohnungen in Deutschland um durchschnittlich 50% zurückgegangen, in Ostdeutschland betrug der Rückgang sogar über zwei Drittel. Damit liegt inzwischen in den neuen Ländern die *Zahl der fertig gestellten Wohnungen je 1 000 Wohnungen des Bestandes* mit 3% (1998: 15%) deutlich unter dem Wert für Westdeutschland (knapp 6%).

Der Schwerpunkt des Wohnungsbaus lag nach wie vor in den Landkreisen. Dort wurden 2007 gut 155 000 (1998: 372 000) Wohnungen erstellt. Intra-regional ist zwischen 2000 und 2007 der stärkste Rückgang in den ostdeutschen Randkreisen (-72%) zu beobachten. Bezogen auf den Bestand fand in den Stadtregionen im Bundesdurchschnitt die stärkste verbliebene Dynamik 2007 nach wie vor in den Randkreisen (knapp 6%) statt (Kerne: 4%). Besonders stark ist der Rückgang der Dynamik für die Randkreise in Ost-

9 Da die zur Verfügung stehende Wohnfläche einer Gemeinde auf die dort gemeldete Wohnbevölkerung bezogen wird, können insbesondere bei starken Bevölkerungsverlusten Verzerrungen entstehen, die die Aussagekraft dieses Indikators stark beeinträchtigen. Denn in die Berechnungen fließen auch die nicht vermieteten bzw. zum Verkauf stehenden Wohnflächen mit ein, sodass bei großen Leerständen die statistisch dem Einwohner zur Verfügung stehende Fläche künstlich hochgerechnet wird, obwohl sie von den Einwohnern nicht genutzt wird. Dies muss bei der Interpretation der Werte mit berücksichtigt werden.

deutschland zu konstatieren. Dies kann als verspätete Reaktion auf den gerade in den Umlandkreisen Ostdeutschlands kontinuierlich stark zurückgegangenen Bevölkerungszug seit 1997 gedeutet werden, bei dem seit 2001 sogar die Zahl der Fortzüge die Zahl der Zuzüge übertrifft (vgl. Grafik 2). Somit zeigt sich hier jedoch offensichtlich weiterhin eine Fehlentwicklung auf dem Wohnungsmarkt durch eine Überproduktion von Wohnraum. Insgesamt fand für 2007 die größte Dynamik (>10%) in den Randkreisen der Stadtregionen München und Rostock statt.

Erheblich sind auch die intra- und interregionalen Disparitäten bei den *Baulandpreisen in € je m²* (gemittelte Werte für die Jahre 2005 bis 2007). Mit durchschnittlich rd. 134 € je m² sind die Preise in den alten Ländern gegenüber den Werten zwei Jahre zuvor um immerhin 13 € je m² zurückgegangen und liegen immer noch um etwa das Dreifache höher als in den neuen Ländern (45 € je m²). Werden zunächst die Werte für die verschiedenen Größenklassen der kreisfreien Städte betrachtet, so zeigt sich der deutliche Anstieg des Preisniveaus mit zunehmender Stadtgröße. In den Kernen der ausgewählten Stadtregionen in den alten Ländern sind die Baulandpreise mit durchschnittlich 260 € je m² um das 1,4fache höher als in den Randkreisen mit 190 € je m². Dabei sind die Preise gegenüber dem vorigen Betrachtungszeitraum (gemittelte Werte für die Jahre 2003 bis 2005) in den Kernstädten deutlich gesunken (von 309 € je m²), dagegen sind die Preise in den Randkreisen nun ebenfalls leicht gesunken (von 199 € je m²). In den neuen Ländern liegen in den Kernstädten die Baulandpreise mit 116 € (zuvor 104 €) auf inzwischen etwa 45% des Westniveaus. Die Umlandkreise in Ostdeutschland bieten Bauland zu 41 € je m² (zuvor 45 € je m²) an, was gut einem Drittel des durchschnittlichen Preisniveaus in den Randkreisen der alten Länder entspricht. Insgesamt sind somit generell die Baulandpreise insgesamt leicht zurückgegangen, wobei dies im Wesentlichen auf die Entwicklungen in den Kernstädten Westdeutschlands zurückzuführen ist. Nennenswerte Preisanstiege wurden dagegen in den Kernstädten der ostdeutschen Stadtregionen identifiziert.

Den Zusammenhang zwischen der Siedlungsstruktur und der Verfügbarkeit von Automobilen wird an der *Zahl der Pkw je 1 000 Einwohner* in den verschiedenen Raumtypen deutlich. Im Jahr 2007 betrug der Wert in der Bundesrepublik durchschnittlich 501‰ und lag mit 536‰ in den Landkreisen erheblich höher als in den kreisfreien Städten (428‰)¹⁰. Dabei verfügt inzwischen auch in den neuen Ländern bereits nahezu jede zweite Person (457‰) über einen PKW.

¹⁰ Diese Werte können nicht mit den Vorjahreswerten verglichen werden, da der Stichtag für die Erhebung der Werte für 2007 der 1. Januar 2008 ist. Ab dem 1. Januar 2008 werden jedoch nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen gezählt (Kraftfahrzeug-Bundesamt 2009, S. 6f). Dies führt zu einer – rein statistisch bedingten – Abnahme der berechneten PKW Dichte je Einwohner von 550‰ im Jahr 2005 auf 501‰ im Jahr 2007.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten¹¹ insgesamt sank seit 2000 bis 2007 im Durchschnitt der Bundesrepublik um knapp 4% auf 26,9 Mio.¹² (s. Tabelle 3). Dabei war die negative Entwicklung in Ostdeutschland erheblich stärker ausgeprägt als im Westen. Während in den alten Ländern die Zahl der Beschäftigtenfälle zwischen 2000 und 2007 um knapp 2% abnahm, spiegelt die Abnahme in den östlichen Ländern um weitere gut 10% (1990 bis 2000: -38,4%) den anhaltenden Einbruch auf dem Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung wider.

Außer bei den westdeutschen Millionenstädten, in denen die Beschäftigung – 2007 gegenüber 2000 betrachtet – stagnierte, hatten alle westdeutschen Stadtgrößenklassen deutliche Beschäftigungsverluste von über -2% bis zu -6% (Größenklasse 300 bis 500 Tausend E.) zu verzeichnen. In den neuen Ländern waren die Verluste vor allem in den kleinen Städten (< 100 000 E.) noch erheblich stärker ausgeprägt (-9%).

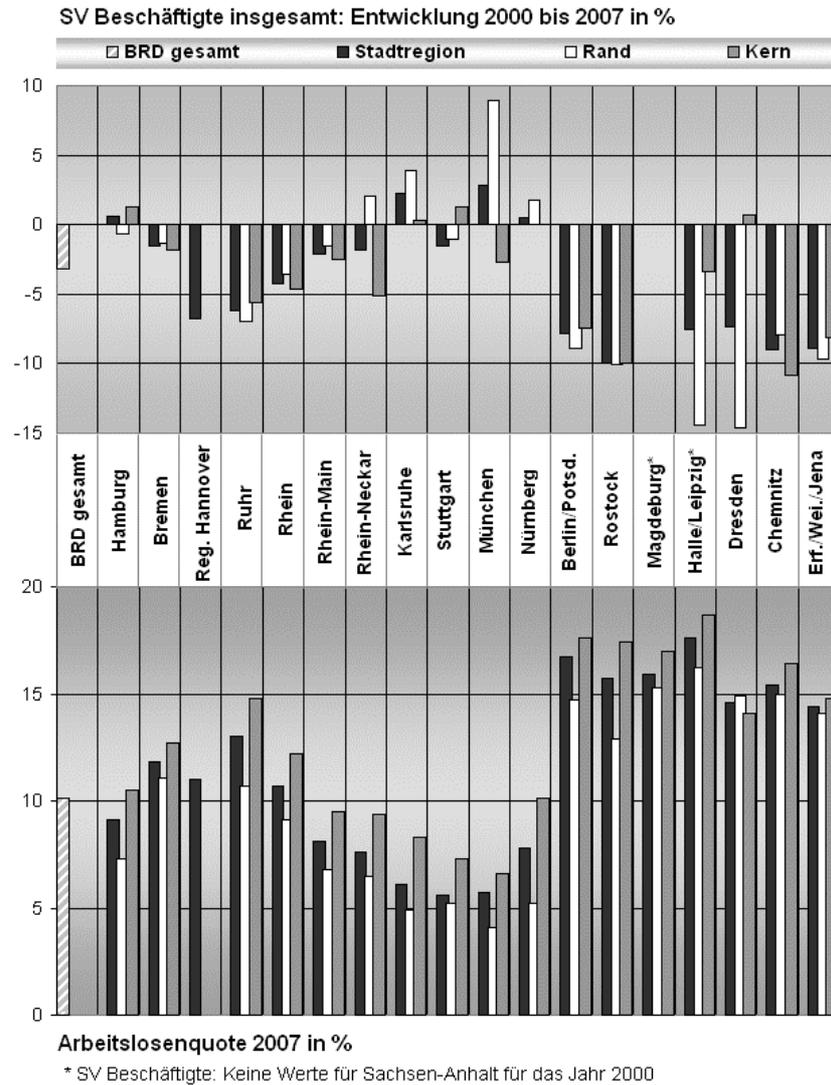
Kleinräumig differenziert betrachtet, zeigen sich die größten Einbußen (ab -10%) für die ostdeutschen Kernstädte der Stadtregionen Rostock und Chemnitz sowie für die Ränder von Rostock, Dresden und Halle/Leipzig (s. Grafik 4). Auch die Kernstädte Berlin und Potsdam verloren weitere gut 7% ihrer Beschäftigtenfälle. Somit setzte sich zwischen 2000 und 2007 die Erosion der Beschäftigung weiter fort – wenn auch mit etwas geringerer Dynamik.

In den alten Ländern können allein die Kernstädte München und Hamburg (jeweils +1,3%) und insbesondere die Umlandkreise der Stadtregionen Nürnberg (1,8%), Rhein-Neckar (+2,1%), Karlsruhe (+3,9%) sowie München (+8,9%) nennenswerte Wachstumsraten verzeichnen. Besonders ungünstig verliefen die Entwicklungen in den Stadtregionen Hannover (-6,8%) und Ruhr (-6,2%). Insgesamt verläuft tendenziell im Durchschnitt die Beschäftigtenentwicklung in Westdeutschland für die Kernstädte etwas ungünstiger (-2,4%) als für die Umlandgebiete (-1,4%). Im Durchschnitt der hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen ist das Muster umgekehrt ausgeprägt. Hier nahm die Beschäftigung zwischen 2000 bis 2007 in den „Kernen“ um -5,2% ab, in den „Rändern“ um -13,5%.

11 Erfasst werden hierbei ausschließlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, genauer: Beschäftigtenfälle. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren Beschäftigungen mehrfach gezählt werden. Nicht berücksichtigt werden Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterlagen bzw. keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung bezahlten. Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gehen etwa 77% der erwerbstätigen Deutschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, während es bei den Ausländern etwa 67% sind (vgl. IAB 2007: 5).

12 Gegenüber 2005 entspricht dies jedoch einer Zunahme von rd. 676 000 solcher Arbeitsplätze.

Grafik 4: Beschäftigtenentwicklung und Arbeitslosigkeit in den ausgewählten Stadtregionen



Der Anteil der Frauen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt im Jahr 2007 in den östlichen Bundesländern mit knapp 50% (2000: 48%) deutlich höher als in den westlichen mit knapp 44% (2000: 43%). Dabei sta-

gnierte in den alten Ländern die *Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen seit 2000*, wohingegen sie in den neuen Ländern durchschnittlich um über -8% abgenommen hat.

Der *Saldo der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Pendler je 1 000 Beschäftigte* (Einpendler minus Auspendler je 1 000 Beschäftigte) charakterisiert das Angebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung. Dabei wird besonders deutlich, dass die Kernstädte die Arbeitsplätze insbesondere auch für die Bevölkerung der jeweiligen Umlandkreise bereitstellen. Dieser Sachverhalt ist zum Teil durch die Wohnsuburbanisierung mit bedingt, bei der viele Menschen in das Umland von Kernstädten gezogen sind, gleichzeitig aber ihren Arbeitsplatz in der Stadt behalten haben. Die Landkreise (insgesamt) – aber auch sämtliche Umlandbereiche – weisen eine deutlich geringere Zahl an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung auf. Besonders auffallend tritt die zentrale Arbeitsplatzversorgung durch die Kernstädte (>250‰) – bei gleichzeitig starken Defiziten im Umlandbereich (>-250‰) – in den Stadtregionen Hamburg, Rhein-Main, Rhein-Neckar, München, Nürnberg, Magdeburg sowie Erfurt/Weimar/Jena hervor¹³. Insgesamt hat sich der positive Saldo der kreisfreien Städte 2007 gegenüber 2000 deutlich erhöht (von 260‰ auf 279‰), wohingegen er in den Landkreisen noch geringfügig stärker negativ berechnet wurde (von -190 auf -194‰). Relativ haben somit die Städte als Arbeitsmarktzentren an Bedeutung gewonnen.

Die massiven Arbeitsmarktprobleme West- und Ostdeutschlands haben Anfang des neuen Jahrtausends noch einmal zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt, die jedoch in den Jahren 2006 und 2007 durch den konjunkturellen Aufschwung wieder spürbar zurückging. Lag die *Zahl der Arbeitslosen insgesamt* 2005 noch bei etwa 4,86 Mio., so waren es 2007 noch 3,78 Mio. Personen. Das ist ungefähr die gleiche Zahl registrierter Arbeitsloser, die auch für 2001 ermittelt wurde¹⁴. Über 2,0 Mio. arbeitslose Menschen lebten 2007 in den ausgewählten Stadtregionen, wobei sich in den alten Ländern die Arbeitslosigkeit überproportional in den Kernstädten konzentriert, während sie in den neuen Ländern sowohl in den Kernstädten, den Umlandkreisen und auch den übrigen Kreisen ähnlich dramatische Ausmaße ange-

13 Wobei anzumerken ist, dass auf Grund der Abgrenzung der Stadtregionen auf Kreisebene keine exakte Vergleichbarkeit der Stadtregionen möglich ist.

14 Zum Zeitpunkt der Erstellung des Monitorings (Juni 2009) wurde nach einer aktuellen Projektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert, dass im Jahresdurchschnitt 2009 die Zahl der Arbeitslosen unter 4 Mio. bleiben soll. Selbst wenn das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 6% fallen sollte, werde es im Mittel "nur 3,7 Millionen Arbeitslose geben", teilte das an die Bundesagentur für Arbeit (BA) angeschlossene Institut mit (IAB 2009: 1). Dies wäre angesichts des Umstandes, dass sich die Bundesrepublik in ihrer schwersten Wirtschaftskrise seit ihrem Bestehen befindet, ein sehr moderater Anstieg um 430 000 gegenüber 2008.

nommen hat. Das zeigt auch die Höhe der *Arbeitslosenquoten* (Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen in %) (s. Grafik 4).

Auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Arbeitsmarktsituation immer noch deutlich durch Ost-West-Disparitäten gekennzeichnet. Während Mitte 2007 die Arbeitslosenquote in den alten Ländern bei 8,4% (2001: 8,0%) liegt, beträgt sie in den neuen Ländern 16,8% (2001: 18,7%). Insgesamt fallen die Disparitäten der regionalen Arbeitslosigkeit im Westen erheblich ausgeprägter aus als in den neuen Ländern. So liegt die Quote in der süddeutschen Stadtregion München bei 5,7% (2001: 4,4%) und in Stuttgart bei 5,6% (2001: 5,0%). Dagegen erreicht die Arbeitslosenquote in den besonders stark von der Erosion der traditionellen industriellen Basis geprägten Stadtregionen Ruhr 13,0% (2001: 11,9%) und Bremen 11,8% (2001: 11,4%). In den ausgewählten ostdeutschen Stadtregionen liegen die Zahlen zwischen gut 14 und nahezu 18% (2001: 16 bis 19%). Überlagert von dem noch erheblich stärker ausgeprägten West-Ost-Gefälle, zeigt sich bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten in den Regionen der alten Länder ein deutliches Süd-Nord-Gefälle.

In Deutschland ist die Arbeitslosenquote durch den Konjunkturaufschwung 2006 und 2007 zwischen 2001 und 2007 im Durchschnitt nahezu konstant geblieben, wobei sie jedoch in Westdeutschland um 0,4%-Punkte stieg, während sie in Ostdeutschland um fast 2%-Punkte abgenommen hat. Zugenommen hat die Arbeitslosenquote vor allem in den westdeutschen Kernstädten (+1,6%-Punkte), aber dort auch in den Randkreisen (+0,5%-Punkte) der Stadtregionen, in Ostdeutschland dagegen sank sie in den meisten Kernstädten leicht, in den Randkreisen dagegen deutlich um -3,3%-Punkte. Allein in der Bundeshauptstadt Berlin waren 2007 über 260 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote an den Erwerbspersonen von fast 18% entspricht.

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Es zeigt sich für Deutschland insgesamt, dass sich die Deindustrialisierungsprozesse fortsetzen. Der *Anteil der SV-Beschäftigten im Sekundären Sektor*¹⁵ liegt im Jahr 2007 im Durchschnitt der Bundesrepublik bei knapp 32%. Die Zahl der dort Beschäftigten hat allein seit 2000 um über -11% abgenommen. Während der Anteil der SV-Beschäftigten im Sekundären Sektor in Westdeutschland im Jahr 2007 bei gut 33% lag, betrug er in Ostdeutschland lediglich noch 26%.

15 Der Sekundäre Sektor setzt sich zusammen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Baugewerbe und der Energie- und Wasserversorgung.

Dem niedrigeren Anteil der Beschäftigten im Sekundären Sektor entspricht in den neuen Ländern ein höherer *Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsbereichen*¹⁶. Dort beträgt der Anteil 2007 71,5%, wobei jedoch auch hier die Zahl der Beschäftigten seit 2000 um knapp -4% abgenommen hat. In Westdeutschland erreicht der Anteil knapp 66% bei einer Zunahme der Beschäftigtenfälle um 3%. Dabei verweisen jedoch die höheren Werte in Ostdeutschland nicht (unbedingt) auf modernere Wirtschaftsstrukturen. Der Dienstleistungsbereich gewinnt schon allein durch den Einbruch der industriellen Produktion relativ an Bedeutung. Zudem müssen viele tertiäre Leistungen (beispielsweise die des öffentlichen Dienstes) unabhängig von der industriellen Basis angeboten werden.

Besonders ausgeprägt waren die Einbrüche bei den Beschäftigtenzahlen im Sekundären Sektor in den ostdeutschen kreisfreien Städten (-17%), aber auch in den westdeutschen nahm die Zahl um über -14% ab. Im Dienstleistungsbereich dagegen fiel die Entwicklung in Ostdeutschland in den Landkreisen besonders ungünstig aus (-7%), während die westdeutschen eine Zunahme der Beschäftigtenverhältnisse im Tertiären Sektor um immerhin gut 3% verzeichnen konnten.

In den westdeutschen Städten nimmt dabei die Intensität der Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse im Sekundären Sektor mit der Stadtgröße zu. Eine Ausnahme bilden die Millionenstädte. Hier sind in der Regel die größeren (Kern-)Städte am stärksten vom wirtschaftlichen Strukturwandel betroffen. Die Betrachtung der Werte für die einzelnen Stadtregionen zeigt generell deutlich stärkere Reduzierungen der Beschäftigtenzahlen in den Kerngebieten (durchschnittlich rd. -17%) als in den Randkreisen (-11%). Dabei liegt die Negativentwicklung in den Kernstädten der westdeutschen strukturschwachen Region Ruhr aber auch der Regionen Rhein, Rhein-Main und Stuttgart noch ungünstiger als im Durchschnitt der Kerne. In den letztgenannten Städten zeichnen sich nachholende Deindustrialisierungsprozesse ab. Dagegen zeigt sich für die traditionell durch altindustrielle Strukturen geprägte Hafenstadt Bremen inzwischen offenbar ein leichtes ‚Abbremsen‘ des Negativtrends. In Ostdeutschland waren die Einbrüche der Beschäftigtenzahlen in allen Teilräumen erheblich. Am höchsten (>-20%) fielen die Negativraten in den Kernstädten der Regionen Erfurt/ Weimar/ Jena, Rostock sowie Berlin/Potsdam aus.

Die prozentualen Anteile der Beschäftigten im Sekundären Sektor an den gesamten Beschäftigten nehmen mit zunehmender Stadtgröße ab, entspre-

16 Zum Tertiären Sektor zählen die folgenden Wirtschaftsbereiche: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstückswesen, Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen; Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften; Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, Veterinärwesen, Sozialwesen, Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen; Private Haushalte.

chend ist die Wirtschaftsstruktur der größeren Städte stärker durch Dienstleistungen geprägt. Generell liegt der Anteil der Beschäftigten im Sekundären Sektor in den Kernen der ausgewählten Stadtregionen mit knapp 22% um etwa 14%-Punkte niedriger als in den Randkreisen.

Die *Bruttowertschöpfung (BWS)* stellt eine zusammenfassende Leistungsgröße dar, in der die wirtschaftliche Leistung aller Wirtschaftsbereiche grundsätzlich gleichartig gemessen wird. Bei der BWS zu Herstellungspreisen¹⁷ werden durch Nichterfassung der Vorleistungen Doppelzählungen vermieden. Somit eignet sich die BWS zu Herstellungspreisen besonders gut als Indikator der lokalen wirtschaftlichen Leistungskraft und Wirtschaftsentwicklung. (Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 1994: 9ff.).

Für das Monitoring der Städte und Regionen wurden für die BWS insgesamt drei unterschiedliche Maßzahlen berechnet. Zunächst ist von Bedeutung die jeweilige *Gesamtsumme*, die in der Region bzw. im jeweiligen Teilraum (Kernstadt – Rand) erwirtschaftet wurde sowie deren prozentuale Entwicklung seit 2000 bis 2006¹⁸. Diese Maßzahl wurde ausschließlich für die Gesamtsumme BWS berechnet. Hierdurch wird gezeigt, was in der jeweiligen Raumeinheit insgesamt erwirtschaftet wurde und wie sich die Wirtschaftskraft der Region/des Teilraumes seit 2000 verändert hat. Zweitens wurde für alle Indikatoren die *Gesamtsumme auf die Einwohnerzahl bezogen*, um zu ermitteln, welche wirtschaftliche Leistungskraft je Einwohner erzielt werden konnte. Drittens wurde die jeweilige *Gesamtsumme bezogen auf die Erwerbstätigen*. Hierdurch werden die regionalen Unterschiede der Produktivität und deren Entwicklungsdynamik zwischen 2000 und 2006 erfasst.

Bundesweit betrug im Jahr 2006 die *BWS zu Herstellungspreisen insgesamt* rd. 2,1 Billionen €, davon entfielen lediglich rd. 15% auf die neuen Länder (s. Tabelle 4). Das Wachstum seit 2000 betrug bundesweit durchschnittlich (mit den jeweiligen Preisen gerechnet, also nominal¹⁹) knapp 13%, wobei die Dynamik in den östlichen Bundesländern mit 11% deutlich hinter der Entwicklung im Westen (gut 13%) zurückgeblieben ist – bei einem äußerst niedrigen Ausgangsniveau. Der deutlich stärkste Zuwachs der Wirt-

17 Die Herstellungspreise liegen zwischen den Marktpreisen und den Faktorkosten. Die Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen ist in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorteilhaft, da die bislang in den Marktpreisen enthaltenen produktbezogenen Steuern – insbesondere die Mineralölsteuer – die tatsächliche regionale Wirtschaftsleistung teilweise stark verzerren. (Vgl. BBR 2002).

18 Die Daten für 2006 waren zum Zeitpunkt der Erstellung des Monitorings (Juni 2009) beim Statistischen Bundesamt die aktuellsten verfügbaren Daten auf Kreisebene.

19 Grundsätzlich ist bei allen Entwicklungsvariablen in Preisen – d.h. auch bei den Finanzdaten – zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um das nominale, also nicht um das reale (inflationsbereinigte) Wachstum handelt. Nach dem Verbraucherpreisindex für die Bundesrepublik lag in der Zeit von 2000 bis 2007 die Teuerungsrate bei 12,5%, für den Zeitraum 2000 bis 2006 betrug sie 10%. (Datenquelle: Statistisches Landesamt Bremen 2009).

schaftskraft (>20%) fand in Westdeutschland in den Randkreisen Münchens, in den Umlandkreisen der ostdeutschen Stadtregionen Chemnitz und Erfurt/Weimar/Jena sowie in Dresden (+30%) statt. Insgesamt hat sich der zu Beginn der 1990er Jahre zunächst äußerst dynamische Aufholprozess der neuen Bundesländer seit Mitte der 1990er Jahre stark verlangsamt. Nachdem Anfang der neunziger Jahre die Zuwachsraten der BWS in Ostdeutschland noch ein Vielfaches derjenigen in den alten Ländern betragen und für einen vergleichsweise schnellen Konvergenzprozess sprachen, übertraf bereits 1998 die Zuwachsrate der westlichen Bundesländer wieder die der östlichen. Seitdem ist der Konvergenzprozess ins Stocken geraten. (Vgl. SVR 2004²⁰, Ziffer 391: 305f.).

Zentren der Wirtschaftskraft (BWS >100 Mrd. €) sind die Stadtregionen Berlin/Potsdam, Hamburg, Stuttgart, München sowie Ruhr, Rhein-Main; Spitzenreiter bezüglich der Wirtschaftskraft ist die Agglomeration Rhein (BWS über 170 Mrd. €). Die fünf hier betrachteten ostdeutschen Stadtregionen (ohne Berlin/Potsdam) weisen dagegen mit Werten für die BWS zwischen 6,4 Mrd. € (Rostock) und gut 27 Mrd. € (Halle/Leipzig) eine erheblich geringere Wirtschaftskraft auf. Gegenüber dem vorigen Betrachtungszeitraum 1995 bis 2004, bei denen die Entwicklungsraten der Kernstädte der Regionen in den neuen Ländern mit durchschnittlich gut 8% deutlich hinter der Dynamik im Westen zurück (rd. 19%) lag, hat sich die Auseinanderentwicklung zwischen der Wirtschaftskraft zwischen 2000 und 2006 deutlich verringert: In diesem Zeitraum nahm die Wirtschaftskraft in den westdeutschen Kernstädten um knapp 13 % zu, in den ostdeutschen um 9%. In diesen Zahlen spiegelt sich auch die insgesamt relativ ungünstige Wirtschaftsentwicklung in diesem Zeitraum wider. Bei dem darüber hinaus deutlich geringeren Ausgangsniveau in den Oststädten bedeutet diese zudem eine weitere Polarisierung zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Kernstädten. Besonders ungünstig verlief dort die Entwicklung der Wirtschaftskraft in Berlin mit einem nominalen Wachstum von gerade einmal 3%. Die stärkste Dynamik der Wirtschaftskraft (+14%) fand in den Randkreisen der Stadtregionen statt.

Im Jahr 2007 lag die durchschnittliche *BWS je E.* in den alten Bundesländern mit 27 100 € um 44% höher als in den neuen Ländern. Werden die beiden Gruppen der administrativen Einheiten betrachtet, so weisen die westdeutschen kreisfreien Städte mit 37 800 € je E. die höchste einwohnerbezogene Wirtschaftskraft auf, die niedrigste mit 16 000 € die Landkreise der östlichen Bundesländer.

Bei der Betrachtung der ausgewählten Stadtregionen zeigt sich, dass in den alten Ländern das Gefälle zwischen Kern und Rand besonders stark aus-

20 In den aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind keinerlei Aussagen zu Konvergenz- bzw. Divergenzprozessen innerhalb Deutschlands zu finden. (Vgl. SVR 2008; SVR 2009).

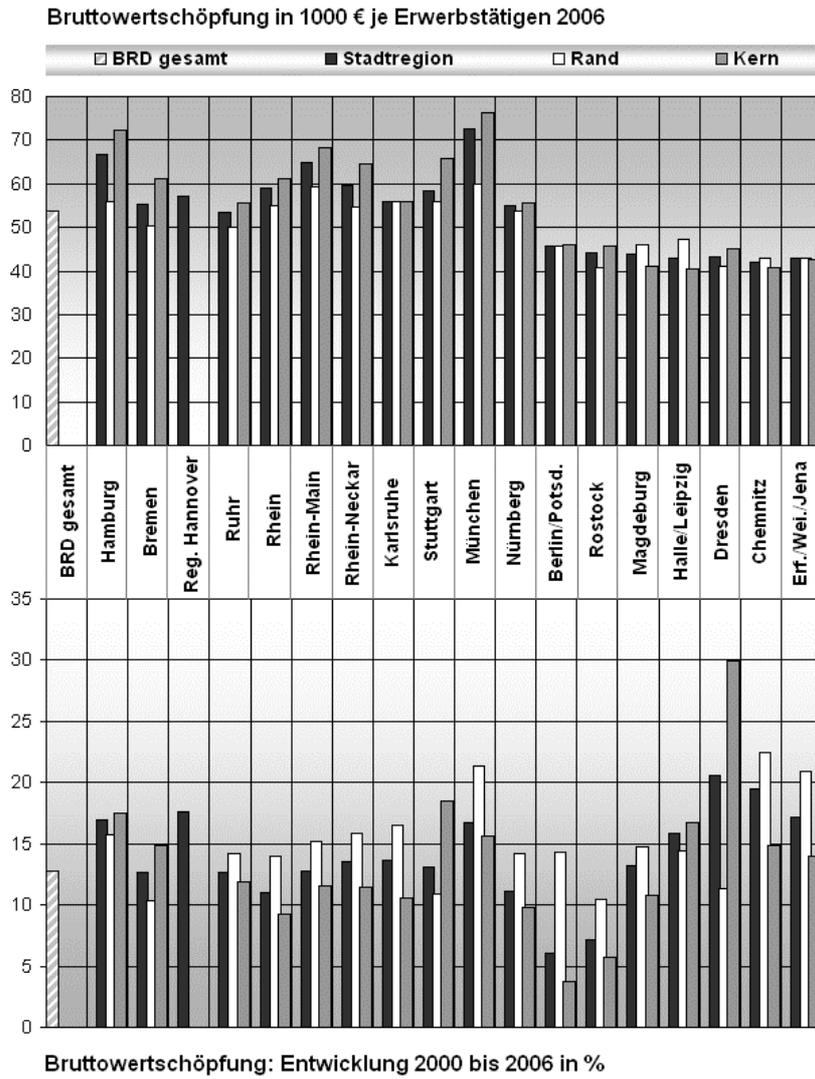
geprägt ist (durchschnittlich 76% höhere Wirtschaftskraft je E. in den Kernen). Deutlich sind jedoch auch die Unterschiede zwischen den Kernen je nach großräumlicher Lage. So liegt die BWS je E. in den Kernstädten der alten Länder mit 39 900 € um 77% höher als in den neuen. Dieser große Unterschied ist allerdings durch den grundsätzlich vorhandenen ‚Stadtgrößeneffekt‘ mit bedingt. So ist die lokale Wirtschaftskraft – auch bezogen auf die Bevölkerungszahl – in den Städten über 500 000 Einwohner deutlich höher als in den kleineren Stadtgrößeklassen, wobei die Stadtregionen in den östlichen Bundesländern – mit der Ausnahme Berlin/Potsdams – lediglich zwei Kernstädte über 500 000 Einwohner aufweisen (Leipzig und Dresden).

Die wirtschaftlich (einwohnerbezogen) stärksten Stadtregionen (ab 30 000 €/E.) sind Rhein, Hannover, Stuttgart, Hamburg, Rhein-Main und als Spitzenreiter München mit 44 200 €/E. Die Stadtregionen der östlichen Länder (einschließlich Berlin/Potsdam) weisen ausnahmslos eine unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft auf (alle <21 000 €/E.). Dort sind die Unterschiede zwischen Kern und Rand in der Regel deutlich geringer ausgeprägt als in den westdeutschen Stadtregionen.

Die durchschnittliche *BWS je Erwerbstätigen (EWT)* lag im Jahr 2006 in den alten Bundesländern mit 55 900 € um 29% höher (2000: 38%; 2004: 26%) als in den neuen Ländern (43 400 €). Die höchste Produktivität weisen die westdeutschen kreisfreien Städte mit 59 600 € je EWT auf, die niedrigste mit 41 600 € die kreisfreien Städte der östlichen Bundesländer (ohne Berlin), deren Durchschnittswert sogar unter dem der ostdeutschen Landkreise liegt.

Werden die einwohnerbezogenen mit den auf die Erwerbstätigen bezogenen Werten verglichen, so zeigt sich ein deutlich ‚günstigeres‘ Bild zum einen für die Struktur und Entwicklung der Produktivität in den östlichen Stadtregionen sowie zum anderen für die Randkreise generell. Grundsätzlich sind die Unterschiede bei der BWS je Erwerbstätigen bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie bei der einwohnerbezogenen Wirtschaftskraft. Die niedrigsten Werte in den westdeutschen Stadtregionen wurden für Ruhr, Bremen und Karlsruhe ermittelt (alle <57 000 €/EWT). Die höchste Produktivität (>68 000 €/EWT) unter den Kernstädten wurde für Rhein-Main, Hamburg und München identifiziert (s. Grafik 5). Mit der Ausnahme von Berlin/Potsdam (45 800 €/EWT) wurden für alle Regionen der neuen Länder Werte unter 45 000 €/EWT ermittelt.

Grafik 5: Produktivität in den ausgewählten Stadtregionen



Finanzen

Die Einnahmen mit der größten Finanzautonomie sind die Steuern. Auf Grund ihrer großen Bedeutung für den finanziellen und politischen Handlungsspielraum der Gemeinden und Kreise werden die fiskalisch wichtigsten Steuerarten hier getrennt betrachtet. Die Berechnung der verschiedenen Steuereinnahmen in € je Einwohner ermöglicht es, die Entwicklung der Einnahmequellen im Zeitvergleich und den für die Versorgung jedes Einwohners zur Verfügung stehenden Betrags zu identifizieren.

Generell sind die Steuereinnahmen (und auch die zu finanzierenden Aufgaben) der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte insbesondere abhängig von der Einwohnerzahl und steigen mit ihr überproportional an. Dementsprechend sind auch 2007 die *Steuereinnahmen (insgesamt, einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) in € je E.* der größeren westdeutschen Städte über 500 000 E. im Durchschnitt mit 1720 € etwa um 76% höher als die der kleineren Städte mit bis zu 100 000 E. (977 €)²¹ (s. Tabelle 5.1). Dabei veranschaulichen die Steuereinnahmen besonders drastisch das auch 2007 noch immer bestehende immense West-Ost-Gefälle. Denn innerhalb der verschiedenen Stadtgrößenklassen erreichen die Pro-Kopf-Steuereinnahmen in den Städten der neuen Länder lediglich 37% bis maximal 52% (2002: 47% bis 55%) der vergleichbaren Weststädte; bei den Landkreisen liegt das Niveau bei 53% (2002: 44%). Somit ist bezüglich der Steuereinnahmen insgesamt im Durchschnitt eine leichte „Aufholtendenz“ der ostdeutschen Kommunen zu konstatieren.

Desweiteren lässt sich ein deutliches Gefälle zwischen den Kernen der Regionen und den Umlandkreisen identifizieren (s. Grafik 6). Die Pro-Kopf-Steuereinnahmen liegen in einigen Kernen um mehr als die Hälfte höher als in den Randgebieten, in München doppelt so hoch. Die *Entwicklung der Steuereinnahmen in € je E. zwischen 2000 und 2007* betrug im Bundesdurchschnitt 31,1% (1995 bis 2002: gut 7%) und lag damit deutlich über der Inflationsrate von etwa 12,5%.²² Diese starke Zunahme ist insbesondere durch das stärkere Aufkommen seit 2004 bedingt (vgl. Anton und Diemert 2008: 65). Insbesondere bei den ostdeutschen kreisfreien Städten war die Zunahme des gesamten Steueraufkommens (je E.) mit Werten zwischen 31 und 38% äußerst positiv. Diese Entwicklungen sind hauptsächlich durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (einschließlich Umsatzsteueranteil) bedingt, die 2007 je E. im Bundesdurchschnitt gegenüber 2000 um 60% zunahm. Ursächlich

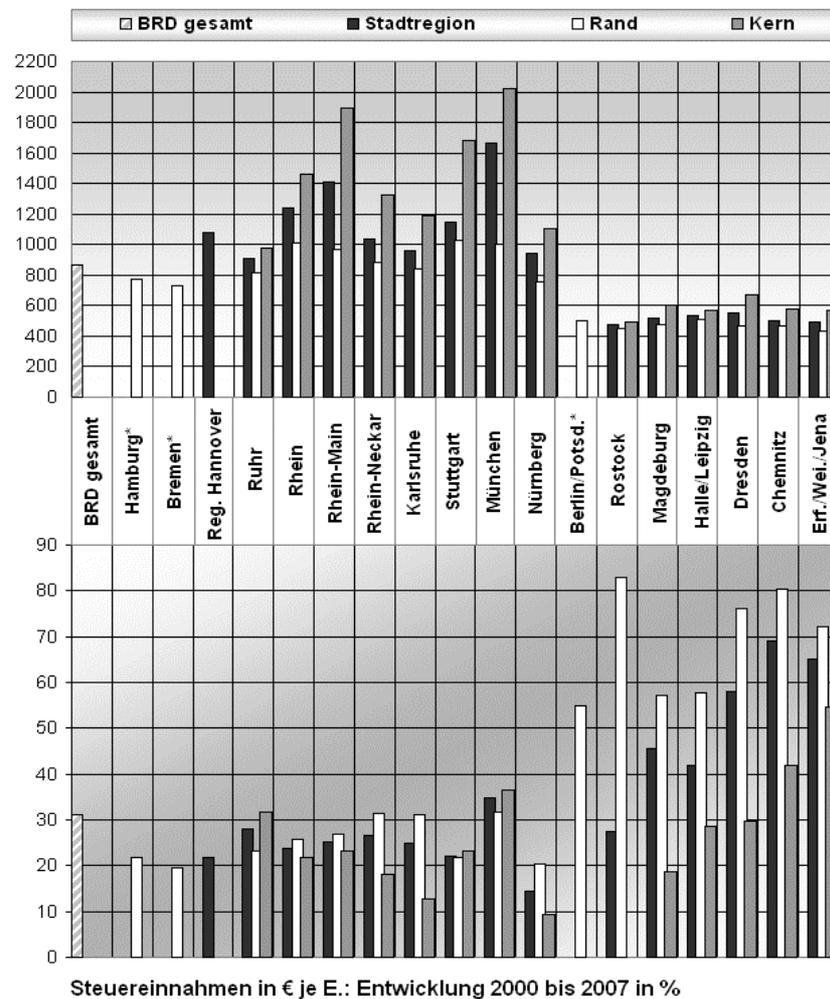
21 Da in der Gruppe der Großstädte über 500 000 E. lediglich zwei ostdeutsche Städte (Leipzig und Dresden) vertreten sind und die Niveaus der Steuereinnahmen zwischen den neuen und alten Ländern nur bedingt komparabel sind, wurden die Werte für die beiden Stadtgrößenklassen der westdeutschen Städte miteinander verglichen.

22 Vgl. Fußnote 18.

dafür waren im Wesentlichen die korrigierenden Maßnahmen beim Steuerrecht²³ und die konjunkturellen Entwicklungen.

Grafik 6: Steuereinnahmen in den ausgewählten Stadtregionen

Steuern und steuerähnliche Einnahmen in € je Einwohner 2007



* Keine Werte für Kernstädte und Gesamtregion der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

23 Insbesondere die Begrenzung des Verlustvortrages im Jahr 2003 hatte eine stabilisierende Wirkung auf die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen (vgl. Karrenberg und Münstermann 2006: 5).

Für die Steuereinnahmen der Landkreise und kreisfreien Städte stellen die *Gewerbsteuer (netto) einschließlich der Umsatzsteuer*²⁴ sowie der *Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer*²⁵ mit einem Anteil von 51% (1999: 39%) bzw. 35% (1999: 40%) an den gesamten Steuern die wichtigsten Steuereinnahmequellen dar. Dabei hat die Gewerbsteuer für die kreisfreien Städte mit einem Anteil von 56% an den Gesamtsteuereinnahmen eine erheblich größere Bedeutung als für die Landkreise (45%). Seit 2000 konnten die neuen Länder mit +85% bei der Gewerbsteuer zwar gegenüber Westdeutschland – wo die Gewerbesteuererinnahmen je Einwohner um knapp 54% stiegen – eine deutlich höhere Wachstumsrate erzielen. Da diese jedoch auf der Basis erheblich niedrigerer Ausgangswerte entstanden, erreichten die ostdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte 2007 einschließlich der Umsatzsteuer im Durchschnitt mit 277 € (2005: 220 €) lediglich 57% (2005: 58%) des Pro-Kopf-Betrages der westdeutschen (443 €). Noch im Jahr 2002 lag allerdings der Anteil bei 54%, 1998 bei 36%. Jedoch ist diese Entwicklung in erster Linie durch die starke Dynamik der erheblich konjunkturabhängigen Gewerbsteuer seit 2004 bedingt.

Die Kernstädte der ausgewählten ostdeutschen Agglomerationen erreichen durchschnittlich knapp 41% des Pro-Kopf-Betrages der alten Länder, wobei bei dieser wirtschaftsbezogenen Steuer die innerdeutschen Disparitäten zwischen den kreisfreien Städten am stärksten ausgeprägt sind. Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbsteuer einschließlich der Umsatzsteuer (>900 €) können 2007 die Kernstädte der Stadtregionen Hamburg, Stuttgart, Rhein-Main und München verbuchen. Im Westen Deutschlands fließen die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (<550 €) aus der wirtschaftsbezogenen Steuerquelle den Kernstädten der traditionell altindustriell geprägten Regionen Bremen und Ruhr zu sowie auch Nürnberg. Im Gebiet der neuen Länder verzeichnet die Kernstadt Rostock die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen (<250 €). Am höchsten (>350 €) liegen die Erträge aus dieser Steuer in den Kernstädten der Stadtregionen Dresden und Berlin/Potsdam. Mehr als verdoppeln konnten die Pro-Kopf-Einnahmen aus der wirtschaftsbezogenen Steuer die Randkreise der Stadtregionen Leipzig/Halle, Erfurt/Weimar/Jena und Rostock. In den Umlandkreisen von Chemnitz und Dresden betragen die

24 Mit der Aufhebung der Gewerkekapitalsteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der Umsatzsteuer beteiligt. Da diese Umschichtung in der Literatur als „Ausgleich“ (Hidien 1998: 617) angesehen wird, wird die Umsatzsteuer mit einbezogen.

25 Seit der Gemeindefinanzreform 1970 werden die Gemeinden an dem Aufkommen aus der Einkommensteuer beteiligt. Der Einkommensteueranteil fließt derjenigen Gemeinde zu, in der der einkommensteuerpflichtige Bürger seinen Wohnsitz hat. Dies führt für viele Kernstädte zu negativen finanziellen Auswirkungen der Bevölkerungssuburbanisierung. Besonders hoch sind die negativen Verluste für die Stadtstaaten, da hier neben dem Gemeindeanteil von 15% auch der Länderanteil (42,5%) an den Einnahmen aus der Einkommensteuer verloren geht.

Entwicklungsraten sogar >140%. Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland war die Dynamik in den Randkreisen der ausgewählten Agglomerationen stärker ausgeprägt (66%) als in den Kernstädten (41%). Besonders stark ausgeprägt war dabei das Wachstum in den Umlandkreisen ostdeutschen Stadtregionen (+108%). So erreichten die Pro-Kopf-Gewerbesteuerereinnahmen (einschließlich der Umsatzsteuer) durchschnittlich in den Randkreisen im Jahr 2007 gut die Hälfte der entsprechenden Einnahmen der Kerne (Ost: 75%; West: 46%).

Insgesamt wurde – vor allem in den kreisfreien Städten Ostdeutschlands – ein wesentlicher Teil des Anstiegs der Gewerbesteuerereinnahmen auch über die Anspannung der Hebesätze erzielt. Während im Bundesdurchschnitt die Erhöhung zwischen 2000 und 2007 7%-Punkte betrug, lag sie bei den kreisfreien Städten der ostdeutschen Länder bei 18%-Punkten. Dort liegen inzwischen die durchschnittlichen Hebesätze mit 415% exakt genauso hoch wie in den westdeutschen Städten (s. Tabelle 5.2).

Seit 1998 werden die Gemeinden und Gemeindeverbände als Kompensation für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer an der Umsatzsteuer beteiligt. Die durchschnittlichen *Pro-Kopf-Umsatzsteuerereinnahmen* betragen 2007 41 € (alte Länder: 42 €, neue Länder: 37 €). Auch hier liegen die Einnahmen in den kreisfreien Städten doppelt so hoch wie in den Landkreisen und sind in den Rändern generell deutlich geringer als in den Kernen. So erreichen etwa die Umlandkreise Münchens mit 24 € je Einwohner lediglich gut ein Viertel des Betrages der Kernstadt (88 €/E.).

Zwar ähneln die Strukturen in der Höhe des Aufkommens bei dem *Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer* grundsätzlich denen der Gewerbesteuer, jedoch sind sie im Gebiet der alten Länder inter- und intraregional weitaus weniger disparat ausgeprägt. Diese einwohnerbezogene Steuer ist mit einem Anteil von 39% (1998: 49%) für die gesamten Steuereinnahmen der Landkreise von erheblich größerer Bedeutung als für die kreisfreien Städte mit 27% (1998: 35%). Ferner sind die Ost-West-Disparitäten bei der Einkommensteuer in den Landkreisen sogar noch deutlicher ausgeprägt als bei der Gewerbesteuer. In den neuen Ländern erreichen die Einnahmen aus der Einkommensteuer in den kreisfreien Städten mit durchschnittlich 146 € je E. gut zwei Fünftel des Aufkommens der westdeutschen Städte (352 € je E.) und in den ostdeutschen Landkreisen mit 119 € je E. lediglich etwas mehr als ein Drittel des Westniveaus. Dabei hat sich das Pro-Kopf-Aufkommen seit 2000 um durchschnittlich 12% erhöht, wobei die ostdeutschen Länder mit +40% ein deutlich stärkeres Wachstum verzeichnen konnten als die westdeutschen (+5%). Dort lag die Zunahme damit unter der Inflationsrate von 12,5%. Ein wesentlicher Grund für die niedrigeren Einnahmen aus dieser Steuerart in den neuen Ländern ist das dort immer noch erheblich niedrigere Einkommensniveau. Der erheblich stärkere Anstieg der Einnahmen aus dieser Steuerart in Ostdeutschland erklären Anton und Diemert mit der „[...]“

Aufkommenselastizität der Lohn- und Einkommensteuer (Verhältnis der relativen Änderung der Einkommensteuerschuld zur relative Änderung der Bemessungsgrundlage), die in Ostdeutschland bei den im Durchschnitt geringeren Einkommen deutlich höher ist als in Westdeutschland.“ (2008: 14)

Trotz der seit 2004 insgesamt sehr günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen wurden im bundesweiten Durchschnitt die *Ausgaben für Sachinvestitionen in € je E.* 2007 gegenüber 2000 um weitere -16% reduziert, wobei der Rückgang in den ostdeutschen Ländern – auf nur noch geringfügig höherem Ausgangsniveau – sogar knapp 25% betrug. Wesentlich Gründe dafür sind zum einen die aus den Haushaltsdefiziten der Vorjahre entstandenen abzudeckenden Fehlbeträge, und zum anderen ein deutlicher Rückgang der Zuweisungen der Länder an die Kommunen, insbesondere der Investitionszuweisungen. So sinnvoll die erheblichen Einsparungen bei den Sachinvestitionen zur Konsolidierung der Haushalte sein mögen, so problematisch ist dies für die wirtschaftliche Entwicklung. Denn es werden etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen von der kommunalen Ebene bestritten. Somit werden durch Kürzungen in diesem Bereich die Möglichkeiten für eine wirtschaftlich aufholende Entwicklung in den östlichen Ländern eingeschränkt und ein Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit wirkt sich auch nachteilig auf die Nachfrage am Arbeitsmarkt aus. Entsprechend kann bei vielen Städten von einer „Konsolidierung“ im eigentlichen Wortsinn – d.h. von einer „Festigung“ bzw. „Sicherung“ der Haushalte – nicht mehr gesprochen werden. Allerdings zeigt sich seit 2006 eine Trendwende. Im Jahr 2007 stiegen die Investitionsausgaben bundesweit um 5%, für 2008 wird ein Anstieg von knapp 8% erwartet. Diese Entwicklung zeigt sich vor allem in den westdeutschen Ländern. (Anton/Diemert 2008: 20) Doch existiert in Gesamtdeutschland ein erheblicher Investitionsrückstand und Investitionsbedarf, den das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) für den Zeitraum 2006 bis 2020 auf über 700 Mrd. € schätzt (DIFU 2008: 12).

Offenbar konnte jedoch durch die seit 2004 relativ günstige Entwicklung auf der Steuereinnahmenseite bei gleichzeitig drastischer Rückführung der Investitionstätigkeit die weitere Zunahme der *Schulden in € je E.* im Durchschnitt aller 429 Kreise und kreisfreien Städte mit gut 1% deutlich unter der Inflationsrate von 12,5% gehalten werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass durch die bereits angesprochenen kumulierten Haushaltsfehlbeträge aus den Vorjahren sich viele Städte und Gemeinden gezwungen sahen, große Teile ihrer laufenden Ausgaben über Kassenkredite zu finanzieren. Der Stand der kommunalen Kassenkredite ist im Jahr 2007 um weitere 0,8 Mrd. Euro gewachsen. Mit über 28 Mrd. Euro haben sie sich seit dem Jahr 2000 in nur sieben Jahren nahezu vervierfacht (Anton und Diemert 2008: 6).

Die grundsätzlich positive Entwicklung bei den in der Tabelle 5.2 ausgewiesenen Kreditmarktschulden gilt vor allem für die ostdeutschen Kommunen. In den ostdeutschen kreisfreien Städten hat die Pro-Kopf-Verschuldung

um gut 13% abgenommen, während sie in den westdeutschen (nominal) stagnierten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass diese Zahlen nicht „die ganze Wahrheit“ wiedergeben, da neben den Kernhaushalten lediglich die fundierten Schulden der Eigenbetriebe und kommunalen Krankenhäuser einbezogen werden. Unberücksichtigt bleiben aber weitere Rechtsformen, von denen die Kommunen auch umfassend Gebrauch machen und für deren Verschuldung sie mit bürgen. Zu nennen wären z. B. die als Aktiengesellschaft (AG) geführten Stadtwerke oder eine Wohnungsgesellschaft, die privatrechtlich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) organisiert sind. Bei den kommunalen Unternehmen fallen mittlerweile etwa genauso viele Schulden an wie im Kernhaushalt.²⁶

In welchem Verhältnis die über die Jahre kumulierten Schulden zu der Einnahmekraft aus den originären Gemeindesteuereinnahmen stehen, lässt sich durch die *Schulden/Steuerquote* illustrieren. So hat im Jahr 2007 in den ostdeutschen kreisfreien Städten der kumulierte Schuldenstand den 2,2fachen Betrag der Steuereinnahmen des betreffenden Jahres erreicht; in den westdeutschen Städten erreicht die Schulden/Steuerquote einen Wert von rd. 140%. Noch dramatischer als in den ostdeutschen kreisfreien Städten zeigt sich die Lage in den dortigen Landkreisen. Hier liegt die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2007 mit nahezu 1150 € sogar schon erheblich über den Werten des vergleichbaren westdeutschen Raumtyps (knapp 970 €). Entsprechend beträgt der Schuldenstand bereits das 2,7fache der jährlichen Steuereinnahmen.

Perspektivisch stehen die Städte vor gewaltigen Herausforderungen. Bedingt durch die Wirtschaftskrise 2008/2009 erwartet etwa die Stadt München für das Jahr 2009 einen Rückgang der Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 400 Mio. Euro (-24%) gegenüber dem Vorjahr (Hassel 2009: 27). Die „Umfrage der Welt am Sonntag“ unter den 20 größten Städten Deutschlands ergab darüber hinaus, dass das Gewerbesteuer-Minus in Mannheim 17%, in Dresden 20% und in Hannover und Duisburg 30% betragen soll. Viele Städte fürchten um ihre Eigenständigkeit. Diese Entwicklungen verdeutlichen wieder einmal die Problematik der stark konjunkturabhängigen – und für die Kommunen so bedeutsamen – Gewerbesteuer und verweisen auf die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Gemeindefinanzreform.

26 Für eine erste umfassende Analyse der kommunalen Verschuldungssituation sei auf die Publikation von Junkernheinrich/Micosatt (2008) verwiesen.

Tabelle 1.1: Bevölkerung

Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2007	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2007	Bevölkerung Entw. 1995-2007 in %	Bevölkerung Entw. 2000-2007 in %	Gesamtwanderungssaldo 2007 je 1 000 E.	Außenwanderungssaldo 2007 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2007 in %
Raumbezug								
BRD insgesamt	429	357089	82217,8	0,5	-0,1	0,5	0,5	8,8
Westdeutschland	326	248494	65664,3	2,3	1,0	1,3	0,6	9,8
Ostdeutschland	103	108595	16553,6	-6,2	-3,9	-2,6	0,3	4,8
Landkreise	312	340158	55508,5	1,2	-0,6	-0,9	0,3	6,6
Westdeutschland	236	236332	45913,8	3,3	0,8	0,3	0,3	7,6
Ostdeutschland	76	103826	9594,7	-7,9	-6,7	-6,6	-0,1	1,7
Kreisfreie Städte	117	16931	26709,4	-0,9	1,0	3,4	1,1	13,5
Westdeutschland	90	12162	19750,5	0,1	1,4	3,6	1,1	15,0
Ostdeutschland	26	3877	3542,6	-5,7	-0,8	2,3	0,5	4,2
Berlin Ost/West	1	892	3416,3	-1,6	1,0	3,5	1,4	14,0
<i>Kreisfreie Städte</i>								
> 1 Mio. E.	3	1957	6498,5	1,3	3,0	6,5	2,0	16,0
Westdeutschland	2	1066	3082,2	4,7	5,4	9,9	2,8	18,2
Berlin Ost/West	1	892	3416,3	-1,6	1,0	3,5	1,4	14,0
< 1 Mio. E.	10	2706	6070,7	1,7	2,1	5,2	0,8	15,3
Westdeutschland	8	2080	5052,6	0,5	1,6	4,3	0,8	17,2
Ostdeutschland	2	626	1018,0	8,3	4,8	9,8	0,8	5,6
< 500.000 E.	7	1501	2522,6	-3,1	-1,2	-0,2	0,9	15,0
Westdeutschland	7	1501	2522,6	-3,1	-1,2	-0,2	0,9	15,0
Ostdeutschland	-	-	-	-	-	-	-	-
< 300.000 E.	51	6922	8899,7	-2,2	0,5	2,0	0,9	11,8
Westdeutschland	42	5297	7329,0	-0,5	0,9	2,1	1,0	13,4
Ostdeutschland	9	1625	1570,7	-9,2	-1,2	1,6	0,5	4,0
< 100.000 E.	46	3844	2717,9	-5,4	-2,0	0,2	0,4	7,5
Westdeutschland	31	2218	1764,1	-1,2	0,0	2,8	0,6	10,0
Ostdeutschland	15	1626	953,8	-12,3	-5,6	-4,6	0,1	3,1

Noch *Tabelle 1.1*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2007	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2007	Bevölkerung Entw. 1995-2007 in %	Bevölkerung Entw. 2000-2007 in %	Gesamtwanderungs-saldo 2007 je 1 000 E.	Außenwanderungs-saldo 2007 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2007 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		7	7304	3184,6	5,9	3,0	7,1	1,8	10,3
	Kern	1	755	1770,6	3,7	5,4	9,5	3,1	14,3
	Rand	6	6549	1414,0	8,9	1,0	4,1	0,1	5,3
Bremen		8	3893	1363,0	1,0	2,1	1,6	1,3	9,3
	Kern	1	325	547,8	-0,3	1,6	1,8	1,7	13,1
	Rand	7	3568	815,2	1,8	4,8	1,4	1,0	6,7
Region Hannover		1	2291	1130,0	1,9	-1,2	2,5	1,1	10,4
Ruhr		16	5494	5675,3	-3,8	-2,4	-1,3	0,8	11,7
	Kern	10	1455	3178,9	-5,2	-2,6	-0,6	1,1	13,6
	Rand	6	4039	2496,4	-1,9	-2,3	-2,1	0,3	9,4
Rhein		15	5325	5775,2	2,0	1,2	2,1	0,4	12,6
	Kern	8	1312	2923,7	0,5	1,3	3,2	0,6	15,9
	Rand	7	4013	2851,5	3,5	1,0	0,8	0,1	9,3
Rhein-Main		16	7567	4059,3	3,2	1,7	1,7	-0,7	14,0
	Kern	7	1296	1955,5	3,0	2,4	3,3	-0,6	18,0
	Rand	9	6271	2103,8	3,3	1,0	0,2	-0,8	10,4
Rhein-Neckar		9	2613	1747,5	2,1	1,5	2,8	1,7	13,8
	Kern	3	331	618,9	0,2	1,6	4,3	4,5	21,2
	Rand	6	2281	1128,6	3,2	1,4	1,9	0,1	9,8
Karlsruhe		5	2393	1161,1	5,0	2,6	3,9	2,1	11,5
	Kern	2	271	408,3	3,5	3,2	7,7	5,0	16,2
	Rand	3	2122	752,8	5,8	2,3	1,8	0,5	8,9
Stuttgart		9	5373	3341,9	4,6	2,4	0,7	-0,6	15,2
	Kern	1	207	597,2	2,0	2,3	4,6	-0,3	23,1
	Rand	8	5166	2744,8	5,1	2,5	-0,1	-0,6	13,5
München		8	4700	2509,9	9,2	7,3	9,3	1,3	17,3
	Kern	2	978	1627,0	7,4	8,1	10,6	1,9	21,4
	Rand	6	3722	882,9	12,7	5,8	6,9	0,3	9,8

Noch *Tabelle 1.1*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Anzahl der Kreise	Fläche in km ² 2007	Bevölkerung in 1 000 im Jahr 2007	Bevölkerung Entw. 1995-2007 in %	Bevölkerung Entw. 2000-2007 in %	Gesamtwanderungssaldo 2007 je 1 000 E.	Außenwanderungssaldo 2007 je 1 000 E.	Ausländer Anteil 2007 in %
Nürnberg		9	3577	1412,1	3,1	2,0	3,5	0,4	11,1
Kern		4	367	760,6	2,8	3,1	5,5	0,0	16,0
Rand		5	3210	651,4	3,4	0,8	1,1	0,9	5,5
Berlin/Potsdam		11	17615	5083,1	2,0	1,4	3,3	1,0	10,2
Kern		2	1079	3567,1	-1,1	1,6	3,8	1,4	13,6
Rand		9	16536	1516,1	10,1	1,0	2,2	0,1	2,3
Rostock		2	1544	319,1	-2,8	0,1	0,7	0,4	3,2
Kern		1	181	200,4	-11,9	0,0	4,0	0,7	3,9
Rand		1	1362	118,7	17,7	0,5	-4,7	-0,2	2,0
Magdeburg		4	5570	734,5	-9,7	-6,2	-5,0	-0,1	2,0
Kern		1	201	230,1	-10,7	-0,6	4,8	-0,3	3,5
Rand		3	5369	504,4	-9,2	-8,5	-9,4	0,0	1,4
Halle/Leipzig		6	4365	1344,1	-5,2	-2,4	0,1	0,3	3,9
Kern		2	432	744,8	-1,2	0,5	5,1	1,0	5,6
Rand		4	3933	599,3	-9,8	-5,8	-6,2	-0,4	1,8
Dresden		7	4864	1211,8	-3,5	-1,6	0,6	-0,2	3,2
Kern		1	328	507,5	8,2	6,2	10,7	0,0	4,8
Rand		6	4536	704,3	-10,5	-6,6	-6,7	-0,3	2,0
Chemnitz		6	3106	819,9	-10,7	-6,8	-4,8	0,3	2,4
Kern		1	221	245,0	-8,2	-5,5	1,8	1,6	4,7
Rand		5	2885	574,9	-11,7	-7,4	-7,7	-0,2	1,4
Erfurt/Wei./Jena		8	4671	877,0	-3,6	-2,5	-2,5	0,9	2,7
Kern		3	468	370,4	-1,0	2,1	2,4	1,2	4,1
Rand		5	4203	506,6	-5,5	-5,6	-6,0	0,6	1,7
Stadtregionen (ges.)		146	89972	40619,5	1,1	0,8	2,1	0,6	11,3
Kerne gesamt		50	10209	20253,9	0,1	1,6	4,3	1,2	14,7
Westdeutschland		39	7299	14388,6	0,8	1,7	4,3	1,3	16,5
Ostdeutschland		11	2911	5865,3	-1,5	1,4	4,5	1,1	10,1
Ränder gesamt		96	79763	20365,6	2,2	0,0	-0,2	0,0	7,9
Westdeutschland		63	40940	15841,4	3,8	1,3	0,9	0,0	9,6
Ostdeutschland		33	38823	4524,2	-3,1	-4,1	-3,9	-0,1	1,9

Tabelle 1.2: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Binnenwanderungssaldo insgesamt 2007 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2007	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2007 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 74 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 74 Jahren Entw. 2000-2007 in %
BRD insgesamt		0,0	-1,7	-9,9	6,1	0,9	20,1	20,6	8,5	17,6
Westdeutschland		0,7	-1,4	-6,4	6,0	-1,4	19,7	19,4	8,5	16,6
Ostdeutschland		-2,9	-2,9	-24,6	6,5	10,2	21,6	25,2	8,6	21,3
Landkreise		-1,1	-2,0	-11,0	5,4	-4,9	20,2	22,3	8,5	21,0
Westdeutschland		0,0	-1,5	-7,3	5,4	-6,1	19,7	22,1	8,3	20,3
Ostdeutschland		-6,5	-4,3	-29,4	5,5	1,2	22,5	23,2	9,1	24,4
Kreisfreie Städte		2,4	-1,1	-7,1	7,4	11,1	20,0	17,2	8,5	11,0
Westdeutschland		2,5	-1,2	-3,9	7,3	7,9	19,8	13,6	8,7	9,2
Ostdeutschland		1,8	-2,0	-21,5	7,7	26,7	22,5	29,3	8,9	23,8
Berlin Ost/West		2,2	0,1	-11,8	7,8	14,9	18,4	26,9	7,0	8,8
<i>Kreisfreie Städte</i>										
> 1 Mio. E.		4,5	0,5	-5,5	8,1	16,1	18,3	21,6	7,3	6,2
Westdeutschland		7,1	1,0	2,2	8,5	17,3	18,2	16,0	7,7	3,7
Berlin Ost/West		2,2	0,1	-11,8	7,8	14,9	18,4	26,9	7,0	8,8
< 1 Mio. E.		4,5	-0,7	-3,8	7,7	13,7	20,0	15,9	8,6	11,0
Westdeutschland		3,5	-0,8	-2,4	7,5	8,8	19,6	13,7	8,5	9,4
Ostdeutschland		9,1	-0,1	-11,6	8,9	40,3	21,8	27,1	8,9	19,2
< 500.000 E.		-1,0	-2,3	-6,6	6,6	2,5	20,6	11,4	9,2	12,2
Westdeutschland		-1,0	-2,3	-6,6	6,6	2,5	20,6	11,4	9,2	12,2
Ostdeutschland		-	-	-	-	-	-	-	-	-
< 300.000 E.		1,1	-1,6	-8,0	7,2	9,2	20,3	16,1	8,8	12,5
Westdeutschland		1,1	-1,5	-5,1	7,2	6,1	19,9	13,3	8,8	10,2
Ostdeutschland		1,1	-2,2	-22,3	7,6	25,7	22,3	29,6	8,8	24,8
< 100.000 E.		-0,3	-3,4	-15,0	6,5	5,9	22,3	19,9	9,5	14,4
Westdeutschland		2,1	-3,1	-7,7	6,4	2,3	21,5	14,2	9,7	8,8
Ostdeutschland		-4,7	-3,8	-29,0	6,6	12,9	23,8	31,0	9,2	27,4

Noch *Tabelle 1.2*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator								
	Binnenwanderungssaldo insgesamt 2007 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2007	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2007 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 74 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 74 Jahren Entw. 2000-2007 in %
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg	5,3	-0,7	-1,0	6,6	4,8	19,2	22,3	7,9	9,9
Kern	6,4	-0,2	-1,1	8,0	10,8	18,6	13,9	8,0	3,1
Rand	4,0	-1,3	-0,9	4,8	-6,0	20,0	33,8	7,7	20,3
Bremen	0,3	-2,2	-5,5	6,1	0,4	20,2	19,9	8,5	9,8
Kern	0,2	-2,1	-4,8	7,1	10,3	21,0	16,3	9,2	7,5
Rand	0,4	-2,3	-5,9	5,4	-7,1	19,6	22,6	8,1	11,7
Region Hannover	1,4	-1,4	-2,7	6,5	2,3	20,6	19,9	8,7	12,3
Ruhr	-2,0	-3,5	-9,7	5,7	-4,7	21,1	13,0	9,2	18,1
Kern	-1,7	-3,8	-8,4	6,0	-1,3	21,5	9,7	9,6	14,9
Rand	-2,4	-3,2	-11,2	5,2	-9,3	20,5	17,6	8,8	22,7
Rhein	1,7	-1,1	-4,6	6,1	1,2	19,8	20,6	8,2	17,3
Kern	2,6	-0,7	-3,5	7,0	6,4	19,6	15,6	8,4	11,5
Rand	0,7	-1,5	-5,6	5,1	-5,3	20,0	26,1	8,0	24,2
Rhein-Main	2,4	0,1	-2,1	6,3	0,8	18,7	20,2	8,0	14,6
Kern	3,9	1,2	1,6	7,3	6,3	18,3	15,9	7,9	9,6
Rand	1,0	-0,9	-5,0	5,4	-5,4	19,1	24,2	8,0	19,7
Rhein-Neckar	1,1	-1,0	-5,7	6,3	3,2	19,4	19,6	8,3	18,4
Kern	-0,2	0,2	-4,0	7,8	7,6	18,6	13,5	8,3	11,0
Rand	1,8	-1,6	-6,5	5,5	0,1	19,8	23,0	8,3	22,8
Karlsruhe	1,8	-0,7	-5,6	6,2	2,7	19,2	22,1	8,2	21,7
Kern	2,7	-0,7	-2,2	7,5	8,8	19,8	14,1	9,0	10,7
Rand	1,2	-0,6	-7,0	5,5	-1,3	18,8	27,3	7,8	29,7
Stuttgart	1,3	0,7	-4,3	6,4	-0,8	18,7	25,2	7,8	20,7
Kern	4,9	0,9	-1,5	8,2	5,8	18,8	16,3	8,2	6,9
Rand	0,5	0,6	-4,8	6,0	-2,6	18,6	27,3	7,7	24,5
München	8,0	2,1	5,4	7,5	14,9	17,7	26,6	7,2	12,4
Kern	8,7	2,3	7,8	8,4	22,0	17,9	23,2	7,3	7,9
Rand	6,7	1,7	2,1	5,7	-0,6	17,5	33,5	6,9	22,1

Noch *Tabelle 1.2*: Bevölkerung

Raumbezug	Indikator	Binnenwanderungssaldo insgesamt 2007 je 1 000 E.	Natürlicher Saldo je 1 000 E. 2007	Einwohner im Alter von 0-<18 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren 2007 in %	Einwohner im Alter von 25-<30 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 64 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 64 Jahren Entw. 2000-2007 in %	Anteil der Einwohner über 74 Jahre 2007 in %	Einwohner im Alter von über 74 Jahren Entw. 2000-2007 in %
Nürnberg		3,1	-1,3	-6,1	6,3	5,6	19,5	20,5	8,3	16,4
Kern		5,5	-1,0	-2,0	7,4	12,7	20,0	15,6	8,8	11,2
Rand		0,2	-1,7	-9,7	5,1	-4,6	18,9	27,2	7,7	24,3
Berlin/Potsdam		2,4	-0,7	-14,5	7,1	15,2	19,1	30,8	7,2	16,9
Kern		2,5	0,2	-14,5	7,8	16,0	18,4	27,6	7,0	10,0
Rand		2,2	-2,8	-21,4	5,4	12,7	20,7	38,0	7,5	35,6
Rostock		0,4	-1,6	-26,4	7,2	33,1	20,8	42,2	7,4	41,5
Kern		3,2	-1,2	-26,0	8,4	42,1	22,4	41,5	8,0	43,0
Rand		-4,5	-2,1	-27,0	5,2	13,4	18,1	43,9	6,5	38,6
Magdeburg		-4,9	-4,8	-29,0	6,2	9,3	22,5	22,6	9,0	21,3
Kern		5,1	-3,4	-22,6	7,5	33,5	22,9	27,8	8,9	20,4
Rand		-9,4	-5,4	-31,4	5,5	-1,7	22,4	20,3	9,0	21,7
Halle/Leipzig		-0,2	-2,7	-22,5	7,1	19,4	22,1	24,4	9,0	22,3
Kern		4,2	-1,8	-17,0	8,4	33,1	22,2	25,4	9,0	19,6
Rand		-5,7	-3,8	-28,1	5,5	-0,1	22,1	23,1	9,0	25,8
Dresden		0,8	-1,6	-21,5	7,0	18,3	22,8	26,1	9,3	20,3
Kern		10,7	1,0	-10,7	9,0	38,8	21,5	28,5	8,8	18,6
Rand		-6,4	-3,5	-27,6	5,6	1,0	23,8	24,5	9,7	21,3
Chemnitz		-5,2	-5,0	-26,1	5,9	5,3	24,8	17,3	10,8	19,6
Kern		0,3	-4,8	-22,7	6,5	17,0	25,7	22,2	10,8	17,5
Rand		-7,5	-5,1	-27,4	5,7	0,4	24,4	15,2	10,8	20,6
Erfurt/Wei./Jena		-3,3	-2,3	-24,1	7,0	15,1	20,7	26,0	8,2	21,9
Kern		1,2	-0,4	-18,2	8,4	28,6	20,0	29,9	7,9	22,6
Rand		-6,6	-3,8	-27,9	5,9	3,7	21,2	23,4	8,5	21,5
Stadtregionen (ges.)		1,5	-1,2	-8,1	6,4	5,2	19,8	21,8	8,2	17,0
Kerne gesamt		3,1	-0,6	-5,7	7,5	11,9	19,6	18,2	8,3	11,4
Westdeutschland		3,0	-0,7	-2,5	7,2	7,8	19,5	14,6	8,5	10,2
Ostdeutschland		3,4	-0,4	-13,8	8,0	22,3	19,9	27,7	7,7	14,7
Ränder gesamt		-0,2	-1,7	-10,1	5,4	-2,8	20,0	25,6	8,2	23,2
Westdeutschland		0,9	-1,1	-5,8	5,4	-4,7	19,5	25,2	8,0	22,4
Ostdeutschland		-3,9	-3,7	-26,1	5,5	4,6	22,0	26,5	8,7	26,0

Tabelle 2: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2007	Wohnfläche Differenz 2000-2007 in m ² je E.	Baulandpreise 2005/06/07 in € je m ²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2007	Entw. der Zahl der fertig gestellten Wohnungen 2000-2007 in %	Fertig gestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2007	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2007	PKW je 1 000 E. 2007
BRD insgesamt		41,0	2,4	112,8	210,7	-50,2	5,3	2,2	501
Westdeutschland		41,7	2,3	134,2	183,8	-44,8	5,9	2,4	512
Ostdeutschland		38,3	2,6	44,9	26,9	-70,1	3,0	1,7	457
Landkreise		42,3	3,0	95,1	155,0	-52,1	6,0	2,2	536
Westdeutschland		43,1	2,8	115,1	138,1	-47,7	6,6	2,4	539
Ostdeutschland		38,5	3,9	32,8	16,9	-71,6	3,4	1,6	523
Kreisfreie Städte		38,5	1,1	160,0	55,7	-44,1	3,9	2,2	428
Westdeutschland		38,6	1,2	184,3	45,7	-33,7	4,4	2,3	449
Ostdeutschland		37,8	0,9	68,1	6,4	-70,8	3,1	2,1	412
Berlin Ost/West		38,4	0,6	356,6	3,7	-59,0	2,0	1,4	319
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		37,5	0,3	614,9	11,4	-47,4	3,3	2,3	371
Westdeutschland		36,5	-0,1	744,1	7,7	-39,1	4,7	3,2	428
Berlin Ost/West		38,4	0,6	356,6	3,7	-59,0	2,0	1,4	319
< 1 Mio. E.		38,0	0,6	301,3	13,1	-40,6	4,0	2,7	425
Westdeutschland		37,9	0,9	341,2	11,8	-24,4	4,4	2,8	435
Ostdeutschland		38,3	-1,1	141,4	1,3	-79,4	2,2	1,8	376
< 500.000 E.		38,8	1,7	131,9	5,0	-29,7	3,8	1,6	464
Westdeutschland		38,8	1,7	131,9	5,0	-29,7	3,8	1,6	464
Ostdeutschland		-	-	-	-	-	-	-	-
< 300.000 E.		38,6	1,4	163,5	20,4	-41,7	4,4	2,1	446
Westdeutschland		38,9	1,4	182,1	17,3	-33,1	4,6	2,0	452
Ostdeutschland		37,2	1,1	76,8	3,1	-66,0	3,4	2,4	416
< 100.000 E.		41,0	2,2	99,9	5,8	-57,9	3,9	2,0	476
Westdeutschland		42,7	2,1	122,5	3,9	-49,4	4,2	2,0	493
Ostdeutschland		38,0	2,4	53,2	1,9	-68,6	3,4	2,0	444

Noch *Tabelle 2*: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2007	Wohnfläche Differenz 2000-2007 in m ² je E.	Baulandpreise 2005/06/07 in € je m ²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2007	Entw. der Zahl der fertig gestell- ten Wohnungen 2000-2007 in %	Fertig gestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2007	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2007	PKW je 1 000 E. 2007
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		38,4	1,2	168,8	8,0	-50,2	5,2	2,7	462
Kern		35,5	0,4	480,5	3,2	-51,2	3,6	2,6	403
Rand		42,1	2,2	116,9	4,8	-49,5	7,4	2,9	537
Bremen		42,5	2,0	88,9	2,7	-60,0	4,0	1,9	453
Kern		39,9	0,7	165,8	0,9	-42,0	3,3	1,7	393
Rand		44,2	2,8	77,9	1,8	-65,7	4,5	2,1	493
Region Hannover		42,0	1,5	150,4	2,0	-51,1	3,4	1,3	448
Ruhr		37,9	2,4	155,4	9,8	-50,2	3,5	1,5	471
Kern		37,8	2,1	163,9	4,5	-48,4	2,7	1,3	448
Rand		38,1	2,7	141,2	5,3	-51,7	4,6	1,8	501
Rhein		39,4	1,6	195,6	14,4	-41,8	5,1	2,4	486
Kern		38,4	1,1	210,6	7,2	-30,2	4,7	2,5	451
Rand		40,5	2,2	178,5	7,2	-50,1	5,6	2,3	521
Rhein-Main		40,9	1,8	255,0	12,1	-31,0	6,2	3,1	535
Kern		38,8	1,1	303,3	6,4	-19,2	6,5	3,5	499
Rand		42,8	2,4	217,5	5,7	-40,8	6,0	2,7	569
Rhein-Neckar		41,9	1,6	180,5	4,4	-40,2	5,3	1,9	506
Kern		38,6	0,7	118,0	1,3	-24,1	4,1	1,3	421
Rand		43,8	2,1	211,8	3,2	-45,0	6,0	2,3	552
Karlsruhe		41,7	1,4	195,5	3,6	-30,2	6,8	2,2	515
Kern		38,9	0,2	218,2	1,0	-29,7	5,0	1,9	448
Rand		43,2	2,1	180,3	2,6	-30,3	7,9	2,4	551
Stuttgart		39,7	1,7	320,3	10,8	-35,8	6,9	3,0	528
Kern		36,0	0,3	754,2	1,3	-28,1	4,3	2,1	454
Rand		40,6	2,0	266,1	9,5	-36,7	7,6	3,2	544
München		39,5	0,7	446,1	10,8	-31,6	8,5	4,2	526
Kern		38,5	-0,1	790,0	6,5	-29,9	7,4	4,3	523
Rand		41,2	2,3	331,5	4,3	-34,1	11,3	4,2	532

Noch *Tabelle 2*: Flächen- und Siedlungsentwicklung

Raumbezug	Indikator	Wohnfläche in m ² je E. 2007	Wohnfläche Differenz 2000-2007 in m ² je E.	Baulandpreise 2005/06/07 in € je m ²	Fertiggestellte Wohnungen in 1 000 2007	Entw. der Zahl der fertig gestellten Wohnungen 2000-2007 in %	Fertig gestellte Wohnungen je 1 000 des Bestandes insg. 2007	Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 1 000 E. 2007	PKW je 1 000 E. 2007
Nürnberg		41,4	1,8	188,7	4,2	-30,2	6,2	3,0	508
Kern		38,9	0,7	231,2	2,1	2,5	5,4	3,2	453
Rand		44,3	3,1	154,7	2,1	-47,6	7,1	2,7	572
Berlin/Potsdam		38,4	1,5	88,0	9,7	-62,6	3,6	2,1	382
Kern		38,3	0,6	250,4	4,3	-56,0	2,2	1,6	323
Rand		38,5	3,5	51,9	5,4	-66,5	7,3	3,3	520
Rostock		36,9	3,3	62,8	1,2	-60,2	7,1	3,9	432
Kern		34,7	2,0	65,7	0,6	-50,7	5,2	1,5	367
Rand		40,5	5,6	59,8	0,6	-66,4	10,7	8,1	541
Magdeburg		39,4	3,4	37,5	1,0	-76,6	2,4	1,2	488
Kern		36,8	0,6	64,0	0,3	-74,9	1,8	1,3	421
Rand		40,5	4,5	28,6	0,7	-77,2	2,6	1,2	519
Halle/Leipzig		38,7	1,4	60,4	2,2	-79,4	3,0	1,5	437
Kern		40,0	-0,3	86,5	1,3	-77,3	2,9	1,6	365
Rand		37,1	3,4	47,4	0,9	-81,8	3,1	1,3	528
Dresden		36,2	1,4	63,3	1,6	-77,7	2,4	1,6	465
Kern		36,3	-1,4	197,0	0,6	-77,0	2,0	2,2	389
Rand		36,2	3,2	41,0	1,0	-78,0	2,8	1,2	520
Chemnitz		37,2	2,7	31,6	0,9	-75,1	1,9	1,0	521
Kern		39,5	0,9	45,0	0,2	-83,7	1,2	1,4	481
Rand		36,3	3,5	29,0	0,7	-70,9	2,2	0,8	539
Erfurt/Wei./Jena		37,5	2,3	49,5	1,6	-70,1	3,5	1,9	472
Kern		36,0	0,7	78,3	1,0	-61,9	4,9	2,9	411
Rand		38,5	3,4	32,2	0,6	-78,1	2,3	1,1	516
Stadtregionen (ges.)		39,3	1,7	169,7	99,0	-49,4	4,9	2,4	479
Kerne gesamt		38,0	0,8	228,4	42,6	-43,4	4,0	2,3	426
Westdeutschland		38,0	1,0	260,0	34,4	-33,0	4,6	2,5	456
Ostdeutschland		38,1	0,4	116,4	8,2	-65,8	2,5	1,7	351
Ränder gesamt		40,6	2,6	139,2	56,3	-53,2	5,9	2,5	532
Westdeutschland		41,3	2,3	190,5	46,4	-45,2	6,4	2,6	535
Ostdeutschland		38,0	3,6	41,1	9,9	-72,2	4,4	2,0	523

Tabelle 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2007	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 2000-2007 in % ²⁷	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2007 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 2000-2007 in % ²⁸	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2007 ²⁹	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2007	Arbeitslosenquote 2007	Arbeitslosenquote Differenz 2001-2007 in %-Punkten
BRD insgesamt		26854,6	-3,2	45,0	-1,3	6,3	3776,4	10,1	-0,1
Westdeutschland		21737,2	-1,6	43,9	0,4	19,0	2485,8	8,4	0,4
Ostdeutschland		5117,3	-10,4	49,5	-8,2	-67,2	1290,6	16,8	-1,9
Landkreise		15430,1	-3,3	43,8	-1,9	-194,1	2241,1	8,8	-0,5
Westdeutschland		12828,3	-1,5	43,1	0,1	-180,2	1486,2	7,2	0,0
Ostdeutschland		2601,7	-13,3	47,1	-11,7	-290,8	754,9	16,4	-2,7
Kreisfreie Städte		11424,5	-3,0	46,6	-,6	278,7	1535,3	12,9	0,8
Westdeutschland		8908,9	-1,8	45,1	0,9	305,8	999,6	11,3	1,3
Ostdeutschland		1467,8	-7,0	52,3	-5,2	227,9	274,6	16,8	-1,3
Berlin Ost/West		1047,8	-8,0	51,5	-5,0	89,7	261,0	17,9	0,0
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		2493,2	-3,3	48,4	-1,0	196,9	386,9	13,7	0,7
Westdeutschland		1445,4	0,5	46,2	2,4	274,6	125,9	9,0	1,5
Berlin Ost/West		1047,8	-8,0	51,5	-5,0	89,7	261,0	17,9	0,0
< 1 Mio. E.		2915,1	-2,1	45,6	1,2	363,3	354,1	13,0	1,3
Westdeutschland		2496,0	-2,3	44,6	1,5	363,3	279,1	12,2	1,7
Ostdeutschland		419,0	-1,3	51,2	-0,3	-	75,1	16,6	-0,9
< 500.000 E.		955,6	-6,0	44,1	-2,4	208,4	139,5	12,4	1,0
Westdeutschland		955,6	-6,0	44,1	-2,4	208,4	139,5	12,4	1,0
Ostdeutschland		-	-	-	-	-	-	-	-
< 300.000 E.		3825,9	-2,8	46,4	-0,6	282,0	491,8	12,2	0,8
Westdeutschland		3165,7	-1,9	45,0	0,4	291,9	373,5	11,4	1,3
Ostdeutschland		660,3	-8,4	53,0	-6,2	225,5	118,3	16,2	-1,4
< 100.000 E.		1234,7	-3,0	48,2	-2,1	321,3	162,9	13,2	-0,2
Westdeutschland		846,2	0,9	46,3	1,6	351,7	81,6	10,3	0,5
Ostdeutschland		388,5	-11,4	52,3	-9,0	232,4	81,3	18,3	-1,4

27 Für Sachsen-Anhalt fehlen die Daten für die SVB für das Jahr 2000

28 Für Sachsen-Anhalt fehlen die Daten für die weiblichen SVB für das Jahr 2000

29 Für Sachsen fehlen die Daten für das Pendlersaldo 2007

Noch *Tabelle 3*: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2007	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 2000-2007 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2007 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 2000-2007 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2007	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2007	Arbeitslosenquote 2007	Arbeitslosenquote Differenz 2001-2007 in %-Punkten
<i>Stadtregionen</i>									
Hamburg		1124,5	0,6	45,3	1,9	78,1	128,5	9,1	0,6
Kern		772,0	1,3	45,2	2,3	269,2	81,3	10,5	1,2
Rand		352,5	-0,7	45,3	1,1	-340,5	47,2	7,3	-0,3
Bremen		472,5	-1,5	44,2	0,4	116,6	71,8	11,8	0,4
Kern		234,3	-1,8	42,7	1,7	300,1	30,9	12,7	0,1
Rand		238,1	-1,3	45,6	-0,7	-64,0	40,9	11,1	0,6
Region Hannover		418,7	-6,8	46,0	-4,0	138,9	57,6	11,0	0,3
Ruhr		1632,8	-6,2	43,0	-2,5	-30,6	326,8	13,0	1,1
Kern		992,3	-5,6	43,1	-2,1	73,1	207,8	14,8	1,8
Rand		640,5	-7,0	42,9	-3,2	-191,2	118,9	10,7	0,3
Rhein		2021,3	-4,2	44,0	-1,1	100,2	279,7	10,7	1,7
Kern		1272,6	-4,6	44,9	-1,5	278,0	163,2	12,2	2,0
Rand		748,7	-3,6	42,3	-0,5	-201,9	116,5	9,1	1,4
Rhein-Main		1571,1	-2,1	44,4	1,0	122,6	149,8	8,1	1,6
Kern		998,7	-2,5	45,0	1,2	340,1	83,7	9,5	2,5
Rand		572,4	-1,5	43,3	0,7	-257,1	66,1	6,8	0,9
Rhein-Neckar		610,6	-1,8	43,7	1,7	63,0	59,0	7,6	0,0
Kern		321,0	-5,1	43,2	-0,2	408,3	25,4	9,4	0,1
Rand		289,6	2,1	44,2	3,7	-319,8	33,7	6,5	-0,1
Karlsruhe		417,4	2,2	43,9	3,1	40,3	32,8	6,1	0,1
Kern		200,6	0,3	47,6	2,4	341,1	15,3	8,3	0,8
Rand		216,8	3,9	40,4	3,9	-237,9	17,5	4,9	-0,2
Stuttgart		1256,1	-1,5	42,5	0,2	71,4	86,0	5,6	0,6
Kern		340,6	-2,7	44,7	1,2	427,0	19,5	7,3	1,0
Rand		915,5	-1,0	41,7	-0,3	-60,9	66,5	5,2	0,5
München		1074,6	2,8	45,7	5,2	158,5	66,7	5,7	1,3
Kern		843,4	1,3	45,8	3,9	298,7	50,3	6,6	1,6
Rand		231,2	8,9	45,5	10,2	-352,9	16,4	4,1	0,6

Noch *Tabelle 3*: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte insgesamt in 1 000 2007	SV Beschäftigte insgesamt Entw. 2000-2007 in %	SV Beschäftigte Anteil Frauen 2007 in %	SV Beschäftigte Frauen Entw. 2000-2007 in %	Pendlersaldo je 1 000 SVB am Arbeitsort 2007	Arbeitslose insgesamt in 1 000 2007	Arbeitslosenquote 2007	Arbeitslosenquote Differenz 2001-2007 in %-Punkten
Nürnberg		544,0	0,5	44,8	2,2	88,9	50,8	7,8	0,3
Kern		390,3	0,0	44,6	1,4	336,3	35,2	10,1	0,8
Rand		153,7	1,8	45,4	4,3	-539,4	15,6	5,2	-0,3
Berlin/Potsdam		1508,5	-7,8	50,4	-5,0	-15,4	374,5	16,7	-0,8
Kern		1117,8	-7,4	51,7	-4,3	99,0	268,8	17,6	0,0
Rand		390,6	-8,9	46,5	-7,1	-342,7	105,7	14,7	-2,6
Rostock		106,0	-10,0	51,2	-5,8	-7,2	23,6	15,7	-1,0
Kern		74,9	-10,0	52,4	-6,7	153,7	16,1	17,4	0,5
Rand		31,1	-10,1	48,5	-3,3	-394,6	7,5	12,9	-3,4
Magdeburg		237,6	-	49,8	-	-65,1	56,2	15,9	-3,9
Kern		100,1	-	53,6	-	257,8	18,5	17,0	-2,5
Rand		137,5	-	47,0	-	-300,3	37,7	15,3	-4,5
Halle/Leipzig		455,4	-7,5	49,9	-5,1	37,8	108,9	17,6	-2,2
Kern		287,3	-3,4	53,0	-2,9	170,1	61,7	18,7	-0,9
Rand		168,1	-14,4	44,7	-9,6	-142,1	47,2	16,2	-3,7
Dresden		419,7	-7,3	49,3	-4,7	-	82,3	14,6	-3,1
Kern		219,0	0,7	50,7	2,3	-	32,4	14,1	-1,9
Rand		200,7	-14,6	47,7	-11,7	-	49,9	14,9	-3,9
Chemnitz		272,2	-9,0	47,8	-8,1	-	59,3	15,4	-2,8
Kern		105,3	-10,8	49,5	-9,2	-	18,2	16,4	-1,7
Rand		166,9	-7,9	46,8	-7,3	-	41,1	15,0	-3,2
Erfurt/Wei./Jena		306,4	-8,9	48,4	-9,0	16,3	60,4	14,4	-1,9
Kern		160,9	-8,1	51,8	-7,6	260,5	25,2	14,8	-1,2
Rand		145,5	-9,7	44,6	-10,8	-253,7	35,2	14,1	-2,3
Stadtregionen (ges.)		14030,7	-3,4	45,4	-0,9	63,1	2017,0	11,0	0,3
Kerne gesamt		8431,2	-3,4	46,4	-0,6	250,0	1153,6	12,8	1,0
Westdeutschland		6365,8	-2,4	44,7	0,6	278,4	712,6	11,0	1,6
Ostdeutschland		2065,4	-6,5	51,8	-4,1	132,9	441,0	17,2	-0,5
Ränder gesamt		5599,5	-3,3	43,9	-1,4	-225,0	863,4	9,2	-0,4
Westdeutschland		4359,1	-1,4	43,1	0,6	-211,2	539,2	7,5	0,5
Ostdeutschland		1240,4	-10,6	46,4	-8,7	-303,7	324,3	14,9	-3,3

Tabelle 4: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator	SV Beschäftigte im Sekundären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Sekundären Sektor Entw. 2000- 2007 in %	SV Beschäftigte im Tertiären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Tertiären Sektor Entw. 2000-2007 in %	Bruttowertschöpfung 2006 in Mrd. €	BWS 2000-2006 in %	BWS in 1 000 € je E. 2006	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2006
BRD insgesamt		31,9	-11,4	66,8	1,4	2094,2	12,8	25,4	53,6
Westdeutschland		33,3	-10,7	65,7	2,7	1781,5	13,1	27,1	55,9
Ostdeutschland		26,2	-15,2	71,5	-3,9	312,8	11,0	18,8	43,4
Landkreise		38,4	-9,5	59,8	1,9	1192,3	13,7	21,4	51,9
Westdeutschland		39,2	-9,0	59,5	3,4	1036,4	13,8	22,5	53,5
Ostdeutschland		34,4	-12,4	61,5	-6,6	155,9	13,1	16,0	43,1
Kreisfreie Städte		23,2	-15,3	76,2	1,0	901,9	11,7	33,9	56,0
Westdeutschland		24,7	-14,3	74,7	1,9	745,0	12,3	37,8	59,6
Ostdeutschland		18,4	-16,6	81,0	-1,7	84,2	14,9	23,9	41,6
Berlin Ost/West		16,6	-23,9	83,0	-2,3	72,7	3,0	21,3	46,2
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		18,9	-15,8	80,7	-0,5	212,3	10,8	32,9	59,6
Westdeutschland		20,6	-10,2	79,1	0,9	139,7	15,3	45,8	70,1
Berlin Ost/West		16,6	-23,9	83,0	-2,3	72,7	3,0	21,3	46,2
< 1 Mio. E.		19,7	-17,4	79,9	1,3	246,1	15,1	40,7	61,3
Westdeutschland		19,9	-18,4	79,8	1,1	221,2	14,1	43,9	64,3
Ostdeutschland		18,8	-10,3	80,8	2,4	25,0	25,7	24,7	43,0
< 500.000 E.		27,2	-18,5	72,4	-0,2	75,8	9,9	30,0	55,0
Westdeutschland		27,2	-18,5	72,4	-0,2	75,8	9,9	30,0	55,0
Ostdeutschland		–	–	–	–	–	–	–	–
< 300.000 E.		26,2	-14,6	73,1	2,2	284,4	10,0	32,0	52,7
Westdeutschland		28,3	-14,0	71,0	2,9	246,9	9,8	33,7	55,1
Ostdeutschland		16,2	-21,0	83,3	-2,1	37,5	11,1	23,9	41,3
< 100.000 E.		27,3	-9,6	71,3	1,3	83,2	12,2	30,7	47,7
Westdeutschland		29,8	-6,8	68,5	5,1	61,5	12,8	34,8	50,8
Ostdeutschland		21,9	-17,7	77,4	-5,9	21,8	10,5	23,0	40,7

Noch *Tabelle 4*: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator							
	SV Beschäftigte im Sekundären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Sekundären Sektor Entw. 2000-2007 in %	SV Beschäftigte im Tertiären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Tertiären Sektor Entw. 2000-2007 in %	Bruttowertschöpfung 2006 in Mrd. €	BWS 2000-2006 in %	BWS in 1 000 € je E. 2006	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2006
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg	22,5	-9,6	76,5	2,3	107,0	17,0	33,8	66,7
Kern	18,6	-10,0	81,0	2,2	76,7	17,5	43,7	72,2
Rand	31,1	-9,1	66,5	2,8	30,3	15,7	21,5	56,0
Bremen	26,4	-12,1	72,4	2,8	37,9	12,7	27,8	55,4
Kern	26,9	-15,8	72,9	2,7	19,6	14,9	35,8	61,1
Rand	25,9	-7,9	71,9	2,8	18,3	10,4	22,5	50,4
Region Hannover	22,7	-16,5	76,7	0,2	34,4	17,6	30,5	57,0
Ruhr	31,5	-16,9	67,8	0,2	130,7	12,7	22,9	53,3
Kern	26,8	-17,9	72,7	-0,4	81,4	11,9	25,5	55,5
Rand	38,7	-15,8	60,3	1,4	49,4	14,2	19,7	50,1
Rhein	25,6	-19,5	73,7	1,7	174,3	11,0	30,2	58,9
Kern	21,9	-22,1	77,7	1,2	111,1	9,3	38,1	61,3
Rand	31,9	-16,2	66,9	2,9	63,1	14,0	22,1	55,0
Rhein-Main	22,7	-17,3	76,6	1,0	141,7	12,8	35,0	64,8
Kern	16,3	-22,2	83,2	-0,3	91,2	11,6	46,9	68,3
Rand	33,7	-12,7	65,1	4,0	50,5	15,2	24,0	59,3
Rhein-Neckar	34,6	-11,2	64,2	3,9	51,3	13,5	29,4	59,6
Kern	35,0	-13,3	64,3	-0,4	27,5	11,5	44,6	64,5
Rand	34,1	-8,6	64,1	9,0	23,9	15,9	21,1	54,8
Karlsruhe	36,4	-7,9	62,9	5,7	33,0	13,6	28,5	55,9
Kern	24,2	-14,8	75,3	4,3	15,8	10,6	38,9	55,9
Rand	47,7	-4,3	51,5	7,5	17,3	16,5	23,0	55,9
Stuttgart	39,6	-11,8	59,7	4,2	103,7	13,1	31,1	58,5
Kern	26,7	-18,9	72,9	3,2	30,5	18,5	51,4	65,7
Rand	44,5	-10,1	54,8	4,7	73,1	10,9	26,6	56,0
München	24,6	-7,7	74,9	2,3	109,8	16,7	44,2	72,5
Kern	23,7	-8,0	76,0	0,6	88,3	15,6	55,0	76,4
Rand	27,7	-6,8	70,9	9,7	21,5	21,4	24,5	59,9

Noch *Tabelle 4*: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft

Raumbezug	Indikator							
	SV Beschäftigte im Sekundären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Sekundären Sektor Entw. 2000-2007 in %	SV Beschäftigte im Tertiären Sektor Anteil 2007 in %	Beschäftigte im Tertiären Sektor Entw. 2000-2007 in %	Bruttowertschöpfung 2006 in Mrd. €	BWS 2000-2006 in %	BWS in 1 000 € je E. 2006	BWS in 1 000 € je Erwerbstätigen 2006
Nürnberg	34,8	-7,9	64,3	3,3	41,8	11,1	29,6	55,1
Kern	30,4	-11,4	68,8	3,8	29,3	9,8	38,8	55,7
Rand	46,0	-1,3	52,8	1,9	12,4	14,2	19,1	53,7
Berlin/Potsdam	19,1	-21,0	79,6	-1,4	101,5	6,1	20,0	45,8
Kern	16,1	-24,1	83,5	-1,7	76,6	3,7	21,6	45,9
Rand	27,8	-15,1	68,3	-0,4	24,9	14,3	16,4	45,6
Rostock	18,0	-21,2	80,5	-3,2	6,4	7,1	20,1	44,1
Kern	14,9	-23,5	84,7	-3,3	4,6	5,7	22,8	45,6
Rand	25,3	-17,7	70,5	-3,1	1,9	10,5	15,5	40,8
Magdeburg	26,5	-	71,2	-	14,0	13,2	18,8	44,0
Kern	15,6	-	84,2	-	5,3	10,8	23,2	41,0
Rand	34,5	-	61,8	-	8,6	14,8	16,8	46,1
Halle/Leipzig	22,4	-16,5	76,2	0,2	27,1	15,8	20,1	42,9
Kern	15,9	-19,8	83,8	3,1	16,4	16,7	22,1	40,4
Rand	33,6	-12,9	63,2	-6,4	10,7	14,4	17,6	47,3
Dresden	28,3	-8,3	70,0	-2,2	24,9	20,6	20,5	43,2
Kern	20,4	-1,4	79,2	1,8	13,4	29,9	26,5	45,1
Rand	36,8	-12,0	59,9	-7,4	11,6	11,3	16,3	41,2
Chemnitz	33,3	-10,7	64,6	-2,6	15,8	19,5	19,1	42,1
Kern	22,9	-16,3	76,7	-4,4	5,9	14,9	24,1	40,7
Rand	39,9	-8,5	56,9	-1,0	9,9	22,5	16,9	42,9
Erfurt/Wei./Jena	28,6	-10,1	69,2	-4,8	18,1	17,2	20,5	42,8
Kern	18,7	-20,2	80,7	-2,6	9,4	14,0	25,6	42,7
Rand	39,6	-3,8	56,5	-8,1	8,6	20,9	16,8	42,9
Stadregionen (ges.)	27,4	-14,2	71,6	1,2	1138,9	13,0	28,1	56,8
Kerne gesamt	21,8	-17,1	77,8	0,5	703,1	12,1	34,8	59,5
Alte Länder	23,3	-16,4	76,2	1,0	571,4	12,9	39,9	64,6
Junge Länder	17,0	-20,2	82,6	-1,1	131,7	9,0	22,5	44,3
Ränder gesamt	35,9	-11,3	62,3	2,5	435,8	14,4	21,4	52,8
Westdeutschland	36,6	-11,3	62,1	4,1	359,7	14,2	22,7	55,1
Ostdeutschland	33,7	-11,3	62,7	-3,6	76,1	15,5	16,7	44,4

Tabelle 5.1: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Steuern (insgesamt) in € je E. 2007 ³⁰	Steuern (insgesamt) in € je E. 2000-2007 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2007	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2000-2007 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2007	Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2000-2007 in %
BRD insgesamt		868	31,1	302	12,4	402	41	443	60,3
Westdeutschland		951	25,5	340	5,1	443	42	485	53,7
Ostdeutschland		469	56,4	151	40,2	240	37	277	85,1
Landkreise		758	33,3	297	17,2	313	31	344	68,0
Westdeutschland		825	26,2	335	7,6	336	32	368	57,2
Ostdeutschland		434	64,7	119	60,0	203	29	232	116,0
Kreisfreie Städte		1163	25,2	311	2,4	587	62	649	43,9
Westdeutschland		1286	23,6	352	-0,7	691	67	758	45,5
Ostdeutschland		563	32,6	146	32,6	253	53	306	48,9
Berlin Ost/West		–	–	245	-12,0	329	43	373	29,5
<i>Kreisfreie Städte</i>									
> 1 Mio. E.		–	–	359	-6,2	650	61	711	35,1
Westdeutschland		2033	38,1	485	0,6	1005	81	1086	41,5
Berlin Ost/West		–	–	245	-12,0	329	43	373	29,5
< 1 Mio. E.		1521	27,2	321	3,6	868	83	951	42,5
Westdeutschland		1720	26,5	357	-0,7	981	89	1070	44,2
Ostdeutschland		644	30,6	144	25,9	306	56	362	33,5
< 500.000 E.		987	23,8	301	-3,1	435	52	487	46,8
Westdeutschland		987	23,8	301	-3,1	435	52	487	46,8
Ostdeutschland		–	–	–	–	–	–	–	–
< 300.000 E.		968	20,9	290	5,8	456	55	511	44,8
Westdeutschland		1059	18,8	319	-1,3	501	56	557	44,0
Ostdeutschland		551	30,6	151	37,9	245	54	299	48,3
< 100.000 E.		808	30,3	250	13,2	378	49	427	61,4
Westdeutschland		977	26,1	309	3,2	469	49	518	59,5
Ostdeutschland		496	37,7	140	30,6	210	47	257	64,7

30 In sämtlichen Raumbezügen ohne die Werte der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg

Noch *Tabelle 5.1*: Finanzen

Raumbezug	Indikator							
	Steuern (insgesamt) in € je E. 2007	Steuern (insgesamt) in € je E. 2000-2007 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2007	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2000-2007 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2007	Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2000-2007 in %
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg	–	–	398	-1,2	595	52	648	39,1
Kern	–	–	447	-6,3	841	73	914	32,2
Rand	776	21,9	338	5,3	287	27	314	47,8
Bremen	–	–	276	2,1	368	42	410	37,9
Kern	–	–	302	2,2	491	58	549	30,5
Rand	730	19,6	258	2,1	286	31	317	42,9
Region Hannover	1079	21,8	292	1,8	523	54	576	39,8
Ruhr	907	28,0	299	-0,2	409	40	449	61,9
Kern	979	31,7	290	-3,8	468	44	512	74,3
Rand	815	23,3	309	4,4	334	35	369	46,1
Rhein	1237	23,7	367	1,3	613	56	670	38,7
Kern	1461	21,7	354	-3,8	795	74	869	31,8
Rand	1008	25,7	381	6,5	428	37	465	45,9
Rhein-Main	1412	25,1	453	5,8	742	67	810	56,4
Kern	1893	23,1	454	3,4	1131	102	1233	43,4
Rand	965	26,9	452	8,0	382	34	416	68,3
Rhein-Neckar	1038	26,7	358	3,7	501	48	549	73,1
Kern	1327	18,1	312	-2,0	752	81	833	35,5
Rand	880	31,4	383	6,7	364	30	394	93,6
Karlsruhe	961	24,8	369	4,8	433	45	479	55,0
Kern	1185	12,8	346	-2,8	632	73	705	29,4
Rand	839	31,2	381	8,8	326	30	356	68,8
Stuttgart	1145	22,1	417	7,4	528	51	579	43,4
Kern	1679	23,2	402	1,4	994	89	1083	38,6
Rand	1028	21,9	421	8,7	427	42	469	44,5
München	1662	34,8	527	15,7	923	66	989	52,5
Kern	2018	36,5	538	12,3	1230	88	1318	51,2
Rand	1004	31,8	508	21,8	358	24	382	54,7

Noch *Tabelle 5.1*: Finanzen

Raumbezug	Indikator							
	Steuern (insgesamt) in € je E. 2007	Steuern (insgesamt) in € je E. 2000-2007 in %	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2007	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je E. 2000-2007 in %	Gewerbesteuer (netto) in € je E. 2007	Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2007	Gewerbesteuer (netto) + Umsatzsteuer in € je E. 2000-2007 in %
Nürnberg	946	14,5	407	11,3	352	48	401	20,2
Kern	1107	9,2	390	4,5	460	72	531	11,3
Rand	758	20,5	426	19,1	227	21	248	30,4
Berlin/Potsdam	–	–	217	14,3	297	40	337	45,2
Kern	–	–	242	-10,5	328	44	372	28,7
Rand	503	54,8	159	72,3	224	30	254	83,8
Rostock	476	27,4	138	41,6	198	38	236	36,9
Kern	491	-5,3	140	15,0	196	48	244	-16,5
Rand	450	82,9	135	86,6	201	22	223	127,7
Magdeburg	517	45,7	134	78,2	246	39	285	68,4
Kern	607	18,7	148	50,6	284	59	343	28,7
Rand	475	57,1	128	89,8	229	29	258	85,1
Halle/Leipzig	539	42,0	134	45,8	258	47	305	65,6
Kern	565	28,5	138	29,6	251	55	306	35,7
Rand	507	57,6	129	64,7	267	38	304	100,3
Dresden	553	58,1	135	39,9	266	42	309	99,6
Kern	668	29,7	156	30,8	316	54	370	29,9
Rand	470	76,0	120	45,6	231	34	264	143,8
Chemnitz	497	69,0	118	46,1	253	37	290	121,1
Kern	574	41,8	142	28,5	262	57	319	69,0
Rand	465	80,4	107	53,4	249	29	278	142,9
Erfurt/Wei./Jena	491	65,2	131	63,0	237	37	274	102,2
Kern	565	54,7	152	52,7	268	50	318	87,8
Rand	436	72,2	116	70,0	214	27	241	111,9
Stadtregionen (ges.)	1021	30,9	331	11,7	494	49	544	53,7
Kerne gesamt	1306	26,1	333	1,7	653	66	719	41,4
Westdeutschland	1451	25,4	385	-0,4	796	73	869	44,5
Ostdeutschland	589	29,4	205	7,1	304	48	352	33,7
Ränder gesamt	818	34,3	329	21,5	336	33	369	65,7
Westdeutschland	914	25,0	385	7,9	365	34	399	53,0
Ostdeutschland	481	64,9	134	66,7	233	31	264	107,8

Tabelle 5.2: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbesteuer 2007 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 2000 bis 2007 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2007	Sachinvestitionen in € je E. 2000 bis 2007 in %	Schulden in € je E. 2007	Schulden in € je E. 2000 bis 2007 in %	Quote Schulden an Steuereinnahmen in € je E. 2007 in %
BRD insgesamt		365	7	228	-16,1	1081	1,3	147,3
Westdeutschland		368	6	225	-14,2	1092	3,5	124,1
Ostdeutschland		355	9	245	-24,5	1027	-8,4	258,7
Landkreise		347	8	235	-19,2	982	2,8	145,3
Westdeutschland		351	8	231	-18,8	969	4,9	118,8
Ostdeutschland		334	6	254	-20,8	1045	-6,7	272,5
Kreisfreie Städte		415	4	210	-7,8	1343	-2,6	152,4
Westdeutschland		415	1	208	-2,1	1419	-0,3	138,3
Ostdeutschland		415	18	221	-35,2	976	-13,4	221,5
Berlin Ost/West		410	0	-	-	-	-	-
<i>Kreisfreie Städte</i>								
> 1 Mio. E.		457	0	-	-	-	-	-
Westdeutschland		480	0	381	7,4	2215	27,1	85,7
Berlin Ost/West		410	0	-	-	-	-	-
< 1 Mio. E.		449	-2	220	-7,8	1453	-29,1	158,9
Westdeutschland		448	-4	215	-2,0	1578	-25,1	133,8
Ostdeutschland		455	8	243	-34,4	901	-47,6	269,9
< 500.000 E.		442	-1	159	16,0	1234	32,7	181,9
Westdeutschland		442	-1	159	16,0	1234	32,7	181,9
Ostdeutschland		-	-	-	-	-	-	-
< 300.000 E.		425	4	176	-16,9	1246	1,2	144,8
Westdeutschland		426	1	177	-10,4	1305	1,8	135,3
Ostdeutschland		422	19	168	-46,0	973	-1,5	188,2
< 100.000 E.		389	7	266	-7,9	1116	-8,1	168,8
Westdeutschland		382	1	257	-1,6	1145	-13,3	138,5
Ostdeutschland		405	18	283	-19,0	1061	0,9	224,7

Noch *Tabelle 5.2*: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbesteuer 2007 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Differenz 2000 bis 2007 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2007	Sachinvestitionen in € je E. 2000 bis 2007 in %	Schulden in € je E. 2007	Schulden in € je E. 2000 bis 2007 in %	Quote Schulden an Steuereinnahmen in € je E. 2007 in %
<i>Stadtregionen</i>								
Hamburg		355	18	–	–	–	–	–
Kern		470	0	–	–	–	–	–
Rand		336	21	145	-34,7	745	-1,0	102,7
Bremen		388	12	–	–	–	–	–
Kern		440	20	–	–	–	–	–
Rand		381	11	164	-22,5	963	-10,3	158,7
Region Hannover		441	5	107	-53,1	1337	-9,6	137,1
Ruhr		456	9	143	-11,0	1382	2,2	159,3
Kern		466	6	141	-12,5	1449	-9,5	173,5
Rand		441	15	147	-9,2	1297	17,1	141,2
Rhein		440	7	158	-10,9	1282	16,1	128,2
Kern		448	1	178	-1,0	1380	32,3	135,8
Rand		431	14	137	-21,0	1181	-0,6	120,4
Rhein-Main		373	-3	224	-6,8	1588	8,7	121,4
Kern		407	-12	219	1,7	1747	1,7	105,9
Rand		347	3	228	-14,6	1440	15,1	135,8
Rhein-Neckar		371	-7	207	-12,9	1099	9,7	100,1
Kern		392	-12	216	-0,6	1555	14,6	103,4
Rand		361	-5	202	-19,7	848	7,0	98,2
Karlsruhe		362	2	254	-5,6	609	-5,5	71,1
Kern		395	0	255	17,4	662	-13,8	72,0
Rand		341	4	253	-18,0	579	-1,0	70,6
Stuttgart		362	2	283	-7,1	451	-30,2	60,6
Kern		420	0	270	51,0	520	-60,5	78,4
Rand		354	3	285	-19,8	436	-23,6	56,8
München		341	-3	387	-1,0	1487	16,3	73,0
Kern		395	-11	433	5,6	1849	16,7	73,5
Rand		323	0	304	-12,9	821	15,5	72,2

Noch *Tabelle 5.2*: Finanzen

Raumbezug	Indikator	Hebesätze Gewerbesteuer 2007 in %	Hebesätze Gewerbesteuer Diffe- renz 2000 bis 2007 in %-Pkt.	Sachinvestitionen in € je E. 2007	Sachinvestitionen in € je E. 2000 bis 2007 in %	Schulden in € je E. 2007	Schulden in € je E. 2000 bis 2007 in %	Quote Schulden an Steuerein- nahmen in € je E. 2007 in %
Nürnberg		368	5	230	-9,4	1311	7,6	125,2
Kern		418	0	186	3,6	1760	9,9	144,8
Rand		329	8	281	-24,2	787	5,1	102,3
Berlin/Potsdam		335	20	-	-	-	-	-
Kern		422	17	-	-	-	-	-
Rand		315	20	280	-23,3	609	-3,9	135,7
Rostock		372	16	147	-47,2	1013	16,8	190,7
Kern		440	30	102	-51,9	1043	34,1	158,4
Rand		303	2	222	-39,4	964	-12,6	245,2
Magdeburg		358	6	193	-40,1	1107	-1,6	229,9
Kern		450	0	159	-53,6	912	-5,1	158,2
Rand		328	8	208	-34,4	1196	-0,1	262,6
Halle/Leipzig		387	3	202	-40,8	1427	1,4	260,5
Kern		455	32	163	-61,4	1581	1,3	275,3
Rand		352	-12	251	-16,9	1234	1,5	242,0
Dresden		407	16	288	-10,7	600	-48,5	262,3
Kern		450	3	311	-7,5	36	-97,9	258,7
Rand		400	18	271	-12,7	1006	-17,2	264,9
Chemnitz		391	9	239	-22,9	936	-21,3	247,1
Kern		450	30	183	-57,7	1260	-8,6	240,2
Rand		380	4	263	-8,4	799	-26,6	250,0
Erfurt/Wei./Jena		350	11	235	-23,2	1247	-7,7	287,8
Kern		398	15	171	-43,3	1020	-11,9	211,4
Rand		321	9	281	-9,6	1413	-4,8	343,7
Stadtregionen (ges.)		384	7	216	-14,1	1145	0,2	137,7
Kerne gesamt		432	3	214	-7,4	1402	1,4	143,4
Westdeutschland		432	-1	219	0,6	1487	5,6	126,4
Ostdeutschland		431	19	189	-47,2	982	-19,1	227,5
Ränder gesamt		359	8	217	-18,8	961	-0,7	133,6
Westdeutschland		366	7	204	-18,7	966	1,6	107,3
Ostdeutschland		347	10	263	-18,9	943	-8,2	224,7

Übersicht 1: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
Hamburg (Kern)	Hamburg	2000	noch Rhein (Rand)	Viersen	5166
Hamburg (Rand)	Herzogt. Lauenb.	1053		Erftkreis	5362
	Pinneberg	1056		Rheinisch.-Berg. K.	5378
	Segeberg	1060		Rhein-Sieg-Kreis	5382
	Stormarn	1062	Rhein-Main (Kern)	Frankfurt a. M.	6412
	Harburg	3353		Darmstadt	6411
	Stade	3359		Offenbach a. M.	6413
Bremen (Kern)	Bremen	4011		Wiesbaden	6414
Bremen (Rand)	Oldenburg (Ol.)	3403		Mainz	7315
	Bremerhaven	4012		Main-Taunus-K.	6436
	Delmenhorst	3401		Offenbach	6438
	Osterholz	3356	Rhein-Main (R.)	Aschaffenburg	9661
	Verden	3361		Darmstadt-Dieb.	6432
	Oldenburg (Ol.)	3458		Groß-Gerau	6433
	Wesermarsch	3461		Hochtaunuskreis	6434
				Main-Kinzig-Kr.	6435
Region Hannover	Hannover	3241		Rheing.-Tau.-K.	6439
Hannover (Rand)	Hannover	3253		Wetteraukreis	6440
Ruhr (Kern)	Duisburg	5112		Mainz-Bingen	7339
	Essen	5113		Aschaffenburg	9671
	Dortmund	5913	Rhein-Neckar (K.)	Mannheim	8222
	Bochum	5911		Ludwigsh. a. Rh.	7314
	Mülheim a.d.R.	5117		Heidelberg	8221
	Oberhausen	5119	Rhein-Neckar (R.)	Frankenthal (Pf.)	7311
	Bottrop	5512		Speyer	7318
	Gelsenkirchen	5513		Worms	7319
	Hagen	5914		Bergstraße	6431
	Herne	5916		Ludwigshafen	7338
Ruhr (Rand)	Hamm	5915		Rhein-Neckar-K.	8226
	Wesel	5170	Karlsruhe (Kern)	Karlsruhe	8212
	Recklinghausen	5562		Pforzheim	8231
	Ennepe-Ruhr-Kr.	5954	Karlsruhe (Rand)	Germersheim	7334
	Märkischer Kreis	5962		Karlsruhe	8215
	Unna	5978		Enzkreis	8236
Rhein (Kern)	Düsseldorf	5111	Stuttgart (Kern)	Stuttgart	8111
	Köln	5315	Stuttgart (Rand)	Heilbronn	8121
	Wuppertal	5124		Böblingen	8115
	Bonn	5314		Esslingen	8116
	Krefeld	5114		Göppingen	8117
	Remscheid	5120		Ludwigsburg	8118
	Solingen	5122		Rems-Murr-K.	8119
	Leverkusen	5316		Heilbronn	8125
Rhein (Rand)	Mönchengladb.	5116		Tübingen	8416
	Mettmann	5158			
	Neuss	5162			

noch *Übers. 1*: Abgrenzung der ausgewählten Stadtregionen

Stadtregion	Kreis	Schlüssel	Stadtregion	Kreis	Schlüssel
München (Kern)	München	9162	noch Dresden (R.)	Sächs. Schweiz	14287
	München, Landkr.	9184		Weißeritzkreis	14290
München (Rand)	Dachau	9174		Kamenz	14292
	Ebersberg	9175	Chemnitz (Kern)	Chemnitz	14161
	Erding	9177	Chemnitz (Rand)	Chemnitzer Land	14173
	Freising	9178		Freiberg	14177
	Fürstenfeldbruck	9179		Mittl. Erzgeb.kr.	14181
	Starnberg	9188		Mittweida	14182
Nürnberg (Kern)	Nürnberg	9564		Stollberg	14188
	Erlangen	9562	Erf./Weim./Je. (K.)	Erfurt	16051
	Fürth	9563		Jena	16053
	Schwabach	9565		Weimar	16055
Nürnberg (Rand)	Forchheim	9474	Erf./Weim./Je. (R.)	Gotha	16067
	Erlangen-Höchs.	9572		Sömmerda	16068
	Fürth	9573		Ilm-Kreis	16070
	Nürnberger Land	9574		Weimarer Land	16071
	Roth	9576		Saale-Holzland-Kr.	16074
Berlin/Potsd. (K.)	Berlin	11000		Weimarer Land	16071
	Potsdam	12054		Saale-Holzland-Kr.	16074
Berlin/Potsd. (R.)	Brandbg. a.d.H.	12051			
	Barnim	12060			
	Dahme-Spreew.	12061			
	Havelland	12063			
	Märkisch Oderl.	12064			
	Oberhavel	12065			
	Oder-Spree	12067			
	Potsd.-Mittelm.	12069			
	Teltow-Fläming	12072			
	Rostock (Kern)	Rostock	13003		
Rostock (Rand)	Bad Doberan	13051			
Magdeburg (Kern)	Magdeburg	15003			
Magdeburg (Rand)	Börde	15083			
	Jerichower Land	15086			
	Salzland	15089			
Leipzig/Halle (K.)	Leipzig	14365			
	Halle/Saale	15002			
Leipzig/Halle (R.)	Delitzsch	14374			
	Leipziger Land	14379			
	Muldentalkreis	14383			
	Saalekreis	15088			
Dresden (Kern)	Dresden	14262			
Dresden (Rand)	Hoyerswerda	14264			
	Meißen	14280			
	Riesa-Großenhain	14285			

Literatur

- Anton, Stefan; Diemert, Dörte (2008): Gemeindefinanzbericht 2008, Reiche Städte, arme Städte – die Verantwortung der Länder. In: der städtetag, Heft 5/2008: S. 5-84.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2002): Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden – Ausgabe 2002. Berichte Band 14. Bonn: Selbstverlag.
- BBR (2009): Raumberechnung.de – Das räumliche Informationssystem des BBR. <http://www.raumberechnung.de>: 19.07.2009.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau, Stadtentwicklung) (2009): Stadtentwicklungsbericht 2008 – Neue urbane Lebens- und Handlungsräume. http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1075468/Stadtentwicklungsbericht-der-Bundesregierung-2008.pdf: 13.07.2009.
- BBR (Hrsg.) (2009): ROP 2025/2050 – Raumordnungsprognose 2020/2050, Ausgabe 2009. CD-ROM. Bonn: Selbstverlag.
- DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) (2008): der kommunale Investitionsbedarf 2006 bis 2020. Endbericht – Kurzfassung. http://www.axel-troost.de/article/2415.bis_2020_sind_kommunale_investitionen_von_mehr_als_704_milliarden_euro_notwendig.html: 13.07.2009.
- Hassel, Florian (2009): Die Angst der Städte vor dem Absturz. In: Welt am Sonntag, Nr. 29, 19. Juli 2009, S. 27-28.
- Herfert, Günther (2007): Ostdeutschland – Von der Suburbanisierung zur Reurbanisierung? Leibniz-Institut für Länderkunde. http://www.demographie-online.de/download/herfert_dgd-bbr_061207.pdf: 28.07.2009.
- Hidien, Jürgen W. (1998): Die Quadratur der Umsatzsteuer – Zur Kritik der „kleinen“ Gemeindefinanzreform. In: Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 113, 12: S. 617-626.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) (2007): Verkehrte Welt – Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter Arbeitslos. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Ausgabe Nr. 8 / 2.4.2007. <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0807.pdf>: 20-06.2007.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) (2009): Zwischenbericht zur IAB Arbeitsmarktprojektion 2009 und 2010. <http://doku.iab.de/grauerpap/2009/proj0609.pdf>: 18-06-2009.
- Junkernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard (2008): Kommunalen Finanz- und Schuldenreport, Deutschland 2008 – Ein Ländervergleich. Gütersloh.
- Kraftfahrzeug-Bundesamt (2009): Fahrzeugzulassungen. http://www.kbashop.de/wcsstore/KBA/Attachment/Kostenlose_Produkte/b_alter_fahrzeuge_2009.pdf: 16.06.2009, S. 6f
- Pohlan, Jörg; Wixforth, Jürgen (2005): Schrumpfung, Stagnation und Wachstum – Auswirkungen auf städtische Finanzlagen in Deutschland. Gestring et al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/2005: Schwerpunkt: Schrumpfende Städte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-48.
- Petrowsky, Werner (2001): Die Einwanderungsstadt und die amtliche Statistik. Gestring et al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion 2001: Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich, S. 179-204.
- StaLaSA (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt) (2007): Verzeichnis. Sachsen-Anhalt nach der Kreisgebietsreform am 1.7. 2007. Verzeichnis der Gebietsstruktur. Halle (Saale): http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/and/6V010_2007.pdf: 02.06.2009.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Vorausberechnung. Wiesbaden: Selbstverlag.

- Statistisches Bundesamt (2008): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2007: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1023127>: 20.07.2009.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009a): Datenbank GENESIS-online. <http://www.destatis.de/genesis> [01.02.2009 bis 15.06.2009].
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009b): Ausländische Bevölkerung. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/AuslaendischeBevoelkerung/AuslaendischeBevoelkerung.psml> 02.06.2009.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (1994): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder – Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Arbeitsmarktregionen in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1990. H. 21. Stuttgart.
- Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.) (2009): Verbraucherpreisindex für Deutschland (2000=100). http://www.statistik-bremen.de/aktuelle_statistiken/11a.htm: 06.07.2009.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2007): Verzeichnis. Sachsen-Anhalt nach der Kreisgebietsreform am 1.7. 2007. Verzeichnis der Gebietsstruktur. Halle (Saale): http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/and/6V010_2007.pdf: 02.06.2009.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht: 17.06.2005.
- SVR (2008). Das Erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/jg07_ges.pdf: 13.07.2009.
- SVR (2009). Die Finanzkrise meistern – Wachstumskraft stärken. Jahresgutachten 2008/09. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/gutachten/ga08_ges.pdf: 26.06.2009.

English Abstracts

Creativity and Urban Culture: Urban Sociological Interpretations

VOLKER KIRCHBERG

In the last years creativity has become one of the most enigmatic concepts used by local politicians and economic development agencies. In addition, the social sciences in general, and the spatial sciences, in particular economic geography, urban planning, urban sociology, have taken a growing interest. The first part of the article deals with the application of this concept and of the concept of urban culture as stated by urban researchers such as Florida, Landry and Evans. The second part of the article analyzes the handling of these two concepts in the three main American urban sociology schools from Chicago, New York, and Los Angeles. Finally, mutual influences of creativity and urban culture on the one side and the different approaches of the three urban sociology schools on the other side are summarized and related to different urban and cultural planning approaches.

Urban Culture in Search of Authenticity

SHARON ZUKIN

Urban culture should be a powerful expression of collective identity and urban authenticity. The cultural continuity of cities is challenged by big changes over which they have no control: the end of traditional industries, the rise of influential transnational elites in finance and media, and the pervasive presence of new migrants in all areas of social life. Trying to 'create' urban authenticity, postindustrial cities have build new downtown areas as festival marketplaces that provide "aesthetic legislation" and "staged" cultural authenticity, predominantly as a consumption experience. Examples are Times Square in New York, Beaubourg in Paris and the Guggenheim Museum in Bilbao. In addition, cultural districts or creative 'hubs' have been created out of mostly dilapidated industrial areas at the city fringes. The combination of artistic creativity and entrepreneurial business quickly spurred the development of hip areas of galleries, cafés, and boutiques. This has been especially successful in Chinese cities such as Shanghai. However, this kind of urban

development also results in a standardization of ‘authentic’ urban culture that is neither original nor individually distinctive.

Ethnic Diversity as a Resource of Urban Development? Tolerance in Everyday Urban Life – A Comparison of Berlin’s and Frankfurt’s integration policies

FRANK ECKARDT AND JANET MERKEL

Migration is a central factor in urban development, but its discussion in urban studies mainly focuses on problematic outcomes as segregation, exclusion, discrimination and lack of integration of migrants. Stimulated by Richard Floridas (2004) argument on ‘Tolerance’ as a necessary precondition for future urban growth, ethnic diversity is more and more seen as a resource, potential and specific urban asset. We have studied two quarters in Berlin and Frankfurt am Main and ask to what extent Floridas argument has found its way into local understanding of politics for migrants.

Gentrification and Culture: On the Logic of Culturally Arranged Spatial Valorization

ANDREJ HOLM

As players in the process of gentrification artists and cultural facilities have been understood as coining actor as well as coined corollary. An analysis of the connection of cultural activities and cultural capital proofs a systematic linkage with urban commodification. A research logic of culturally mediated processes of valorization can be described on the basis of functions of artists in gentrification processes. Phases of gentrification can be interpreted as multiple transformations or conversions of cultural capital. In gentrified neighborhoods culture and the arts work as engine of, firstly, symbolic gentrification, secondly, medium of commodification and, thirdly, instrument of social exclusion. These cultures of gentrification are a part of the simultaneity of economization and culturalism and thus a significant and current mode of capitalistic urbanization.

Participatory budgeting in Germany: 10 years of experience

CARSTEN HERZBERG

This article gives an overview about a special instrument of citizen participation in Germany called participatory budgeting. Invented in the Brazilian city of Porto Alegre, where the procedure was linked to grassroots democracy and social justice, participatory budgeting appeared in Europe in very different ways. In Germany the promoters tried to link administrative modernisation with participation. For this reason the procedures informed citizens on public budget spending meanwhile the dimension of consultation was relatively weakly developed. During the last years, the methodology has become more binding and also internet has been used. But in the end, after 10 years of experiences the effects of modernisation are quite limited. The participatory budgets in Germany are more important for political education of citizens and for bettering their relation to public administration and politicians. One of the main problems of a more effective procedure consists of the fact that German local authorities do not see a clear function of this instrument which would go beyond symbolic politics. Also, a grassroots movement is missing, which could shape the procedure and give participatory budgeting a deeper meaning.

Instruments and their influence on the target to reduce land consumption to 30 hectare per day

WIBKE FELDMANN

The reduction of land consumption is one of the most important aims of a sustainable settlement development. This challenge is so significant, that the German government defined the target to reduce land consumption to 30 hectare per day until 2020. First, this essay considers land consumption of the last years, and second it points out the impacts on the increasing settlement areas and finally the public and private stakeholders of this process are being regarded. Furthermore various planning instruments and their potentials to reduce land consumption will be discussed. In this context, several reasons why these instruments will hardly be efficient will be pointed out. Finally this essay shows, why the 30 hectare target will not be achieved.

What degree of equality is required for equivalency? - Conclusions from a new interpretation of the aim of spatial equivalency for services of general interest

JAN M. STIELIKE

In the discussion about a new interpretation of the aim of spatial equivalency it is only rarely dealt with the question what concrete changes in single policy fields could look like. This article makes first deductions for services of general interest. It is argued that gist branches of services of general interest can be identified in which a similar quality of supply has to be provided comprehensively even under more difficult circumstances as they are important in order to maintain an equality of opportunity or because a differentiation in the quality of supply cannot be accepted for other reasons. Thereof, other branches are differentiated in which a gradation of the quality of supply is regarded less problematic.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Frank Eckardt, Bauhaus-Universität Weimar
Email: frank.eckardt@archit.uni-weimar.de

Dipl.-Ing. Wibke Feldmann
Email: wibkefeldmann@hotmail.com

Dr. Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch
(Deutsch-Französisches Forschungszentrum für Sozialwissenschaften) Berlin
Email: HCA@cmb.hu-berlin.de

Dr. Andrej Holm, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Email: holm@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Volker Kirchberg, Leuphana Universität Lüneburg
Email: kirchberg@uni.leuphana.de

Dipl.-Sowi Janet Merkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB)
Email: jmerkel@wzb.eu

Dr. Jörg Pohlen, HafenCity Universität Hamburg
Email: joerg.pohlen@hcu-hamburg.de

Dipl.-Ing. Jan M. Stielike
Email: Jan.Stielike@gmx.de

Prof. Sharon Zukin, City University of New York
Email: SZukin@gc.cuny.edu

Rezensentinnen und Rezensenten

Dr. Stefanie Föbker, Universität Bonn
Email: stefanie.foebker@geographie.uni-bonn.de

Dr. Herbert Glasauer, Universität Kassel
Email: glasauer@uni-kassel.de

Prof. Michel Kokoreff, LLSS-Lasures – Université Nancy
Email: Michel.Kokoreff@wanadoo.fr

Dipl.-Sowi Janet Merkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB)
Email: jmerkel@wzb.eu

Cand. MA-Sozialwissenschaften Tobias Mettenberger, Humboldt-Universität
zu Berlin
Email: tobias.mettenberger@student.hu-berlin.de

Dipl.-Geogr. Regine Prabel, Universität Osnabrück
Email: regine.prabel@uni-osnabrueck.de

Dr. Anke Strüver
Email: struever@uni-muenster.de

Christian Wuttke M.A., Universität Osnabrück
Email: cwuttke@uni-osnabrueck.de

Prof. Dr. Clemens Zimmermann, Universität des Saarlandes
Email: cl.zimmermann@mx.uni-saarland.de

Jahrbuch StadtRegion

Das Jahrbuch StadtRegion, das 2001 erstmals erschienen ist, ist ein interdisziplinäres Forum für Arbeiten über stadt- und regionalspezifische Themen. Das Jahrbuch will wissenschaftliche, politische und planerische Diskussionen anregen und den Wissenstransfer und Austausch zwischen Wissenschaft und politisch-planerischer Praxis befördern. Publiziert werden deshalb sowohl theoretische Aufsätze und Befunde der angewandten Forschung als auch aktuelle politische Stellungnahmen. Es wendet sich an Professionelle und Studierende, die sich mit diesem Themenfeld theoretisch wie praktisch in der Stadt- und Regionalsoziologie, der Geographie, der Ökonomie, den Politikwissenschaften, der Stadtgeschichte sowie der Stadt-, Regional- und Raumplanung in Verwaltungen, Kommunen und privaten Büros beschäftigen. Alle Beiträge durchlaufen ein peer-review-Begutachtungsverfahren.

Neben einem *Schwerpunktthema* beinhaltet das Jahrbuch die Rubriken *Analysen und Kommentare*, *Rezensionen* sowie *Dokumentation und Statistik*. Im *Schwerpunkt* wird ein aktuelles stadt- und regionalpolitisches Thema von Autoren und Autorinnen unterschiedlicher Disziplinen diskutiert. In der Rubrik *Analysen und Kommentare* erscheinen Aufsätze zu anderen stadtpolitisch relevanten Themen sowie kürzere Kommentare und politische Stellungnahmen. Bei den *Rezensionen* handelt es sich um Besprechungen aktueller Bücher aus den Bereichen der Forschung und Politik über Stadt und Region. Die Rubrik *Dokumentation und Statistik* beinhaltet zum einen Daten und Informationen zum jeweiligen Schwerpunktthema und zum anderen Daten zur Stadt- und Regionalentwicklung, die tabellarisch und grafisch aufbereitet, kommentiert und zweijährlich aktualisiert werden. Das Jahrbuch bietet somit nicht nur Information und Diskussion, sondern auch einen Service, den alle diejenigen schätzen werden, die die Mühen kennen, nach Regionen oder Städten differenzierte Daten zu finden.

Bisher erschienen:

Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunktthema: **Einwanderungsstadt**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2001. Opladen: Leske + Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2002. Schwerpunktthema: **Sichere Stadt**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2003. Opladen: Leske + Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2003. Schwerpunktthema: **Urbane Regionen**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski, Werner 2004. Opladen: Leske + Budrich.

Jahrbuch StadtRegion 2004/2005. Schwerpunktthema: **Schrumpfende Städte**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2005. Wiesbaden: Vs Verlag für Sozialwissenschaften.

Jahrbuch StadtRegion 2007/2008. Schwerpunktthema: **Arme reiche Stadt**, hrsg. von Norbert Gestring, Herbert Glasauer, Christine Hannemann, Jörg Pohlan und Werner Petrowski 2008. Leverkusen-Opladen: Verlag Barbara Budrich.